

DAS ARGUMENT 137

Editorial: Das Jahr der symbolischen Zahlen	1
Volker Braun: Der verantwortliche Herausgeber	4
H. Ridder: Die Kleinbürger suchen das Licht	5
J. Hermand: Warum uns der Faschismus immer noch angeht	7
Für Lucio Lombardo-Radice (D. Albers)	9

Literatur/Philosophie/ideologische Macht

K.R. Scherpe: »Beziehung« und nicht »Ableitung«	10
L. Mehtonen: Philosophie als »ideologische Macht«	20
PIT: Notiz zur 2. Auflage der »Theorien über Ideologie«	26
T. Metscher: Ideologie, Literatur, Philosophie — Kritik an Haug und PIT	27
F.O. Wolf: Für eine subversive Praxis der Philosophie	43

* * *

J. Raschke: Jenseits der Volkspartei	54
K. Hauser: Blüms sozialpolitischer Diskurs	66
T. Chahoud: Zum Mikroelektronik-Bericht des Club of Rome	72
G. Zimmer: Staatliche Humanisierung des Arbeitslebens?	77

<u>Kongreßberichte</u> : Humanisierungstage; Zukunft der Arbeit; Krise der Arbeitsgesellschaft (Soziologentag); Staat und Selbstregulierung im Gesundheitswesen; IMSF-Frauenkonferenz; Homosexualität und Wissenschaft; Moral Education; Hochschuldidaktik; Ankündigungen	87
---	----

<u>Bibliographie</u> : Frieden (5): Katholische Kirche (Risse-Kappen)	105
---	-----

<u>Dokumentation</u> : Wiederverleihung der Doktorwürde an Breitscheid	109
--	-----

<u>Intervention</u> : Marxistische Blätter und Opfer/Täter-Diskussion	110
---	-----

<u>Besprechungen</u> : Aufklärung und Gegenklärung; Sprache und Ideologie; Rhetorik; Massenmedien; Wissenschaft und Zukunft; Feudalismus; Staatsgrenzen; Hausarbeit — Lohnarbeit	111
--	-----

Summaries: Autoren; Zeitschriftenschau; Leserumfrage	162
--	-----

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter: Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Heinz-Harald Abholz (Berlin/W), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/W), Heiko Haumann (Freiburg), Dieter Herms (Bremen), Klaus Holzkamp (Berlin/W), Urs Jaeggi (Berlin/W), Baber Johansen (Berlin/W), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), Dorothee Sölle (Hamburg), Karl Hermann Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion: Dr. Dieter Borgers, Wieland Elfferding, Dr. Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Thomas Laugstien, Rolf Nemitz, Nora Räthzel, Dr. Werner van Treeck

Autonome Frauenredaktion: Sünne Andresen, Anke Bünz-Elfferding, Dagmar Burgdorf, Claudia Gdaniec, Dr. Frigga Haug, Kornelia Hauser, Birgit Jansen, Ursula Lang, Edith Laudowicz, Christa Leibing, Hannelore May, Christa Müller, Dr. Barbara Nemitz, Erika Niehoff, Gisela Nietsch, Sigrid Pohl, Renate Prinz, Dr. Brita Rang, Nora Räthzel, Petra Sauerwald, Erika Stöppler, Christine Thomas, Dr. Silke Wenk

Redaktion und Verlag: Altensteinstraße 48a, 1 Berlin 33, Tel. 030/8314079

Anzeigen (o.Tausch): Runze/Casper, Jungfernstieg 20, 1 Berlin 45, Tel. 030/7722443

Argument-Vertrieb: Tegeler Str. 6, 1 Berlin 65, Tel. 030/4619061

Besprechungen

Philosophie

<i>Freudenthal, Gideon: Atom und Individuum im Zeitalter Newtons (P. McLaughlin)</i>	111
<i>Kondylis, Panajotis: Die Aufklärung — im Rahmen des neuzeitlichen Rationalismus (M. Blankenburg)</i>	112
<i>Altner, Günter: Tod, Ewigkeit und Überleben (H.-C. Oeser)</i>	114
<i>Peisl, Anton, und Arnim Mohler (Hrsg.): Kursbuch der Weltanschauungen (M. Blankenburg)</i>	116
<i>Klages, Helmut, und Peter Kmiecik (Hrsg.): Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel (R. Hesse)</i>	117
<i>McCarney, Joe: The Real World of Ideology (D. Wöhrle)</i>	119

(Fortsetzung auf Seite XV)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1983 in 6 Hefen (alle 2 Monate), Jahresumfang 924 Seiten. — Einzelheft 12,- DM; Stud., Schüler, Erwerbslose 9,- DM. Jahresabo inkl. Versand 63,80 DM; Stud. etc. 50,- DM. — Kündigung des Abos nur zum Jahresende bei Einhaltung einer Dreimonatsfrist. — Die Redaktion bittet um Mitarbeit, haftet aber nicht für unverlangt eingesandte Texte und Rezensionsexemplare. Aufsätze sollen höchstens 20, Rezensionen 2 MS-Seiten (1 1/2zeilig mit Rand) haben. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. — Copyright © Argument-Verlag GmbH. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Postcheck Berlin West 5245-108, BIC 11 14 40 13 00, BLZ 100 101 11. — Satz: Barbara Steinhilber

Editorial

Das Jahr der symbolischen Zahlen

Unser Nachbar, der mit guter Kondition
im Ho-Chi-Min-Stakkato durch die Innenstadt rannte,
schleicht heute jeden Morgen mit hellem Hemd
samt Krawatte aus dem Haus und präsentiert sich
erst am Wochenende in Jeans und Pullover.
Statt *Kursbuch* und *Argument* liegt Bukowski
im Sommer auf dem Balkontisch
W.M. Lüdke 1979

... daß das Bessere aus eigener Kraft sich durchsetze,
ist nichts mehr als ein erbaulicher Lebkuchenspruch
Th.W. Adorno

Mit diesem Heft beginnt das *Argument* seinen fünfundzwanzigsten Jahrgang. Die Zeit ist schwierig für ein solches Projekt. Nicht nur linke Zeitschriften haben es schwer. »Es ist wie eine Bücherverbrennung ohne Feuer«, sagte der Geschäftsführer des Wissenschaftsverlags Springer (nicht Axel Cäsar!) (FAZ 12.5.82, 19). Die »gutbürgerlichen« Kulturzeitschriften spürten es besonders. »Kaum eine dieser Zeitschriften ist von Krisen verschont geblieben. Von Zeit zu Zeit mußten neue Trägerschaften oder auch nur andere Vertriebswege gesucht werden ... Die Bibliotheken-Etats werden gekürzt, in den Industriebetrieben, die Abonnements der Kulturzeitschriften für ihre Mitglieder hatten ..., wird gespart.« (FAZ 29.11.82, 25) Anlaß für den zitierten Kommentar war die Mitteilung des *Merkur*, statt 12 nur noch 8 Hefte pro Jahr herauszubringen in der Hoffnung, »auf diese Weise ... über die Krisenzeit hinweggebracht werden« zu können (ebd.). Eine besonders mutige Zeitschrift, die von Max Himmelheber herausgegebenen *Scheidewege*, in denen von eher konservativem Standpunkt Probleme der Ökologie und der Rüstung etc. kompromißlos und ohne den üblichen Selbstbetrug behandelt wurden, ist definitiv eingestellt worden.

Auf der Linken sieht es nicht besser aus, und die Kürzung der Bibliotheken-Etats ist gewiß nicht der Hauptfaktor der Schwierigkeiten, zumal in so mancher Bibliothek Linkes sowieso kaum eine Chance hatte, abonniert zu werden. Über die Lebensfähigkeit einer Zeitschrift entscheidet ihre Verwobenheit in die linke Kultur, der Zusammenhang von Theorie und Praxis, auch Lebenspraxis. Mit dem Fehlen einer solchen Verbindung begründete Hildegard Brenner die Einstellung der Zeitschrift *Alternative*: »Die sich innerhalb der sozialen Protestbewegungen zur Wehr setzen, machen keinen Gebrauch von dem, was wir produzieren. Damit verliert eine Zeitschrift wie die 'Alternative' nicht nur ihr Publikum, sondern auch ihre Funktion.« (*Alternative* 1982, 145/46) Die linke Landschaft ist um einen Brennpunkt der Artikulation ärmer geworden. Wir bedauern das Verschwinden dieses Organs, mit dem wir zeitweilig enge freundschaftliche, zeitweilig ferne und gelegentlich polemische Beziehungen unterhielten. Immer aber war die *Alternative* ein produktiver Bezugspunkt.

Eine tote linke Zeitschrift ist eine gute linke Zeitschrift vom Standpunkt der Rechten. Daher erhält die *Alternative* ein Begräbnis erster Klasse in der FAZ (16.12.82, 25). Nicht, daß es falsch wäre, was Jürgen Busche dort zum Lob der *Alternative* ausbreitet. Aber er benutzt den Nachruf als Anlaß und Kontext für einen raschen Tritt auf die noch lebendige Zeitschrift. Während *Kursbuch* und *Alternative* ständig wunderbare Dinge taten, »langweilte das so hart auf Politik pochende *Argument* seine Leser mit endlosen Diskussionen der wieder in Schwang gekommenen Widerspiegelungstheorie« (ebd.). So ungerecht geht es in der Welt zu. Das Interessante stirbt, die Langeweile lebt. Ob wir nicht auch einen wunderbaren Nachruf im Feuilleton der FAZ erhielten, wenn wir das Erscheinen des *Argument* einstellen würden? Es steht zu befürchten, daß wir bis dahin in der Zeitschriftenschau der FAZ weiterhin verschwiegen werden.

Wie lange wird *Das Argument* noch existieren können? Wir wissen es nicht, aber wir richten uns auf weitere 25 Jahre ein.

Mit Glauben an die Überlebensfähigkeit unseres Projekts, vielmehr, entschlossen, etwas dafür zu tun, gehen wir in den 25. Jahrgang. Was ist zu tun, damit die Überlebens- und Glückwünsche mehr sind als bloße Lebkuchensprüche? Immer wieder sagen uns Freunde und Mitarbeiter: »Was ihr macht, ist interessant und wichtig. Aber wie kann ich das meinen Leuten klarmachen? Woher sollen sie wissen, daß da was Spannendes drinsteht?« Häufig fehlt die Gelegenheit, mit *Argument*-Autor(innen) über ihre Arbeiten zu diskutieren. Wir schlagen vor, dezentral Vorträge, Podiumsdiskussionen oder ähnliches anläßlich des 25. Jahrgangs der Zeitschrift zu organisieren. Wir geben gerne unsere Unterstützung dafür.

Ein zusätzlicher symbolischer Anlaß ist das Erscheinen des AS 100 zum hundertsten Todestag von Karl Marx. Etwa zur gleichen Zeit jährt sich die als »Machtergreifung« mystifizierte *Machteinsetzung* der deutschen Faschisten durch führende Kreise der herrschenden Klassen zum fünfzigsten Mal. Wie merkwürdig zu denken, daß in der Halbzeit zwischen 1933 und heute das *Argument* gegründet sein soll. Es ist ein Jahr der symbolischen Zahlen. W.F.H.

Verlagsmitteilungen

Abo-Rechnung: Diesem Heft liegt eine Zahlungserinnerung bei. Auf der Rechnung, die dem letzten Heft 1982 beilag, war der Studentenpreis durch einen Satzfehler mißverständlich angegeben. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen. Zur Wiedergutmachung verlängern wir die Frist unseres Prämienangebots: Wer sein Abonnement bis zum 15. Februar bezahlt, kann als Prämie den (bis dahin erschienenen) hundertsten *Argument*-Sonderband *Aktualisierung Marx* verbilligt erhalten. All denen, die noch im letzten Jahr bezahlt haben, danken wir besonders. Sie mögen sich von der Mahnung nicht betroffen fühlen.

Argument-Sonderbände 1982: Von den 19 AS-Bänden, die für 1982 angekündigt waren, werden 4 Bände leider noch etwas länger auf sich warten lassen: Ende Februar erscheint AS 79 (Automationsarbeit: Empirie 4/Projekt Automation und Qualifikation). Ende März erscheinen AS 90 (Frauenformen 2: Sexualisierung von Körper und Sprache) und AS 80 (Faschismus und Ideo-

logie 3/Projekt Ideologie-Theorie). Der letzte aus 1982 noch ausstehende Band AS 91 (Parteien-Entstehung/Projekt Partei-Theorie) erscheint im April. — Bei den verspäteten Bänden sind die Autor(inn)en oft Mit-Organisatoren dieses Verlags. Außerdem sind sie (erfreulicherweise) gezwungen, in aktuelle Diskussionen einzugreifen, vor allem auf Kritik an ihrem bisherigen Arbeiten zu antworten. All dies kostet Zeit. Bevor die Qualität der Bücher unter dem Zeitmangel leidet, ist es besser, die Produktionszeit zu verlängern. Im Namen der Autorengruppen bitten wir dafür um Verständnis.

Am meisten hat sich das *Projekt Ideologie-Theorie* übernommen. Hier steht noch immer ein ursprünglich für 1981 angekündigter Band aus: AS 70 (Bereichstheorien). Der Band soll in diesem Jahr endlich erscheinen. Zum einen sind es Schwierigkeiten der Forschung und Darstellung, z.T. ungelöste theoretische Probleme, die das Erscheinen verzögert haben und weiter verzögern. Zum andern ist das Projekt Ideologie-Theorie (PIT) besonders stark in Kontroversen verwickelt. Im vorliegenden Heft belegen dies die Beiträge von Lauri Mehtonen und Thomas Metscher. Im soeben erschienenen Forum Kritische Psychologie 11 (AS 93) antworten W. Elfferding und W.F. Haug auf Angriffe von U. H.-Osterkamp und R. Wilhelm. AS 84 schließlich (*Re-Thinking Ideology*), worin die Thesen und Diskussionsberichte eines vom PIT organisierten internationalen Forschungsseminars mit Teilnehmern aus 14 Ländern veröffentlicht sind, zeigt die Verwicklung des PIT in die internationale Diskussion. Der weiteren Ausarbeitung der Theorie des PIT kommt es gewiß zugute, daß zunächst eine solche Phase der Kontroversen durchgemacht wurde.

Argument-Sonderbände 1983: Die ersten beiden Bände sind soeben erschienen: AS 96 (Die verborgene Frau/Literatur im historischen Prozeß) und AS 100 (Aktualisierung Marx').

Leserumfrage 1983

In Heft 97 (1976) haben wir zum ersten Mal Fragen an die Leser und (künftigen) Mitarbeiter gerichtet, in Heft 100 die Antworten ausgewertet (»Wie machen wir eine bessere Zeitschrift?«). Die intensive Auseinandersetzung der Leser mit dem *Argument* damals hat zur Weiterentwicklung der Konzeption und Gestalt der Zeitschrift erheblich beigetragen (vgl. Editorial in Heft 107). Einige Veränderungen, wie die Einrichtung einer autonomen Frauen-Redaktion, waren damals gar nicht absehbar. Die Entwicklungen seither, unter immer schwieriger werdenden Bedingungen für linkes Zeitschriftenmachen, veranlassen uns, unsere Leser erneut um ihr Urteil, ihre Kritik, ihre Verbesserungsvorschläge zu bitten. — Wir stellen die Fragen der ersten Leserenquête aufs neue, um die Antworten von heute mit denen von damals vergleichen zu können; darüber hinaus macht die Entwicklung der Zeitschrift und der Bedingungen ihrer Produktion weitere Fragen notwendig. Wir bitten, das letzte Blatt des vorliegenden Heftes, auf dem die Fragen genannt sind, als Antwortformular zu verwenden und, wo dies nicht ausreicht, die Antworten unter Bezugnahme auf die Fragenummern umfangreicher zu formulieren. Die Auswertung der Ergebnisse werden wir in einem der nächsten Hefte veröffentlichen. W.v.T.

Ständige Mitarbeiter

Wir begrüßen Dieter Herms, Professor für Amerikanistik an der Universität Bremen, unter den Ständigen Mitarbeitern. Er ist Mitherausgeber von *Gulliver* und seit einigen Jahren Gesellschafter des Argument-Verlages. In der Reihe der Argument-Studienhefte ist von ihm »Grundkurs Englisch/Einführung in die Amerikanistik« erschienen (SH 49), sowie (gemeinsam mit Arno Paul) »Politisches Volkstheater der Gegenwart« (SH 45).

Volker Braun, der regelmäßige Mitarbeit versprochen hat, den wir daher gefragt hatten, ob wir ihn ebenfalls unter die Ständigen Mitarbeiter aufnehmen dürften, antwortete mit dem folgenden Text. W.F.H.

Volker Braun

Der verantwortliche Herausgeber

Ich begegnete einem Denker, der mich für den Mitarbeiterstab seiner Zeitschrift warb. Meinem Einwand, daß mich mein anderwärtiges Wohnland hindern würde, den Inhalt zu kontrollieren, hielt er entgegen: er selber nehme die Artikel oft erst nach Erscheinen zur Kenntnis. Mich verwunderte die Nachlässigkeit; wie war ich aber erstaunt, als der verantwortliche Mann seine Praxis verteidigte. Er gebe das Blatt doch heraus, weil er wisse, daß auch problematische Meinungen laut werden müssen. Wenn ein Körper resistent werden solle, müsse er mit kleinen Dosen infiziert werden: dann sei er gefeit gegen große Infektionen. Es sei eine machtpolitische Notwendigkeit, eine Diskussion zu haben. Widersprechen heiße auch: ein Geflecht bilden, das uns halte, das einen Zusammenhalt gebe. — Ich versuchte es.

Helmut Ridder

Die Kleinbürger beschwören das Licht

Zum 30. Januar 1933/83 nicht anders als sonst. Also zwar auf verschiedene Weise und mit unterschiedlichen Vorstellungen darüber, wo es hell zu sein habe, aber in objektivem Zusammenwirken. Letzteres ist ja auch am Ende der Epoche notwendiger denn je zuvor in den vergangenen drei Jahrzehnten. Geht es heute doch um die nur so vielleicht noch lösbare Aufgabe, dem realen staatsparteilich-restaurativen System über das Ende seiner ideologisch produktiven Ära, über den evidenten Konsensverfall, den alle spüren, hinaus zur Fortexistenz zu verhelfen. So sind sie denn pflichtgemäß zum 50. Jahrestag zur Stelle, die großen, Ratlosigkeit durch Entschlossenheit verdrängenden Kleinbürger und die kleinen, Ratlosigkeit mit Unentschlossenheit verbindenden Kleinbürger, geschichtslos, zwieträftig vereint in der Angst vor dem Dunkeln.

Die großen — nennen wir sie die »Rechte« — dürfen, können und müssen sich unheiliger Einfalt befeißigen. Mehr Licht! forderte der FAZ-Beauftragte für die Festigung des geschichtslosen Geschichtsbilds der anspruchsvolleren Führungseliten schon Anfang September 1982, anlässlich der Ankündigung von 17 ZDF-Runden um den Jahrestag, in einem Leitartikel über »Licht und Schatten der Geschichte«. Warnung des Ernst-Otto Maetzke vorm »kampagnehaften Einbleuen« zwecks »gewünschter Bewußtseinsbildung«, »ehe der neue volkserzieherische Sturm losbricht«, vor »immer schriller empfohlener möglichst ausschließlicher Befassung mit deutscher Geschichte der Jahre 1933 bis 1945«, vor »erzwungener Blickfeld-Einengung auf diese nun in immerhin zeitgeschichtliche Vergangenheit rückende Epoche«. Und im Zeichen der Waage, die nicht nur in der Jurisprudenz jede Ausgewogenheit möglich macht, wiegen ihm schließlich der hochmittelalterliche Minnesang Auschwitz, Parzival und die Klassiker der deutschen Literatur die Wannsee-Konferenz auf. Das nennt sich »behutsame Einordnung der unmittelbar zurückliegenden Vergangenheit in die ganze deutsche Geschichte« und vermittelt jene belebende Glückserfahrung, die ja immer aus einer gesunden Mischung von Schauern und Entzücken hervorgeht. Mit der handlichen und tequizgerechten Abpackung von Beutestücken aus der durch Ausplünderung endgültig wiederhergestellten Geschichte für Zwecke der Feintarierung sind gerade die Kultusadministrationen der Bundesländer eifrig befaßt (Hessen vorn, Tradition verpflichtet).

Und die kleinen Lichtbeschwörer — zählen wir sie, ihrem eigenen Bekenntnis folgend, zur »Linken«, deren zahlenmäßiges Gros sie vielleicht sogar darstellen —, die sich's nicht so leicht machen dürfen? Ja, sie haben nach wie vor ihren Brecht nicht gelesen, wollen viel von der »Furcht«, aber nichts von dem eigentlichen »Elend des Dritten Reiches« wissen, dem Elend, das vor dem »Dritten Reich« schon da war und es bis heute überdauert hat. Das Rückgrat der deutschen politischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts bleibt ihnen unsichtbar, da ihr Blick auf dem (nach welchen Kriterien auch immer definierten) deutschen »Faschismus« haftet, dem ihr blindes Argusauge die Bundesre-

publik seit 30 Jahren »zutreiben« sieht, den Erfindungsreichtum des kontinuierlichen Antidemokratismus und die Relevanz amerikanischer Präsenz für die »innere Sicherheit« in diesem Lande (die mindestens so gewichtig wie die für die »äußere Sicherheit« ist) unterschätzend. Besser kann man die großen gar nicht bedienen, die das freilich so schnöde verkennen, wie die kleinen die zutreffende Beurteilung ihrer Geschichtslosigkeit durch die großen zurückweisen. Und Brecht würde ausreichen — mit den 24 Szenen von 1933 bis 1938 (mit und über Gramsci und Laclau rechten muß gar nicht, wer nicht will): Zur Besichtigung des Subjekt-Objekts, eines »ganzen Volks von Verrätern und Verratenen« (so die Stimme nach der 2. Szene von 1933), und zur »Deutschen Heerschau ... im fünften Jahre« (»... da beschlossen wir / Uns umzusehen, was für ein Volk, bestehend aus was für Menschen / In welchem Zustand, mit was für Gedanken / Er unter seine Fahne rufen wird ...«). Wer ist denn, mit oder ohne Fackel, in corpore oder im Geiste, mit durch das Brandenburger Tor gezogen? Besser vielleicht: Wer hat warum nicht wenigstens dagegen demonstriert (was die Machtverhältnisse gerade noch erlaubt hätten)? Was hat die Kaltstellung der SA unter dem fingierten Röhm-Putsch mit dem »Volk« zu tun gehabt? Müßten wir darüber nicht endlich etwas hören (ohne den großen Simpel das »Volk« als nachhaltig zu reprimierenden Sündenbock zuzuführen)? Wieder hören wir nur, wie lang gehabt, nur vom Licht, so die Kunde vom »Widerstand«: Es kann doch der Ehre und dem Andenken der einzelnen Widerständler und der gruppenkonspiratorischen Widerstandsakte die Feststellung keinen Abbruch tun, daß es »den Widerstand« nicht gegeben hat, keine Résistance, keine Resistenza. Wo es damals Widerstand gegeben hat, gibt es heute kein den Adel des Widerstands depravierendes Widerstandsrecht. Das positivierte Widerstandsrecht, »Widerstand (Juristenhilfe) leicht gemacht«, den realitätsfernen Irrsinn von Widerstand gegen die Unterdrücker als Vollzug von Normen ihres Repressionssystems, die Erfindung der Herren Matthöfer und Gscheidle und deren Abfindung für das Ja zur Notstandsgesetzgebung, die denn auch danach ist und deren sich die Repression zu Legalisierungszwecken bedienen wird, wenn es danach ist (und dafür liegen dank unseren amerikanischen Freunden mehr als nur einige Dachlatten bereit), das gibt es hier, wo es »den Widerstand« nicht gegeben hat: Ist das Elend kleiner als vor 50 Jahren?

Beschwören wir nicht das Licht! Wo es tatsächlich aus der Geschichte leuchtet, wird es auch ohne unsere anderswo nötige Arbeit nicht verborgen bleiben. Gaukeln wir uns kein Licht vor, wo keines ist! Erhellen wir das Dunkel! Es ist am Ende der Epoche nachgerade an der Zeit, dem Elend ein Ende zu machen.

Jost Hermand

Warum uns der Faschismus immer noch angeht

Nach fünfzig Jahren immer wieder auf das Jahr 1933 zurückzukommen, empfinden viele Bundesbürger als unangebracht, ja geradezu als peinlich. Die Argumente, die man in diesem Zusammenhang hört, sind stets die gleichen: der Faschismus sei überholt, sei 'historisch' geworden, sei also etwas, was man endlich ad acta legen solle. Nachdem in der Bundesrepublik seit 34 Jahren ein friedlicher und demokratischer Geist geherrscht habe, sei es töricht, weiterhin auf diesem leidigen Thema herumzureiten, das heißt ständig auf eine längst 'vernarbte Wunde' hinzuweisen oder gar monomanisch das 'eigene Nest zu beschmutzen' (wobei die biologischen Metaphern nur allzu deutlich das mangelnde historische Bewußtsein verdecken sollen).

Und das sind noch die gutwilligen Argumente. Die Zyniker, die sogenannten 'Realisten', äußern sich in diesem Punkte noch unverblümt. Sie fragen: Hat es nicht auch *nach* 1945 geradezu ununterbrochen Kriege, grausame Unterdrückung ganzer Völker, Genozid und Imperialismus gegeben! Ja, besteht nicht der allzu bekannte Verlauf der Menschheitsgeschichte vornehmlich aus solchen Akten der Gewalt? Warum also das viele Geschrei? Nicht der Faschismus, der selbst in Spanien die Waffen gestreckt habe, sei das heute anstehende Problem, behaupten diese Leute, sondern die allgemeine, weltweite Barbarei, die Brutalität und Sinnlosigkeit der Geschichte überhaupt, durch welche im Zuge der gewaltig angekurbelten Technisierung und Bevölkerungsexplosion die Menschheit mehr und mehr an den Rand der Existenzmöglichkeit gerate.

Angesichts solcher Argumente Themen wie Faschismus und Antifaschismus weiterhin als Hauptgegenstände linker Diskussion aufrechtzuerhalten, wird daher von Jahr zu Jahr immer schwieriger. Wird hier nicht etwas fortgesetzt, was im Zuge globaler Bedrohungen — wie der atomaren Konfrontation und der Zerstörung des biologischen Lebensraums — wirklich obsolet zu werden droht? Wenn man Themen wie Faschismus und Antifaschismus zu den allein entscheidenden Diskussionsgegenständen erhebt — dann sicher. Wenn man sie jedoch in den Gesamtverlauf dieser Schreckensgeschichte einzuordnen versucht — dann sicher nicht.

Schließlich greifen Faschismus und Antifaschismus in unsere eigene Geschichte stärker ein als in die Geschichte irgendeiner anderen Nation. In diesem Punkte sind wir also viel unmittelbarer betroffen. Allerdings sollten wir dabei nicht in Gefühlen der Kollektivschuld oder des Masochismus steckenbleiben, die uns nur lähmen, sondern — wie Peter Weiss in seiner »Ästhetik des Widerstand« — stärker als bisher die mögliche Resistenz zum Faschismus herausstellen. Aus dieser Erkenntnis würden sich mindestens drei Folgerungen ergeben.

Zum einen müßte endlich eine durchgreifende Würdigung all jener linken Antifaschisten einsetzen, die zwischen 1933 und 1945 — zum Teil unter Einsatz ihres eigenen Lebens — tatsächlich gegen den Faschismus gekämpft haben und die dann in der Bundesrepublik nach 1949 erleben mußten, daß ihnen dies nicht zur Ehre, sondern zur Unehre gereichte. Viele von ihnen mußten sich

plötzlich noch einmal verstecken oder irgendwo unterkriechen, weil nicht *ihr* Widerstand, sondern nur der der Christen und der der Männer des 20. Juli als der offizielle anerkannt wurde. Ja, manche dieser Widerstandskämpfer, die sich gegen diese öffentliche Entehrung aufzulehnen versuchten, mußten in den fünfziger Jahren noch einmal ins Gefängnis.

Zum anderen müßte man wesentlich schärfer als bisher in aller Deutlichkeit gegen jene neofaschistischen Gruppen auftreten, denen es heutzutage — im Rahmen der allgemeinen politischen Demoralisierung — immer wieder gelingt, gewisse Jugendliche für ihre überspannten Ideologiekomplexe zu gewinnen. Diese Wirkung ist zwar noch marginal, sollte aber bereits im Keim erstickt werden, um so der Ausbrütung neuer Polit-Monster vorzubeugen.

Drittens müßte man am Beispiel der Machteinsetzung der Nazis im Januar 1933 in aller Offenheit darauf hinweisen, daß es auch im Rahmen demokratischer Systeme durch die Übermacht bestimmter Meinungsmonopole und wirtschaftlicher Machtgruppierungen durchaus zu einer *legalen* Faschisierung kommen kann. In Zeiten ökonomischer Krisen wird es daher in solchen Systemen immer wieder zu einer Machtübergabe an rechtsradikale Parteien kommen, um so einen drohenden Linksrutsch zu verhindern. Und hierin besteht wohl die Hauptgefahr eines neuen Faschismus. Geschichte wiederholt sich zwar nicht (wir leben nicht mehr im Jahr 1932 und Bonn ist nicht in Weimar), und doch kann auch heute gar nicht scharf genug auf die faschistoiden Züge innerhalb der herrschenden Ideologiebildung hingewiesen werden. Kein Zweifel: die Homogenisierung, ja Standardisierung breiter Bevölkerungsschichten vollzieht sich momentan wesentlich subtiler, indirekter, verhüllter — und ist dennoch bei jedem Blick in die herrschenden Massenmedien nicht zu übersehen.

Dieser schleichenden Faschisierung entgegenzutreten, die sich im Rahmen der freiheitlichen Grundordnung unseres Staates als steigender Druck auf Minderheiten, Ausländer, Abweichler, Kritiker und all jene Alternativen äußert, die nicht in die allgemeine Seligpreisung der wirtschaftlichen Expansions- und Profitrate einstimmen, scheint mir der zentrale Punkt. Ihr mit den Mitteln einer kritischen Gegenöffentlichkeit entgegenzuwirken, ist daher die Forderung des Tages. Falls sich allerdings die Vertreter dieser Gegenöffentlichkeit einen effektiven Wirkungsraum verschaffen wollen, werden sie sich in Zukunft nicht damit begnügen können, im Sinne der verbreiteten Aussteigermentalität lediglich das eigene 'Ich' vor dem Sog der ideologischen Homogenisierung bewahren zu wollen. Nur wenn sich in diesem Widerstand eine stärkere Solidarität herausbilden sollte, die ihre Hoffnung nicht allein auf das egoistische Ich, sondern auch auf das altruistische Wir setzt, wird dieser Widerstand eine Chance haben.

Für Lucio Lombardo Radice

Im November 1982 ist Lucio Lombardo Radice gestorben; im Alter von 66 Jahren. Er war Mathematiker, Pädagoge, politischer Denker und Kommunist. Mit 22 Jahren, mitten im Faschismus, trat er 1938 der KPI bei. Seit 1969 gehörte er ihrem Zentralkomitee an; von 1955 bis zu seinem Tode leitete er die Zeitschrift *Riforma della scuola*, die in Italien weit über die Parteigrenzen der Linken hinaus zu einem Richtpunkt fortschrittlicher Kultur wurde. Seit langem schon herzkrank, starb er in Brüssel, wo er an einem Arbeitstreffen der Friedensbewegung teilnahm, um im kommenden Jahr die Protestaktionen gegen die Raketenstationierung in Comiso (Sizilien) mit vorzubereiten. Hierzulande war das alles den Feuilletonisten kaum eine Zeile wert.

»Die Apokalypse kann sofort und überall beginnen. Man muß an das Absurde glauben, jede Begegnung des Friedens vorantreiben« — das waren die Stichworte, die er seinem Beitrag in Brüssel voranstellen wollte. Die italienischen Kommunisten, aber nicht nur sie, die italienische Linke, auch sie nicht allein, die westliche Linke in einem viel breiteren Sinne verliert in Lucio Lombardo Radice einen ihrer überzeugendsten Eurokommunisten der ersten Stunde. Geprägt vom Marxismus der Dritten Internationale, jenem der Schule Togliattis zunächst mehr noch als vom Denken Gramscis, scheint mir der Kern seiner politischen Arbeit darin zu liegen, daß er mit der ganzen Vitalität, die ihn auszeichnete, auf die Überwindung geistiger Barrieren zwischen seiner Partei und ihrem Erbe, der Arbeiterbewegung und der modernen Kultur drängte. Und immer wieder machte er deutlich, daß dies kein einseitiger Vorgang, kein Lernprozeß nur der anderen sein kann; produktiv macht ihn erst das Moment der Selbstkritik, sowenig es die eigenen Ursprünge verleugnet oder preisgibt. Als Beispiele solcher Denkhaltung sei auf seine Reflexionen über Marxismus und Christentum schon in den fünfziger Jahren, sein entschlossenes Eintreten für Andersdenkende in den sozialistischen Staaten, von der DDR bis zur Sowjetunion, oder seine Beiträge zur Formulierung des »Dritten Weges« als Leitkonzept der heutigen KPI verwiesen.

Lucio, wie ihn seine engeren und weiteren Freunde erlebten, war kein systematischer und schon gar kein pedantischer Marxist. Er liebte die kurze, provozierende Formel, den Ausbruch in das Gelände der Phantasie und der Poesie und verlor seinen Ausgangspunkt doch nicht aus dem Auge. Als Mathematiker und Naturwissenschaftler fand er es unnötig, wissenschaftlichen Scharfsinn auf dem Gebiet der sozialistischen Theorie vorzuführen. Um so wichtiger ist ihm der Denkanstoß, vielleicht auch die Überlistung träge gewordener Traditionen, indem es ihm bisweilen schon im Titel seiner Arbeiten gelingt, das Ergebnis seiner Überlegungen in eine stutzig machende, zum Stolpern und Weiterdenken verleitende Form zu bringen. »Ein zu erfindender Sozialismus« — lautet der Titel und die Lektion eines seiner Bücher aus den letzten Jahren, in dem es ihm um die Vertiefung des »Dritten Weges« geht. Oder vor der Sozialistischen Jugendinternationale fragte er scheinbar naiv: »Wem gehört Otto Bauer?« Um dann als Eurokommunist mit eben der Selbstverständlichkeit auf Gedanken der Austromarxisten Bezug zu nehmen, die er umgekehrt Sozialdemokraten und Sozialisten im Umgang mit Gramsci vorschlägt. 1981 veröffentlicht er ein Buch über mathematische Probleme des »Unendlichen«; er widmet es seiner Frau »in endlicher, aber immer noch wachsender Liebe« und fügt dann handschriftlich als heimliches Motto ein Goethe-Zitat hinzu: »Wer ins Unendliche will schreiten, gehe ins Endliche nach allen Seiten«. — Die westliche Linke ist ohne ihn ärmer, aber sie verdankt ihm ein unentbehrliches Vorbild.

Detlev Albers

Klaus R. Scherpe

»Beziehung« und nicht »Ableitung«

Methodische Überlegungen zu einer Literaturgeschichte im sozialen Zusammenhang (am Beispiel der Nachkriegsliteratur)*

Literaturgeschichte wurde in Deutschland als Bildungs- und Erziehungsgeschichte verstanden. Ausgebildet wurde der innere, dann der nationale Charakter, der reine und der wehrhafte Geist, die soziale Identität, das politische Bewußtsein. Literaturgeschichtsschreibung ist als Legitimationswissenschaft besonders geeignet, da ihr Gegenstand, die Literatur, zwei gesellschaftliche Qualifikationen mit sich führt, die andere ideologische Praxen in unserer Gesellschaft in gleicher Weise nicht artikulieren konnten und können: zum einen ihre Auszeichnung durch die ihr eigene Ambiguität, ihre Nicht-Eindeutigkeit, wie man früher sagte, oder ihre »Überdeterminiertheit«¹, wie man heute sagen könnte; zum anderen eine Auszeichnung nach dem ihr zugeschriebenen Sozialprestige als Bildungsgut, was übrigens für die 'reine' wie für die engagierte Literatur gilt.

Die vielfachen methodologischen Probleme der Literaturgeschichtsschreibung, insbesondere der Problemerkatalog einer Literaturgeschichte als Sozialgeschichte (Vermittlungsproblem, Periodisierungsproblem, Wertungsproblem und Darstellungsproblem) sind durch die genannte doppelte Qualifizierung des Gegenstandes Literatur vorprogrammiert. Der gesellschaftliche Charakter der Literaturgeschichtsschreibung, Literaturgeschichtsschreibung als gesellschaftliche Institution, gilt als unbedenklich, ja als so gewiß, daß die Verlagsarchitekten der neuesten Literaturgeschichten das Risiko nicht scheuen, womöglich aufwendige Spekulationsruinen (wie man in Berlin sagt) zu errichten. Unsicherheit entsteht von innen heraus, wenn die vielen fachkompetenten Innenarchitekten der Literaturwissenschaft daran gehen, das repräsentative Gebäude auszustatten und bei der Arbeit das Fundament beschwören, daß es halten möge.

Ich möchte mit wenigen Bemerkungen den immer problematischeren Fundamentalismus der Literaturgeschichtsschreibung, ihren Essentialismus und Zentralismus, diskutieren (die 'Fundierungsproblematik'). Wenn weiterhin gilt, daß die Arbeit an der Literaturgeschichte im Horizont der Gegenwart geleistet wird, so ist die Komplexität des gegenwärtigen Gesellschaftsprozesses, die nicht einfach ein Organon der Geschichte preisgibt, anzusprechen. Mit meinen eher destruktiven Überlegungen hoffe ich, einige Argumente freizusetzen, mit denen die im Wissenschaftsprozess institutionalisierten Probleme der Literaturgeschichtsschreibung ein wenig bewegt werden können. Mein konkreter Bezugspunkt ist die Frage nach der theoretischen Möglichkeit einer Literaturgeschichtsschreibung der unmittelbaren Nachkriegszeit 1945 bis 1949. Meine gesellschaftstheoretischen Bezugspunkte, die ich hier nicht ausformulieren

* Vortrag, gehalten auf dem Germanistentag »Sprache und Literatur im historischen Prozeß«.
Oktober 1982. Die Arbeit am Material der Nachkriegsliteratur wurde gefördert durch ein Stipendium der Stiftung Volkswagenwerk.

kann, finde ich in den aktuellen Versuchen, das traditionelle, an der hegeli-
schen Marxlektüre geschulte dialektische Denken strukturalistisch und sys-
temtheoretisch zu transformieren. Ohne Referenz bleiben die stets nützlichen
soziologischen Feldstudien und Archivarbeiten an einer Sozialgeschichte der
Literatur, die ihren wissenschaftstheoretischen Standort wie stets als »unideo-
logisch« kennzeichnen oder einfach das Flair eines Posthistorismus um sich
verbreiten.

Der fundamentalistische Zug der jüngsten Literaturgeschichtsschreibung
und ihrer Reflexion wurde am deutlichsten im emphatischen Bekenntnis zur
»Als«-Wissenschaft: Literaturgeschichte als Sozialgeschichte, als Rezeptions-,
Kommunikations- und Funktionsgeschichte der Literatur. Dahinter stehen
zweifellos Legitimationsprobleme des wissenschaftlichen Subjekts, die Ab-
sicht, nach dem vielfachen »Hinterfragen« der traditionellen Geistes- und In-
terpretationswissenschaft Hintergrund zu gewinnen für das eigene Wissen-
schaftskonzept. Festgeschrieben ist dies in den Vorworten einiger der jetzt vorge-
legten Literaturgeschichten: Es geht um die Wechselwirkung von Literatur
und Gesellschaft (Berg u.a. 1981, 1), um eine Relation zwischen »Ich-Ge-
schichte« und »Realgeschichte« (Glaser 1980, 11). Begleitend wird auf die zu
erwartenden Vorurteile gegenüber diesem Konzept hingewiesen, ohne daß auf
den berechtigten Anlaß der Kritik, die *Konstruktion einer Synthese*, in der sich
die gesellschaftlich angereicherte Literaturgeschichte »aufgehoben« wissen
möchte, methodisch zureichend eingegangen wird. Im Grunde verfährt die als
Sozialgeschichte renovierte Literaturgeschichte monologisch und nicht dialo-
gisch. Die Gesellschaftsentwicklung wird ebenso monologisch als Totalität ge-
dacht wie die Literaturentwicklung noch immer organizistisch vom klassischen
Werkbegriff aus monologisch konzipiert und erst dann differenziert wird. Ist
derart ein doppelter Essentialismus ins literaturgeschichtliche Werk gesetzt, so
stellt sich aus dieser Konstellation heraus das methodische Problem der soge-
nannten »Vermittlung« zwischen Literatur und Gesellschaft allerdings als un-
lösbar.

Der Bruch mit diesem Essentialismus, der das »Vermittlungsproblem« aller-
erst hervorbringt, ist *dann* vollzogen, wenn eine Gesellschaftstheorie praktika-
bel wird, die es nahelegt, die Vorstellung homogener Vermittlungsbereiche von
Literatur und Gesellschaft zu verabschieden. Die in aller Schärfe sichtbare He-
terogenität von Literatur und Gesellschaft ist dann in Teilkomplexen zu konzi-
pieren und strukturell aufeinander zu beziehen. Rolf Grimminger annouciert
diese Möglichkeit, wenn er für die Literaturgeschichte des 18. Jahrhunderts
verschiedene Komplexe eines »tätigen« gesellschaftlichen Bewußtseins an-
nimmt und über dieses »endliche« Bewußtsein in der literarischen Tätigkeit der
Realitätsbewältigung die Beziehungen zur »lebensweltlichen Praxis« herstellt
(Grimminger 1980, 7). Damit ist erkannt und anerkannt, daß die 'literarische
Wirklichkeit' in dem Sinne »überdeterminiert« ist, daß sie (als schon vielfach
gedeutete) in der literarischen Struktur auf besondere Weise noch einmal mit
Bedeutungen versehen wird, daß die gesellschaftlichen Widersprüche in der Li-
teratur eine andere Form und einen anderen Sinn annehmen können. Die Lite-
raturgeschichte hätte dann den *sozialen* Sinn in den Beziehungen zwischen den

verschiedenen Bedeutungskomplexen, aus denen heraus sich Literatur als ein qualifizierter Bedeutungskomplex konstituiert, zu rekonstruieren. Jörn Garber hat gegen dieses Verfahren geltend gemacht, daß hiermit Gesellschaftsgeschichte in Bewußtseinsgeschichte aufgelöst würde und das Konzept in eine politisierte Geistesgeschichte zurückfallen könnte. Wird jedoch »Bewußtsein« oder »Ideologie« in der Dimension von praktischer Bedeutung und Wirksamkeit, als eine die Gesellschaft durchdringende Artikulation aufgefaßt (also nicht als abgehobene Geistesstätigkeit oder, in der ideologiekritischen Variante, einfach als »falsches Bewußtsein«), so ist Garbers methodische Konsequenz nicht zwangsläufig.

Gegen das einfache Ableitungsdenken richtet sich auch Voßkamps systemtheoretischer Ansatz einer Funktionsgeschichte der Literatur. Die literarische Struktur und die dominanten Kommunikationsstrukturen in der Gesellschaft sind zueinander ins Verhältnis zu setzen. Als Beziehungsfaktoren sollen die literarischen Gattungen gelten, die als »möglichkeitsreiche Selektionen« aus der literarischen und sozialen Realität und als »historische Bedürfnissynthesen« aufgefaßt und *als solche* zu Ordnungsfaktoren der Literaturgeschichtsschreibung ernannt werden (Voßkamp 1977, 27). Gegen diesen Ansatz hat z.B. Heinz-Dieter Weber eingewandt, daß die subjektiven Geltungsansprüche der Literatur funktionalistisch eliminiert würden (Weber 1981). Der Einwand an die Adresse der Systemtheorie hat sicher seine Berechtigung, insofern diese dazu neigt, die *ihrer Analyse* zugänglichen Kommunikationsstrukturen der Gesellschaft insgesamt von subjektiven bzw. intersubjektiven Geltungsansprüchen zu reinigen, und ihnen somit eine eigene historische Dynamik zu bestreiten (Habermas/Luhmann 1971). Auch hier wäre weiter zu fragen, ob die Sittierung des historischen Aktionsmomentes als Konsequenz der systemtheoretischen Analyse eine zwangsläufige Konsequenz ist. Eine Literaturgeschichte, die angesichts der gesellschaftlichen und literarischen Komplexität das einfache *Ableitungsdenken* durch ein komplexeres *Beziehungsdenken* ersetzt, stellt sich implizit die Aufgabe, die historische *Handlungsdynamik* in den Strukturen und zwischen den Strukturen aufzusuchen, andernfalls wäre sie ohne *historischen* Sinn und würde sich als Literaturgeschichtsschreibung selber eliminieren.

Unausweichlich ist die Historisierung des historischen Wissens, womit Auffassungen der Literaturgeschichte als Bildungsgeschichte, die geschichtsphilosophische Imagination eines reineren Ursprungs und Wesens und eines glücklich zu vollendenden Emanzipationsprozesses immer weiter zermürbt werden. »Literaturgeschichte ist Beziehungssinn«, behauptet Uwe Japp in seinem Versuch zu einer theoretischen Konzeption der Literaturgeschichte (Japp 1980, 13). Damit ist zumindest der Ausgangspunkt benannt: die Dominanz eines diskursiven über das essentialistische Denken. Die festgefügte Literaturgeschichte, die — oft ohne es zu wissen — längst ihr Telos, ihren Status als Organon und Bildungsinstanz verloren hat oder nurmehr idealistisch behaupten kann, ist sozusagen ins Stadium des Experiments zu versetzen, um ihren eigenen möglichen Grundriß zu erkennen. Daß dies ein materialistischer Grundriß sein müßte, ist nicht zu behaupten, sondern zu erproben. Dazu einige problem-

orientierte, an den Problemen der Literaturgeschichtsschreibung orientierte Überlegungen.

Das Beziehungsdenken setzt gegenüber dem Ableitungsdenken an die Stelle des individuellen und kollektiven Subjekts eine komplexe Struktur von Subjekt-Elementen, gegen die Einheitssuche steht die Differenzbestimmung, gegen die Zentrierung auf den Identitäts- und den Entfremdungsbegriff werden Momente des Nicht-Identischen gesetzt, dem Motiv der »Rettung« von Geschichte (des Subjekts in der Geschichte) tritt das ihrer Konstitution gegenüber. In der Sprache Althusser's, der den hermeneutisch angeleiteten Marxismus durch eine strukturalistische Marx-Lektüre ersetzt: »An die Stelle eines ideologischen Mythos von einer Philosophie des Ursprungs und ihren organischen Begriffen setzt der Marxismus im Prinzip die Anerkennung der Gegebenheit der komplexen Struktur, die sowohl die Entwicklung des Gegenstandes beherrscht als auch die Entwicklung der theoretischen Praxis, die seine Erkenntnis produziert.« (Althusser 1965, 143) Ernesto Laclau, der Althusser's Ansatz in gewisser Weise radikalisiert, indem er auch die Dominante des »Ökonomischen« der Dynamik der Dezentrierung und der Konstitution unterwirft, verdeutlicht auch dem Nicht-Marxisten, daß diese Ausweitung des Diskurs- und Sinnfeldes keine strukturalistische Spielerei, sondern Bestandteil einer neuen sozialen Realität in den kapitalistischen Ländern ist: Gemeint sind die neuen Realitäten ideologischer und nicht nur ökonomischer Herrschaft und das Auftauchen neuer sozialer und politischer Subjekte (vgl. Laclau 1982). Unter diesem Realitätsdruck tritt an die Stelle des von Hegel ausgehenden geschichtsphilosophischen Allgemein- und Universalendens (in enger Fühlungnahme übrigens zu Foucault's Diskursanalyse²) die historische Analyse der Singularität und der differentiellen Beziehung verschiedener ideologischer Praxen, von denen die Literaturgeschichtsschreibung eine ist.

Beachten wir bei den Problemstellungen der Literaturgeschichte diesen gesellschaftstheoretischen Grundriß, insbesondere die Dezentrierung der Totalitätskategorie, so ergeben sich, etwas kurz geschlossen, neue Fragestellungen, z.B. für den Problemkomplex von Kontinuität und Diskontinuität, für das notorische Periodisierungsproblem. In der Kritik der historisch-dialektischen Vernunft hat Baumgartner (1972)³ (auch Blumenberg [Blumenberg 1966, 35]) schon längst auf die Problematik einer idealistisch überhöhten Kontinuitätssubstanz aufmerksam gemacht. Materialistisches Geschichtsdenken ist schlecht beraten, wenn es darauf mit der Faszination durch das »wilde Denken« und eine emphatische Auszeichnung von Brüchen und Diskontinuitäten antwortet. Die Literaturgeschichtsschreibung könnte der Faszination einiger ihrer literarischen Gegenstände erliegen und die ästhetische Erfahrung der Grenzüberschreitung, der produktiven Destruktion und des Choks zum Anlaß nehmen, die Literaturgeschichtsschreibung zu ästhetisieren. Ist jedoch die *historische* Erfahrung, daß der »Zeitlichkeit« ein homogener Charakter nicht einfach zuzuschreiben ist, die Voraussetzung, kann — wie in der Geschichts- und Literaturgeschichtsschreibung der französischen »Annales« (vgl. z.B. Braudel 1980) — Einigung darüber erzielt werden, daß die »Tatsachen« nicht nur unterschiedlichen Zeiten zuzuordnen sind, sondern die Einheit des Objekts

»Tatsache« selber zur Debatte steht, so wäre die dialektische (und oft nur dualistisch-gegensätzliche) Relationierung von Kontinuität und Diskontinuität in ein dynamisches Gefüge ideologischer Praxen zu transformieren in ein Beziehungssystem, das überwiegend durch zeitliche und räumliche *Differenz*bestimmungen (und nicht durch die Einheit im Mannigfaltigen) konstituiert ist. Perioden wären eher, um einen Ausdruck Althusser's zu gebrauchen, als »Spaltungen des *existierenden* Einheitlichen« (Althusser 1965, 158) aufzufassen (und nicht als Abschnitte eines vorgegebenen Ganzen der historischen Entwicklung). Um einen neuen Substantialismus zu vermeiden, aber dennoch an einer materialistischen Grundlegung weiterzuarbeiten, wären zunächst Dominanzen im real existierenden sozialen Zusammenhang zu ermitteln. Die historische Kenntlichkeit derartiger Dominanzen wäre in den verschiedenartigen Konflikt- und Krisenkonstellationen der kapitalistisch modernisierten Gesellschaft zu gewinnen. Für ein *literarhistorisches* Perioden- und Epochenkonzept wäre die strukturelle Lagerung der literarischen Praxis als nicht homogene ideologische Praxis herauszuarbeiten, und zwar nach den spezifischen Modalitäten der literarischen Bedeutungskonstitution im Verhältnis (nicht einfach im Begründungsverhältnis) zu anderen praktischen Diskursen in der Gesellschaft.

Damit komme ich zu einem zweiten Problemkomplex der Literaturgeschichte, dem von mir in Kürze so genannten Werk- und Wertungsproblem. Auch hier nur einige vorläufige Argumente. Es ist bekannt, daß die Literaturgeschichte unter dem Vorsatz der sozialgeschichtlichen Fundierung oft unkontrolliert in sozialhistorische Feldstudien und Werkanalysen im traditionellen Sinne auseinanderfällt: ein immanenter Beleg für das auswegslose Ableitungsdenken. Im Werkbegriff ist nach wie vor die allein wertvolle Identität des Subjekts, die Wertschätzung seiner ästhetischen und moralischen Sinnstiftung verbürgt. Allein schon das literaturgeschichtliche Wissen über die Wirksamkeit der »historischen Avantgardebewegungen« (Bürger 1974) seit mindestens 100 Jahren hätte dafür bürgen können, daß mit der Dissoziation des organizistischen Werkbegriffs und des emphatischen Subjektbegriffs die Persönlichkeitsansprüche von Autor und Leser keineswegs der Zwangskollektivierung oder Funktionalisierung anspruchslos unterliegen müssen. Die Fiktion der Werktotalität (der historischen Einheit des Textes) ist durch die Realität der literarischen Produktion zu substituieren, insofern in ihr fiktionale Effekte produziert werden, die nie mit der Bedingtheit und der Begrenztheit des Werkes identifizierbar sind. Der literarische Text ist zwar, so läßt sich mit Balibar und Macherey sagen, ideologisch determiniert durch das Wirklichkeitsmaterial, das — als bereits gesellschaftlich bedeutsam strukturiert — aufgenommen und selektiert wird. Das Bedeutende des literarischen Werkes ist aber nicht darin zu sehen, daß es ideologisch formierte Bedeutungen aufnimmt und 'repräsentiert', sondern erst *darin*, daß es die aufgenommenen Bedeutungen auf besondere Weise neu konstituiert, und zwar im Sinne einer »imaginären Lösung der ideologischen Widersprüche« (Balibar/Macherey 1974, 211). Wird der organizistische Werkbegriff derart transformiert, d.h. geöffnet für ein Verständnis als »dynamische Struktur«, so sehe ich die Möglichkeit, in der Literaturgeschichte die Werke, Werk Tendenzen und -rei-

hen anders als bisher ins Verhältnis zu setzen zu den übrigen ideologischen Praxen der Gesellschaft. Das Werk wäre nicht mehr die einzigartige Appellationsinstanz des Literaturhistorikers in seiner semantischen und sozialen Dignität, sondern ein einzigartiges Referendum für die ideologischen Widersprüche, die in ihm — in ein imaginäres Projekt transformiert — zur Geltung kommen. Auf der Ebene von Sprache und Stil müßte eine literarhistorische Kontextanalyse die Sinnkomplexe kenntlich machen und differenzieren, die, *einerseits*, mit den übrigen praktischen Diskursen der Gesellschaft verzahnt sind, und, *andererseits*, die spezifisch fiktionalen und darin ideologischen Effekte des literarischen Textes als imaginäre Lösungen hervorbringen. Daß diese literaturtheoretische Projektion utopische Züge hat im Hinblick auf die literarhistorische Darstellbarkeit, ist nicht zu bestreiten. Dennoch sollte der literaturgeschichtliche Pragmatismus das theoretische Experiment mit den Bestandteilen der Literaturgeschichte nicht verbieten.

Auf das Problem der literarhistorischen *Darstellbarkeit* kann ich nur fragmentarisch eingehen. Hier scheinen sich unüberwindbare Schwierigkeiten aufzutürmen. Die Gesellschaftstheoreme, auf die ich mich beziehe — Althusser's strukturalistische Lektüre des »Kapitals«, vermittelt die Diskursanalyse und, was ich gerne noch kenntlich gemacht hätte, Habermas' auf den neuesten Stand gebrachte Theorie des kommunikativen Handelns —, diese Theorien und Theoreme sind allesamt sprachanalytisch besetzt. Die Neubewertung der Sprache in der Analyse und Erklärung sozialer Prozesse kann nicht ohne Auswirkung bleiben auf das literarhistorische Projekt. Daß in der sprachlichen Kommunikation einerseits, wenn man Habermas folgt, die rationalen Kernbestandteile aufgedeckt werden, die gesellschaftliches Handeln ermöglichen, andererseits die Sprachanalyse die aus dem Unbewußten gespeisten Latenzstrukturen einkreist, die insbesondere in literarischen Texten die fiktionalen Effekte hervorbringen, kann vorerst nur als zusätzliche Problemlast der Literaturgeschichte kenntlich gemacht werden. Die Literaturgeschichtsschreibung wird gerade dann, wenn sie den »Beziehungssinn« zu ihrem Geschäft macht und dabei nicht in der unendlichen Kumulation der Beziehungen ertrinken will, auf Dominanzen in der intersubjektiven Verständigung rekurrieren, die eine rationale Referenz ermöglichen. Andernfalls würde sie sich schreib- und handlungsunfähig machen.

Ein anderes Schreibproblem und zugleich Existenzproblem der Literaturgeschichte ist mit der scheinbar unverrückbaren Chronik der Ereignisse, mit der scheinbar unveränderbaren Vorstellung gegeben, daß allein über die *narratio* historischer Sinn vermittelt wird.⁴ Rein theoretisch betrachtet, erweist die Literaturgeschichtsschreibung allemal ihren Traditionalismus gegenüber dem literarischen Avantgardebewußtsein, wie auch gegenüber den diskursiv ausgerichteten Gesellschaftsanalysen, wenn sie evolutionär verfährt nach der Reihe der Werke und der Folge der Ideen. Das Beziehungsdenken in der Literaturgeschichtsschreibung müßte — so könnte man meinen — das Prinzip der narrativen Chronik zerbrechen, zumindest partialisieren, und die Diachronie neu konstituieren nach dem Prinzip der Montage. Ob hiermit nur einer neuen Ästhetisierung der Literaturgeschichtsschreibung Vorschub geleistet würde

oder eine neue Erkenntnisform des als dynamische Struktur begriffenen literarhistorischen Prozesses zu gewinnen wäre, sollte als Fragestellung zumindest offengehalten werden. Vorerst wäre nur auf *ein* Experiment der wissenschaftstheoretischen Geschichtsschreibung in Montageform zu verweisen: Oskar Negts und Alexander Kluges Geschichte der menschlichen Arbeitskraft unter dem Titel »Geschichte und Eigensinn«.

* * *

Mein literarhistorisches Übungsfeld einer experimentellen Literaturgeschichte ist die Konstitution der Literatur in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Im Selbstverständnis der Autoren der ersten Nachkriegsjahre dominiert das Bewußtsein, in einer »Zwischenzeit« zu leben. Aufschlußreich sind die metaphorischen Umschreibungen der eigenen Zeitlichkeit. Von »Vakuum« und von »Quarantäne« ist die Rede, man fühlt sich »unbehaust« in einem »Niemandland«, als »die Geschlagenen« nach dem »Zusammenbruch« in einem Zustand der »Gesellschaftslosigkeit« (Scherpe 1982). Diese metaphorische Rede der zeitgenössischen Autoren ist auflösbar in eine metonymische Struktur: die metaphorische Vorstellung der Leere verweist auf den Verlust des Ganzen: einen Mangel an verbindlicher Wertorientierung (»Die Ideologien haben abgewirtschaftet!«) und sozialer Identität (»Es gibt keine Klassen mehr!«), den Verlust der autoritären Vaterschaft des faschistischen Staates. Allein schon diese Möglichkeit der Differenzierung der dominanten zeitgeschichtlichen »Mentalität« verweist auf die Notwendigkeit, zu ihrer Erklärung verschiedene Realitätskomplexe der Nachkriegszeit miteinander in Beziehung zu setzen. In jedem dieser Komplexe ist wiederum eine dominante Struktur der Dezentrierung feststellbar: z.B. die Dissoziation der Lebenswirklichkeit in Privatisierung/Personalisierung des Alltags contra Administration und Obrigkeit der Besatzungsregime, Dissoziation der politischen Öffentlichkeit in Eigeninitiative (»Robinsonmentalität«) contra Organisation (in Parteien, Gewerkschaften, Kirchen usw.). Im Bereich der vielfältigen literarischen Tätigkeiten ist die insgesamt feststellbare Struktur der Dissoziation präsent, und zwar nicht im Sinne einer fiktionalen Verarbeitung der Widersprüche, sondern vorzugsweise im Bemühen um stabilisierende Integration. Eine Flut weltanschaulicher Deutungsmuster im Namen einer neuen 'Ganzheit' (die allerdings zumeist die alte ist) durchsetzt die literarische Produktion: Existentialismus, neue Religiosität, »Freier Sozialismus« usw. Unbewältigt ist die Zerstörung des Mythos der »ganzen Welt« durch den Faschismus. Im technisch und funktional 'modern' entwickelten Faschismus wurde dieser Mythos zerschlagen, indem er ideologisch praktiziert wurde. Die Literatur der Nachkriegszeit kann keine 'Lösungen' dieses Widerspruchs imaginieren. Sie gelangt nicht über gegensätzliche Appelle hinaus. Nebeneinander steht der Appell zur Sinnstiftung und das Bekenntnis zur Nüchternheit. Die dominante Formel vom »magischen Realismus« ist Ausdruck der widersprüchlichen literarhistorischen Konstellation.

Ist diese widersprüchliche Strukturierung in den verschiedenen ideologischen Praxen der Nachkriegsgesellschaft allein schon aus dem Quellenmaterial der literarisch-publizistischen Tätigkeit zu erheben, so wird der Periodisierungsstreit über diesen Zeitraum unter dem viel bewegten Schlagwort der

»Nullpunktdiskussion« gegenstandslos.⁵ Es gibt kein 'Entweder — Oder'. Diese Debatte wurde hauptsächlich als Legitimationsdebatte geführt. Über Kontinuität oder Diskontinuität wurde je nach Interessenlage unter dem politischen Reizwort der »Vergangenheitsbewältigung« ad personam entschieden oder aber zugunsten bzw. Ungunsten von Autorengruppen (»Die junge Generation«) oder von Geistes- und Lebenshaltungen (z.B. Kontinuität der »Inneren Emigration« oder des Existentialismus⁶). Das für die historische Realität der Zeit sinnlose Aneinandermessen von zweierlei ideologisch aufgeladenen Essentialismen (Kontinuität/Diskontinuität) wurde bislang allein von Bernd Hüppauf überzeugend kritisiert und ansatzweise in ein Strukturmodell transformiert, das die literarhistorische Realität der Nachkriegsperiode aus dem kommunikativen Zusammenhang traditioneller, gegenwärtiger und projektiver Sinnkomplexe erklärt. Ob allerdings die in der Differenzbestimmung von Zusammenbruch und Aufbruch, abstrakter Projektion/Retrospektion einerseits und entleerter Daseinsfülle der Gegenwart andererseits immobile Nachkriegsliteratur mit dem bekannten Krisenbegriff (Hüppauf spricht widersinnig von einer »Krise ohne Wandel«) erfaßt werden kann, sei dahingestellt. Die mit der Währungsreform von 1948 verstärkte einsetzende kapitalistische Modernisierung des Gesellschaftssystems setzt der »Zwischenzeit« in jedem Fall die Grenze.

Die literarhistorische Problemstellung von Werk und Wertung scheint mir für die Nachkriegsperiode einfach auflösbar, und zwar aus historischem Grund. Zum einen ist es ein Zeichen der Zeit, daß der »Werk«-Charakter der Literatur nicht zur Geltung kommt: Reportage und Kurzgeschichte liegen eng beieinander, künstlerische und publizistische Tätigkeit sind miteinander verschränkt. Michael Kretschmer (1979) hat nachgewiesen, daß der Schöpfungsmythos des Dichters (Künder und Deuter in schwerer Zeit) von der literarischen Publizistik ebenso emphatisch in Anspruch genommen wurde. Es ist die Zeit der Zeitschriftenliteratur. Institutionelle Faktoren (Lizenzierung, Regionalisierung, Entnazifizierung) bestimmen unmittelbarer als in Zeiten »normaler« Verkehrsformen die Literatur. Das »große Werk« existiert eigentlich nur als Wunschvorstellung: in den geheimen Schubfächern der nach Innen emigrierten Dichter (die sich dann aber als leer erweisen) oder in der epigonalen Vergewisserung einer vergangenen kulturellen Substanz vorzugsweise des 'poetischen Realismus' des 19. Jahrhunderts. »Heilung durch Zitate« ist ein Kennwort der Zeit. Versuche zur »großen« Literatur scheitern an der Diskrepanz zwischen leerer Abstraktion und konkreter Fülle, am deutlichsten in der ausufernden utopistischen Romanliteratur.⁷ Hermann Kasacks »Die Stadt hinter dem Strom« ist das bekannteste Beispiel. Der Mangel an produktiver, realitätswirksamer Imagination wird kommentiert durch eine unermüdliche literaturprogrammatische Streitbarkeit: »Kahlschlag« contra »Kalligraphie«. Wenn, wie vielfach zu lesen, erst Günter Grass' Erfolgsroman »Die Blechtrommel« als Meisterwerk die Nachkriegsmisere der deutschen Literatur beendet, dann ist es wohl naheliegend, die Nachkriegsliteratur historisch anders zu strukturieren als nach dem gewohnten Werk-Wertungs-Schematismus.

Entwicklungslinien in die 50er Jahre wären zu finden nach den dominanten,

ideologisch manifesten Schreibpraktiken der Autoren. »Nonkonformismus« ist nicht nur ein weltanschauliches Prädikat, sondern eine literarische Praxis des Stils, der Fiktion und der ästhetischen Reflexion in Auseinandersetzung mit den in ihrer Konformität dennoch außerordentlich vielfältigen Praxen der Nachkriegsgesellschaft. Eine Literaturgeschichte der Nachkriegszeit müßte selbstverständlich Arno Schmidts »Leviathan« und Wolfgang Koeppens »Tauben im Gras« auszeichnen, aber nicht allein wegen ihrer in der Rückschau manifesten sozialen und ästhetischen Einzigartigkeit als Bildungsgut. Diese unverwechselbaren künstlerischen Artikulationen in Romanform müßten vielmehr in ihrer historischen *Konstituiertheit* als spezifische, die ideologischen Praxen der Gesellschaft überschreitende Kunstformen im Zusammenhang kenntlich gemacht werden, als »eigensinnige« effektive Bedeutungen sozusagen, die Ideologien distanzieren, indem sie fiktional mit ihnen arbeiten.

Gegenüber dem anleitenden Moment der Rekonstruktion der Nachkriegsliteratur wäre das der Konstitution als historischer Grundriß auf seine Tauglichkeit zu prüfen. In einer Literaturgeschichtsschreibung der Nachkriegszeit wäre der Versuch zu machen, die verschiedenen von mir hier nur cursorisch benannten Strukturelemente derart historisch zu analysieren, daß Stabilisierung und Dynamik des literarhistorischen Prozesses aus der Umschichtung, Verschiebung und Verdichtung der an der Konstitution von Literatur partizipierenden Strukturelemente evident würden. Das literarhistorische Telos wäre als im gesellschaftlichen Literaturprozeß konstituiert zu ermitteln und nicht als ontologische oder politisch interessierte Vorgabe. Im Sinne meines dissoziativen und nicht unifizierenden Verfahrens wäre dann wohl auch Abschied zu nehmen von einer wissenschaftstheoretischen Metaphorik, die uns alle birgt und entbirgt im Strom der Geschichte. Das metonymische Verfahren ist unerbittlich gegen die hermeneutische Besinnlichkeit und auch gegen ihre Applikationseuphorie. Nicht anders als eine Geschichts*montage* ist eine nicht-idealistische und nicht-identifikatorische, also eine nicht einfach vom individuellen oder kollektiven Subjekt abgeleitete Literaturgeschichte zu haben, schon gar nicht eine Darstellung der jüngeren deutschen Literaturgeschichte, die noch unmittelbar und unreflektiert als Legitimationspotential der neueren deutschen Bildungsgeschichte eingespannt ist.

Anmerkungen

- 1 Den von Louis Althusser (1965, 152) nach Vorgaben von Linguistik und Psychoanalyse geprägten Begriff hat vor allem Pierre Macherey (1974) für eine materialistische Literaturanalyse fruchtbar gemacht.
- 2 Michel Foucault beginnt seine »Archäologie des Wissens« (1981, 11) mit einer Reflexion des ganzheitlichen Epochenendens und leitet so die »Deplazierung und Transformation« der historischen Begrifflichkeit ein.
- 3 Besonders die fortlaufende Auseinandersetzung mit Habermas, die dem Buch die Linie gibt.
- 4 Das Problem hat auf interessante Weise schon Ernst Ribbat (1974, 175) auf dem Stuttgarter Germanistentag von 1972 diskutiert.
- 5 Jüngste Zusammenfassungen der Diskussion finden sich bei Bernd Hüppauf und David Roberts (1981, 7ff., 21ff.) und bei Wigand Lange (1982, 6ff.).
- 6 So die viel beachteten Beiträge von Hans Dieter Schäfer u.a. (1977).
- 7 Vgl. die Darstellung von Jost Hermand (1982).

Literaturverzeichnis

- Althusser, L., 1965: Für Marx. Frankfurt/M.
- Balibar, E., u. P. Macherey, 1974: Thesen zum materialistischen Verfahren. In: Alternative 98 Baumgarten, H.M., 1972: Kontinuität und Geschichte. Zur Kritik und Metakritik der historischen Vernunft. Frankfurt/M.
- Berg, J., H. Böhme u.a., 1981: Sozialgeschichte der deutschen Literatur von 1918 bis zur Gegenwart. Frankfurt/M.
- Blumenberg, H., 1966: Die Legitimation der Neuzeit. Frankfurt/M.
- Braudel, F., 1980: Civilisation matérielle, économie et capitalisme, 15e-18e siècle. 3 Bde. Paris
- Bürger, P., 1974: Theorie der Avantgarde. Frankfurt/M.
- Foucault, M., 1981: Archäologie des Wissens. Frankfurt/M.
- Garber, J., 1982: Literaturgeschichte als Sozialgeschichte. Methodenüberlegungen zu vier Literaturgeschichten des 18. Jh. In: *Das Argument* 134, 558f.
- Glaser, H.A. (Hrsg.), 1980: Deutsche Literatur. Eine Sozialgeschichte. Bd.5, Reinbek b. Hamburg.
- Grimminger, R. (Hrsg.), 1980: Hansers Sozialgeschichte der deutschen Literatur vom 16. Jh. bis zur Gegenwart. Bd.3: Deutsche Aufklärung. München, Wien
- Habermas, J., 1981: Theorie des kommunikativen Handelns. 2 Bde. Frankfurt/M.
- Habermas, J., u. N. Luhmann, 1971: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. Frankfurt/M.
- Hermand, J., 1982: Unbewältigte Vergangenheit. Westdeutsche Utopien nach 1945. In: Hermand, Peitsch, Scherpe (Hrsg.): Nachkriegsliteratur in Westdeutschland 1945-49. Berlin (= Literatur im Historischen Prozeß, N.F.3/Argument-Sonderband AS 83)
- Hüppauf, B., u. D. Roberts, 1981: »Die Mühen der Ebenen«. Kontinuität und Wandel in der deutschen Literatur und Gesellschaft 1945-49. Heidelberg
- Japp, U., 1980: Beziehungssinn. Ein Konzept der Literaturgeschichte. Frankfurt/M.
- Kretschmer, M., 1979: Die Dichterrolle als Reflexionsmedium literarischer Praxis in Deutschland 1945-50. In: *Poetica* 11, H.1/2, 207-232
- Laclau, E., 1981: Politik und Ideologie im Marxismus. Berlin
- Lange, W., 1982: Die Schaubühne als politische Umerziehungsanstalt betrachtet. Theater in den Westzonen. In: Hermand, Peitsch, Scherpe (Hrsg.): Nachkriegsliteratur
- Macherey, P., 1974: Zur Theorie der literarischen Produktion. Darmstadt, Neuwied
- Ribat, E., 1974: Epoche als Arbeitsbegriff der Literaturgeschichte. In: W. Müller-Seidel (Hrsg.): Historizität in Sprach- und Literaturwissenschaft. München
- Schäfer, H.D., 1982: Das gespaltene Bewußtsein. Über deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933-1945. München
- Scherpe, K.R., 1982: Erzwungener Alltag. Wahrgenommene und gedachte Wirklichkeit in der Reportageliteratur der Nachkriegszeit. In: Hermand, Peitsch, Scherpe (Hrsg.): Nachkriegsliteratur
- Voßkamp, W., 1977: Gattungen als literarisch-soziale Institutionen. Zu Problemen sozial- und funktionsgeschichtlich orientierter Gattungstheorie und -historie. In: W. Hinck (Hrsg.): Textsortenlehre — Gattungsgeschichte. Heidelberg
- Weber, H.-D., 1981: Literaturgeschichte als Sozialgeschichte? In: *Der Deutschunterricht*, 33, 1981, H.1, 68ff.

**ARGUMENT-
SONDERBAND
AS 96**

Die verborgene Frau

Sechs Beiträge zu einer feministischen
Literaturwissenschaft von
Inge Stephan und Sigrid Weigel
Literatur im historischen Prozeß 6
Argument-Sonderband AS 96
16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)

Von der »Grundfrage der Philosophie« zur Philosophie als »ideologischer Macht«*

I. Engels' drei Thesen über Philosophie

1. Engels' These von der »Grundfrage der Philosophie« ist begrifflich verknüpft mit zwei anderen Thesen über Philosophie, nämlich mit der These vom ideologischen Charakter der Philosophie und mit der These vom Ende der Philosophie.
2. Die »Grundfragen«-These ist nicht primär historisch.
3. Die drei erwähnten Thesen sind *thematischer* und *kritischer* Natur.
4. Sie behandeln den problematischen Sinn des »neuen Materialismus«.
5. Dieser problematische Sinn wird durch die drei Thesen mit dem bisherigen Sinn des Wortes »Materialismus« konfrontiert.
6. Die These von der »Grundfrage« versucht, den Wesensunterschied zwischen dem neuen Materialismus und der gesamten Philosophie im »bisherigen Sinn des Wortes« zu explizieren.
7. Die »Grundfrage« ist weder *die* Frage noch auch nur *eine* Frage des neuen Materialismus.
8. Sowohl »materialistische« als auch »idealistische« Antworten auf die Grundfrage konstituieren Philosophie im »bisherigen Sinn des Wortes«.
9. Im Sinne des neuen Materialismus sind sowohl »materialistische« als auch »idealistische« Antworten auf die »Grundfrage« *idealistisch* im *neuen* Sinn des Wortes.
10. In diesem neuen Sinn ist die »gesamte Philosophie« idealistisch.
11. In diesem neuen Sinn ist die »gesamte Philosophie« *ideologisch* und an ihrem Ende.
12. Der neue Materialismus benutzt nicht die »Produktionsweise« der »gesamten Philosophie«.
13. Er ist weder Reproduktion noch Wiederbelebung der »gesamten Philosophie«.
14. Die These von der »Grundfrage« stellt eine *negative Produktionsnorm* dar.
15. Sie als positive Norm zu nehmen heißt, die »gesamte Philosophie« als ein Element, eine Tendenz oder sogar als philosophisches System zu reproduzieren.
16. Die positive Verwirklichung der These von der »Grundfrage« besteht darin, die entgegengesetzte Position zu der »Grundfrage« einzunehmen.
17. Die »Grundfrage« ist ein Ausdruck für die *Kritik der »gesamten Philosophie«*, ihre »Produktionsweise«, ihr praktisches und ideologisches und »philosophisches« Selbstverständnis.
18. Die drei Thesen artikulieren die »Praxis« und »praktische Philosophie« der »gesamten Philosophie«, indem sie diese beziehen

* Beitrag zum Internationalen Seminar »Probleme der Ideologie-Forschung« (vgl. den Kongreßbericht in *Das Argument* 133/1982, 410ff.). Aus dem Englischen von W.F. Haug.

- A. auf die Einzelwissenschaften (Lyssenko-Problem)
- B. auf die (ändern?) ideologischen Staatsapparate (Althusser-Problem)
- C. auf die Alltagswelt und ihre vielseitige »Jedermannsphilosophie«, die »Folklore« der Philosophie (Gramsci-Problem).
19. Diese Kritik der »gesamten Philosophie« muß sich transformieren in die Kritik der »Alltagsphilosophie«.
20. Die *praktische Wurzel* der Grundfrage findet sich und wird reproduziert in der Alltagswelt und ihrer »Popularphilosophie«.
21. Gramsci wie Althusser haben auf ihre eignen und problematischen Weisen gezeigt, daß das Problem der Grundfrage *wirklich, wichtig und schwierig* ist.
22. Althusser's Thesen über die spontane Philosophie der Einzelwissenschaftler sind anregend und interessant. Man denke nur daran, wie er mit der angenommenen »allgemeinen Natur« der marxistischen Dialektik umgeht.
23. Mehr als jeder andere hat Gramsci den theoretischen, praktischen und politischen Sinn des »Grundfrage«-Problems gezeigt.
24. Gramsci hat uns geholfen zu sehen, daß »Philosophische Lehrbücher« pädagogisch wie theoretisch wichtig und schwierig sind.
25. Die marxistischen/marxistisch-leninistischen Lehrbücher sind in ihrem »materialistischen« Verständnis der Grundfrage »idealistisch« *im neuen* Sinn des Worts.
26. Die Auswirkungen dieses idealistischen Diskurses in den Einzelwissenschaften, der marxistischen Philosophie und Politik sind fehlerhaft, nutzlos oder sogar gefährlich.
27. In »Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie« schreibt Engels: »Die Frage nach dem Verhältnis des Denkens zum Sein, des Geistes zur Natur, die höchste Frage der gesamten Philosophie hat also, nicht minder als alle Religion, ihre Wurzel in den bornierten und unwissenden Vorstellungen des Wildheitszustands.« (MEW 21, 275)
28. Das Lehrbuch-Verständnis der Grundfrage hat mit seiner eignen »materialistischen« und »atheistischen« Praxis philosophisch in seiner eignen Instanz die mit der Theologie gemeinsame Wurzel reproduziert und mit seinen eignen Auswirkungen diese praktische Wurzel, den *Wildheitszustand der Menschheit* bewahrt.
29. Elemente und Tendenzen von Wildheit gibt es und werden reproduziert in verschiedenen Formen unserer praktisch-alltäglichen Welt.
30. Die alten wie neuen Formen dieser praktischen Wurzel aller Philosophie sind artikuliert in verschiedenen Formen von Alltagsphilosophie.
31. Diese Artikulationen sind jedoch nicht »idealistisch« oder »materialistisch«, »philosophisch« im »bisherigen Sinn des Worts«.
32. Eine religiöse Artikulation der Wurzel ist sehr oft »materialistisch« in dem Sinn, daß sie der »idealistischen« *Philosophie* im alten wie neuen Sinn entgegengesetzt ist.
33. Aber diese praktischen Artikulationen in unterschiedlichen Instanzen und Zeit-Logiken sind nicht von sich aus in spontaner Übereinstimmung oder Solidarität mit dem Materialismus im neuen Sinn des Worts.
34. Soweit ich sehe, hat Gramsci besser als irgendein anderer die philosophi-

schen, theoretischen, ideologischen, politischen etc. Dimensionen der Grundfrage verstanden.

35. In seiner Kritik an Bucharins *Gemeinverständlichem Lehrbuch* zeigt Gramsci, daß dieses Handbuch (wie so viele nach ihm) nicht populär im radikalen Sinn ist, was theoretische wie praktische Auswirkungen hat.

36. Gramsci schreibt: »Eine Arbeit wie das *Gemeinverständliche Lehrbuch* ... hätte von der kritischen Analyse der Philosophie des Alltagsverständes, der 'Philosophie der Nichtphilosophen', ausgehen müssen.« (Gramsci 1967, 205)

37. Die »Philosophie der Nichtphilosophen« begeht alle Kardinalsünden in den Augen der (alten) Philosophie: sie ist unsystematisch und nicht-identisch, sie ist im Konflikt mit sich selbst.

38. Aber sie beweist praktische Kraft: sie produziert »Verhaltensnormen«.

39. Vielleicht ist der reale Sinn von Philosophie pädagogisch. Die Frage aller Fragen könnte sein: *hilft diese* Philosophie bei der Produktion »rationaler«, »guter« und »schöner« »Verhaltensnormen«?

40. Kehrt Sokrates wieder in der »materialistischen«/»marxistischen« Diskussion?

41. Warum auch nicht? Was ist gegen Hebammen zu sagen?

II. Philosophie als ideologische Macht oder Über die ideologische(n) Dimension(en) der »bisherigen Philosophie«

II.1 *Das Problematische an Engels' Idee des Ideologischen*

1. In seinem »Ludwig Feuerbach ...« und in einigen seiner Briefe macht Engels außerordentlich interessante Bemerkungen und Hinweise, aber eben nur Bemerkungen und Hinweise, über sein Verständnis von Philosophie als Ideologie.

2. Auch sein Verständnis des Ideologiebegriffs oder vielmehr der Ideologiebegriff an sich ist problematisch.

3. Eines ist jedoch gewiß: Der Reichtum von Engels' Verwendungsweisen des Ideologiebegriffs sollte nicht auf folgende »Wesensbestimmung« reduziert werden: Ideologie ist eine Bewußtseinsform oder sogar Ideologie = notwendig falsches Bewußtsein.

4. Der Bewußtseinsbegriff ist nicht einmal der Schlüsselbegriff für Engels' implizite Konzeption des Ideologischen. Mit dem Bewußtseinsbegriff können wir noch nicht einmal anfangen, solche grundlegenden Formulierungen von Engels zu erläutern wie:

- »ideologische Mächte«
- »ideologische Gebiet«
- »ideologische Vorstellungen und durch diese Vorstellungen vermittelte Handlungen«
- »historische Ideologien«
- »ideologische Sphären« — etc. etc.

5. Das *Projekt Ideologietheorie (PIT)* hat auf jeden Fall gezeigt, daß diese Ausdrücke und vor allem ihre inneren Beziehungen (zuerst die Probleme von Identität — Unterschied — Widerspruch) erneuter Lektüre und Interpretation bedürfen.

II.2 Vier Thesen

über Engels' Verständnis des ideologischen Wesens der Philosophie

- a) Nach den ideologischen Dimensionen des Philosophischen zu fragen heißt, die Frage nach der gesamten Philosophie »im bisherigen Sinn des Worts« zu stellen.
- b) Diese Art von Fragen werden von der Kritik der gesamten Philosophie gestellt.
- c) Die Kritik der Philosophie untersucht genetisch den prähistorischen Ursprung der gesamten Philosophie.
- d) Die Philosophiekritik untersucht das Ende der gesamten Philosophie durch die Untersuchung ihres gesellschaftlichen Orts und ihrer Funktion als ideologischer Macht.

II.3 Die Begriffe »Gemeinschaft«, »Gesellschaft/Staat« und »gesellschaftliche Arbeitsteilung« als Schlüsselbegriffe für das Verständnis des Ideologischen in der Philosophie

1. In Teil I habe ich die Thesen a) und b) erörtert.
2. In der Hoffnung auf einen »Verfremdungseffekt« versuche ich, die Thesen c) und d) sehr *unphilosophisch* »im bisherigen Sinn des Worts« zu diskutieren.
3. Engels' eigem Beispiel folgend, unterscheide ich zunächst zwischen »vorgeschichtlicher Gemeinschaft« und »historischer Gesellschaft + Staat«.
4. Die These c) bezieht sich primär aber nicht nur auf die »prähistorische Gemeinschaft«. Noch heute werden in dem Komplex »Gesellschaft + Staat« verschiedene prähistorische Elemente und Tendenzen der Wildheit produziert und in unterschiedlichen Diskursen artikuliert.
5. These d) bezieht sich natürlich auf die »historische Gesellschaft + Staat«.
6. »Gesellschaft + Staat« bedeutet: »Teilung der Arbeit auf gesellschaftlichem Maßstab, ... Verselbständigung der Teilarbeiten gegeneinander« (MEW 37, 489).
7. Der Horizont der *Arbeitsteilung mit Verselbständigung der Teilarbeiten* (= AVT) ist genau der Horizont der Fragen nach Philosophie als einer ideologischen Macht, als eines ideologischen Gebiets, als einer ideologischen Form.
8. Unter demselben Gesichtspunkt der AVT beschreibt Engels auch die Philosophen als »historische Ideologen«.
9. Es ist verblüffend, wie wenig Aufmerksamkeit seine Nachfolger und Kritiker dieser programmatischen Idee geschenkt haben. Mit einigen elementaren und — wie ich hoffe — vorläufigen Notizen über Philosophen als »historische Ideologen« beende ich diese Thesen.

II.4. Philosophen als »historische Ideologen«

1. Mit dem Ausdruck »historischer Ideologe« bezeichnet Engels die *Subjekt-Form* von Philosophen im Horizont der »historischen Gesellschaft + Staat« und der AVT.
2. Er versucht ferner, die Subjekt-Form und das subjektive Selbstverständnis von Philosophen analytisch voneinander zu unterscheiden. Für gewöhnlich hat ein Philosoph als historischer Ideologe ein ahistorisches ideologisches Selbstverständnis.

3. In ihrem Selbstverständnis drücken sich die Philosophen aus als frei und unabhängig wie die biblischen Vögelin am Himmel. Aber wir wissen, wie es mit den »materiellen«, »sinnlichen« und »praktischen« Vögeln des realen Himmels ist. All ihre Aktivitäten und Zeit sind eng verbunden mit Nahrung und Leben/Tod.

4. Die Subjekt-Formen der »historischen Ideologen« organisieren und regulieren ihre ideologische Arbeit als *Teilarbeiten* des Komplexes »Gesellschaft + Staat«. Die »historischen Ideologen«, z.B. Philosophen, arbeiten als Intellektuelle im Staat (der ersten ideologischen Macht) oder in irgendeiner mit dem Staat verknüpften ideologischen Institution. (Es ist nicht einzusehen, warum Engels in den Diskussionen um Gramsci und Althusser vernachlässigt wird.)

5. Ich betone noch einmal, daß Engels versucht, auch Philosophen als historische Ideologen zu begreifen. Dies bedeutet: er verstand philosophische Tätigkeit als spezifische Form intellektueller Arbeit mit ihrem eignen Material und in ihren eignen Institutionen vom Horizont anderer ideologischer Institutionen und AVT und Staat/Gesellschaft. Der Schlüsselbegriff »historischer Ideolog« ist seinem Wesen nach antireduktionistisch (gegen »Ökonomismus« und »Klassenreduktionismus«), und er richtet sich gegen die Vorstellung »Ideologie = Bewußtsein«.

6. Dies bedeutet, daß auch Engels' Verständnis vom Selbstverständnis des Philosophen antireduktionistisch ist. Er gebraucht sogar den stärksten traditionalistischen Ausdruck — natürlich in kritischem Sinn — für das Selbstverständnis der Philosophen: sie verstehen sich als »reine Denker«. »Reiner Denker« und »historischer Ideolog« verhalten sich für Engels *nicht* wie »Wirkung« und »Ursache« oder wie »Erscheinung« und »Wesen«. »Reiner Denker« drückt Elemente und Tendenzen aus, die *nicht* aus der Logik des »historischen Ideologen« folgen. Der Ausdruck bezeichnet sogar Elemente, die dieser Logik entgegengesetzt sind.

7. »Reiner Denker« als ideologische Selbstdarstellung ist in erster Linie eine *praktische Wahrheit*. Es ist eine »richtige« Antwort auf den Anruf der Subjekt-Form.

8. AVT im Innern des Komplexes »Gesellschaft + Staat« präformiert und regelt diese Selbstdarstellung von Philosophen. »Reine Denker« sehen sich frei wie die Vögelin der Bibel und preisen mit ihrem spontanen Gesang die Vernunft, die Wahrheit, das Absolute (Geist/Materie). AVT gibt das weltliche Brot für diesen reinen und transzendenten Gesang.

9. Die spezifische Teilarbeit eines »reinen Denkers« ist paradoxer Natur. Sie stellt sich nicht als Arbeit dar, sondern als Spiel.

10. Wie ein Spiel scheint sie kein anderes Ziel (Telos) zu haben als das Spiel selbst. So scheint sie weder Ursprung noch Ziel zu haben, sondern nur die ewige Wiederkehr zu sich selbst zu sein. In ihrem eignen Zentrum scheint sie rein ungeschichtlich und ewig identisch mit sich selbst. (Mehr als zweitausend Jahre westlicher politischer Philosophie scheinen das aristotelische Spiel zu spielen.)

11. Die *Arbeit* eines historischen Ideologen sieht aus wie ein *ahistorisches Spiel*. »Es ist dieser Schein einer selbständigen Geschichte der Staatsverfassungen, der Rechtssysteme, der ideologischen Vorstellungen auf jedem Sondergebiet, der die meisten Leute vor allem blendet.« (Engels, MEW 39, 97)

12. Meine allgemeine These über Philosophie als Ideologie ist die folgende: Die intellektuelle Arbeit des Philosophen als eines historischen Ideologen besteht — mit Brechts Worten — darin, philosophisch reinzuwaschen, das heißt: die wirkliche (ideale) Reinheit zu zeigen ohne weltliches Wasser, das nass macht, zu gebrauchen. Hier zeigt Philosophie sich als Wunder, als magische Macht.

13. Diese Art von Macht konstituiert den Unterschied von *materieller Arbeit* und *Philosophie* oder den Unterschied von Wissenschaft und Philosophie. Ironisch schreibt Engels vom »... Bereich des bloßen Denkens, das selbst die härtesten Tatsachen anscheinend glücklich verdaut hat« (MEW 39, 97).

14. Jedes philosophische System stellt sich dar als

— »eine Etappe in der Geschichte dieser Denkgebiete«

— »einen bloßen Sieg des Gedankens«

— »die endlich errungene richtige Einsicht in stets und überall bestehende tatsächliche Bedingungen« (ebd.).

15. Als historischer Ideologe arbeitet der Philosoph sogar mit den Elementen der prähistorischen aber noch immer sich reproduzierenden Wildheit, Elementen der Magie. Mit den Begriffen des PIT kann man diese Elemente verstehen als protoideologisches Material ideologischer Artikulationen in der Philosophie. »Philosophie als Spiel«, diese Form philosophischen Selbstverständnisses zeigt auf ihre Weise den Unterschied und sogar Widerspruch zwischen diesen Elementen und der ideologischen Funktion von Philosophie.

16. In seinem Brief an Conrad Schmidt schreibt Engels: »Was nun die noch höher in der Luft schwebenden ideologischen Gebiete angeht, Religion, Philosophie etc., so haben diese einen vorgeschichtlichen, von der geschichtlichen Periode vorgefunden und übernommenen Bestand von — was wir heute Blödsinn nennen würden ... (Es) wäre ... doch pedantisch, wollte man für all diesen urzuständlichen Blödsinn ökonomische Ursachen suchen.« (MEW 37, 492)

17. Hier verbindet Engels Philosophie als *ideologische Macht* mit der *Grundfrage der Philosophie*. Philosophie wurzelt in vorgeschichtlichen »Lebens- und Denkformen« (Gemeinschaft). Mit dieser Wurzel hat die Philosophie Momente, die nicht in der gleichen »Zeit« mit den unterschiedlichen Logiken von AVT und »Staat + Gesellschaft« existieren. M.E. drückt z.B. das beständige Element »weise Männer« oder »große Denker« — sowohl in der populären wie der akademischen Philosophie — diese Nicht-Identität und Widersprüche innerhalb des Komplexes Philosophie aus.

18. Jedoch ist vielleicht das Unideologische, »Gemeinschaftliche« das Wichtigste in der Philosophie. Mithilfe solcher Elemente konnte die Philosophie immer wieder (und kann es noch) die Logik von »Staat + Gesellschaft« und ihre eigene ideologische Funktion überwinden. Als ein Spiel zeigt die Philosophie sich als *ein Versprechen, dessen Verwirklichung verboten* ist sogar für die Philosophie. Das Versprechen verwirklichen heißt, die Philosophie aufzuheben. Ihren wirklichen *Anfang* nimmt die Philosophie vom *Ende* der Philosophie.

Literaturverzeichnis

- Althusser, L., 1977: *Ideologie und ideologische Staatsapparate*. Hamburg
- Bucharin, N., und A. Deborin, 1969: *Kontroversen über dialektischen und mechanistischen Materialismus*. Frankfurt/M.
- Gramsci, A., 1967: *Philosophie der Praxis*. Hrsg. v. Ch. Riechers. Frankfurt/M.
- Haug, W.F., 1980: *Brecht's Beitrag zum Marxismus*. In: *Aktualisierung Brecht's*. Argument-Sonderband (AS) 50, 7-18, Berlin/W.
- MEW: *Marx/Engels Werke*. Berlin/DDR 1958-1968
- Projekt Ideologie-Theorie (PIT), 1979: *Theorien über Ideologie*. AS 40, Berlin/W.

Projekt Ideologie-Theorie

Notiz zur zweiten Auflage der »Theorien über Ideologie«

Zum Zeitpunkt, da die zweite Auflage möglich wird (1982), steht dieses Buch im Zentrum heftiger theoretischer und politischer Kontroversen. Die Materialien des *Internationalen Seminars »Probleme der Ideologieforschung«* (Februar 1982), die demnächst auf englisch als Argument-Sonderband veröffentlicht werden (*Internationale Sozialismus-Diskussion 3*, AS 84), zeigen den Stand dieser Kontroversen, zeigen aber auch Proben mannigfacher Forschung, in der die hier entwickelten Umrisse zu einer Theorie des Ideologischen ausgefüllt und weiterentwickelt werden. Unsere eigene implizite Selbstkritik dokumentiert sich in der dreibändigen historischen Materialstudie *Faschismus und Ideologie* (1980 und 1983). Hier mußten wir die Statik und die problematische Allgemeinheit einer theoretischen Skizze verlassen, in deren Zentrum die ideologischen Mächte und ihre Praxisformen und der Effekt der Ideologischen Subjektion stehen.

Die Veröffentlichung dieses Buches war in der Tat, wie wir im Vorwort zur Erstauflage meinten, einem Griff ins Wespennest vergleichbar. Doch jenseits momentaner Sticheleien und giftiger Verurteilungen oder Exkommunikationen (»Bruch mit dem Marxismus«) steht zu hoffen, daß die theoretische und politische Handlungsfähigkeit der Linken, ihre hegemoniale Kraft, gestärkt werden. Nichts kennzeichnet besser den politischen Einsatz der ideologietheoretischen Kontroverse als der Begriff des Hegemonialen.

Zur expliziten Selbstkritik der Verfasser muß es gehören, gegen vereinfachende, den Widerspruch eliminierende Lesarten ihrer Theorie sich zu wenden, die dieses Buch offenbar nicht genügend ausschließt. Gemeint sind vor allem Lesarten, die nach Art eines Gut/Böse-Schemas bestimmte begriffliche Oppositionen (oben/unten, Ideologie/Kultur usw.) interpretieren. Kein Moment des Zusammenhangs entgeht der Widersprüchlichkeit. Die Unteren können das Höchste für sich reklamieren; die Widerstandskultur von unten kann im Kern die Selbstverurteilung zur Subalternität bedeuten (vgl. dazu Paul Willis, *Spaß am Widerstand*, Frankfurt/M. 1979).

Vor allem ist die »Vergesellschaftung von oben« nichts einfach Negatives. Abgesehen von ihrer historischen Produktivität sind die ideologischen Mächte von den gesellschaftlichen Gegensätzen durchzogen. Ein theoretischer Lernschritt, der den Verfassern von vielen Kritikern abverlangt wurde, ist daher die Ausarbeitung eines genaueren Verständnisses der antagonistischen Beanspruchung (Reklamation) der ideologischen Mächte; ein anderer die Ausarbeitung unseres Verständnisses der Beziehung des Ideologischen zum Ökonomischen.

Noch ein Wort zum Verhältnis zur Kritischen Psychologie. Elementare Grundbegriffe — im Zentrum das Konzept der gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit, deren positiver Grenzbegriff die Teilhabe an der gemeinschaftlichen Kontrolle der gesellschaftlichen Lebensbedingungen ist — hat der vorliegende Ansatz mit der Kritischen Psychologie gemeinsam. Führende Vertreter dieser Position fühlten sich bewegt, diesen Zusammenhang mit unserer Position abzubrechen. Die Diskussion darüber hat erst begonnen.* Wir sind der Auffassung, daß der Kerngehalt der Kritischen Psychologie in der Forschung des Projekts Ideologie-Theorie produktiv aufgehoben ist. Andererseits sehen wir, daß wir eine Schwäche mit der Kritischen Psychologie gemeinsam haben: das Fehlen einer Theorie des Unbewußten. Immerhin haben wir, von der Diskursanalyse und anderen Positionen und Methoden lernend, begonnen, diese Dimension einzuarbeiten. Aber wir beanspruchen nicht, über eine geschlossene Theorie zu verfügen; wir arbeiten auf einem bestimmten Forschungsfeld mit bestimmten Erkenntnisinteressen: wir haben von vielen Seiten zu lernen. *Theorien über Ideologie* stellt eine Vorarbeit dar, die kritische Aufnahme einer vielfältigen Tradition.

* Vgl. dazu folgende Beiträge in: *Forum Kritische Psychologie 11* (Argument-Sonderband 93): Ute H.-Osterkamp: *Ideologismus als Konsequenz des Ökonomismus*; W.F. Haug: *Hält das ideologische Subjekt Einzug in die Kritische Psychologie?*; R. Wilhelm: *»Staat jenseits der Klassen«*; W. Efferding: *Staat, Klassen, Kommunismus*.

Thomas Metscher

Ideologie, Literatur, Philosophie

Anmerkungen in einer innermarxistischen Kontroverse

Vorbemerkung

Der Marxismus kann als Wissenschaft nur bestehen in der Form eines permanenten kritischen Diskurses. Dazu gehören Diskussion und Streit *innerhalb* des Marxismus, kurz: die *Kultur, Widersprüche auszuhalten*.

Die folgenden Überlegungen verstehen sich als Anmerkungen zu einer innermarxistischen Kontroverse. Sie setzen sich mit einzelnen Aspekten einer Position auseinander, wie sie von Wolfgang Fritz Haug und dem Projekt Ideologie-Theorie in den letzten Jahren zunehmend deutlich entwickelt worden ist. Die hier vorzutragenden Gedanken stellen weder den Anspruch auf Systematik noch auf Vollständigkeit der Behandlung der kritisierten Position. Sie greifen einige Aspekte auf, die zentrale Problematiken der Ideologie-Theorie, der Literaturtheorie, der materialistischen Philosophie betreffen, samt den dazu gehörenden politischen Implikaten. Zweitens: Die hier vorgetragene Kritik bedeutet keinen totalen Dissens mit sämtlichen von W.F. Haug und seinen Mitarbeitern in den letzten Jahren vorgetragenen Positionen. Im Gegenteil, sie geht vom Konsens in Grundfragen aus, der Gemeinsamkeit vor allem der Intention: der Herstellung einer *menschlichen* Gesellschaft. Im Vordergrund steht aber die Kritik an den Positionen, die mir fragwürdig, zum Teil höchst problematisch erscheinen. Der Klarheit der Argumentation wegen muß die Kritik zunächst scharf formuliert, muß von den Positionen des Konsenses *partiell abstrahiert* werden (bereits die räumliche Beschränkung nötigt zur vereinfachenden Argumentation). Nicht zuletzt auch hat die Diskussion den Sinn, herauszufinden, wie weit der grundsätzliche Konsens reicht: dafür aber ist die klare und kompromißlose Artikulation der Kritik unumgänglich.

I Ideologie — Wissenschaft — Wissenschaftliche Ideologie

Das PIT reklamiert ausdrücklich den »Bruch mit einigen repräsentativen Positionen« (PIT 1979, 201). »Ideologie« bzw. »das Ideologische« soll »nicht mehr primär als Geistiges ..., sondern als Modifikation und spezifische Organisationsform des 'ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse' und der Teilhabe der Individuen an der Kontrolle dieser Verhältnisse oder auch nur ihrer Einbindung in sie« (179f.) verstanden werden, als »Wirkungszusammenhang ideeller Vergesellschaftung-von-oben« (181). Die erste ideologische Macht ist nach dieser Konzeption der Staat, die zweite das Recht. Unterschieden wird weiter zwischen bestimmten Ideologien und dem Ideologischen im Allgemeinen. Letzteres ist »die Grundstruktur der entfremdeten Vergesellschaftung-von-oben, unlösbar verbunden mit der staatsförmigen Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft und der Funktionen des Gemeinwesens«. Die Ideologien, als

»Komplexe praktischer Normen und als Ideengebäude« bzw. »‘von oben’ organisierte Weltanschauung« definiert, fungieren im Rahmen des Allgemein-Ideologischen, sind damit als sekundär im Verhältnis zu diesem zu denken. Existiert das Ideologische im Allgemeinen stets »als Wirkungszusammenhang besonderer ideologischer Mächte«, so bestimmen diese wiederum »spezifische ideologische Formen« (Politik, Recht, Religion, Kunst, Moral, Philosophie), die ihrerseits »spezifische ideologische Praxen (definieren)«. Deren Gehalt »ist die Regulierung bestimmter funktioneller Ausschnitte der Vergesellschaftung, und zwar stets in der ver-rückten gemeinsamen Grundstruktur des Von-oben-nach-unten« (187f.). Mit den Begriffen der Ideologie und des Ideologischen konfrontiert werden die der Kultur und des Kulturellen bzw. der »*kulturellen Dimension*«, die, als »horizontale«, »selbstzweckhafte« Vergesellschaftung der Menschen, der ideologischen Dimension diametral gegenübergestellt wird (siehe PIT 1979, 184f.). *Kultur/Kulturelles* fungiert somit als Gegenbegriff zu *Ideologie/Ideologisches*.

Diese Konzeption wurde von W.F. Haug in einer Reihe von Aufsätzen vorbereitet, die zwischen 1975 und 1978 im *Argument* erschienen waren. In diesen wurde die grundsätzliche Trennung von »*Ideologie*«, »*Wissenschaft*« und »*gesellschaftlicher Bewußtseinsform*« (als dem höchsten, »*Ideologie*« und »*Wissenschaft*« umfassenden Allgemeinbegriff) vorgenommen. Nach dieser Auffassung ist es widersinnig, von Ideologie im *positiven* Sinn (z.B. vom Marxismus-Leninismus als »*Ideologie*« der Arbeiterklasse), gar von »wissenschaftlichen Ideologien« zu sprechen (dazu Näheres: Metscher 1980, 56-58). Als Gegenbegriff zu den Begriffen *Ideologisches* und *Ideologie* fungiert neben dem Begriff der *Kultur* auch der der *Wissenschaft*.

Eine konsistente systematische Begründung dieser Auffassung von Ideologie wie auch des Verhältnisses von Ideologie und Wissenschaft, Ideologie und Kultur wird allerdings nirgendwo gegeben. Der Begründungszusammenhang bleibt weitgehend philologisch: Er wird durch Rückgriff auf das Ideologieverständnis von Marx und Engels, schließlich auch auf das von Lenin gewonnen. Bei Marx und Engels sei »das Ideologische durchgängig als Form entfremdeter Vergesellschaftung begriffen« (PIT 1979, 20), ja selbst der Ideologiebegriff Lenins sei rein »operativer« Natur (24) und berechtige nicht, den Marxismus selbst als Ideologie zu fassen.

Bereits gegen ein solches Verfahren sind eine Reihe von Einwänden zu formulieren. Die vorgenommene Bestimmung erscheint als willkürliche Setzung, auf »theoretischer« Ebene allein durch Exegese von Klassikertexten legitimiert. Widerspricht ein solches Verfahren — die Berufung auf Klassikerzitate — nicht gerade den von Haug selbst mehrfach geforderten Begründungszusammenhängen eines »nicht-verbalen«, wahrhaft dialektischen Materialismus (siehe Haug 1975)? Hinzu kommt: Gegen die vorgetragene Marx-Engels-Exegese sind Bedenken anzumelden. Die Seite entfremdeter Vergesellschaftung trifft nur einen Aspekt des Marx-/Engelsschen Begriffs des Ideologischen und der Ideologie. Wie bereits Peter Bürger — als professioneller Philologe ungleich genauer verfahren — an der Marxschen Religionskritik gezeigt hat, meint der Marxsche Ideologiebegriff die Einheit von »falschem Bewußtsein« und

»Wahrheitsmoment« im ideologischen Gegenstand (Bürger 1975, 3f.; dazu auch Metscher 1980, 56); der Verweis auf die Behandlung der Hegelschen (wie insgesamt der klassischen deutschen) Philosophie, des Feuerbachschen Materialismus, der englischen Nationalökonomie usw. usf. kann diese Auffassung nur untermauern. Als dritter Aspekt des offenkundig höchst komplexen Marx/Engelsschen Ideologiebegriffs tritt dazu der *strukturanalytische* des Vorworts von *Zur Kritik der Politischen Ökonomie* (dazu Metscher 1980, 53f.).¹ Die Lesart, die den Marx/Engelsschen Ideologiebegriff auf den Aspekt entfremdeter Vergesellschaftung beschränken will, ist folglich nicht zu halten. Sie ist nicht falsch, doch einseitig: Sie reduziert einen komplexen Begriff auf einen seiner Aspekte. Dem Text wird nur das entnommen, was bewiesen werden sollte. Die Theoriebildung ist nicht allein unsystematisch und daher willkürlich, sie ist auch in ihrer philologischen Begründung auf einem brüchigen Fundament gebaut.

Über die Einwände gegen Methode und Philologie des PIT hinaus, sind weitere Punkte der Kritik zu notieren. Die Rechtfertigung dafür, die Ideologietheorie aus dem Zusammenhang einer Theorie gesellschaftlicher Bewußtseinsformen herauszulösen und in den einer »Vergesellschaftungs«-Theorie zu stellen, wird nicht näher begründet. Trotz Differenzen zu Althusser (so polemisiert das PIT gegen dessen »omnihistorischen« Ideologie-Begriff) sind die Aporien des Althusserianismus nicht überwunden: Die Reduktion des Ideologie-Begriffs auf die Seite des Institutionellen (im Falle des PIT: auf die durch die Institutionen des Überbaus besorgte Vergesellschaftung); die Wiederkehr der (insgesamt verdrängten) Kategorie des falschen Bewußtseins, wann immer das »von oben« vergesellschaftete Bewußtsein inhaltlich bestimmt wird; die Verweigerung, einen dialektischen Ideologie-Begriff auch nur ernsthaft in die Diskussion einzubeziehen. Zwar will das PIT das Ideologische radikal historisch bestimmen (als Strukturmerkmal und Kainszeichen staatsförmig organisierter Gesellschaften) und postuliert die Aufhebung des Ideologischen »in kommunistischer Perspektive«, doch wird das Historische nicht auch als Dialektisches, als Bewegung konkreter Widersprüche gedacht.

So wird im Grunde das Problem Althussters nur verlagert. In Bezug auf staatsförmig organisierte Gesellschaften (und dazu gehören die des heute existierenden Sozialismus) werden Ideologie und Ideologisches durchgängig *negativ* bestimmt — als falsche (»ver-rückte«) Vergesellschaftung und entsprechendes Bewußtsein —, für diese Gesellschaften ist »das Ideologische« eine omni-historische statische Struktur. Historische Differenzierungen (man denke an die progressive Funktion von Gesellschaftsgebilden, die — wie der »klassische« Absolutismus des 16. Jahrhunderts in England und Frankreich — von einem zentralistisch organisierten Überbau her strukturiert waren) kommen diesem Ansatz nur mehr unwesentlich, nicht mehr als *qualitative* Unterschiede in den Blick. Zwar wird die staatsförmige Organisation der Gesellschaften des gegenwärtig existierenden Sozialismus als »transitorische Notwendigkeit« klassifiziert, es überwiegen jedoch die Akzente einer prinzipiellen Kritik am Ideologie-Charakter dieser Gesellschaften, wobei das Problem nicht die Kritik, sondern die abstrakte Form derselben ist. Abstrakte Negation »des« Ideologi-

schen als einer prinzipiell *immer* negativ bewerteten Kategorie und die in der Tendenz utopische Konstruktion der »kommunistischen Perspektive« ergänzen einander: Das eine ist Bedingung des anderen. Materielle Basis der »kommunistischen Perspektive« des PIT ist *allein* (der kritische Akzent trifft die *Einseitigkeit* der Konstruktion) die »horizontale Vergesellschaftung« (= »Kultur«), die als selbstzweckhafte »Vergesellschaftung-von-unten« der ideologischen Vergesellschaftung-von-oben entgegengesetzt ist. Die *dialektische* Konzeption, analytische Durchdringung und Bewertung sowohl der Prozesse der »Vergesellschaftung von oben« als auch der selbstzweckhaft-spontanen »Bewegung von unten« (um bei diesen Begriffen zu bleiben) wird stillgestellt durch die starre Konfrontation von prinzipiell *negativ* bewerteter »Ideologie« und prinzipiell *positiv* bewerteter »Kultur« — durch das im Grunde *statische* Schema »Oben-Unten«.

Alle diese Einwände sollen nicht verdecken, daß das Problem der Vergesellschaftung, dem sich das PIT stellt, nicht nur ein zentrales Problem der marxistischen Gesellschaftstheorie darstellt, sondern auch eine praktische Frage von immenser Bedeutung für den Aufbau einer wirklich demokratischen Gesellschaft. Die Einwände richten sich gegen die *Problemreduktion*, gegen einen Reduktionismus, der in Verbindung mit dem (mal implizit, gelegentlich auch explizit erhobenen) Universalitätsanspruch und der permanenten Besserwisseri vor allem im Umgang mit kritisierten Positionen besonders drastische Form annimmt. Dieser »Universalitätsanspruch« wird explizit gestellt, wenn das PIT die von ihm in Umrissen entwickelte *Vergesellschaftungstheorie* als *Ideologietheorie schlechthin* ausgibt, ja theoretische Aussagen über den Status von Wissenschaft, Kultur usw. beansprucht, die nirgendwo begründet ausgewiesen sind. Dieser Anspruch macht es so schwierig, den Entwurf des PIT als das zu diskutieren, was er ist — eben als *Vergesellschaftungstheorie* —, ja er verhindert bislang, das wichtige Problem des Verhältnisses von Vergesellschaftung/Erkenntnis/Ideologie/Kultur im Rahmen einer materialistisch-dialektischen Philosophie überhaupt theoretisch in den Griff zu bekommen. Durch seinen die *polemische* Antwort provozierenden Universalitätsanspruch verhindert das PIT bislang die notwendige *sachliche* Diskussion des von ihm selbst aufgerissenen Problembereichs.

Zu dieser vom PIT selbst produzierten Schwierigkeit im Umgang mit dem PIT gehört die sachlich unnötige Konkurrenz mit dem Ideologiebegriff der leninschen Tradition (der vom PIT erbittert theoretisch bekämpft wird); sachlich unnötig, weil dieser Begriff keinen Gegensatz zu einer materialistischen Vergesellschaftungstheorie vorstellt, allerdings auch nicht mit dieser identisch ist (das Verhältnis beider wäre erst einmal zu klären).¹

II Zur Aporetik der ideologietheoretischen Position des PIT am Beispiel der Literatur — Brecht oder Aitmatow?

Die reduktionistische (mit Hegel gesprochen: *abstrakte*, weil einseitige) Konzeption des PIT zeigt sich besonders eklatant am Beispiel der Literatur. »Das Ideologische der Literatur« wird für das PIT erst faßbar in der Staatsförmigkeit der »literarischen Produktions-, Vermittlungs- und Rezeptionsbedingun-

gen, durch die bestimmt wird, welche Werke produziert, vermittelt und welche Werke wie gelesen werden« (PIT 1979, 195). Die Reduktion ist eine doppelte: Das Ideologische der Literatur bezieht sich (erster Schritt) auf die *sozialen Institutionsformen* des Literaturprozesses (auf die »Literaturverhältnisse« im Sinne einer rein literatursoziologischen Kategorie), — der Begriff wird noch weiter verengt dadurch, daß in einem zweiten Schritt der theoretischen Operation das Ideologische auf die Bestimmung der *Staatsförmigkeit* der Literaturverhältnisse weiter eingeengt wird. Hier wird der Reduktionismus des PIT zur Selbstparodie: Was an Literatur und literarischem Prozeß soll einer solchen Fragestellung überhaupt noch in den Blick kommen? Der gesamte Problemkomplex einer materialistischen *Ästhetik* der Literatur, die Frage nach »Realismus«, Welthaftigkeit, Wirklichkeitsadäquanz usw. literarischer Bewußtseinsformen wird ausgegliedert, ignoriert bzw. als Fragestellung zurückgewiesen (so der von mir vorgeschlagene Explikationsansatz literarischer Formen als ideologischer = gesellschaftlicher Bewußtseinsformen; siehe PIT 1979, 195f.). Offenkundig wird unterstellt, daß die allwissende Allmacht des Staates so groß ist, daß alle Gehalte des Ästhetischen, alle Produktions- und Rezeptionsformen ästhetischer Produkte total von der Macht »staatsförmiger Organisation« determiniert sind. Dieses zeige sich daran, daß in die Struktur der »Vermittlung von oben« hinein »Ideologien des Schönen« gebildet, *Idealisierungen* und *Mystifikationen* (die »Entdeckung vermeintlich ewiger und höchster Werte«) vorgenommen werden (196). Zwar wird eingeräumt, daß in diese Struktur hinein »Widerspruchserfahrungen« artikuliert werden können, daß die »ideologische Macht der Literatur« selbst widersprüchlich ist und »zur Kraft gegen Konkurrenz, Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg werden kann« (196f.), doch seien die Autoren gefragt, ob mit diesem Schema *ernsthaft* die große europäische Literatur von Homer, Euripides, Aristophanes bis zur Gegenwart als »ideologisches« Phänomen begriffen werden soll? Oder beziehen sich die Äußerungen nur auf die Literatur der bürgerlichen Gesellschaft? Oder etwa nur auf die Literatur der Gegenwart? So grobschlächtig wie das starre »Oben-Unten«-Schema an sich selbst ist, so unklar bleibt bereits der Geltungsanspruch der Theorie.

Selbstverständlich trifft auch hier wieder die Theorie des PIT einen *Aspekt* von Wirklichkeit — unleugbar ist die staatsförmige Organisation *bestimmter* Produktions- und Rezeptionsformen von Literatur in bestimmten historischen Phasen (Beispiele: Problemkomplex Literaturunterricht, Literatur im Faschismus usw., usf.) —, doch wird hier wiederum ein Wirklichkeitsausschnitt für die ganze Wirklichkeit genommen. Wenn wir nur auf dem Boden der »Literaturverhältnisse« bleiben: Will das PIT ernsthaft behaupten, daß auch nur die Literaturverhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft — sagen wir: der letzten 200 bis 300 Jahre in den entwickeltsten Ländern dieser Gesellschaft: England, Frankreich, Deutschland, Rußland, USA (seit 1765) — *durchgängig* »staatsförmig« organisiert waren? Wie steht es mit den Literaturverhältnissen im Feudalismus, in den Gesellschaften der Antike? Zwar lassen sich stets Beispiele einer staatsförmigen Organisation (oder einer anderen Organisation »von oben«, wie z.B. der kirchlichen) finden, diese aber als durchgängige determi-

nierende Struktur behaupten zu wollen, hält der simpelsten Empirie nicht stand. Von größerer Bedeutung aber ist für mich, daß hier die Erfahrung gerade der marxistischen Literaturwissenschaft gänzlich ignoriert wird, daß Literatur — zumindest *authentische* (oder auch: »realistische«) Literatur — in ihrem ästhetischen Gehalt nie total von den »Literaturverhältnissen« determiniert ist, sondern stets einen »Überschuß« von Bedeutung besitzt, der eine Rezeption unter *veränderten* Verhältnissen allererst möglich ist. Dies ist die *eigentlich* interessante Frage einer marxistischen Ästhetik. Sie ist auch nicht mit dem Hinweis gelöst, daß innerhalb der allgemeinen Struktur der »Vermittlung von oben« »'horizontale' Erlebens- und Verarbeitungsformen« eindringen können (196), obwohl auch hier ein reales Problem, wenn auch wiederum theoretisch kaum verarbeitet, im abstrakten Dualismus des »Oben-Unten«-Schemas verharrend, angesprochen wird.²

Allein Brecht (sowie — im Sinne eines Hinweises — Volker Braun) wird als konkretes Beispiel für eine »Konzeption von Literatur« genannt, die sich der ideologischen Organisationsform von Literatur entgegenzusetzen vermag (PIT 1979, 197): Dieser wende sich von den »Idealisierungen« traditioneller Literatur (aller Literatur vor ihm?) ab, indem er sich an ein »Publikum von Weltveränderern« wendet und — statt, wie traditionelle Literatur (alle traditionelle Literatur?), »vor allem Gefühle zu erzeugen« — »die widersprüchlichen Bedingungen und Möglichkeiten verändernden Handelns« (197) zeigt.

Die Brecht zugeschriebene Sonderstellung im Kontext der vorgeschlagenen theoretischen Konzeption erläutert näher ein Aufsatz, in dem die Literaturauffassung Brechts (im Sinne einer anti-ideologischen Form und Funktion von Kunst) der Aitmatows gegenübergestellt wird. Steht für Brecht »Entideologisierung der Literatur«, »plebejischer Realismus«, »Ästhetik-von-unten«, »Emanzipation der Sinnlichkeit« »im Horizont gesellschaftlich-emanzipatorischer Praxis«, »Weltveränderungskunst«, deren Material »alltägliches Sprach- und Erlebnismaterial« sei (Haug 1980a, 31-34), so repräsentiert Aitmatow einen Typus *ideologischer* Literatur unter den Verhältnissen der gegenwärtigen sowjetischen Gesellschaft. In dieser Gesellschaft erfolgt, als Resultat der nach wie vor aufrechterhaltenen, die Menschen notwendig sozial und politisch entmündigenden, »staatsförmigen«, also »ideologischen« Vergesellschaftung, die Funktionsübertragung von der marxistischen Theorie und Politik auf die Literatur. So ergreift die Literatur (das ist ihre positive Funktion) »woanders nicht wahrgenommene Kompetenzen«, sie ergreift sie jedoch in einer »ideologischen« Form: indem sie sich, anders als Brecht, mit dieser Funktionsübertragung abfindet (20), indem sie weiter »das Individuum als Medium von Empfindungen und als Abnehmer von Sinnvorstellungen einsetzt« und sich nicht, wie die Literatur Brechts, »an ein Publikum von Weltveränderern« wendet (25). Statt »Weltveränderungskunst« der »Ausdruck des Leidens unter den tragischen Widersprüchen der unfertigen Revolution« (34). Die einzige »Materialbasis« für seine Deutung der literarischen Position Aitmatows, die Haug angibt, ist eine Äußerung des Dichters in einem Gespräch mit Heinz Plavius. In dieser benennt Aitmatow als Gegenstand der Literatur: das »menschliche Ich ... Immer wieder dieses Ich — ich — ich«, »Unendlichkeit und Unerschöpf-

lichkeit des menschlichen Ich« (19). Auf die *Werke* Aitmatows, auf das, was dieser *literarisch tut*, wird nicht näher eingegangen. Das »Ich — ich — ich« wird zur Grundsatzäußerung hochstilisiert, vor der jede literarische Praxis (die ja bekanntlich durchaus im Gegensatz zum Selbstverständnis von Schriftstellern stehen kann) verblaßt. Ähnlich wird, im Zuge der Argumentation, Thomas Manns Wort vom »raunenden Imperfekt des Erzählers« völlig aus dem Kontext gelöst, als quasi »letztes Wort« seiner Selbstdeutung mit Theorie und Praxis Brechts konfrontiert (26). Als ob Thomas Mann jemals »raunend« erzählt hätte — es sei denn in der Form der Parodie oder einer anderen ironischen Brechung! »Erzählendes Raunen« aber soll offenkundig mit dem »ideologischen« Typus von Kunst, für den auch Aitmatow steht, korrespondieren, samt den durch diese Erzählweise organisierten Effekten der »Reise nach Innen«, des Sichforttragenlassens in eine Welt »imaginären Geschehens« (26).

Gegen Haugs Umgang mit Aitmatow (am Rande: auch mit Thomas Mann) und die mit der Alternative Brecht oder Aitmatow gesetzte Konfrontation eines anti-ideologischen mit einem ideologischen Kunsttyp (auch wenn dieser »transitorisch notwendig« gedacht sein sollte) sind wiederum Einwände auf verschiedenen Ebenen zu formulieren.

Zunächst methodisch: Hat Aitmatows Äußerung (»Ich — ich — ich«) überhaupt den ihr umstandslos zugeschobenen grundlegenden theoretischen Status? Ich würde dies bestreiten. Selbst die besten Autoren sind oft nur höchst mittelmäßige Kommentatoren des eigenen Werks, und wenn Aitmatow als »Kommentator« oder »Theoretiker« auch keineswegs inkompetent ist, so gelangen seine »theoretischen« Äußerungen doch selten über die Ebene höchst holzschnittartiger Allgemeinheiten hinaus. Die Bestimmung des »Ich — ich — ich« ist in einem besonderen Maße irreführend, da sie eine Ich-Besessenheit, einen geradezu romantizistischen Subjektivismus vorschlägt, den das Werk Aitmatows gerade *nicht* aufweist — das genaue Gegenteil ist der Fall. Von den frühen Novellen und Erzählungen über *Gülsary*, den *Weißten Dampfer* bis hin zum *Scheckigen Hund (Der Junge und das Meer)*, den *Frühen Kranichen* und *Ein Tag länger als ein Leben* sind die Themen dieses Werks: Arbeit, Liebe, Tod; Krieg und Frieden; Verhältnis Mensch-Natur in einer Vielfalt von Aspekten. Es handelt sich in der Tat immer um höchst fundamentale menschliche Probleme, und wenn man im Lichte des bisher ins Deutsche Übersetzten das recht hilflose »Ich — ich — ich« interpretieren möchte, so müßte man sagen: Nach Aitmatow geht es um die Erkundung der »Unendlichkeit und Uerschöpflichkeit« der *menschlichen Natur* (fraglos immer noch eine höchst grobe Verallgemeinerung) oder, etwas genauer mit Lenin, des *konkreten Subjekts*. Realistisch wird diese Literatur erst dadurch, daß sie diese »fundamentalen« Themen immer aus höchst konkreten Situationen entfaltet, daß diese Werke immer *konkrete Analysen einer konkreten Situation sind*, und zwar in einer Vielfalt auch *historischer Dimensionen und Situationen*, die von den Kulturstufen primitiver Nomaden- und Jägergesellschaften (Integration kirgisischer Märchen und Mythen, die poetisch-imaginative Rekonstruktion des Erfahrungshorizonts einer primitiven Jägergesellschaft im *Scheckigen Hund* usf.) bis zur »utopischen« Antizipation von Begegnungen mit außerirdischer Zivilisi-

sationen im zukünftigen Zeitalter der Weltraumeroberung (durch Integration von Science-Fiction-Material in seinem kürzlich erschienenen Roman). Brennpunkt dieses gleichsam »totalen« historischen Raums ist immer die Gegenwart: Kampf um den Aufbau des Sozialismus, der Befreiungskrieg gegen den faschistischen Aggressor, die Probleme der Stalinherrschaft, auch die sowjetische Gegenwart, die von Aitmatow höchst kritisch, die Widersprüche konkret erfassend (und zu diesen Widersprüchen gehören durchaus auch neue Strukturen einer »Oben-Unten«-Hierarchie!) gesehen wird. Immer wird die konkrete Situation im Spielraum von *gesellschaftlichen Subjekten* entfaltet: die isolierte Autonomie einer idealistisch konzipierten Ich-Substanz gibt es nirgendwo bei Aitmatow; wenn das Individuum isoliert ist (wie der Junge im *Weißer Dampfer*), so ist das vielmehr Resultat einer sehr konkreten gesellschaftlichen Situation.

Die Begriffe des »plebejischen Realismus« und der »Ästhetik-von-unten«, die Haug für den »anti-ideologischen« Literaturtypus Brechts reserviert, sind gleichfalls für die Kunst Aitmatows zu reklamieren. Was anderes entwickeln denn dessen Werke als die jeweilige Perspektive »von unten«? Es sind die »einfachen Leute«, in deren Perspektive erzählt wird (selbst Tiere: Pferd, Hund, Fuchs werden als erlebende Subjekte des Erzählvorgangs einbezogen): Der vorherrschende personale Erzähltypus und die entsprechende Figurenperspektive ist der adäquate ästhetische Ausdruck einer solchen »Erzählform-von-unten«. Und was anderes ist denn das »Material«, aus dem diese Formen gebaut sind, als »alltägliches Sprach- und Erlebnismaterial« — ich würde sagen: in einem bedeutend umfassenderen Sinn als dies bei einem so stark intellektualistischen und theoretisch reflektierten Künstler, wie es Brecht war, der Fall ist. Zum »alltäglichen Sprach- und Erlebnismaterial« gehört bei Aitmatow auch die kollektive Erinnerung des kirgisischen Volks, das er in dessen Märchen und Mythen überliefert fand; eine Dimension, die bei Brecht fehlt.

Gewiß: Aitmatows Kunst ist in vieler Hinsicht von der Brechts (und auch, wie wir hinzufügen können, von der eines Peter Weiß) unterschieden, so unterschieden wie auch die Kunst eines Neruda oder O'Casey von der Brechts ist. Diese Unterschiede aber sind nicht solche einer Rangfolge, auch nicht, daß der eine »ideologisch«, der andere »anti-ideologisch« ist. Die Unterschiede sind solche der »Andersartigkeit«. Gerade mit Brecht ist an der *Weite und Vielfalt der realistischen Schreibweise* festzuhalten, und was für den traditionellen Realismus gilt, sollte für den modernen erst recht Gültigkeit besitzen. Aitmatows Kunst ist fraglos weniger theoretisch inspiriert und orientiert als die Brechts (oder Peter Weiß'). Sie ist weniger »rationalistisch«, weniger nach marxistischer Theorie modelliert, insgesamt spielt für Aitmatow das emotionale Weltverhalten der Subjekte eine weit größere Rolle als bei Brecht (Ähnliches ließe sich über Neruda und O'Casey sagen). Vielleicht ließe sich von einem naiven Realismus im Falle Aitmatows sprechen — wenn der Begriff des Naiven nicht abwertend verwendet wird. Sicher ist: was der eine an theoretischer Schlüssigkeit und intellektueller Schärfe voraus hat, gewinnt der andere an wirklicher Volkstümlichkeit, an emotionaler Tiefe, an Verbundenheit mit der kollektiven Erinnerung der Menschheit.

Über die große Bedeutung Brechts für die sozialistische Literatur unserer Epoche, über seinen Status als Klassiker der Moderne, über seine ungebrochene Aktualität, den vorwärtsweisenden, uneingelösten Charakter seines Werks wird es mit mir keinen Streit geben (siehe Metscher 1971/72). Für Haug jedoch ist Brecht der kanonisierte Heilige im literarischen (wie auch philosophischen) Kalender der Gegenwart. Und darüber wird in der Tat zu streiten sein. Vor allem über seinen Status als Theoretiker, über viele seiner literarischen Urteile, über seine ästhetiktheoretischen Einsichten. Haug wird sich damit abfinden müssen: Auch aus Brechts Feder sind gelegentlich Dummheiten geflossen: so seine Urteile über Goethe, Thomas Mann, Scholochow, für die es kein Argument der Rechtfertigung gibt. Wo aber steht geschrieben, daß die Klassiker immer »recht« haben müssen? Viel eher wäre auch für sie das Recht auf Irrtum zu reklamieren; ein Irrtum, der beim Namen genannt werden sollte. Die *Selbstkritik* ist, wie Rosa Luxemburg sagte, »Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung« (Luxemburg 1980, 239).

Ein weiterer Punkt kann hier nur noch gestreift werden. Sicher hat Haug recht, wenn er konstatiert, daß die Literatur sozialistischer Länder Kompetenzen besitzt, die in anderen Bereichen des sozialen Lebens nicht in vergleichbarer Weise ausgebildet sind; es ist dies ein Tatbestand, der auch von kommunistischer Seite wiederholt konstatiert worden ist (siehe Weimann 1980). In diesem Punkt besitzt die Haugsche Argumentation ihren Realitätsgehalt. In Frage zu stellen ist allein das theoretische Schema, mit der eine widersprüchliche Wirklichkeit begriffen und bewertet wird. Denn die Kompetenzverlagerung von Theorie und Politik auf Literatur ist von Haug undifferenziert kritisch gemeint, insofern die literarische Kompetenz »nur« eine »ideologische« ist und der realen (= Vergesellschaftung von unten) entgegengesetzt. Wieder erweist sich der undialektische Theorieansatz als Hindernis genauem Erkennens. Denn die Sichtweise, in dem Kompetenzzuwachs der Literatur — der in der Tat im Vergleich mit der kapitalistischen Gesellschaft ohne Beispiel ist — einen enormen gesellschaftlichen Fortschritt zu sehen, im Zusammenhang damit eine *Ungleichheit* in der Entwicklung der *società civile* (Gramsci), der demokratischen Öffentlichkeit in den sozialistischen Gesellschaften zu konstatieren und die Forderung der Kompetenzerweiterung der zurückhinkenden Bereiche nach dem Vorbild der Literatur zu formulieren, ohne daß die Literatur ihre Kompetenzen zurücknehmen soll, ist bei Haug nicht einmal der Fragestellung nach entwickelt. Eine solche alternative Auffassung würde der Literatur in den sozialistischen Ländern eine echte Avantgarde-Funktion zusprechen, ohne sie als »ideologisch« zu diffamieren und ohne den realen Widerspruch, um den es geht, zu verdecken. Von dieser Auffassung her wäre auch eine völlig andere Deutung der Aussage Aitmatows, daß die Literatur, anders als die Wissenschaft, »die Welt in ihrer Einheit« und als »Ganzes« sieht und damit eine Mission übernimmt, die früher Religion und Philosophie innehatten (Haug 1980, 20), möglich, als Haug sie gibt: nämlich eine utopisch-vorwärtsweisende. Es ist zumindest möglich, daß Aitmatow mit dem Hinweis auf die sinnstiftende, die Wirklichkeit als Einheit sichtbar machende Funktion von Literatur und Kunst eine *grundlegende Kompetenz* des Ästhetischen anspricht, die von keiner ande-

ren sozialen Instanz, auch nicht der Wissenschaft, übernommen werden kann, der gerade innerhalb einer sich positiv entwickelnden sozialistischen bzw. kommunistischen Gesellschaft eine zunehmende Bedeutung zukäme. Die Gegenvorstellung jedenfalls: daß die »Sinnfrage« von den Wissenschaften her total beantwortet werden kann, wäre reiner Szientismus. Von dem allseits (auch von Haug) verachteten Lukács wäre zu lernen, daß Wissenschaft und Ästhetik selbständige, gesellschaftlich gleichbedeutende Objektivationssysteme mit unterschiedlicher sozialer Funktion sind. Der begrifflich gelegentlich recht simple Aitmatow ist an diesem Punkte gar nicht so »theorielos«.

III Was ist das eigentlich — materialistische Philosophie?

Meine Hauptthese lautet: die Schwierigkeiten und Aporien des PIT sind der fehlenden (oder defizitären) systematischen (lies: philosophischen) Begründung geschuldet. Die Begriffe werden unmittelbar »gesetzt«, bestenfalls philologisch gewonnen (zudem: bei nicht unproblematischer Philologie), nirgendwo konsistent entwickelt, einsehbar und damit nachvollziehbar gemacht.

Dies geschieht alles andere als zufällig. Im Gegenteil: der Verzicht auf Philosophie im Sinne systematisch-ableitenden Denkens ist Programm. Seit Jahren schon polemisiert Haug gegen das (angeblich) sich gegenüber den Wissenschaften verselbständigende Philosophieren der marxistisch-leninistischen »Schulphilosophie« (Haug 1975, 1976, 1978, 1981). An Haugs Kritik des Scholastizismus und Dogmatismus eines großen Teils der marxistisch-leninistischen Philosophie ist viel Wahres; auf weiten Strecken seiner Polemik war und ist ihm die Zustimmung des hier Schreibenden sicher. Jedoch: Auch hier verabsolutiert er eine Teilwahrheit, schüttet das Kind mit dem Bade aus. Haug beruft sich auf Engels' Begriff der »einfachen Weltanschauung« im Sinne einer »dialektischen Zusammenfassung der Wissenschaftsresultate« »mit orientierendem Charakter« (Haug 1975, 658), weicht jedoch der Frage aus, daß, zumindest *heute*, angesichts einer hochkomplexen, durch objektive Prozesse bedingten Entwicklung wissenschaftlicher Arbeitsteilung, der »Explosion« einzelwissenschaftlicher Verselbständigung (mit einer korrespondierenden Entwicklung isolierter »Fachsprachen«) die einfache »Zusammenfassung« von »Resultaten« überaus schwierig, wenn nicht gar unmöglich sein dürfte; daß die wissenschaftliche Weltanschauung des Marxismus ohne die eigenständige, kooperatische, wissenschaftliche Ergebnisse *verarbeitende, logisch-historische*, und das heißt immer *systematische Rekonstruktion* kaum möglich, und wenn möglich, dann wenig sinnvoll sein dürfte. Die additive Zusammenfassung von Wissenschaftsresultaten wird heute kaum noch einen kohärenten Sinnzusammenhang ergeben. Die »Orientierungen« aber, die Haug auf dem Gebiet materialistischer Philosophie gibt, gehen nicht in Richtung systematischen Philosophierens, alle derartigen Versuche — von Sandkühler bis Holz — werden schonungs- und verständnislos in ihren Schwächen freigelegt (die Stärken bleiben unbenannt). Die Orientierung geht auch nicht etwa selbständig zurück zu Hegels *Logik* (dies wäre, über Lenin, der mögliche Weg einer eigenständigen Neubegründung materialistischer Philosophie), auch nicht etwa zur großen Ästhetik von Lukács, als Modell eines einzelwissenschaftliche Resultate im weiteren

Umfang heranziehenden, gleichwohl systematischen Philosophierens (ein Modell freilich, das gleichfalls zu Hegels *Logik* zurückweisen würde). Die Orientierung führt gerade zu den vielleicht unsystematischsten Theoretikern des modernen Marxismus, zu Gramsci und Brecht. So wird Brecht ein »hochwichtiger Beitrag zur marxistischen Philosophie« zugeschrieben, der vielleicht wichtigste »im deutschen Sprachraum der Jahre 30-50« (Haug 1980, 8), im internationalen Maßstab dem Antonio Gramsci vergleichbar (10f.). Beiden gemeinsam sei der »Bruch mit dem Ökonomismus« (10), das Aufgeben der »Traditionslinie von Lukács« (13; vgl. auch Haug 1981, 523f.). Die Kriterien dafür, was Haug selbst im Zusammenhang der Erörterung der positiven Beispiele materialistischer Philosophie (besonders Haug 1981, 523f.) als *Philosophie* gilt, werden nirgendwo sehr deutlich gegeben. An Brecht und Gramsci wird gerühmt: die »Ausarbeitung eines praktischen Verständnisses von Philosophie« (Haug 1980, 17), die Reflexion auf Alltagsbewußtsein, Spracharbeit als »Umarbeitung der Volkssprache« (13), ein »Interesse am Verhalten der Menschen« (9), die Auffassung von Philosophie als *Vergesellschaftungsinstanz*, die Auffassung, daß alle Menschen »Philosophen« sind und nicht nur die schwerverständlichen Spezialisten (Haug 1981, 523). Haugs »Orientierungsversuche« sind von einer gewissen — offen zugestandenen — Orientierungslosigkeit nicht frei (Haug 1981, 529f.), und die die »Orientierungsversuche« abschließenden Erörterungen entwickeln eher ein wissenschaftspolitisches Programm als Gedanken für eine Neukonzeption materialistischer Philosophie.

Die offen zugestandenen Aporien bei der Suche nach einem Neuansatz materialistischer Philosophie zwischen Dogmatismus und Agnostizismus (siehe dazu die vorzüglichen kritischen Anmerkungen zu Althusser bei Haug 1981, 526ff.) sind allerdings das Letzte, was man Haug zur Last legen sollte — in der *erkannten* Aporetik sehe ich vielmehr den Ansatzpunkt für die produktive Weiterentwicklung des Gedankens. Nicht aber in einer Kanonisierung Brechts — »Kanonisierung«, weil die stringente Begründung für dessen philosophische Inthronisierung schlicht nicht gegeben wird. Wie denn ist »eingreifendes Denken«, »anti-ideologische Philosophie«, »Denken der Praxis von unten« (Haug 1981, 524) genau zu *denken*? Haug beruft sich auf Brechts Reflexion auf Alltagsbewußtsein und »alltägliches Sprach- und Erlebnismaterial« — wo aber gibt es bei Brecht eine Theorie des Alltagsbewußtseins, der Alltagssprache, des Alltagserlebens? Wenn ja, worin besteht diese Theorie? Da ich fürchte, daß es eine solche Theorie bei Brecht nicht gibt: sind einige kluge Gedanken — Maximen, Aphorismen, Reflexionen — bereits »materialistische Philosophie«? Wenn ja, *welchen Status* hat *diese* Art von Philosophie? Soll ihr bereits ein *systematischer* Charakter zugeschrieben werden? Oder kann materialistische Philosophie auf einen solchen Charakter verzichten?

Der Verdacht drängt sich auf, daß die politische Sympathieerklärung mit dem parteilosen, stets unabhängigen und immer unabhängig denkenden Brecht die philosophische Argumentation ersetzt. So wenig ich gegen eine solche Sympathieerklärung habe, so viel habe ich dagegen, daß diese die Argumentation ersetzt. *Wenn* es Haug *in der Sache* um das Verhältnis von Wissenschaft (Philosophie) und Alltagsbewußtsein geht, warum stellt er sich nicht der

systematischen Analyse dieses Verhältnisses, das Lukács in der *Eigenart des Ästhetischen* (die weit mehr ist als eine »Ästhetik« — nämlich Modell einer systematischen materialistischen Philosophie) vorgelegt hat. Lukács zeigt — nicht in gelegentlichen Aperçus, sondern in systematischer Form —, wie Ästhetik und Wissenschaft, als funktional und strukturell grundsätzlich unterschiedene Widerspiegelungssysteme, aus dem Alltagsleben/Alltagsbewußtsein hervorgehen und in vielfältiger, vermittelter Weise in den Alltag zurückwirken. Er zeigt dieses Verhältnis allerdings als ein höchst komplexes, vermitteltes, dessen Dialektik das Haugsche Postulat einer recht umstandslosen Einbindung von Philosophie in Alltagsleben als Forderung erscheinen läßt, die den wirklichen Problemen aus dem Weg geht. Wie immer man, nach ausführlicher Diskussion, zu Lukács' *Ästhetik* stehen mag: an der gründlichen Auseinandersetzung mit dieser wird man nicht vorbeigehen können, wenn einem die Frage nach materialistischer Philosophie am Herzen liegt.

Haug aber nimmt Lukács nur als *Kontrahenten* wahr — als »Ökonomen«, »Hegelianer« usf. —, in Übereinstimmung fraglos mit allen heute vorherrschenden Strömungen in West und Ost (ob in Übereinstimmung mit der Wahrheit, ist eine andere Frage). In der Regel allerdings wird Lukács nur als Autor von *Geschichte und Klassenbewußtsein* zur Kenntnis genommen, bestenfalls noch als Autor der »Expressionismusdebatte« (obwohl er bereits dort seinen Mitdiskutanden *theoretisch* — nicht *literatur-politisch* — überlegen ist!), der Lukács des Spätwerks wird allgemein ignoriert.

Einige Überlegungen zur Bestimmung materialistischer Philosophie: ein Orientierungsversuch

Abschließend seien einige Überlegungen (eher Thesen) zur Bestimmung materialistischer Philosophie skizziert. Sie wollen ihrerseits nicht mehr sein als ein Orientierungsversuch in Richtung auf eine Neubestimmung einer solchen Philosophie. Mit Haug teile ich die Ansicht, daß über die Frage »Was ist materialistische Philosophie?« grundlegend neu verhandelt werden muß.

Mit Haug bin ich auch der Ansicht, daß jede Überlegung über materialistische Philosophie heute an der radikalen Philosophiekritik von Marx und Engels und an ihrem neuen Begriff der »einfachen wissenschaftlichen Weltanschauung« anknüpfen muß (Haug 1975, 651). Radikale Philosophiekritik heißt: Kritik der traditionellen »aparten« (Engels), d.h. vom System der positiven Wissenschaften wie von der gesellschaftlichen Praxis abgesonderten, genetisch zwischen Religion und Wissenschaft angesiedelten »selbständigen Philosophie«. An die Stelle dieser Philosophie soll eine auf der (von den Wissenschaften geleisteten) »wirklichen positiven Erkenntnis der Welt« beruhende »Zusammenfassung der allgemeinsten Resultate« treten. Sie wird von Engels als »Weltanschauung« bezeichnet (Haug 1975, 655-658) und ist in der marxistischen Tradition unter dem Begriff der *wissenschaftlichen Weltanschauung*, d.i. die Weltanschauung des *dialektischen Materialismus* tradiert. Konstitutives Merkmal dieser besonderen Form der Weltanschauung ist, daß sie den »Gesichtspunkt des Lebens, der Praxis« (Lenin) zu ihrem ersten und grundlegenden Gesichtspunkt macht (vgl. Haug 1973, 570), sich als weltverändernde

Kraft versteht (Feuerbach-Thesen), deshalb »getrennt von der wirklichen Geschichte« keinen Wert hat (vgl. Haug 1975, 657). In unserem Zusammenhang interessiert jetzt nicht die Frage, ob die Gegenüberstellung *traditionelle Philosophie* — *wissenschaftliche Weltanschauung des dialektischen Materialismus* heute nicht differenzierter ausfallen müßte als bei Marx und Engels vorgegeben (schon in Lenins Hegel-Konzepten liegt eine bedeutend differenziertere Beurteilung der Hegelschen Philosophie vor). Die Frage, die interessiert, ist: wie ist die wissenschaftliche Weltanschauung des dialektischen Materialismus überhaupt zu *denken*, wie ist sie auch nur *theoretisch konstruierbar*, wie ist die »Zusammenfassung« einzelwissenschaftlicher Ergebnisse *theoretisch* und wie ist sie — angesichts der hochkomplizierten Spezialisierung der Wissenschaften — *forschungsorganisatorisch* zu lösen? (Die Frage nach dem »Praktischwerden« dieser Weltanschauung, ihrer komplexen Vermittlung zur »realen Bewegung«, zur »wirklichen Geschichte« klammere ich hier aus — vgl. dazu Metzger/Steigerwald 1982). Festzustehen scheint mir eins: Dies ist nicht in der Weise der bloßen »Addition« möglich (was das sinnentleerteste, langweiligste und nutzloseste »Lehrbuch« ergäbe, das sich denken läßt!), sondern allein in der Form einer *konkreten theoretischen Synthesis*; »konkret« im Sinne Hegels und Lenins verstanden, der komplexen allseitigen Vermittlung, der Erkenntnis der *Totalität* eines Erkenntnisgegenstandes (vgl. LW 38, 213f.). Eine solche theoretische Synthesis aber ist ohne die *logisch-systematische Rekonstruktion* der Totalität der Erkenntnis (verstanden als Widerspiegelung der Totalität der Wirklichkeit) nicht möglich, und eine solche Rekonstruktion bedarf des *logischen Modells*. Das entwickeltste Modell dialektischer Logik aber ist die *Wissenschaft der Logik* Hegels — wohl oder übel wird sich die materialistische Philosophie, will sie die Aufgabe der systematischen Rekonstruktion des wissenschaftlich Erkannten im Sinne einer kohärenten Weltanschauung leisten, mit dieser auseinandersetzen müssen.³ Es sollte uns zu denken geben, daß Lenin (der sich als Führer der Arbeiterbewegung, als Politiker also und gerade nicht als Berufsphilosoph verstand) im Jahre des Kriegsausbruchs 1914 — am Vorabend also des revolutionären Oktober — sich die Zeit nahm, die klassische Philosophie und vor allem Hegels *Logik* zu studieren (diesem Studium verdanken wir die vielleicht zukunftsträchtigsten Äußerungen zur Problematik materialistischer Philosophie, die es bis heute gibt; bedauerlich, daß Haug *diese* nicht zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen nahm). Das »Denken der Zusammenhänge« (dazu auch PIT 1979, 34), die Erkenntnis der dialektischen Totalität des Wirklichen als Summe, Einheit und Kampf widersprechender Tendenzen schien offenkundig dem Politiker Lenin die notwendige Bedingung dafür zu sein, den Klassenkampf richtig, d.h. mit Aussicht auf Erfolg führen zu können — und »einfacher« als über Hegels *Logik* schien ihm das »Denken der Zusammenhänge« nicht möglich. Es gibt jedenfalls gute Gründe für die Annahme, daß der dialektische Materialismus ohne Hegel nicht zu haben ist, wie der Marxismus grundsätzlich seine weltgeschichtliche Bedeutung nur dadurch erlangen konnte und erhalten kann, daß er sich »alles, was in der mehr als zweitausendjährigen Entwicklung des menschlichen Denkens und der menschlichen Kultur wertvoll war, aneignete und es verarbeitete« (Lenin, Über

Kunst und Literatur, 357) — wie er insgesamt »das fortgeschrittene Denken der Menschheit« (LW 19, 3) zu seiner Voraussetzung hat. Haugs Rekurs auf Alltagsbewußtsein und Alltagssprache, die Orientierung an der »Alltagsphilosophie« (statt der dialektischen Philosophie) scheint zwar für ein *didaktisches Modell* einer Einführung in ein Teilgebiet geeignet (wie es mit den *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* mustergültig vorliegt), nicht aber für eine Begründung materialistischer Philosophie. Pragmatische Reduktion und Ad-hoc-Philosophie, die dezisionistische »Setzung« von Begriffen, das Denken in dualistischen Schemata statt in Formen einer konkreten Dialektik (wie wir es vor allem auf dem Gebiet der Ideologietheorie beobachtet haben) ist die notwendige Folge.

Bei aller Fülle der ungelösten Probleme scheint mir sicher zu sein: keine Einzelwissenschaft kann *per se* als Modell für die notwendig systematische Form der wissenschaftlichen Weltanschauung des dialektischen Materialismus fungieren, auch nicht die *Kritik der politischen Ökonomie*. Schon diese Tatsache sichert der Philosophie eine zumindest *relative* Eigenständigkeit im System der Wissenschaften: als *dialektische Logik* und *Erkenntnistheorie* zumindest, wobei der Status der dialektischen Logik, werden die Grundbegriffe dialektischen Denkens als adäquate gedankliche Verarbeitungs- und Aneignungsformen (»Abbilder«) der Wirklichkeit gedacht, alles andere als der einer Hilfswissenschaft sein kann. Denn *sind* die logischen Begriffe dieses Charakters — ins *Bewußtsein* gehobene *Seinsformen* — stellt sich mit der Problematik der dialektischen Logik auch die Frage nach einer *dialektischen Ontologie*. Die Überlegungen, die in diese Richtung gehen (Lukács!), sind zumindest ernsthaft zu diskutieren.

Erneut zu diskutieren ist auch die Frage nach dem Status dieser synthetisch die Wissenschaftsresultate verarbeitenden logischen Rekonstruktion von Wirklichkeit, die wir als wissenschaftliche Weltanschauung bezeichnen. Der Vorschlag von H.H. Holz, hier von der »Konstruktion eines Modells« im Sinne eines »übergreifenden Weltbilds« zu sprechen und diese Konstruktion als eigentlich philosophische Aufgabe zu begreifen (siehe Haug 1981, 519), ist jedenfalls des weiteren Nachdenkens wert.

Übereinstimmung besteht mit der Auffassung Haugs, daß die Tage des professionellen Philosophen gezählt sind. »Die Philosophie« als separate Disziplin ist ein Anachronismus; die Wissenschaftsentwicklung ist über sie hinweggegangen. Die geforderte synthetisch-systematische Rekonstruktion der wissenschaftlichen Weltanschauung ist nur *von den Einzelwissenschaften her* zu leisten, als kooperatives, kollektives Unternehmen von Einzelwissenschaftlern, die das Interesse an der Aufgabe dieser synthetischen Verallgemeinerung (und wünschenswerterweise mehr) vereint und die gleichzeitig über die Kompetenz verfügen, die allein eine lebenslange Betätigung in einer Einzelwissenschaft mitbringt. Das aber ist primär eine *forschungsorganisatorische*, keine theoretische Frage und widerspricht nicht der Auffassung, daß die Arbeit an dieser synthetischen Verallgemeinerung ihrerseits Elemente einer hochspezialisierten Tätigkeit aufweist (die Aneignung und Weiterentwicklung der dialektischen Logik allein ist kein Pappentiel!).

Übereinstimmung besteht auch mit der Auffassung Haugs, daß der *Gesichtspunkt der Praxis* der entscheidende Gesichtspunkt der geforderten Weltanschauung ist. Sie ist eine »*interessenbezogene* Lektüre der Welt« (Sánchez Vásquez, nach Haug 1981, 528) und daher immer (in *unserem* Sinn) *ideologischen* Charakters. Sie ist an der Befreiung und umfassenden Emanzipation des Menschen interessiert, an seiner Selbstverwirklichung in vollständiger Diesseitigkeit. Die wissenschaftliche Weltanschauung des dialektischen Materialismus ist deshalb zugleich ein *philosophischer Humanismus*.⁴ Ja vielleicht ist der Begriff des *Philosophischen* noch in einem weiteren — und radikal erweiterten Sinn — für die Weltanschauung des dialektischen Materialismus zu reklamieren: in einem Sinn, der neben Wissenschaft auch *Ästhetik* umfaßt, als dem *zweiten fundamentalen Objektivierungssystem des menschlichen Geistes*. Dann wäre möglicherweise der Begriff der wissenschaftlichen Weltanschauung durch den der *philosophischen* zu ersetzen.

Der Marxismus ist kein Szientismus, und obwohl die Wissenschaft die weltanschauliche Grundlage und praktische Kraft seiner weltverändernden Tätigkeit ist, weiß er, daß die Wissenschaft nicht *alles* ist, nur Mittel, nicht Zweck in sich selbst. Die Vorstellung total »szientifisch« vergesellschafteter Individuen muß marxistischem Denken ein Greuel sein. Neben die Wissenschaft tritt gleichberechtigt die ästhetische Tätigkeit im Leben der Menschen, tritt die Kunst als ihre primäre Objektivierungsform, als »Offenbarungsform« (Goethe) der menschlichen Gattungskräfte, als Medium der Befreiung, als sinnstiftende Kraft. Will der dialektische Materialismus — der Marxismus — überleben, hat er neben der Wissenschaft, die sein festes Fundament ist, die Rolle der Kunst als festen und grundlegenden Bestandteil seines Weltbilds zu begreifen. Erst in dieser umfassenden Form würde er sich als *philosophische* Weltanschauung der Zukunft konstituieren.

Anmerkungen

- 1 Aus Raumgründen kann ich hier die Gegenargumentation nicht näher entfalten. Dazu ausführlicher Metscher/Steigerwald 1982.
- 2 Umriss einer alternativen Konzeption werden entfaltet in Bremer Forschungsprojekt 1981 und Metscher 1982a.
- 3 Mit Lukács' *Ästhetik* liegt das Modell einer sehr umfassenden logischen Rekonstruktion eines Teilbereichs vor (Lukács 1963).
- 4 Zu einem dialektisch-materialistischen Begriff des Humanismus verweise ich auf Metscher 1982a und 1982b.

Literaturverzeichnis

- Bürger, Peter, 1975: Ideologiekritik und Literaturwissenschaft. In: ders. (Hrsg.): Vom Ästhetizismus zum Nouveau Roman. Versuche kritischer Literaturwissenschaft. Frankfurt/M. Bremer Forschungsprojekt, 1981: Zur Geschichtsschreibung Zweiter Kultur: Konturen einer Theoriebildung. In: Gulliver 9, *Argument*-Sonderband (AS) 65, Berlin/W.
- Haug, Wolfgang Fritz, 1973a: Was soll materialistische Erkenntnistheorie? In: *Das Argument* 81
- Ders., 1973b: Die Bedeutung von Standpunkt und sozialistischer Perspektive für die Kritik der politischen Ökonomie. In: ders.: Bestimmte Negation. Frankfurt/M.
- Ders., 1974: Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«. Köln (2., veränderte Auflage 1976)

- Ders., 1975: Wider den bloß verbalen Materialismus. In: *Das Argument* 92.
- Ders., 1976: Das sozialistische Kollektiv braucht denkende Individuen und durch Einsicht vermittelte Verbindlichkeit. In: *Das Argument* 98.
- Ders., 1978: Für eine materialistisch-dialektische Begründung des dialektischen Materialismus. In: *Das Argument* 108.
- Ders., 1979: Ideologie/Warenästhetik/Massenkultur. Entwürfe zu einer theoretischen Synthese. *Argument-Studienheft* (SH) 33, Berlin/W.
- Ders., 1980a: Brechts Beitrag zum Marxismus. In: Haug/Pierwoß/Ruoff 1980.
- Ders., 1980b: Brecht oder Aitmatow? Positionen zur gesellschaftlichen Kompetenz/Inkompetenz von Literatur. In: Haug/Pierwoß/Ruoff 1980.
- Ders., 1981: Orientierungsversuche materialistischer Philosophie. In: *Das Argument* 128.
- Haug, W.F./Maase, K. (Hrsg.), 1980: Materialistische Kulturtheorie und Alltagskultur, AS 47, Berlin/W.
- Haug, W.F./Pierwoß, K./Ruoff, K. (Hrsg.), 1980: Aktualisierung Brechts. AS 50, Berlin/W.
- Krause, D., 1977: Der Ideologiebegriff im Marxismus. In: *Das Argument* 103.
- Luxemburg, Rosa, 1980: Ein Leben für die Freiheit. Reden, Schriften, Briefe. Hrsg. v. F. v. Hellmann. Frankfurt/M.
- Lukács, Georg, 1963: Die Eigenart des Ästhetischen. Neuwied und Berlin.
- Metscher, Thomas, 1971/72: Brecht and Marxist Dialectics. In: *Oxford German Studies*, 6, 132-144.
- Ders., 1980: Kultur und Ideologie. In: Haug/Maase 1980.
- Ders., 1982a: Kunst, Kultur, Humanität, Fischerhude.
- Metscher, T./Steigerwald, R., 1982: Zu den Kontroversen über Ideologie und Ideologietheorie. In: »... einen großen Hebel der Geschichte«, Sonderband von Marxistischen Studien — Jahrbuch des IMSF zum 100. Todestag von Karl Marx. Frankfurt/M.
- Metscher, Thomas, 1982: Traditioneller und marxistischer Humanismus — wider den theoretischen Anti-Humanismus. Unveröffentl. Manuskript, geschrieben für ein internationales Kolloquium zum Thema »Goethe und der heutige Humanismus«, Venedig, Nov. 1982.
- Projekt Ideologie-Theorie, 1979: Theorien über Ideologie, AS 40, Berlin/W.
- Weimann, Robert, 1979: Kunst und Öffentlichkeit in der sozialistischen Gesellschaft. In: *Sinn und Form*, 2.

11. bis 13. Februar 1983

Kontaktadresse:
 Volksuni Hamburg e.V.
 Jarrestraße 20-26
 2000 Hamburg 60
 Telefon: 040/27 31 83

**Volksuni
 Hamburg**

Gesamtschule Steilshoop

Die »Volksuni Hamburg« ist ein Projekt von Gewerkschaftlern, Wissenschaftlern und Künstlern, die versuchen, die alten und neuen sozialen Bewegungen zu einem Dialog zusammenzuführen.

Wir wollen — ähnlich und anders als in Berlin — ein »Lernfest« veranstalten, das Ansätze zu einem Zusammenkommen von »Menschen aus Arbeit, Wissenschaft und Kunst, aus den verschiedenen neuen und alten sozialen Bewegungen« schafft. Dabei liegt ein Schwerpunkt der Volksuni Hamburg« auf den Problemen Hamburgs und seiner Umgebung und der Einbindung der regionalen Bewegungen in einen überregionalen Zusammenhang.

Als Träger der »Volksuni« sind Gewerkschaftler, Wissenschaftler, Künstler und alle diejenigen eingeladen, die in den verschiedenen Bewegungen arbeiten.

Frieder O. Wolf

Für eine subversive Praxis der Philosophie

»Theorie ohne Basis ist nicht mein Metier,
ich bin kein Philosoph,
der zum Denken keinen Grund braucht.«
Heiner Müller

Es ist dringlicher als je zuvor, daß Marxisten die Praxis einer materialistischen Philosophie entfalten, die mit dem gemeinsamen Grundzug der tradierten Praxen der Philosophie bricht, Theorie ohne Basis, Denken ohne Grund (u.d.h. Reproduktionsmoment der herrschenden Ideologie) zu sein — und dennoch nicht den kritischen, den unterscheidenden *und* kämpferischen Zugriff auf das konkrete Ganze der Konjunkturen der Klassenkämpfe verliert. Aufgabe ohne Lösung? Das bleibt ein ernstzunehmender Einwand — denn mit der metaphysischen Gewißheit, daß alle gestellten Aufgaben auch lösbar seien, können wir uns auch in der Theorie und ihrer Reflexion und Positionsbestimmung in den ideologischen Alltagspraxen nicht länger beruhigen (vgl. Macherey 1977, 256f.). Wenn es aber zutrifft, »daß philosophische Fragen (wie die Aufgabe des Begriffs der Diktatur des Proletariats, die Fragen des Übergangs, des Sozialismus, des Kommunismus, der Demokratie 'bis zum Schluß' usw.) einerseits von selbst auf die 'Tagesordnung' der Parteidiskussionen gesetzt worden sind (vgl. den 22. Parteitag), und weil andererseits die politischen Fragen (es sind die gleichen) eine grundsätzlich theoretische, also philosophische Wende genommen haben« (Althusser 1978, 8), dann ist das »Rätsel der Philosophie« (Althusser 1978, 64), die Frage nach einer neuen, subversiven Praxis der Philosophie (vgl. Pêcheux 1977) nicht mehr nur eine »Sache philosophisch ausgebildeter Intellektueller« (Wolf 1972, 55), sondern eine gemeinsame Sache aller gegen die Herrschaft des Kapitals (und deren externe »Stützpunkte«) rebellierender Bewegungen — damit sie nicht ohne »historischen, theoretischen und politischen Abstand zu sich selbst« (Althusser 1978, 58) neuerdings von den Herrschenden zu einem »Despotismus« umfunktioniert werden können, »der gerade aus den Inhalten der Revolte seine Stärke bezieht« (Viale 1979, 11). Allein so kann die gestellte Aufgabe lösbar werden — gestützt auf die Spuren und Anzeichen jenes »Mehr an Phantasie«, das der historische Prozeß der Klassenkämpfe seinen »eigenen Akteuren, Führern oder gar Theoretikern« voraus hat (Althusser 1978, 17).

1. Das Problem der ungedachten Gründe philosophischen Denkens

Als erstes schlage ich vor, Heiner Müller in einem wichtigen Punkt zu korrigieren: Auch wenn er vollkommen Recht hat, daß das Denken der Philosophen — ebenso ihrem eigenen Selbst-Verständnis nach wie in der spontanen Auffassung ihrer Resultate im alltäglichen Denken der rebellierenden Beherrschten — weder einen Grund braucht, noch einen hat, so können wir uns als materialistische Kritiker dieser Praxen der Philosophie nicht damit begnügen, sie als

»grundlos« im Sinne von »spontan« oder »selbsterzeugt« einfach hinzunehmen — was hieße, die elementare Illusion der historischen Ideologen als solche stehenzulassen. Vielmehr müssen wir dem nachspüren, was die wirklichen Gründe dieses Denkens sind, die *in* diesem Denken, seinem Selbstbewußtsein ebenso wie seiner Rezeption, verborgen bleiben: den *ungedachten Gründen* des Denkens der Philosophen.

Bekanntlich hat Heidegger mit seinem »Schritt zurück« das Nach-Denken des »ungedachten Grundes« der Metaphysik zum zentralen Gegenstand zeitgenössischen philosophischen Denkens erklärt. Damit ist jedoch eine ganz andere Praxis der Philosophie eröffnet worden als die, um die es mir hier geht: Nicht nur, weil die politische Konsequenz, die Heidegger in seiner berühmten Rektoratsrede 1933 ausgesprochen hat, jedem subversiven Denken entgegengesetzt ist, und auch nicht nur, weil es mir notwendig erscheint, entgegen Heideggers »ir-rationalistischem« Denkstil an einem konsequent »rationalistischen« festzuhalten — sondern vor allem, weil es hier nicht um einen Schritt zurück in eine »protophilosophische« Hinterwelt geht, sondern um einen »Schritt nach vorne«, in das Diesseits der alltäglichen Klassenkämpfe.

Dementsprechend werde ich diese ungedachten Gründe nicht aufzuspüren versuchen, indem ich den »Wurzeln«, der »Verankerung« der Grundgedanken der *Metaphysik* im Dasein, in der Existenz — d.h. in der historisch vorgefundenen Gestalt der konstitutiven Praxis der individuellen Subjekte, ihres »Selbst« und ihrer »Identität« — aufsuche, wie dies die Generation der existenzialistischen Philosophen in den 30er und 40er Jahren getan hat, sondern indem ich dem ungedachten Zusammenhang nachgehe, in dem sich die praktischen und theoretischen Ideologien der *Politik* seit dem Auftreten des bürgerlichen Klassenkampfes im historischen Prozeß bewegt haben und dem m.E. bisher auch die marxistische »Oppositionswissenschaft« in entscheidenden Punkten nicht hat entkommen können. Dem liegt die These zugrunde, daß sich der materialistische Primat der Praxis vor der Theorie in einem elementaren »Primat der praktischen Philosophie« niederschlägt, indem die *Politik* ihre Gründe hat, von denen die Metaphysik nichts weiß und die auch im Ausgang von der »theoretischen Philosophie« gar nicht mehr aufzuspüren sind.

2. Drei historische Modelle der bürgerlichen Praxis der Philosophie

Die *Geschichte*, um die es hier geht, durch die wir unseren »Umweg« nehmen müssen, um die ungedachten Widersprüche der philosophischen Tradition, in die sich herrschende Philosophie und Marxismen teilen, mit den Widersprüchen unserer eigenen Gegenwart produktiv konfrontieren zu können, um eine *neue Erkenntnis* über deren ungedachte Gründe zu gewinnen, hat ohne Zweifel einen Anfang in der Zeit. Vor allem mit der historischen Figur Machiavellis tritt an die Stelle der alten Frage nach dem »guten Leben« (und der damit vollzogenen »Integration« der Politik in die [projizierte] 'Ordnung der Welt') die Frage nach Identität und Aufgaben derjenigen menschlichen Individuen, die zum *Träger der Macht* werden sollen, die den 'modernen Staat' als Voraussetzung und Resultat der Durchsetzung des kapitalistischen Akkumulationsprozesses konstituiert (vgl. Gerstenberger 1982).

2.1 Der Staat und sein Subjekt

Hinter Machiavellis gedoppelter Problematik — vom »Fürsten« einerseits, der zum Schöpfer und Repräsentanten der Gesamtheit von Machtverhältnissen werden soll, indem er mit seiner Fähigkeit (*virtú*) das aufgreift, was die Notwendigkeit (*necessitá*) diktiert, und dies, vom Glück (der *fortuna*) begünstigt, vollendet, und von den Gesetzen andererseits, die durch Erzeugung einer entsprechenden *necessitá* die *virtú* des Volkes als entscheidende Stabilitätsbedingung dessen hervorbringt, was Machiavelli epochemachend als »*Lo stato*« (»den Staat«) bezeichnet — steht, wie wir im Rückblick sagen können, eben nicht nur die Frage, wie eine politische Praxis — ganz »jenseits von Gut und Böse« — allein danach beurteilt werden kann, »ob sie zweckmäßig oder dilettantisch ist«, sie setzt die sehr viel grundlegendere Frage als gestellt (und als beantwortet) voraus, wie das *Subjekt* konstituiert wird, das — als Fürst oder als Bürger — zum Träger, zum Agenten dieser Macht-Politik wird.¹ Auch wenn innerhalb des so angelegten philosophischen Diskurses diese Frage immer nur in technologisch verkürzter Form als Thema zugelassen wird — in den Fragen nach der Zweckmäßigkeit von Gesetzesänderungen, nach der staatspolitischen Bedeutung der Religion oder nach dem Stellenwert des »einzelnen Mannes« in der Rolle des Gesetzgebers —, so bezeichnet sie doch den Punkt, von dem aus die Einheit und Konsequenz des machiavellischen Denkens begriffen werden kann: Es geht in ihm von vornherein nicht nur um die »Herstellung« stabiler Machtverhältnisse als der elementarsten Bedingung einer Durchsetzung der kapitalistischen Akkumulation, sondern um die Konstitution von Subjekten, deren Aufgabe es ist, diese »Herstellung« zu leisten. Und darin, daß es die ideologische Praxis dieser Konstitution zu denken beginnt, indem es sie ausdrücklich und konsequent vollzieht, liegt die epochale Bedeutung des machiavellischen Denkens.

Diese von Machiavelli begonnene Praxis der Philosophie hat Althusser zum Ausgangspunkt seiner Untersuchung über die Schwierigkeit, »in der Philosophie Marxist zu sein«, genommen — was sich aus der hier skizzierten Perspektive als alles andere als zufällig herausstellt: »Denn eine Philosophie kommt nicht zur Welt wie Minerva in der Gesellschaft der Götter und Menschen. Sie existiert nur durch die Position, die sie einnimmt, und sie nimmt diese Position nur ein, indem sie sie gegenüber der Fülle einer bereits eingenommenen Welt erobert. Sie existiert also nur in ihrer konfliktuellen Differenz, und sie kann diese Differenz nur erobern und durchsetzen über den Umweg einer rastlosen Arbeit in Bezug auf die anderen existierenden Positionen. Dieser Umweg ist die Form des Konflikts, der jede Philosophie zu einer unmittelbar an der Schlacht beteiligten und auf jenem 'Kampfplatz' (Kant), den die Philosophie darstellt, direkt vertretenen Partei konstituiert.« (Althusser 1977, 52) Doch damit wird eine weitere Frage ebenso nahegelegt wie verdeckt: die Frage nach der Konstitution des Subjektes der Praxis der Philosophie — die sich in der Rezeption der Produkte Machiavellis gewöhnlich zur Frage nach der »Aufrichtigkeit« des Machiavelli der *Discorsi* bzw. des »Zynismus« des Machiavelli des *Príncipe* verkürzt. Machiavelli hat diese Frage durch die Praxis seines Philoso-

phierens beantwortet: Diese neuen Subjekte konstituieren sich, indem sie sich mit den von ihm zusammengestellten Vorbildern und Lehren aus der Geschichte identifizieren — d.h. bis sie in der Lage sind, selbst so zu handeln, wie es ihnen das Glück (die *fortuna*) gebietet. Um das zu ermöglichen, bricht Machiavelli radikal sowohl mit der doktrinären Praxis der scholastischen als auch mit der didaktischen Manier der Humanisten: indem er eine »erfahrungsorientierte« oder auch »exemplarische« Praxis der Philosophie entwickelt, die weitgehend in der Selektion und der Präsentation der von ihr ausgewählten Subjekte, Situationen und Handlungsketten aufgeht.

2.2 *Das große und das kleine Subjekt*

Thomas Hobbes hat die zentralen Fragen Machiavellis ebenso sehr aufgegriffen wie radikalisiert: In seiner als »neue Wissenschaft« konzipierten Philosophie wird die Frage nach dem doppelten Ursprung von Souverän und Untertan, vom »Subjekt« des Staates im doppelten Sinne ausdrücklich zum Thema der Darstellung einer systematischen Philosophie. Das Verhältnis des »natürlichen Körpers« zum »politischen Körper« und damit der Sache nach auch das Verhältnis zwischen den Menschen als biologische Wesen und ihrer Konstituiertheit als ideologische Subjekte des Politischen wird von ihm mehrfach thematisiert (vgl. Wolf 1969, 81ff.) und zugleich ausdrücklich instrumentalistisch verdeckt — so, wie noch Kant schreiben konnte, die Aufgabe der Staatsgründung sei »auch für ein Volk von Teufeln« lösbar. Auf der Oberfläche seiner philosophischen Darstellung hat Hobbes diese Problematik zu den beiden entscheidenden Fragen nach dem Subjekt der *Autorität* zugespielt, durch die das Gesetz erst verbindlich werde: »Wer wird (es) auslegen? Wer wird (darüber) richten?« und damit einer streng »formalen« Staatskonstruktion den Weg eröffnet, die alle materialen Fragen der »Gerechtigkeit«, der religiösen Legitimität und sogar der politischen Zweckmäßigkeit letztlich auf die Frage des »wer ist der Souverän?« reduziert (vgl. Wolf 1969, 102ff.). Dahinter verbirgt sich jedoch — bei näherem Zusehen (vgl. Wolf 1969, 106ff.) — eine zweite Ebene der Problematik, auf der — vom extremen Fall der Todesdrohung her gedacht — jeder einzelne selbst zum Subjekt der Politik, zum *letztlich* einzig möglichen Interpreten und Richter in eigener Sache konstituiert wird.

Damit hat Hobbes den Übergang zu einer neuen Praxis der Philosophie verbunden, die sich kraft ihrer resolutiv-kompositiven Methode und ihrer materialistischen Ausgangspunkte als *Wissenschaft*, als System von *Beweisgängen* konstituiert.² Allerdings ist ihm dabei noch wohl bewußt — wie nicht nur sein biographisch belegtes Erschrecken über die Kühnheit Spinozas (Aubrey), sondern auch sein ausdrückliches Eingeständnis zeigt, daß die souveräne Autorität sich um nichts weniger auf die Frage der wissenschaftlichen Lehrmeinungen erstreckt als auf andere Sphären der Meinung (vgl. Wolf 1969, 110) —, daß diese Konstitution der Philosophie als Wissenschaft selbst noch grundsätzlich ihre Anerkennung oder zumindest Duldung durch die souveräne Staatsmacht voraussetzt. Ihre Identität und historische Macht als »Philosophie oder auch Wissenschaft« kann sie allein daraus gewinnen, daß sich ihre Resultate als »gute Ratschläge« an die Adresse des Souveräns bewähren — sowie, auf jener

anderen, verdeckt bleibenden Ebene der Hobbesschen Argumentation, dadurch, daß jeder vereinzelt Einzelne ihre Vorschriften souverän als »guten Rat« teuer hält.

Lenin hat die Essenz dieses Stranges der Politik — und damit dieser Praxis der von ihr ebenso wohl hervorgebrachten wie als Legitimationsinstanz beanspruchten Philosophie —, die sich von Hobbes bis zu Hegel erstreckt, vor allem im Zusammenhang der kontinentaleuropäischen, mehr oder minder absolutistischen Staatsbildungen der bürgerlichen Neuzeit — knapp und zutreffend auf den Begriff gebracht, in der Formel des »Wer-wen«: es gehe darum, »Wer wen kontrolliert, d.h. welche Klasse die kontrollierende und welche die kontrollierte ist.« Doch indem er diese Frage zur Kernfrage der Politik erklärte, erlag er selbst noch der instrumentalistischen Illusion und damit zugleich dem spezifischen, aber absolut gesetzten Monolithismus dieser Denkweise, die ihrem eigenen Ansatz gemäß Staat und Politik als einheitliche Totalität begreifen mußte, und sie nur so zugleich auf ihre Bruchstellen hin denken konnte.³

2.3 Gesellschaftliche »Natur« und politische »Entscheidung«

In der Philosophie des Hobbes ist bereits ein »entgegenwirkendes Moment« unverkennbar, das dem systematischen Philosophieren erhebliche Widerstände entgegengesetzt hat: Vom Verfassen der »Systemteile« in einer ganz abweichenden Reihenfolge über die problematische Einheit der politischen Philosophie des Hobbes selbst (vgl. schon Strauss 1936) bis zum gänzlichen Auseinanderfallen der Hobbesschen Anthropologie sind die Symptome dafür unübersehbar. Dennoch bleibt in Hobbes' Praxis der Philosophie der Anspruch des systematischen Philosophierens vorherrschend. Das ist bekanntlich in John Lockes Philosophieren anders, der in zwei Hinsichten mit dem Anspruch des systematischen Philosophierens bricht: Zum einen unterscheidet er die Praxis der Philosophie von der der wissenschaftlichen Theoriebildung — wie er sie im Paradigma der Newtonschen Physik vor Augen hat —, und zum anderen legt er seine Philosophie in unterschiedlichen Abhandlungen vor, deren Bezug aufeinander, deren »Systemzusammenhang« er weder erläutert noch auch nur formal postuliert.

Während Hobbes die Konstitution von Eigentum und gesellschaftlichen Austauschverhältnissen an die Voraussetzung der Existenz einer zentralisierten »souveränen« politischen Macht gebunden sah, hat Locke den wechselseitigen Schutz/Respekt des Eigentums (im weitesten Sinne) zum elementaren Gesetz bereits des vorstaatlichen gesellschaftlichen Naturzustandes erklärt: »Niemand darf einem anderen Schaden an Leben, Gesundheit, Freiheit oder Besitztümern zufügen.« Auch wenn der auf dieser elementaren Wechselseitigkeit beruhende gesellschaftliche Austausch notwendigerweise unsicher und gefährdet ist — solange nicht ein verlässliches positives Recht, eine unabhängige Rechtsprechung und eine machtvolle Exekutivgewalt für stabile und damit kalkulierbare Verhältnisse sorgen —, besteht er für Locke grundsätzlich vor jeder Tätigkeit der Staatsgewalt (die damit zur »Staatsintervention« wird).⁴ Hierin liegt m.E. der Springpunkt der Lockeschen »Politik«, der es ihr möglich macht, eine auf diese elementare Wechselseitigkeit der Eigentümer begründete, außer-politi-

sche Antwort auf die Frage nach dem »Ursprung, den Grenzen und dem Zweck der Staatsgewalt« zu geben.

Doch wo ist der außer-politische Raum, in dem für Locke die Gründe für diesen elementaren gesellschaftlichen Zusammenhang liegen? Das genannte »Naturgesetz« wird von ihm allenfalls theologisch bzw. durch Anrufung von Autoritäten (schein-)begründet, obwohl die damit nahegelegte Annahme einer von Gott den Menschen eingegebenen richtigen Vorstellung sowohl mit der Lockeschen Erkenntnistheorie als auch mit dem gegen die Wiederkehr der »alten Mächte« gerichteten Politiktypus der aufsteigenden bürgerlichen Klasse unvereinbar ist. Soweit bleibt das durchaus rätselhaft, gerade wenn menschlich sich darüber klar ist, daß Locke alles andere als ein »seichter« Denker war. Vielmehr ist hier auf einen dritten Diskurs Lockes zu rekurrieren, auf seine Beiträge zur Begründung der politischen Ökonomie, in denen er bereits ein klares Bewußtsein davon hat, daß der spezifische Grund dieses ursprünglichen Austauschverhältnisses — wie Marx es später formuliert hat — ein »*Durchschnittsgesetz*« ist und also erst in einer *Vielzahl* von Austauschakten zwischen einer Vielzahl von Beteiligten in stabiler Gestalt zustandekommen kann. Diese spezifische Voraussetzung bedarf für Locke hier keiner Ausführung, nicht einmal in Form ihrer Darstellung als »Evidenz«; denn sie ist, nachdem einmal die kapitalistische Gesellschaftsformation auf ihren eigenen Grundlagen zu funktionieren begonnen hat, »eigentlich allen klar«. Es wäre also auch eine lächerliche Pedanterie der philosophischen Praxis, hier eine Frage aufzuwerfen und beantworten zu wollen, die »sich gar nicht stellt«.

Damit, daß die »Übereinstimmung«, die sich im Tauschverkehr der vielen Subjekte als Warenbesitzer einstellt, von vornherein als natürlich und problemlos — bzw. als Problem einer 'anderen Untersuchung' — außer Frage steht, wird für Locke nicht nur der Raum frei, seine deistische Alltagsideologie einfließen zu lassen: Zugleich eröffnet er damit überhaupt erst die Möglichkeit einer *spezifischen* Untersuchung der politischen Verhältnisse, die der so bestimmten Grundform des gesellschaftlichen Verkehrs adäquat ist. Locke's Kategorie des »Vertrauens« ist somit weit davon entfernt, eine Rückkehr der alten ideologischen Mächte der (göttlichen) Natur/Ordnung oder der mittelalterlichen Herrschaftsvertragstheorien darzustellen. Vielmehr ist damit ein erster *Begriff* davon formuliert, wie sich auf der Grundlage des verallgemeinerten Warenverkehrs als Reproduktionsmoment und Wirkung der einmal durchgesetzten kapitalistischen Produktionsweise die bereits durch den Warenaustausch gesellschaftlich miteinander verbunden konstituierten Subjekte *noch einmal* politisch vergesellschaften: indem sie sich als Subjekte konstituieren, die gemeinsam in einer Beziehung des »Vertrauens« zu den als »Regierung« konstituierten Subjekten stehen.

2.4 Hinter Leviathans Rücken

Niccoló Machiavelli hatte weit mehr im Sinn als bloß die Staatsräson, die »*ragione di stato*«, d.h. als schlichte Gründe von Staats wegen. Und auch Thomas Hobbes ging es um mehr, als etwa die theoretische Rechtfertigung für die (ohnehin betriebene) Unterwerfung unter die jeweiligen Sieger in den Bürgerkrie-

gen des 17. Jahrhunderts zu liefern. Selbst der vorsichtige Mr. Locke war auf anderes aus, als etwa die zweite englische bürgerliche Revolution von 1688 nachträglich mit guten Gründen zu versorgen (vgl. Laslett 1956). Ihr Denken »arbeitete« vielmehr an einem ungedachten Grund, der weder in den Konjunkturen der Klassenkämpfe aufging, noch aus ihnen überhaupt als Handlungsmaxime rekonstruierbar war: an dem historischen Prozeß der sogenannten ursprünglichen Akkumulation, jenem langen Prozeß der Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse, der sich sowohl *in* gewaltsamen Klassenkämpfen als auch *hinter dem Rücken* der kämpfenden Klassen, durch den beständigen stummen Zwang der bereits etablierten Kapitalverhältnisse vollzogen hat. Indem sie, als *parteiliche* Denker der neuen bürgerlichen Klasse, die Gründe zu denken versuchten, die die ihr gemäßen neuen Formen politischer Macht »notwendig«, hegemoniefähig machten, begriffen sie die Bedingungen der Hegemonie der bürgerlichen Klasse.

Machiavelli sah in Florenz — am Entstehungsort der modernen Lohnarbeit — die handgreifliche Notwendigkeit einer verselbständigten politischen Macht zur Herstellung stabiler außerökonomischer Gewaltverhältnisse als Bedingung einer ursprünglichen Durchsetzung des Kapitalverhältnisses. Hobbes, der in eben der Epoche arbeitete, in der England zum *'Demiurgen'* des kapitalistischen Weltmarktes geworden ist, verfügte bereits über die weitergehende Einsicht, daß diese Bedingung in der potentiellen Allzuständigkeit und Allgegenwart einer gegenüber allen anderen »Interessen« verselbständigten politischen Gewalt liegt. Locke, in dessen Zeit die Kapitalakkumulation auf ihren eigenen Voraussetzungen zu funktionieren beginnt, hält zwar diese Einsicht durchaus fest (vgl. soweit Cox 1960), berichtigt sie aber auch, indem er ihre Tragweite einengt: Im Unterschied zu seinen Vorgängern, für die das Problem der ökonomischen Macht des Kapitals hinter den Kategorien von »Glück« und »Macht« verschwindet, hat er es durchaus thematisiert: *außerhalb* seiner politischen Philosophie, in dem von ihm mitbegründeten Diskurs der politischen Ökonomie, und *innerhalb* seiner politischen Philosophie, indem er es in die streng getrennt gehaltenen Gedanken einer »ursprünglichen Aneignung« durch Arbeit und einer »ungleichen Akkumulation« zerlegte, die durch das Geld möglich wird (vgl. MacPherson 1951).

Insofern geht mit Lockes theoretischem Fortschritt etwas verloren: Hatten Machiavelli und Hobbes — wenn auch in der fälschlich totalisierten Perspektive von subjektiven *Maximen* des Handelns — noch umfassend nach dem *Grund* des Handelns der neuen Subjekte der heraufziehenden bürgerlichen Politik, der Staatsgewalt und der Staatsbürger gefragt, denkt Locke bewußt nicht mehr umfassend im Hinblick auf *einen* solchen Grund des Handelns: Die Gründe, die den Austausch zwischen den Subjekten im Naturzustand regeln und diejenigen Gründe, die diesen Austausch gefährden und damit den Übergang zum »Vertrauen« in eine bürgerliche Regierung (bzw. den Entzug dieses Vertrauens) bestimmen, sind von ihm als spezifische, unterschiedene Gründe gedacht. Sie auf einen gemeinsamen Grund »reduzieren« zu wollen, würde der Logik der Lockeschen Diskurse zuwiderlaufen — und damit die historische Leistung der Lockeschen Philosophie zerstören, die darin bestand, die reale

Differenziertheit der einmal durchgesetzten kapitalistischen Gesellschaftsformation zum Ausgangspunkt (und insofern auch zur Voraussetzung) philosophischen Denkens zu machen.

3. Eine Philosophie, die nicht ohne Not Anstoß erregt

John Locke hat die von ihm entwickelte Praxis des Philosophierens nur sehr zurückhaltend »reflektiert«. Im Vorwort seines »Essay on Human Understanding« hat er sich — unter Anspielung auf Newtons physikalische Theorie — gegenüber den großen Theoriekonstrukteuren die »bescheidenere Aufgabe« vorbehalten, »den Grund freizumachen« (*to clear the ground*), auf dem sie ihre Theoriengebäude errichten. Zugleich hat er dort eine Unterscheidung zwischen unterschiedlichen Diskursen formuliert (in denen er selbst als Philosoph tätig war): zwischen den Diskursen des selbst schon durch die Unterscheidung von Philosophie und Wissenschaft zersetzten Erbes der theoretischen Philosophie und den Diskursen über religiöse oder politische Fragen, die jeweils spezifische zusätzliche Anforderungen stellen: »caution«, »reserve« und »prudence« im Fall der religiösen, »propriety« im Fall der politischen Diskurse (vgl. Cox 1960, 30f.).

Die von Locke begonnene Praxis des Philosophierens — einerseits Praxis innerhalb der Theorie, andererseits selbständige Praxis innerhalb der regionalen Ideologien der großen ideologischen Machtapparate — ist weder zu begreifen, wenn mensch ihr ein »Selbstverständnis« als »Reflexion« bzw. als »Metatheorie« unterstellt, noch auch wenn mensch der Vorstellung nachgeht, es handle sich in ihr um eine Variation des nicht nur im 17. Jahrhundert angesagten Themas »Verfolgung und die Kunst des Schreibens«. Vielmehr bringt sich in dieser Praxis das Philosophieren wirksam und angemessen in eine neue Situation der herrschenden ideologischen Mächte ein, um Fragen, die zu stellen notwendig wird, einzugrenzen und auf ihre *besonderen* Gründe zurückzuführen — so daß gewissermaßen übergreifende »Laufmaschen« im ideologischen Netz vermieden werden. Dadurch übernimmt die Praxis der Philosophie die Funktionen von Flexibilisierung und Stabilisierung der herrschenden Ideologien in Theorie und Ideologie: indem sie Umbrüche und Umschwünge derart zugleich vorantreibt und eingrenzt, daß umfassende ideologische Krisen ausgeschlossen werden können, wie sie eben noch im Umschwung zur bürgerlichen Welt in Konsequenz der »kopernikanischen Wende« aufgetreten waren. An die Stelle der philosophischen Konstruktion eines übergreifenden Rechtfertigungszusammenhanges — der der Position des souveränen bürgerlichen Staates entspricht — tritt eine differenziertere, bewußt und »taktvoll« auf die Fragen, die »sich stellen«, beschränkte Gestalt philosophischer Interventionen in unterschiedliche ideologische Prozesse.

Drei Züge dieser philosophischen Praxis hat Locke selbst bereits angedeutet: *Erstens* nimmt diese Praxis den Anfang ihrer Argumentationen immer konkret innerhalb der Vorurteile (»received opinions«) ihrer Adressaten; *zweitens* argumentiert sie jeweils von der (durchaus als elitär begriffenen) Position dessen aus, der zwischen wahren und falschen »Meinungen« zu unterscheiden weiß, und *drittens* verhält sie sich taktisch, indem sie so ansetzt, daß zwar das »Un-

glück«, das durch die Macht des »Aberglaubens« hervorgerufen wird, zurückgedrängt wird, dabei aber möglichst wenig Widerstand (*aversion*) ausgelöst wird. Insgesamt wird diese Position deutlich, wenn Locke die Praxis des Philosophen mit der eines umsichtigen Arztes vergleicht, der, »wenn er seinen Patienten eine herbe oder ätzende Flüssigkeit schlucken lassen will, diese mit einer großen Menge von dem vermischt, wodurch sie verdünnt werden kann, so daß die verstreuten Teile weniger wahrgenommen werden und weniger Widerstand auslösen« (First Treatise, I, sect.7)

4. »Und auch die Fragen stell'n, die die anderen stören!«

Die von Locke in Gang gesetzte neue Praxis der bürgerlichen Philosophie hat sich eigenständig gegenüber der auf dem europäischen Kontinent und gar schon in Deutschland dominanten Praxis des systematischen Philosophierens entwickelt — über die philosophischen »englischen Parklandschaften« eines Shaftesbury oder eines Hume —, sie ist auch in dem Maße, wie das ihr zugrundeliegende Modell einer vielfältig vernetzten und von keinem Zentrum »kontrollierten« bürgerlichen Vergesellschaftung sich durchgesetzt hat, zur dominanten Position aller gegenwartsbezogenen philosophischen Praxis geworden.

Lenin hat diese Dominanz schon heraufziehen sehen, sie aber nur negativ als »Vermeidung« der »Grundfrage der Philosophie« thematisieren können. Dieser dominanten Praxis der Philosophie ist heute nicht mehr beizukommen, indem mensch ihre Antwort auf die leninsche Grundfrage einfordert — oder überhaupt auf Fragen des übergreifenden Zusammenhanges ihrer hochdifferenzierten, konfliktuellen Diskurse.⁵ Damit wird mensch zwar — im Kontext des eigenen Diskurses einer materialistischen »wissenschaftlichen Weltanschauung« etwa — »Recht behalten«, aber ohne an die Gründe zu rühren, von denen sie als besondere, eigenständige Diskurse konkret ausgehen — und damit weitgehend wirkungslos bleiben. Ein derartiges Einfordern der systematischen Praxis der Philosophie wird gegenüber dem Philosophieren im Netz der herrschenden Ideologien immer wieder ins Leere greifen, da es diesem Netz (bzw. dem darin sich vollziehenden Philosophieren) ein vereinheitlichendes Zentrum und einen übergreifenden Zusammenhang unterstellt, den es so gar nicht besitzt. Auch die politischen Ideologien des bürgerlichen Staates (und eine darauf reflektierende Philosophie) fungieren gegenwärtig nicht mehr als Rahmen, der dieses Netz zusammenhält. Und doch hält es.

Derartigen Versuchen gegenüber, der dominanten Praxis der Philosophie durch alternative Weltanschauungen o.ä. entgegenzuwirken, stellt es einen unzweifelhaften Fortschritt dar, wenn etwa auf eine »erfahrungsorientierte« bzw. »exemplarische« Praxis des Nachdenkens zurückgegangen wird, die zumeist nicht mehr als Philosophieren begriffen (vgl. Negt 1965; Buck 1967) oder aber im historisierenden Rückgriff auf die machiavellische Epoche der philosophischen Praxis als Topik u.ä. (vgl. Ripalda 1982) reflektiert wird.

Dennoch ist auch eine solche Wendung nicht hinreichend, um der von Locke ausgehenden Praxis der Philosophie als »den Boden freimachen« wirksam zu begegnen. Denn statt einfach die Besetzung einer Vielzahl isolierter Positionen zu betreiben, für die (und gegen die) dann »topisch« zu argumentieren

wäre, setzt die Praxis dieser Philosophie das Bestehen von zwei Arten von konkreten Zusammenhängen voraus: Zum einen die formulierten Zusammenhänge der wissenschaftlichen Theorie — die »methodisch« beständig über das ideologische System der Differenzen hinausgreift, auch ohne auf eine *umfassende* Vereinheitlichung auszugehen — und zum anderen diejenigen impliziten Zusammenhänge, die sich in allen »Regionen« der Ideologie in sozialen Durchschnittsgesetzen, im »stummen Zwang der Verhältnisse« beständig reproduzieren.⁶

Es reicht also nicht, nur die punktuellen Widerstände zum Ausgangspunkt eines subversiven Denkens zu machen, das ihre spezifischen Gründe herausarbeitet und damit verknüpfungsfähig macht (vgl. Pêcheux 1982). Eine materialistische Subversion dieser dominanten Praxis der Philosophie muß (und kann) vielmehr an den sich zu rebellierenden Bewegungen vereinigenden Widerständen ansetzen, die sie sowohl innerhalb der Theorie als auch innerhalb des ideologischen Alltagslebens immer schon vorfindet — und dabei nicht nur deren Besonderheit topisch festhalten, sondern auch analytisch die in ihnen bereits enthaltene Verallgemeinerungsleistung freilegen.

Der Gedanke einer Aufklärung, die allererst »von oben« und »von außen« (Vernunft)Gründe und Zusammenhang in die Praxis der »Massen« trägt, ist also aufzugeben — und zwar selbst noch in seiner subtilsten Variante, der von Locke begründeten Praxis des Philosophierens. In der Perspektive eines gegenwärtigen materialistischen Philosophierens können wir dadurch nur gewinnen. Denn gerade, wenn wir uns klar machen, daß die von uns vorgefundenen Rebellionen gegen das Netz der herrschenden Ideologien eben nicht einfach an den »Sollbruchstellen« auftreten, die marxistische Theoretiker immer wieder »errechnet« haben, wird die produktive Bedeutung einer Praxis des Philosophierens deutlich, das den *bestimmten* Gründen für Rebellionen und Widerstände in *ihren* Zusammenhängen nachgeht, um den Boden zu bereiten für eine weitergehende Verknäuelung der gesellschaftlichen Kämpfe, die das Netz der herrschenden Ideologien wirklich verwirren und zum Reißen bringen kann.

Anmerkungen

- 1 Cotten (1982) hat darauf hingewiesen, daß in der Frage nach der Ideologietheorie auch die andere Frage aufgeworfen ist, wie auf materialistische Weise — jenseits von Psychologismus und Ökonomismus — die menschliche Individualität zu begreifen sei. Das erscheint in dieser von Machiavelli eröffneten Sicht jedoch als eine allzu enge Fassung des Problems: Zunächst geht es umfassender um die materielle Konstitution von kollektiver oder individueller Subjektivität. Daß dabei Formen gemeinschaftlicher Subjektivität — von der »festlichen Stimmung« bis zur sog. »Massensuggestion« — einfach außer Betracht bleiben, ist selbst wohl nur mit dem nachhaltigen Durchsetzungserfolg des systematischen Individualismus der bürgerlichen Lebensweise zu erklären.
- 2 Hegel hat bekanntlich die Vernunft programmatisch auf das Beweisen bezogen — das er selbst in seiner dialektischen Logik umfassend zu reflektieren unternahm. Gegen ihn ist aber zweifellos festzuhalten, daß es ganz unterschiedliche Arten von Gründen gibt — etwa »Ich habe es selbst gesehen!«, »Das entspricht unseren Berechnungen!« oder »Wir können Deine Offenheit nachvollziehen!« — die auf ein allgemeines, schlüssiges Begründungs- oder gar Beweisverfahren reduzieren zu wollen, nur zu einer höchst schädlichen methodischen Verkürzung der konkreten Rationalität führen kann.

- 3 Beziehungsweise in unserem Jahrhundert auch als Bindemittel eines Parteilebens funktionalisiert wurde, dessen Organisationsformen die politische Repräsentation einer subalternen Klasse sicherstellen sollten.
- 4 Dieser Aspekt der Lockeschen Staatslehre eröffnet m.E. auch eine neue Perspektive auf die theoretische Fassung der internationalen Politik, die weder vom Grotius'schen Völkerrechtsdenken her, noch auch vom hobbesianischen Völkerrechtsnihilismus ausgehend in ihren wirklichen, materiellen Mechanismen und Prozessen begriffen werden kann.
- 5 Die Konfliktualität der spezifischen Diskurse (sowohl etwa von Soziologie, Psychologie und Ökonomie als auch etwa von historischem Materialismus und Psychoanalyse) sorgt heute bereits dafür, daß auch von den Einzelwissenschaften her keine Rekonstruktion der wissenschaftlichen Weltanschauung mehr zu leisten ist. Nachdem sich daran bereits die »Interdisziplinarität« der sozialdemokratischen Hochschulreformer sämtliche Zähne ausgebissen hat, ist von entsprechenden Maßnahmen in marxistischer Absicht derselbe Effekt zu erwarten. Die wirklichen Zusammenhänge zwischen den Wissenschaften stellen sich auch heute anders her: durch gemeinsame Bezüge auf wissenschaftlich orientierte Praxis ebenso wie durch die Art des Brückenschlagens, die etwa zwischen Biologie und Chemie in der Biochemie erfolgt: auf der Ebene der konkreten empirischen Forschung und der »ganz gewöhnlichen« theoretischen Analyse.
- 6 Und da marxistische Philosophie das weiß, kann sie ihren Problemen auch weder ausweichen, indem sie dem platonischen Ideal einer scientistischen Vergesellschaftung nachhängt, noch auch, indem sie sich auf den Gesichtspunkt zurückzieht, ihr einheitsstiftender praktischer Gesichtspunkt sei die »Befreiung und umfassende Emanzipation des Menschen«. Was wird in diesem »Humanismus« aus den Männern und Frauen, aus den Jungen und Alten, aus den unterschiedlichen sozialen Kategorien, in denen sich Menschen als Menschen überhaupt erst entwickeln, indem sie sich zugleich unterdrücken und verstümmeln. Indem dies alles hinter der allgemeinen, allzu allgemeinen Phrase von der »allgemeinen Emanzipation des Menschen« verschwindet, stellt sich auch die Gefahr ein, daß die besonderen Aufgaben, die damit gestellt sind — und von denen wir nicht wissen, ob sie alle lösbar sind —, darüber vergessen werden — zugunsten eines tröstlichen Optimismus, daß jederlei Emanzipation zwar nicht auf einen Schlag, aber doch zuverlässig nach und nach erfolge, sobald einmal alles seinen »sozialistischen Gang« geht.

Literaturverzeichnis

- Althusser, Louis, 1977: *Ideologie und ideologische Staatsapparate*. Hamburg
- Ders., 1978: *Krise des Marxismus*. Hamburg
- Buck, Günter, 1965: *Lernen und Erfahrung*. Stuttgart
- Cotten, Jean-Pierre, 1982: Is it possible to hold a »theoretical« discours on ideology. In: *Re-Thinking Ideology*. Internationale Sozialismus-Diskussion 3. Argument-Sonderband AS 84. Berlin/W.
- Cox, George H., 1960: *Locke on War and Peace*. Oxford
- Gerstenberger, Heide, 1982: Zur historischen Konstitution des bürgerlichen Staates. In: *Prokla* 47
- Laslett, Peter, 1956: The English Revolution and Locke's »Two Treatises of Government«. In: *The Cambridge Historical Journal* 12, 40-55
- Macherey, Pierre, 1979: *Hegel ou Spinoza*. Paris
- Macpherson, C.B., 1951: Locke on Capitalist Appropriation. In: *Western Political Quarterly*, 4, 550-566
- Meinecke, Friedrich, 1925: *Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte*. München/Berlin
- Pêcheux, Michel, 1977: *Les Vérités de La Palice*. Paris
- Ripalda, José-Maria, 1982: Topics as a Critique of Ideology. In: *Re-Thinking Ideology*. A.a.O.
- Simon, Walter M., 1951: John Locke: Philosophy and Political Theory. In: *American Political Science Review* 45, 386-397
- Strauss, Leo, 1936: *The Political Philosophy of Thomas Hobbes*. Oxford
- Viale, Guido, 1979: *Die Träume liegen wieder auf der Straße*. Berlin/W.
- Wolf, Frieder O., 1969: *Die neue Wissenschaft des Thomas Hobbes*. Stuttgart-Bad Cannstatt
- Ders., 1972: Philosophie, Wissenschaftsorganisation, Gesellschaftsform. In: Klüver/Wolf (Hrsg.): *Wissenschaftskritik und sozialistische Praxis*. Stuttgart-Bad Cannstatt
- Ders., 1982: Marxistische Positionen in der Krise des Marxismus. In: Ders.: *Umwege*. Hannover

Jenseits der Volkspartei

Die Bundesrepublik und die bundesrepublikanische Linke haben sich verändert, als die SPD 1959 Volkspartei wurde. »Volkspartei« geriet mit Anti-Totalitarismus und neoliberaler Wirtschaftswachstum in den großen Topf, den die Politologen Konsens nennen. Auf der Linken fand ein Abkopplungsprozeß statt, bei dem die undogmatische Linke und die sozialen Bewegungen seit SDS und Ostermarsch unabhängig von der SPD wurden. Nicht nur die Volkspartei SPD, sondern die Parteiform selbst war infrage gestellt. Heute ist die SPD in der Krise und die neuen sozialen Bewegungen sind auf der Suche nach einer neuen Parteiform.

Die Krise der SPD wird hier nicht als konjunkturelles Phänomen mit Aussicht auf Besserung bei der nächsten oder übernächsten Wahl, sondern als Krise einer linken Volkspartei interpretiert, die sich für diesen Parteityp verallgemeinern läßt. Wo liegen die Ursachen dieser Krise? Kann es aussichtsreiche Überlebensstrategien auf der Grundlage des Volkspartei-Modells geben? Worin besteht die alternative Parteiform, für die hier der Begriff »postindustrielle Rahmenpartei« vorgeschlagen wird? Gibt es eine Wandlungsgrenze der Volkspartei SPD, so daß eine Integration wesentlicher Elemente der mit ihr konkurrierenden Rahmenpartei unmöglich erscheint?

Die folgenden Überlegungen beziehen sich überwiegend auf den linken Sektor des politischen Spektrums. Zum einen ist es wichtig, die Differenz zwischen linker und rechter Volkspartei zu betonen, die auf Unterschieden in historischer Herkunft, sozialer Basis und Funktion basiert.¹ Zum zweiten verstehe ich die grünen/alternativen Positionen, in denen die alternative Parteiform bisher am stärksten verdeutlicht wird, als Weiterentwicklung einer linken Position.² Und drittens hat sich die allgemeine Krise der Volkspartei zuerst in der SPD manifestiert. Die politische Rechte in der BRD vermag sich einem auch für sie aus manchen Gründen angezeigten Wandel zu entziehen, stattdessen rekapituliert sie die Frontenbildung der 50er Jahre, was unter den Bedingungen reduzierten Wachstums im wesentlichen eine Verschärfung der Verteilungskämpfe bedeutet. Die rechte Politik *nach* Reagan, Thatcher und Kohl/Strauß läßt sich noch nicht antizipieren, deren Konsequenzen für ein wahrscheinlich auch dabei infrage gestelltes Volkspartei-Modell noch weniger.

Der Parteityp wird nicht nur durch die soziale Basis, sondern wesentlich auch durch die Politik bestimmt, deren Funktion er ist. Die Arbeiterschaft z.B. war zu verschiedenen Zeiten Basis für eine Vielzahl von Parteitypen (demokratische Integrationspartei, Kaderpartei etc.), deren jüngster die Volkspartei darstellt. Die Volkspartei ist der parteiförmige Ausdruck eines quietistischen, »materialistischen« und etatistischen Politikmodells, wie es in den 50er Jahren erfolgreich wurde und während der 70er, mehr noch in den 80er Jahren in die Krise geriet. Seine Rahmenbedingung ist ein kräftiges kontinuierliches ökonomisches Wachstum. Volkspartei ist im Grunde nichts anderes als die ins Politische gewendete Form quantitativen ökonomischen Wachstums — die In-

strumentalisierung sozialer Interessen für Zwecke der Stimmenmaximierung. Die Heterogenität der Interessen korreliert mit der Auflösung einer halbwegs konsistenten Ideologie. Integration dient dem spezifischen Organisationszweck eines zunehmend abstrakter werdenden Machtgewinns, als gesamtgesellschaftliche Integration schafft sie gleichzeitig die Voraussetzungen für ein System von Volksparteien. Integration wird abgestützt durch traditionelle Ideologen (Christentum, Antikommunismus, Sozialismus), ihr Kern besteht aber in einer Verteilungspolitik gegenüber einer möglichst breiten Basis auf der Grundlage quantitativen Wachstums, d.h. ohne Eingriffe in die qualitative Richtung der Produktion. Die Strategie der Integration ist die Alternative zu einer Politik des aktiven Klassenkampfes — rechts wie links.

Etatistisch ist dieses Politikmodell, weil die Politik der wirtschaftlichen Rahmensteuerung und der Verteilung des Staates als Träger bedarf. »*Materialistisch*« ist diese Politik, weil qualitative Fragen, die über ein Mehr an Wohlstand und Sicherheit hinausgehen, zwar zum Thema, aber nicht zum Gegenstand wirksamer Politik gemacht werden. *Quietistisch* ist dieses Politikmodell, weil Basisaktivitäten sowohl überflüssig wie störend sind; Entpolitisierung und Entideologisierung sind Ursache und Folge dieser Politik, Mobilisierung wird wesentlich auf die Wahl begrenzt.

Volkspartei ist ein Produkt der Schönwetter-Demokratie. Schlechtwetter entzieht ihr die Funktionsvoraussetzungen. Dies gilt kurzfristig im linken Bereich des Parteienspektrums, wo ein relevanter Teil der ökonomisch Unterprivilegierten parteilich gebunden ist, längerfristig wohl auch für die rechte Volkspartei, die zunächst größere Teile ihrer Klientel durch egoistische Umverteilungspolitik zufriedenstellen kann, langfristig aber auch an den Integrationsaufgaben einer Volkspartei scheitert, die wenigstens Teile der Unterprivilegierten einbeziehen muß.

Eine wesentliche Ursache für die Krise der Volkspartei ist die Wachstumskrise. Die Basis der Volkspartei war ja immer ein Tauschgeschäft: der Bürger gab der Partei seine Stimme für ein glaubwürdiges Versprechen auf Wohlstandssteigerung. Alles andere waren Zusatzangebote, die allerdings zur Aufrechterhaltung des Parteiendualismus notwendig waren (hier liegt auch die Grenze der sonst richtig beobachteten Tendenz des Volksparteiensystems zum Einparteienstaat).

Die SPD hat von der ersten Wachstumskrise (1966/67) profitiert, weil sie sich den Wiederaufschwung auf ihre Fahnen schreiben konnte. Ihr hat die zweite Wachstumskrise (1974/75) nicht geschadet, weil sie die Hoffnung auf Wiederbelebung wachzuhalten vermochte. Erst seit 1980 zeichnen sich Dimensionen einer hoffnungslosen Arbeitslosigkeit vieler Menschen ab, begleitet von langfristig pessimistischen Erwartungen. Diese Konstellation entzieht der linken Volkspartei ihre Basis. Jedenfalls ist dies die eine Seite der Medaille. Die andere besteht darin, daß für relevante Bevölkerungsteile im linken Parteienspektrum die Maßstäbe der bisherigen Politik fragwürdig oder schon obsolet geworden sind. Eine solche Herausforderung allein kann die Volksparteipolitik in die Krise führen, die Verdoppelung der Herausforderung kann ihr Ende bedeuten.

Die Krise der Volkspartei, wie sie sich in der SPD verdichtet, läßt sich an vier Tendenzen festmachen: a) *Überanpassung*. Die Volksparteien sind Anpassungsapparate, nur daß die Anpassung lediglich in *einer* Richtung funktioniert: der des Wachstums und des politischen Gebrauchs, der davon via Verteilungspolitik zu machen ist. Die Parteien sind auf den reaktiven Politikmodus eingefahren, weder ihre Planungskapazitäten noch ihre Mobilisierungsweise (Politik für, aber nie durch das Volk) erlauben ihnen eine aktiv zukunftsgestaltende Politik. Gewohnt, Widerstände durch Wachstum zu überwinden, sind sie zu einer längerfristigen Politik der Überzeugung und Mobilisierung nicht in der Lage. Das Doppelgesicht der Krise — das Zusammenfallen von Wachstumskrise und Wachstumskritik —, die Beharrungskraft der großen, auf Erwerbsinteressen gerichteten Interessenverbände, die marginalen Unterschiede im Kräftegewicht der Blöcke, dies alles trägt nicht dazu bei, den Mut der Politiker zu Neuorientierungen zu erhöhen.

Die Unfähigkeit, man möchte schon sagen, zu irgendeinem Neuanfang ist das Kennzeichen der SPD in den letzten Jahren und der Garant ihres Niedergangs. Das Warten auf die wirtschaftliche Konjunktur (oder die polarisierende Personalfrage oder die außenpolitische Konfliktlinie, mit der sich alles zu decken läßt) verdrängt die Antwort auf strukturelle Herausforderungen. Sparen ist dabei nur die Kehrseite der Wachstumspolitik, wie diese, dem quantitativen Politikmodell verpflichtet. So verstärkt sich der Eindruck, die Volkspartei könne im Rahmen bestimmter Strukturen handeln, aber keine neuen Strukturen schaffen.

Nicht nur in der BRD, sondern auch in anderen westeuropäischen Ländern gibt es eine Grundkonstellation, gekennzeichnet durch eine klare Mehrheit (fast) aller Parteien für einen unmodifizierten Wachstumskurs einerseits, knappen Mehrheiten in der Konkurrenz zwischen rechtem und linkem Parteienblock andererseits; letzteres schafft Chancen überproportionaler Einflußnahmen auch für wachstumskritische Kleinparteien, deren wirkliche Durchsetzung allerdings durch die erdrückende Wachstumsmehrheit begrenzt ist.

Während die Volkspartei auch in ihrer Organisationspolitik dem quantitativen Prinzip verschrieben ist (mehr Wähler und mehr staatliche Positionen), bildet sich ein neuer Parteityp heraus, der gesellschaftlich als Notbremse und Katalysator wirkt und parteipolitisch dem Prinzip der Selbstbegrenzung folgen will. Die Versuchung, zu nehmen, was zu bekommen ist, bleibt natürlich. Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung ist aber zu lernen, daß der Punkt, an dem genuine Interessen und Forderungen dem Ziel der Stimmenmaximierung untergeordnet wurden, das Ende der Bewegung war. Zugleich war es der Beginn der Volkspartei.³

b) *Übergeneralisierung*. Volksparteien sind Generalisten des Volkswillens, aber sie sind so allgemein geworden, daß viele nicht mehr das Besondere ihrer Interessen in der Politik der Parteien wiedererkennen. Die Volkspartei hat sich — auf Bundesebene 1961, auf Landesebene bis 1965 — als Einheitsstyp des bundesrepublikanischen Parteiensystems durchgesetzt, dabei alle anderen Parteiformen, vor allem regionale und interessensspezifische, verdrängt bzw. »eingeschmolzen«.⁴ Die großen Volksparteien entwickeln sich zwar auf der Basis

sozialkultureller Milieus, und sie leben längere Zeit von der traditionellen Anhänglichkeit der Milieus an »ihre« Parteien, sie tragen aber — zusätzlich zu den gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen — gerade durch ihre generalisierende Volkspartei-Politik zu einer Erosion der sozialkulturellen Milieus bei. Die Vitalität dieser Milieus ist nicht beliebig erneuerbar, offensichtlich ist die moralische Substanz, das Bewußtsein der Legitimität und der Fähigkeit zur Weltgestaltung, heute verspielt.

Übergeneralisierung findet auch insofern statt, als das quantitative Politikmodell (mehr Wachstum, mehr Sozialleistungen, mehr Polizei, mehr Rüstung etc.) als einheitlich unterstellt wird. Mehr Wohlergehen durch mehr Geld und Güter, mehr Sicherheit durch mehr Polizei, Militär und Waffen — das ist der kleinste gemeinsame Nenner, auf den Politik gebracht wird. Lange Zeit verdeckte die Vielfalt der Konsumgüter, der Marken und Produkte, daß es um immer das Gleiche geht: um ein einheitliches, materiell orientiertes und quietistisches Bedürfnismodell mit den Richtgrößen Konsum und Status.

Da kulturelle Bedürfnisse vielfältig sind (kommunikative, ästhetische, sexuelle, intellektuelle etc.), wird eine Partei, deren Funktion es u.a. ist, die Autonomie kultureller Aktivitäten und Subkulturen zu schützen, wesentlich pluralistischer sein (s.u.). Sie wird sich als ein Zusammenschluß unterschiedlicher kultureller Orientierungen und Lebensstile verstehen, deren Kennzeichen darin besteht, keinem reduktionistischen Bedürfnismodell zu folgen. Die Homogenität wird groß sein, wo Auswüchse großindustriellen Wachstums auf der Tagesordnung stehen, sie wird gering sein, wo es um unterschiedliche Lebenspraxis und kulturelle Verwirklichung geht.

Sozialstrukturell war die »Öffnung« der Volksparteien begleitet von einer faktischen Verengung der sozialen Repräsentation auf der Ebene der Funktionäre und Führungsgruppen. Arbeiter, Arbeitslose, Frauen, Randgruppen aller Art finden kaum Möglichkeiten zu einer lebensweltlich nachvollziehbaren Identifikation mit den Parteiliten, auf deren Ebene sich tatsächlich »nivellierte Mittelstandsgesellschaft« eingestellt hat.

c) *Überinstitutionalisierung.* Die Parteiform bewirkt Institutionalisierung von Politik, das Übermaß an Institutionalisierung verwehrt aber folgenreiche Partizipation und die Aussicht eines von unten bewirkten sozialen Wandels. Neben die älteren Oligarchisierungs- und Bürokratisierungsprozesse tritt die Verstaatlichung der Volksparteien. Deren vielfältige Erscheinungsformen laufen darauf hinaus, daß die Vorgänge in der außerparlamentarischen Parteiorganisation unwichtiger werden für die wirkliche Politik der Parteien, wie sie sich in ihrer Regierungs- oder parlamentarischen Oppositionsrolle niederschlagen. Auch wo es Fortschritte innerparteilicher Demokratie gibt, wie z.B. bei größerer Toleranz für organisierte innerparteiliche Oppositionsgruppen, wird dies kompensiert durch die Zunahme innerparteilicher Arbeitsteilung, die die symbolische Politik der außerparlamentarischen Parteiorganisation abkoppelt von der Tatsachen schaffenden Politik der Partei im Staatsapparat.

Die Grenzen der Demokratisierbarkeit von Volksparteien, die ihre inner- und außerparlamentarische Mobilisierung auf Wahlkämpfe reduzieren, sind mit zunehmender Lebensdauer unbezweifelbar geworden, jedenfalls wenn un-

ter innerparteilicher Demokratie die *folgenreiche* Beeinflussung des Parteihandelns von unten gerechnet wird. Ergebnis dieser Desillusionierung ist die Zunahme politischer Aktionsformen außerhalb der Volksparteien (Bürgerinitiativen, soziale Bewegungen, Selbsthilfegruppen). Da das Interesse an und die Kompetenz für Partizipation gestiegen sind, ist die Überinstitutionalisierung zu einem wichtigen Element der Krise der Volkspartei geworden.

d) *Überforderung*. Die Zunahme staatlich-administrierter Vergesellschaftung macht die Volksparteien zugleich allzuständig und inkompetent. Überfordert sind Staat und Parteien durch das dramatische Anwachsen von Folgeproblemen des Industrialisierungsprozesses. Dabei ist der Staat aufgrund der bekannten Arbeitsteilung des kapitalistischen Systems spezialisiert auf die Bearbeitung der Voraussetzungen und Folgen, nicht aber der Richtung der Produktion. Intensivierung der Folgeprobleme ist begleitet von der Finanzkrise des Staates, der als Reparaturbetrieb und Wachstumsmotor immer kostspieliger wird und dessen Mittel hinter dem Problemzuwachs zurückbleiben. Der Staat und die ihn tragenden Volksparteien sind also objektiv überfordert.

Sie sind auch subjektiv überfordert, da sie ihre Legitimation gerade darauf gebaut haben, »das Volk« mit Gütern und Leistungen zu versorgen. Sie können nicht überrascht sein, daß das Volk viel von ihnen erwartet. Einerseits ist dies eine Folge des allgemeinen Wachstums- und Wohlstandsversprechens der Volksparteien. Andererseits ist es eine Auswirkung der Struktur volksparteilicher Konkurrenz, bei der die Beteiligten wechselseitig einen Druck erzeugen, sich als Alleskönner zu präsentieren und den Gegner mit Angeboten zu überbieten. Die weitreichende personalpolitische Kontrolle in staatlichen und parastaatlichen Institutionen soll die — vermeintliche — Omnipotenz durch Omnipräsenz stützen.

Volksparteien überfordern sich selbst, da sie die Grenzen ihrer eigenen Wirksamkeit nicht systematisch sichtbar machen. Vor allem in Krisenzeiten werden sie zu Opfern ihrer eigenen Versprechungen. Gerade die Volksparteien als Angebots-Parteien (nicht als Mitmacher-Parteien) leben von den Tauschwerten, die sie — ihrem quantitativen Politikmodell verpflichtet — in der Krise immer schwerer beschaffen können. Man kann — wie es die Volksparteien heute tun — an der Anspruchsschraube drehen, um mit der Überforderung fertig zu werden. Diese verbleibt aber im quantitativen Politikmodell, lebt meist von der Vertröstung auf morgen und hat keine Chance, mit der strukturell begründeten Tatsache der Überforderung fertig zu werden.

Die Krise der Volkspartei ist komplex. Jede begrenzte Deutung und Abhilfe-Strategie droht zu scheitern. So die Annahme eines Leistungsveragens in bestimmten Politikfeldern, das — z.B. durch mehr Umweltschutz — wieder wettgemacht werden könnte. Oder die Deutung der Krise als eines Mangels an Bürgernähe, der durch Verbesserung der Information und Kommunikation zu beheben wäre.

Es ist nicht neu und nicht erstaunlich, daß Parteitypen mit den Verhältnissen, die sie hervorgebracht haben, sich überleben. So hatten die Honoratiorenparteien ihre Zeit ebenso wie die demokratischen Integrationsparteien (Klassen- und Weltanschauungsparteien). Die Geschichte zeigt aber auch die große

Beharrungskraft von Organisationen und ihre insgesamt große Resistenz gegenüber organisatorischem Wandel, solange er sich vermeiden läßt. Diese Resistenz wird bei Volksparteien besonders hoch sein, da es sich dabei um einen historisch erfolgreichen Parteityp handelt. Volksparteien sind definitionsgemäß Parteien mit einer breiten Unterstützung und es sind Parteien, die zu ihrer Zeit die auf der Tagesordnung stehenden Probleme gelöst haben — jedenfalls gemessen in Graden subjektiver Zufriedenheit bzw. freiwilliger Zustimmung.

Die Geschichte politischer Parteien verweist auch auf die Möglichkeit der Umwandlung von Parteien in einen neuen Parteityp. Dies kann auch für die Volksparteien nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Die Transformationsmöglichkeiten der Volksparteien liegen im Dunkeln, sichtbar ist aber die Krise dieses Parteityps. Die Funktionsfähigkeit der Volkspartei wird abnehmen, sowohl bei der Lösung von Problemen mit den tradierten Mitteln wie bei der Gewinnung breiter Unterstützung. Diese These stützt sich auf die Annahme einer klaren Grenzlinie zwischen einem quantitativen und einem qualitativen Politikmodell und darauf, daß jedes von ihnen andere Organisationsformen erforderlich macht. Andere Qualitäten beziehen sich primär auf neue Machtstrukturen (sozialistische und kommunistische Parteien) oder primär auf neue kulturelle Muster, d.h. Muster wertbezogener Lebensgestaltung und Daseinsdeutung. Wandel von Machtstrukturen und kultureller Praxis sind mit einem einseitig etatistischen, mit einem »materialistischen«, vor allem aber mit einem quietistischen Politikmodell unvereinbar. Wenn die Manipulation quantitativer Größen versagt, bleibt ein Schritt zurück oder ein Schritt über die Volkspartei hinaus.

Re-Ideologisierung⁵ ist der Schritt zurück, die Restauration der sozialistischen Klassen- und Weltanschauungspartei, die von der Volkspartei abgelöst wurde. In der BRD die SPD-Linksabspaltung der »Demokratischen Sozialisten«, in Großbritannien der radikal-traditionalistische Linksschwenk der Labour Party (der dort zur rechten Abspaltung der Social Democratic Party geführt hat). Das Zurückgehen auf eine frühere Organisationsstufe scheint nur in ideologischer Form sektoraler Interessenpolitik, d.h. als Minderheitspolitik möglich.

Die Diagnose einer strukturellen Krise der Volkspartei wird im Umfeld der etablierten Parteien kaum vertreten. Zu stark sind die Hoffnungen auf Überlebensstrategien mittels immanenter Veränderungen. Drei Grundtypen lassen sich dabei unterscheiden: die Integrations-, die Organisations- und die Begrenzungs-Strategien.⁶ *Integrationsstrategien* legen ihr Gewicht auf Integrationsbemühungen gegenüber unterschiedlich bevorzugten Teilen der Sozialstruktur, wobei der Schwerpunkt auf symbolischer Integration liegt. *Organisationsstrategien* stellen auf die Veränderung von Organisationspraxis ab. *Begrenzungsstrategien* betonen die Notwendigkeit, die Volksparteien von nicht erfüllbaren Erwartungen zu entlasten. Natürlich treten diese Strategien auch kombiniert auf.

Bei den Integrationsstrategien ist für die SPD vor allem die Stellung gegenüber den postmaterialistischen Segmenten der Sozialstruktur von Bedeutung. Der *volksparteiliche Traditionalismus* ist durch die Sehnsucht nach dem Ge-

stern geprägt: Wiederherstellung der integrierten Volkspartei der 50er und 60er Jahre ist das Ziel.⁷ Integration bedeutet hier Re-Integration durch Ausgrenzung der neuen sozialen Bewegungen, Subkulturen und Werthaltungen. Im Kern ist es eine Bekräftigung des wachstums- und verteilungspolitischen Kurses (z.T. durch Ausbau staatlicher Steuerungsmittel zur Beherrschung der neuen Probleme) auf der Grundlage des Bündnisses von Facharbeiterschaft und aufstiegsorientierter neuer Mittelschicht, das 1959 zu Godesberg und 1969 zur Kanzlerschaft geführt hat.

Der *volksparteiliche Pragmatismus* plädiert für die Einbeziehung neuer Gruppen und der sie bewegenden Themen, soweit dies zur Aufrechterhaltung sozialdemokratischer Machtpositionen erforderlich ist.⁸ Dies ist ein Konzept taktischer Integration, deren Bemühungen nur so lange dauern, wie der Basisdruck anhält. Die Studentenbewegung der 60er Jahre ist im Positiven wie im Negativen ein Beispiel dafür.

Als *volksparteilicher Idealismus* soll die innerparteiliche Strömung bezeichnet werden, die versucht, aus ideologischer Sympathie mit dem postmaterialistischen Milieu eine enge Zusammenarbeit herzustellen, ohne strukturelle Konsequenzen für die Volkspartei zu ziehen.⁹

Bei den an Organisationspraxis ansetzenden Organisationsstrategien lassen sich zwei Varianten unterscheiden. Das Konzept der *Volkspartei als Kulturpartei* will wesentliche Strukturen der Volkspartei unberührt lassen, Kultur und intensiviert Kommunikation aber als ergänzende zeitgemäße Strategien einsetzen.¹⁰ Dabei wird Partei nicht als politischer Ausdruck einer eigenständigen Kultur verstanden. Vielmehr geht es um die Herstellung von Kultur (»*Ausbildung* einer politischen Kultur, eines Lebensraumes einer Lebenswelt«¹¹) und um ihre Instrumentalisierung für Parteizwecke (»Wie kann man die Dimension 'Lebenswelt' für die Partei zurückgewinnen?«¹²). Wie immer man sich Kultur von oben vorstellen mag, die Instrumentalisierung von Kultur für parteipolitische Zwecke hat Tradition in der deutschen Arbeiterbewegung.¹³

Die zweite Variante könnte man paradox als *Re-Integration durch Desintegration* bezeichnen.¹⁴ Dazu gehört z.B. die Verstärkung innerparteilicher Arbeitsteilung, die die außerparlamentarische Parteiorganisation zum Spezialisten für Zukunftsperspektiven und gesellschaftliche Kommunikation macht, die Partei im Staatsapparat aber konzentriert auf die tägliche Kleinarbeit. Oder auch eine stärkere Legitimierung von Oppositionsverhalten in Partei und Fraktion, um auf diese Weise zur Konfliktregulierung beizutragen.

Die Begrenzungs-Strategien sollen die Volksparteien vor von außen kommender und selbstverschuldeter Überforderung schützen. Die Strategie der *Anspruchsreduktion* gilt als ein Schlüssel dafür, aus Verwaltern des Überflusses ebenso effiziente Verwalter des Mangels zu machen. Es ist eine Art Konditionierung für schlechte Zeiten bei Aufrechterhaltung des Glaubens an wiederkehrende gute Zeiten wachsenden Sozialprodukts.¹⁵

Die Strategie der *Aufgabenbegrenzung* ist aus interessenpolitischen und ideologischen Erwägungen bislang populärer bei den bürgerlichen Volksparteien, kann aber bei zunehmender staatlicher Finanznot durchaus auch bei der linken Volkspartei Fuß fassen.

Ist reine Spekulation, was heute über den neuen Parteityp zu sagen ist? Die Methode folgt den Prinzipien der Projektion und Deduktion¹⁶, ausgehend a) von den Krisentendenzen der Volksparteien, b) von gesellschaftlichen und politischen Entwicklungstrends gegenwärtiger Gesellschaftsformation (für die es zwischen postindustrieller und spätkapitalistischer Gesellschaft noch keine einheitliche Charakterisierung gibt), c) Tendenzen alternativer Organisations- und speziell auch Parteientwicklung wofür die grün/alternativen Listen und Parteien als wichtige, aber keineswegs als einzige Indikatoren dienen.

Es sagt schon etwas über die neue Parteiform aus, wenn man an das Paradox erinnert, daß die Kräfte, die hinter einem alternativen Parteityp stehen, kritisch sind gegenüber dem Prinzip Partei. Sie organisieren sich häufig nicht parteiförmig und sie haben ein pragmatisch-experimentelles Verhältnis gegenüber dem Parteiprinzip. Insofern hat sich nach mehr als hundert Jahren Parteigeschichte eine Offenheit gegenüber der Parteiform eingestellt, die es in dieser reflektierten Form zu Beginn der modernen Parteiengeschichte nicht gegeben hat. Praktische Folge davon ist z.B. das fast völlige Fehlen von »Organisationspatriotismus«, der vor allem die deutschen Parteien der Arbeiterbewegung in so hohem Maße charakterisiert hat. Dazu wird aber auch die Diskontinuität dieser Parteirichtung gehören, die bunte Organisationsgeschichte, die kaum je eine endgültige Form und ein charakteristisches Hauptthema finden wird. Partei erscheint vielen (anderen nicht) als zumal im etablierten Parteienstaat notwendige Form politischer Intervention, die aber sofort gegen radikal-demokratische Formen eingetauscht würde, wenn diese unter modernen gesellschaftlichen Bedingungen funktionsfähig gemacht werden könnten.

Die postindustrielle Rahmenpartei¹⁷ erfüllt vor allem drei Funktionen:

1. *Schutzfunktion.* Die Rahmenpartei bemüht sich um die materielle und rechtliche Sicherung alternativer gesellschaftlicher Aktivitäten. Damit ist gesagt, daß im Mittelpunkt der Partei steht, was unabhängig von der Partei existiert und ihr gegenüber autonom gehalten werden soll: die Selbstorganisation von Gruppen, die — im Sinne der »Selbstproduktion von Gesellschaft«¹⁸ — aus sich heraus neue Formen von Gesellschaft entwickeln. Das ist die Frauengruppe ebenso wie die Anti-AKW-Gruppe, die Hausbesetzergruppe oder die ökonomische Kooperative. Sie bedürfen rechtlicher und — wo es an Ressourcen fehlt — auch materieller, durch Umverteilung zustandgekommener Sicherung, die aber gleichzeitig die inhaltliche Autonomie wahren soll.

2. *Interventionsfunktion.* Die Rahmenpartei interveniert in den industriegesellschaftlichen Prozeß, den sie nicht im Ganzen zu steuern oder auf eine völlig neue Grundlage zu stellen vermag (weder als Industriegesellschaft noch als Kapitalismus), dadurch, daß sie die schlimmsten Konsequenzen dieser Entwicklung abblockt und eine Umorientierung innerhalb des Systems anzielt, die seine Aggressivität, seine Natur- und Sozialschädlichkeit abzubauen sucht. Damit ist ein bei realistischen Maßstäben¹⁹ anzunehmender Handlungsrahmen gegeben, hinter dem Praxis häufig zurückbleiben wird, den sie aber gleichzeitig transzendiert.

3. *Utopische Funktion.* Das Transzendieren einer aus vielen Gründen begrenzten Praxis ist wesentlicher Bestandteil der postindustriellen Rahmenpar-

tei. Das seinen eigenen Zielen widersprechende und selbst destruktiv gewordene Industriesystem und das bürokratisch-zentralistische Politiksystem fordern zu Utopien heraus. Sie sollen die Misere *im Ganzen* überwinden, die praktisch nur bruchstückhaft bearbeitet werden kann. Ohne das vordenkende Vorausseilen, das ein neues Ganzes wenigstens auf konzeptioneller Ebene entstehen läßt, ohne den Entwurf einer befreiten und befriedeten Gesellschaft wäre die neue Partei einer wesentlichen Funktion beraubt. Sie wird allerdings sich nicht auf *ein* utopisches Modell festlegen, sondern — mit bestimmten Abgrenzungen — die Vielfalt kultureller Entwürfe wachhalten.

Welche Organisationsprinzipien korrespondieren diesen grundlegenden manifesten Funktionen der postindustriellen Rahmenpartei? Die minimale normative Grundlage des neuen Parteityps ist dezentral, basisdemokratisch, pluralistisch.

Dezentralisation ist das Schlüsselprinzip alternativen Organisationsbaus. Dahinter steht die Enttäuschung über das Ergebnis der zentralisierten Organisationsstrukturen in Staat und Wirtschaft. Zunahme an Problemen bei Rückgang effizienter Koordination und Problemlösungsfähigkeit einerseits, Auslöschung der formal aufrechterhaltenen Demokratie unter faktisch zentralistischen Strukturen andererseits. Die Konsequenz, die gezogen wird und sich in der Forderung nach Dezentralisation niederschlägt, ist radikal. Keine Erwartung mehr, die Überkomplexität ließe sich durch verbesserte Planungs-, Koordinierungs- und Entscheidungsinstanzen unter Kontrolle bringen. Skepsis gegenüber Demokratisierung innerhalb von Institutionen, deren Funktionsweise und zentralistische Organisationstruktur nicht angetastet wird.

Dezentralisation bezieht sich zum einen auf den Aufbau einer alternativen Parteiorganisation, auf die Ausstattung unterer Organisationseinheiten mit Macht und Kompetenzen. Darüber hinaus regelt Dezentralisation das Verhältnis zwischen der Parteiorganisation und selbständigen Basiseinheiten (Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen etc.), denen jedenfalls prinzipiell ein ungewöhnlicher Einfluß auf einen dann auch von der Partei getragenen Willen eingeräumt wird.

Dezentralisation erhält ihre spezifische Bedeutung erst in Verbindung mit dem zweiten tragenden Organisationsprinzip, dem der *Basisdemokratie*. Auch hier besteht zwischen inner- und außerparteilichen Strukturen ein enger Zusammenhang. Die gesellschaftliche Selbstorganisation bliebe eine Spielwiese, würde ihre innerparteiliche Transmission zwar nicht abgesichert (das gibt es nicht bei Organisationen), so doch erleichtert durch institutionelle Mittel wie imperatives Mandat und Ämterrotation. Innerparteiliche Radikalkdemokratie hat also den Zweck besserer Anbindung der Partei an die gesellschaftliche Basis.

Damit ist für diese Parteien eine Art Doppelstrategie konzipiert, die enge Verbindung von außerparteilicher Bewegung und parteiinstitutioneller Einflußnahme. Der Unterschied zu den Jungsozialisten liegt nicht nur in dem größeren Gewicht, das der gesellschaftlichen Basis eingeräumt wird. Der Unterschied besteht vor allem darin, daß die Jungsozialisten weder eine eigene Basis noch eine eigene Partei hatten. Wo diese Bedingungen gegeben sind, besteht je-

denfalls eine Chance, das zu vereinbaren, was bislang sowohl theoretisch wie praktisch getrennt erscheint: Parteiendemokratie und Basisdemokratie.

Es kann nicht naiv übersprungen werden, was radikaleren Formen von Demokratie in Parteien bisher entgegenstand und auch die Rahmenpartei bei der Demokratiesuche behindert. Z.B. die Rückwirkungen zentralistischer und formaldemokratischer Institutionen, mit denen sich die Rahmenpartei beim Versuch der Intervention auseinanderzusetzen hat oder die zahlreichen informellen Faktoren parteiinterner Oligarchisierung. Zwischen einem Wunderglauben an Demokratie und einer an schlechte Wirklichkeit angepaßten »realistischen Demokratietheorie« ist auch mit sozialwissenschaftlichen Gründen der basisdemokratische Impetus der Rahmenpartei nicht einfach als radikaler Gestus oder historische Reprise (*déjà vu*) abzutun. Allein die veränderten sozialstrukturellen Voraussetzungen (z.B. die Steigerung des Intelligenz-Anteils) und die Systemkrise der Zentralisation schaffen historisch neuartige Bedingungen. Darüber hinaus bilden die Organisationsmittel der Basis, solange sie autonom bleiben (Bürgerinitiativen etc.), ein organisationspolitisches Gegenmittel zu dem, was möglicherweise wieder zu Herrschaftsmitteln der Parteiführer gemacht werden soll (Bürokratie, Parteipresse, Status etc.).

Dezentralisation und Basisdemokratie werden ergänzt um das Prinzip des *Pluralismus*. Die Heterogenität an der Basis der neuen Parteiform ist nicht Ausdruck unzureichender Klärung bzw. »Vereinheitlichung«. Sie ist Ergebnis der kulturellen Vielfalt der Rahmenpartei. Der Pluralismus der vergangenen 30 Jahre war, wo er politische Relevanz besaß, »materialistisch« verkürzt, und wo er kulturelles Profil hatte, in die Privatsphäre abgedrängt. Die Politisierung der Privatsphäre trägt in die Politik eine solche Vielfalt von Betroffenheiten, daß sie weder ideologisch noch organisatorisch vereinheitlicht werden können. Die Problematisierung des Mehrheitsprinzips, die stärkere Berücksichtigung des Konsensprinzips im innerparteilichen Bereich haben auch hierin ihre Grundlage und ihr Anwendungsfeld.

Zum Schluß wenigstens eine Andeutung, wo die Triebkräfte und Bedingungsmöglichkeiten für die postindustrielle Rahmenpartei liegen. Es sind vor allem zwei Determinanten, die den Parteityp bestimmen: Politiksticht und soziale Basis.

Die Themen politischer Auseinandersetzung haben sich z.T. schon geändert (Ökologie, Großtechnik, Wachstumskritik etc.), die politischen Perspektiven, mit denen darauf geantwortet wird, sind teils konventionell geblieben, d.h. im wesentlichen durch das quantitative Wachstumsmodell geprägt, teils neuer Art, eine qualitativ andere Richtung der Entwicklung ansteuernd. Ökologische Probleme z.B. können bearbeitet werden durch Industrialisierung des Umweltschutzes bzw. Wachstum der Umweltindustrie oder durch Beseitigung der Ursachen. Auch die linke Volkspartei hält (bei aller symbolischen Politik à la »Gleichberechtigung von Ökonomie und Ökologie«) dort, wo es ernst wird, an der Priorität industriellen Wachstums fest — Grundlage für die Verteilungspolitik, von der diese Parteiform lebt. Den Kern des Parteiensystems bilden die beiden großen Volksparteien in ihrer Konkurrenz um z.T. identische, z.T. differierende Erwerbsinteressen.

Die postindustrielle Rahmenpartei lebt davon, daß die durch die Krise der Industriezivilisation aufgeworfenen Probleme vom Typ der Volkspartei mit seinen begrenzten Steuerungs- und Mobilisierungsqualitäten nur mit der gewohnten wachstums- und verteilungspolitischen Sichtweise angegangen, aber nicht gelöst werden können. Dabei verschärft die Wachstumspolitik die ökologischen Probleme und die Krise der Arbeit überschreitet langfristig die Grenzen der verteilungspolitischen Integrationskraft jeder der Volksparteien. Die Fortdauer und Verschärfung existentieller Grundlagen (Arbeit, Natur, Sinn, Frieden) erhält die Voraussetzungen für eine Rahmenpartei, die sich um integrierende Antwortkonzepte bemüht. Der Bezugspunkt menschlicher Bedürfnisse, die Rechtfertigung vor einem Maßstab humaner Lebensweise sind dabei kritisches Regulativ, nicht geschlossenes Handlungsprogramm.

Die Rahmenpartei ist von Struktur und Funktion her geeignet, die Probleme zu bearbeiten, die aus der Krise der Industriegesellschaft resultieren. Ihre dezentrale, basisdemokratische Struktur verschafft ihr ein hohes Störpotential, das — institutionell vermittelt — längerfristig auch zu Umorientierungen etablierter Politik führen kann. Die in dem mit ihr korrespondierenden Milieu entworfenen und z.T. praktizierten Ansätze einer anderen Gesellschaft erhalten den Druck in Richtung tiefer greifender Änderungen (utopische Funktion).

Hat die postindustrielle Rahmenpartei eine soziale Basis und wieweit ist dieser Parteityp ihr Ausdruck? Drei Trägergruppen sind auszumachen: a) die »postmaterialistisch« orientierte Intelligenz, mit einem Schwerpunkt im Humandienstleistungssektor (Bildung, Sozialarbeit, Gesundheit, Kirche etc.). b) Marginalisierte Gruppen, Opfer vor allem der Krise im Arbeitssystem, die von der Gewerkschaft als Organisation von Erwerbsinteressen nicht ausreichend vertreten werden (arbeitslose Jugendliche, Frauen, ältere Menschen, Behinderte etc.). c) Von Umweltzerstörung und aggressiven Technologien unmittelbar Betroffene aller sozialer Schichten.

Der »postmaterialistische« Wertwandel, der ideale Betroffenheit herstellt, ist also ebenso wichtig wie die unmittelbare Betroffenheit von Folgen kapitalistisch-industriellen Wachstums. In der engeren Parteimitgliedschaft und vor allem bei den Aktiven und Funktionären der Partei sind die Vertreter aus dem Bereich der Intelligenz deutlich vorherrschend. Ihren heutigen Bedürfnissen und Werthaltungen entspricht denn auch die Organisationsform der Rahmenpartei in besonderer Weise. Das Individualistische und Spontane, die mäßig standardisierten Verfahren, die vielfältigen Partizipationschancen, die breiten Anwendungsmöglichkeiten intellektueller Kompetenz (auch durch das Fehlen anerkannter Führer und geschlossener Ideologien, die einem das Denken abnehmen oder gar verbieten) — all dies kommt ihnen am meisten entgegen.

Die These war, daß sich die Krise der Volkspartei unter den Bedingungen der BRD zuerst in der SPD manifestierte. Nach Übergang in die Oppositionsrolle wird sie sich für eine der oben skizzierten Abhilfe-Strategien entscheiden (oder auch zwischen ihnen lavieren). Dabei wird sie im linken Bereich des Parteienspektrums der Konkurrenz einer (mehrerer?) postindustriellen(r) Rahmenparteien ausgesetzt sein. Auch wo diese aufgrund ihrer konstitutionellen Instabilität vorübergehend wieder verschwindet, übersteigt die nicht nur sym-

bolische Integration des dahinter stehenden Potentials die Möglichkeiten der linken Volkspartei.

Auf der anderen Seite ist es unwahrscheinlich, daß die Rahmenpartei in größerem Umfang die etablierten Produktions- und Erwerbsinteressen des formellen Marktsystems integrieren kann. Solange diese Partei ein Interesse an Aufrechterhaltung der für sie charakteristischen Grundfunktionen und Organisationsprinzipien hat, müßte sie ein langsames, qualitatives Wachstum bevorzugen und den quantitativen Versuchungen der Volkspartei widerstehen. Das bedeutet, daß längerfristig auf der parteipolitischen Linken der BRD mit der Konkurrenz von zwei Parteitypen gerechnet werden muß, die aufgrund ihrer strukturellen Verschiedenartigkeit nur in Grenzen voneinander lernen können. Einen Parteityp zu denken, der die quantitative Integration der Volkspartei mit der qualitativen Integration der Rahmenpartei vereint, ist heute überfordert, wer dafür Grundlagen in den realen Entwicklungstrends sucht.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Hermann Kaste und Joachim Raschke: Zur Politik der Volkspartei. In: Wolf-Dieter Narr (Hrsg.): Auf dem Weg zum Einparteienstaat, Opladen 1977, 26ff.
- 2 Vgl. Detlef Murphy et. al.: Haben »links« und »rechts« noch Zukunft? In: PVS, 22. Jg. (1981), 398ff.
- 3 Vgl. Kaste/Raschke, a.a.O., 37ff.
- 4 Vgl. Werner Kaltefleiter: Wandlungen des deutschen Parteiensystems 1949-1974. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 14/1975, 4f.
- 5 Im Sinne empirischer Sozialwissenschaft als ein stark systematisierter und verbindlicher Begründungszusammenhang von Politik, nicht im negativ-wertenden Sinne, in dem die Volkspartei von der »Ideologie der Ideologielosigkeit« (Abendroth) lebt.
- 6 Diese Systematisierung ist sicher nicht erschöpfend. Sie wird mit Blick auf die SPD vorgenommen.
- 7 Zum Beispiel Richard Löwenthal: Identität und Zukunft der SPD. In: Neue Gesellschaft, 28. Jg. (1981), 1085ff.
- 8 Zum Beispiel Willy Brandt.
- 9 Dies gilt für ökologisch orientierte SPD-Linke.
- 10 Skizziert bei Peter Glotz: Die Beweglichkeit des Tankers. Die Sozialdemokratie zwischen Staat und neuen sozialen Bewegungen, München 1982.
- 11 A.a.O., 33.
- 12 A.a.O., 186.
- 13 Vgl. Brigitte Emig: Die Veredelung des Arbeiters. Sozialdemokratie als Kulturbewegung. Frankfurt/M. 1980, und Hartmann Wunderer: Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890-1933). Frankfurt/M. 1980.
- 14 Vgl. z.B. die Skizze eines solchen Programms durch Thomas Ellwein in Joachim Raschke (Hrsg.): Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung. Opladen 1982.
- 15 Helmut Schmidt war nicht nur qua Amt ein Spezialist für diese Strategie.
- 16 Vgl. Samuel P. Huntington: Postindustrial Politics: How Benign Will It Be? In: Comparative Politics, 6. Jg. (1974), 163ff.
- 17 Die bürgerlich-liberale »Rahmenpartei« mit ganz anderen Funktionen und Strukturen wird analysiert bei Maurice Duverger: Die politischen Parteien. Tübingen 1959, 81ff. — Der Begriff ist — mangels eines besseren — dort entnommen, wird aber hier für die linksökologische Partei mit anderem Bedeutungsgehalt verwandt. Dabei muß zunächst offenbleiben, ob es auch eine rechte postindustrielle Rahmenpartei geben kann.
- 18 Vgl. Alain Touraine: Die postindustrielle Gesellschaft. Frankfurt/M. 1972.
- 19 Vgl. dazu z.B. den Beitrag von Martin Jänicke in Jörg R. Mettke (Hrsg.): Die Grünen. Regierungspartner von morgen? Reinbek 1982.

Notiz zu Blüms sozialpolitischem Diskurs

Ökonomische Krise, Arbeitslosigkeit, »Wandel von Werten«, Krise des Staates, Krise der Familie, die sozialdemokratische Regierungskrise, ihre Vollendung im Absturz, Platzeinnahme von rechts, das ist das Feld, in dem wir uns befinden. Während sich CDU/CSU/FDP formieren, Plätze verteilen und einnehmen, beginnen sie ihre Arbeit um Köpfe und Herzen des Volkes, das sie für die kommende Wahl gewinnen wollen. Die beschworene Allgegenwärtigkeit der Krise macht, daß »es nicht so weitergehen kann, wie bisher«! So tritt die Rechtsregierung schon nicht mehr an als Bewahrer des Bestehenden, des bereits Erreichten, nicht mehr im herkömmlichen Sinne als Konservative, sondern als *Veränderer*, als *Retter* aus der Krise. »Außerdem betrachtet sie auch ... 'Demokratie', in ihren populistischen Aspekten, als Ort, den sie besetzen muß, als Einsatz, den sie ergreifen muß.« (Hall 1982, 107f.) Die großen Themen, um die sich die ideologischen (die populistischen) Kämpfe ringen (werden), sind Anti-Etatismus, Anti-Kollektivismus und von rechts gegen den alten Machtblock der Sozialdemokratie (vgl. Hall, Laclau 1982). Wichtig ist es, die Umartikulierer bei der Arbeit zu beobachten, damit wir nicht bloß von den Produkten überrascht werden. Als ein Beispiel für die Transformierung politisch-sozialer Probleme in solche moralische Ordnung soll im folgenden ein Text des neuen Arbeits- und Sozialministers Norbert Blüm (abgedruckt in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.10.1982) als bestimmte Produktion rekonstruiert werden.

»Leben, das durch das Sieb der genormten Gesellschaft fällt« — der zeitgemäße Aufschrei gegen zuviel Norm beginnt mit einer Berufung auf Kafkas »Schloß« — einem Werk also, das Kritik gegen zuviel Staat und Bürokratie ist. Er benutzt es, um von Staatsseite die Anonymität der Einzelnen zu beschwören. K.: »Ein Buchstabe weniger und auch er wäre ein Nichts.« Der Mensch, der den Menschen nicht mehr kennt, die Bomber-Piloten über Hiroshima, die die 100000 Opfer nicht sahen, der Rentner nebenan, den die Nachbarn nicht kennen, und der sieben Jahre tot in seiner Wohnung lag, »als Rentnempfänger und Mietzahler hatte der Tote weiterhin Verbindung zur Außenwelt«. Der Mensch in der »Gesundheitsfabrik« als ein »reparaturbedürftiger Organismus« — all das sei Anonymität. Sie wird verdichtet zu einem handelnden Subjekt, gegen das der Kampf geführt werden muß. Ein Subjekt, das eine Instanz ist und funktioniert wie ein Staat, der verwaltet, ordnet, trennt, aber nicht *der Staat* ist, sondern in der Verschiebung als Staat entnannt wird. Der rechte Anti-Staatsdiskurs hat das Problem zu lösen, den Staat — als die Ordnung — zu festigen und zugleich die Verlagerung von gesellschaftlichen Aufgaben in den Staatsbereich (Arbeitslosenunterstützung usw.) zu vermindern und in die Kompetenz des Einzelnen zu stellen. Die Lösung, die Blüm anbietet, ist, gegen ein »Zuviel« an staatlichen Eingriffen zu mobilisieren und zugleich — im Dunkel des Maßstabes für das »Zuviel« — den »Vater Staat« zu festigen.

An dieser Stelle führt er die widerständigen Menschen ein, verzerrt als »Ausbruch der Gewalt«, für die er jetzt Verständnis hat, ist doch ihr Aufbegehren zu werten als »ein letzter verzweifelter Versuch, sich bemerkbar zu machen und Spuren in der glattpolierten Welt einzuschrammen«. Politische Kämpfe — bei Blüm vereinheitlicht zur »Rebellion der Verlorenen« — sind jetzt eingespannt in einen Anti-Staatsdiskurs, gegen Vermassung und mit eigentlich humanen Zielen ausgestattet. Der gemeinsame Feind der Menschheit schlechthin heißt: Anonymität. Jetzt wird er analytisch zerlegt, seine Wurzeln sollen sein: das »Verlangen nach absoluter Gleichheit« und die »Sehnsucht nach bedingungsloser Selbstverwirklichung«. »Das isolierte Individuum, auf Einheitsnorm reduziert, austauschbar, ohne Ecken und Kanten, das ist das Baumaterial der anonymen Gesellschaft.« Hier gibt es einen Einschnitt; Blüm baut um: die vorherige Gesellschaftskritik als Kritik an der Anonymität ist aufgelöst in individuelle Wünsche, deren Berechtigung jetzt untersucht werden kann. »Gleichheit und Selbstverwirklichung (sind) Gegensätze.« »Wer sich selbst verwirklicht, will anders sein als andere.« Angerufen wird das staatsbürgerliche Individuum, das mit dem Recht ausgestattet ist, »anders« zu sein als andere, sich zu unterscheiden, das *Andere* widerstrebt dem *Gleichen!* Dieses Individuum unterscheidet sich von der Masse und das Unterscheidende wird (s.u.) zum Motor gegen die gleichmachende Anonymität, der das besondere Individuum nichts mehr ist. Wie kann der Gegensatz von Gleichheit und Anderssein aufgelöst werden?

»Die Gleichheit vor Gott« ist die von Blüm akzeptierte Gleichheit. Gott hier als Synonym für Gesetz; im juristischen Bereich hat die Gleichheit die Funktion der Abschaffung von Ungerechtigkeiten/Unterdrückungen, aber: »nicht jede Differenzierung ist Diskriminierung«, Gleichheit sei kulturzerstörerisch, denn »die absolute Gleichheit des unterschiedslosen Menschen produziert einen Typ, der gestanz, austauschbar und dessen Summe die anonyme Gesellschaft ist.« Aus dem Feind Anonymität ward der Feind Gleichheit.

Gleichheit der Geschlechter

Verantwortlich für die Produktion von Gleichheit sei die Wissenschaft, die auf dem Wege sei, »das Kunstprodukt des egalten Menschen« herzustellen (als Beispiel dient ihm die gelungene Klonierung von Fröschen — ein kleiner Schritt bis zum Menschen!). Diese Kritik an der Wissenschaft bindet den Anti-Technik-Diskurs mit ein und die Angst der Arbeitenden, deren Tätigkeiten potentiell durch wissenschaftlich-technische Errungenschaften überflüssig werden. Die Gleichheit, die Blüm vorführt, ist eine von oben verordnete und hat so den Beigeschmack von Gleich*macherei*, es wird etwas gemacht mit den Menschen. Als Gegen»spieler« der Wissenschaft läßt Blüm die Natur des Menschen auftreten: »das Programm der Chancengleichheit dringt in den Mutterleib vor«; was sich im Text zunächst wie ein Beispiel für die Unnatürlichkeit der Gleichheit liest, stellt einen Themenwechsel dar: im folgenden wird die Geschlechterfrage behandelt (oder die Frauenfrage oder die Frauenbewegung). Die Zukunft — so Blüm — brauche nicht mehr den Mutterleib, sie wird — gemäß seines vorher entworfenen Gleichheitskonzepts — in Reagenzgläsern geboren;

das hieße Tod jeder »Kreativität, jeder Intuition«, »jeder Liebe«, denn das sind für den Autor die Kräfte, die die Unterschiede *machen* — ihnen drohe, daß »sie überwacht, verboten und vernichtet werden müßten«. Latent anti-homosexuell zeigt Blüm die Konsequenz: »Ich sehe im Programm der Geschlechterangleichung den Todestrieb der Spannungslosigkeit«, Liebe und Erotik sind jetzt seine Zeugen; das Biologische artikuliert Blüm sozial (Zeugungs- und Gebärfunktion), das Soziale staatlich (Bildung und gleicher Lohn).

Vor dem Gesetz sollen die Geschlechter gleich sein, nicht aber solle eine »absolute Gleichheit« verlangt werden; wie die aussehen könnte, kleidet er in die Frage: »Ist der Versuch, Mann und Frau zu austauschbaren Größen zu stützen, tatsächlich Fortschritt und die Reduzierung von Mutter und Vater auf auswechselbare Bezugspersonen, tatsächlich ein Zugewinn an Humanität?« Abgesehen davon, daß Mann und Frau ihm wesentlich Mutter und Vater sind (und dieses Mutter-Vater-Verhältnis [s.u.], für ihn privat ausgehandelt gehört, in die Kompetenz der Einzelnen gestellt ist, somit nicht »öffentlich« diskutiert werden kann, damit auch nicht in den Bereich der Politik fällt), wird der gesamte Emanzipationsgedanke in den juristischen Bereich gelegt. »Der Kampf um Gleichberechtigung ist noch nicht zu Ende. Lohndiskriminierung, Bildungsbarrikaden und Aufstiegshürden für die Frau müssen noch beseitigt werden.« Für Blüm sind »viele Unterschiede« zwischen Mann und Frau »nichts anderes ... als der Ausfluß männlicher Arroganz, welche die Frauen mit Unterdrückung bezahlen müssen«; er will wohl von der Frauenbewegung gehört werden und macht ein Zugeständnis. Interessant ist, daß die biologische *Verschiedenheit* als soziale Ungleichheit artikuliert wird. So kann Zustimmung erzeugt werden zu Herrschaftsverhältnissen, die als natürliche Verschiedenheit ausgegeben werden und deren »Natur« — bei Auswüchsen — staatlich beschnitten wird. Das Geschlechterverhältnis hat also zwei Größen: das Gesetz und das individuelle Verhalten von Männern, Frauen treten gar nicht auf.

Folgende Elemente und Verschiebungen haben wir bisher: aus der Gesellschaftskritik (Anonymität) zur Kritik an individuellen Wünschen (Gleichheit), zur Kritik an Instanzen, die Menschen verführen (Wissenschaft), indem sie vorführen, was alles möglich sei, und damit den Menschen ihre Natur rauben (somit ihren Lebenssinn) und die Umartikulation der Geschlechterfrage in die Gleichheitsfrage, die ad absurdum geführt und als lebensbedrohend beschieden wird.

Ökonomie

Ein weiteres Mal verwandelt sich Gleichheit: sie wird zur »allgemeinen Ver-tauschbarkeit menschlicher Beziehungen«. »Fixiert auf Gleichheit, verlieren wir die Großzügigkeit, Genußfähigkeit, die Fähigkeit zu schenken und zum Beschenktwerden«. Die Wurzel der Ungleichheit, die ökonomische Ausbeutung und Unterdrückung wird vergraben. Statt dessen finden wir uns in der himmlischen Sphäre des harmonischen Miteinander und hinterrücks wird wieder das Vertrauen in die Menschlichkeit des Oben und Unten eingeführt: nur die können großzügig geben, die unter sich welche haben, die sparen müssen; nur die können schenken, die von solchen umgeben sind, die es nötig haben,

aber auch selber kann man in diese Lage kommen (und muß deshalb beschenkt werden). Ungleichheit ist der Ursprung von Genuß und »die absolute Gleichheit sucht das Glück als Stillstand« — Ungleichheit ist jetzt gefunden als Kraft aller Bewegungen.

Jugend

Aus der Biologie springt Blüm jetzt in die Geschichte, verkleinert zur Individualgeschichte: »Die Gleichheit ... ebnet auch die Unterschiede in den Lebensaltern ein.« Es wundert ihn nicht, daß die Jugend das Gleichheitsprinzip vertritt, denn »die zwanghafte Jugendkultur ist kraftstrotzend, herz- und einfalllos«. Hier versucht er, den Jugendprotest (und die Arbeitslosigkeit) zu entnennen und die Beunruhigten (die Wähler, nicht die Jugendlichen) einzubinden. Gleichheit ginge vom Maß der Jugend aus und beträfe nur sie, »mit der Verdrängung der Alten verzichtet die Gesellschaft auf Erfahrung, Erinnerung und Geschichte«. Über die Alten sprechend, entnennt der Autor die Verdrängung der Jugend (aus dem Produktionsprozeß) und legt dem Leser/der Leserin nahe, daß die Jungen die Alten verdrängten; das Problem, das in der Produktionssphäre entsteht — aus dem die Alten ja wirklich herausgeworfen werden —, wird in den Generationskonflikt verschoben und als Problem der Moral verhandelt: du sollst Vater und Mutter (die Alten) ehren. Blüm nimmt an dieser Stelle noch einmal den Anti-Wissenschaftsdiskurs auf und spielt die zwanzigjährige Sozialexpertin gegen die »Großmutter« aus.

Frauen und Wissenschaft

Die Entgegensetzung ist eine Mehrzweckwaffe. Sie baut auf die Angst um Arbeitsplätze und auf Antifeminismus. Frauen maßen sich Expertenwissen und damit -stellen an, statt Großmütter zu werden. Weil die Gesellschaft ihre eigenen Erfahrungen — personifiziert in den Alten — abspalte, habe sie Experten erst nötig. Aber »Expertokratie ist die sublimen Unterminierung des Selbstvertrauens der Menschen, ... sie kann sich auch im Rat des Fachmannes einschmeicheln ...« Expertokratie, das mobilisiert gegen Bürokratie (hier bezieht er die Redeweise der Ökologiebewegung ein) und mobilisiert wohl auch an dieser Stelle gegen Wissenschaft, Bürokratie und Staat. Statt Wissenschaft braucht es Vertrauen. Die Intimität der Großmutter mit ihrem »weisen Rat« gegen das anonyme Expertentum da oben — daß es oben ist, wird vorausgesetzt — macht, daß die Probleme überschaubar wirken: Gesellschaftliches wird als Problem zwischen Einzelnen vorgestellt. Die kleinen zwischenmenschlichen Beziehungen sind wie die »großen« zwischen Völkern, Regierungen, Bürokratien und zugleich nicht: die großen sind kalt, im Kleinen findet sich noch das Mit-Menschliche, die Anteilnahme.

Sinn des Todes — Krieg

Dieses Kapitel endet mit einem Plädoyer für den Tod, mit dem Blüm den Bogen zum Ewiggleichen schlägt; der Tod tritt auf als Beleg für seine Argumentationen: »Ein Leben ohne Tod nähme unseren Handlungen die Einmaligkeit

und dem Leben die Aufregung der Bewährung.« Sinn wird gegeben und nicht die Menschen geben ihn sich. Gegen Ende seines Aufsatzes greift Blüm das Problem des Todes — jetzt in Verbindung mit Gott auftretend — noch einmal auf. »Welch gottbegnadete Gelassenheit, geboren aus der Zuversicht, daß das Leben nicht alles ist.« Angesichts der Kriegsgefahr und des Reaganismus (vgl. Plotke 1982), muß ein derartiger Fatalismus und die Einführung außerweltlicher Werte mißtrauisch machen (für Gott und ewiges Leben kann auch Vaterland o.ä. eingesetzt werden, die Anrufungsstruktur würde sich kaum ändern).

Familie

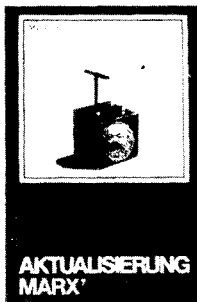
Was den Blüm-Artikel unter seinesgleichen auszeichnet, ist, daß er den Gleichheitsgedanken als Feind durch die gesellschaftlichen Bereiche verfolgt — er läßt die »Gleichheitswalze« über öffentlich und privat fahren. »Was früher auch vornehmlich in der Privatsphäre lokalisiert war, wird jetzt in die Öffentlichkeit gedrängt. Erziehung z.B. wird zur allgemeinen gesellschaftlichen Aufgabe erklärt, an der die Eltern bestenfalls mitwirken.« Wer diese Verschiebung produzierte, wird auch gesagt: »Die Familie verkümmert zur Zweigniederlassung des Staates.« Vorausgesetzt wird, daß Erziehung in der Familie stattfinden habe (welche Erziehung ist gemeint? die der Kleinkinder, die schulische?), daß die Eltern dafür zuständig seien (im privaten Bereich also die Mutter), und diese Zuständigkeit wird als Recht ausgegeben, in das der Staat eingreift und es quasi außer Kraft setzt, indem er als Kontrolleur auftritt. »Elternschaft auf Bewährung wird zum Staatsprogramm.« So zusammengefügt wird der Staat zur Öffentlichkeit und Öffentlichkeit zur Bedrohung des Einzelnen. Hier hat es der Rechtsdiskurs leicht: die Politik der Sozialdemokratie suchte Gleichheit von »oben«, d.h. durch staatliche Eingriffe »herzustellen«; Blüm artikuliert diese Widersprüchlichkeit in allumfassende Kontrolle um, unter Außerachtlassung der sozialen Verhältnisse, oder anders, er überdeterminiert die sozialen Probleme durch die Produktion von Angst vor dem autoritären Staat. »Der Imperialismus dieser Öffentlichkeit wird als Abbau von Milieusperren deklariert.«

Weiter gegen die Sozialdemokratie wird der Familienbericht ins Feld geführt, in dem von »Elterlichen Gewaltverhältnissen«, die abgebaut gehörten, und »Fremdbestimmung der Eltern« die Rede war. Blüm höhnt, »wer die privaten Beziehungen zwischen Eltern und Kindern mit denselben Worten beschreibt, mit denen der Kampf der Sozialpartner gekennzeichnet wird, offenbart, daß er den Unterschied zwischen öffentlich und privat nicht kennt«. Das ist immer noch der Anti-Staats-Diskurs; die Sozialdemokratie wollte offensichtlich alles verstaatlichen, sogar die Beziehungen in den Familien. Verstaatlichung ist zugleich Entmündigung, der Staat tritt als Vormund auf. »Er schleift die Schutzmauern des Privaten, nämlich die vier Wände, hinter die wir uns zurückziehen können, um vor staatlicher Einrede und Bevormundung sicher zu sein. Er veröffentlicht das Leben und setzt den Menschen erbarmungslos dem öffentlichen Zuschauer aus. Er stellt uns bloß« — Blüm, als ein Vertreter des Staates, kann sich als Privatmann mühelos einbeziehen — das geht uns alle an, ist sein Duktus. Aus diesem Diskurs kann sich niemand ausspannen,

alle haben ihre vier Wände, alle sind öffentliche und private Menschen — der öffentlich/staatliche/gesellschaftliche Raum ist der des Zwanges, der Einschränkung, der Behinderungen, der private der individuellen Erfüllung und Freiheit. Zusammengefaßt ruft Blüm dazu auf, alles, was in der Gesellschaft, im Staat, nicht lebbar/machbar ist, zuhause zu »erleben«. In einem Radiointerview formulierte Blüm, daß es jetzt nicht mehr auf Klassenkampf ankäme, sondern auf die Lösung aktueller sozialer Probleme. Seine Lösungsvorschläge als Klassenkampf (und auch Kampf gegen das bisher Erreichte der Frauenbewegung) zu entziffern, um uns bewußt zu machen, was sie mit unserem Bewußtsein machen, scheint uns dringlich. Machen wir es ihnen nicht zu leicht, entwickeln wir eine Kultur der Entzifferung der Strategien von rechts — formen wir Bausteine gegen Rechtspopulismus.

Literaturverzeichnis

- Hall, Stuart: Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus. In: Internationale Sozialismuskonzeption 2, Argument-Sonderband (AS) 78, Berlin/West 1982
- Haug, Wolfgang Fritz: Der Zeitungsroman oder Der Kongress der Ausdrucksberater. Zürich 1980
- Laclau, Ernesto: Diskurs, Hegemonie und Politik. In: Internationale Sozialismuskonzeption a.a.O.
- Plotke, David: Wohin führt der Reaganismus? In: *Das Argument* 134, Berlin/West 1982
- Sozialliberalismus oder rechter Populismus? Hegemonie und Politik in der Bundesrepublik Deutschland. AS 51, Berlin/West 1980



Aktualisierung Marx¹

Kritische Neulektüre von Marx vom Standpunkt der heutigen Probleme. Albers, Altvater, Volker Braun, Deppe, Frigga Haug, W.F. Haug, Hirsch, Holzkamp, Tjaden u.a.

Argument-Sonderband AS 100
16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)



Brechts Beitrag zum Marxismus; Literaturtheorie; Widerspruchskunst des Volker Braun. Bearbeitungstechnik, Lehrstückpraxis. Biermanns Vertonungen. Haug, Hermand, Knopf, Wekwerth u.a.

Argument-Sonderband AS 50
DM 16,80/f. Stud. 13,80 (Abo: 13,80/11,80)

Tatjana Chahoud

Zum Mikroelektronik-Bericht an den Club of Rome*

Der jüngste Bericht an den Club of Rome enthält die Arbeitsergebnisse eines 11-köpfigen wissenschaftlichen Teams, welches unter Leitung von A. Schaff und G. Friedrichs (IG-Metall) die Gefahren wie auch die Möglichkeiten der »Computer-Revolution« aufzuzeigen versucht. Die Besonderheit der mit der Entwicklung der Mikroelektronik einhergehenden Produktivkraftentwicklung liegt demnach im Unterschied zur Vergangenheit darin, daß es hier nicht vornehmlich um die Verringerung von Muskelkraft geht, sondern die Möglichkeit eröffnet wird, »logische Vernunft«, sogenannte Intelligenz, de facto in alle Arbeitsbereiche einzuführen (115). Zur Veranschaulichung zählen die Autoren zahlreiche Beispiele auf, wie durch den Einsatz von Robotern und Computern eine *totale Reorganisation im Produktions- und Verwaltungsbereich* ausgelöst wird. Als zentrales Motiv der Unternehmer, die Mikroelektronik einzuführen, nennt *B. Lamborghini* die Möglichkeit zur Steigerung der Produktivität bzw. die Reduzierung des Arbeitskräftebedarfs. Er betont, daß das Tempo des mikroelektronischen Fortschritts so rasant ist, daß die Unternehmen, um überleben zu können, zu fieberhaften Neuerungen gezwungen sind (165).

Diese radikalen Umstrukturierungen auf Unternehmensebene werden aber nicht nur zu einer massenhaften *Vernichtung von Arbeitsplätzen* führen — *A. Schaff* spricht von der Möglichkeit, daß in den kommenden vier bis fünf Jahrzehnten die strukturelle Arbeitslosigkeit ein Volumen von mehreren 100 Millionen umfassen könnte —, sie wird ebenso die *Struktur der Arbeitsplätze* und die allgemeinen *Arbeitsbedingungen* drastisch verändern (361). Dabei wird die Anwendung zunächst dort begünstigt, wo die Arbeiten aus einfachen, repetitiven, z.T. auch gefährlichen Tätigkeiten bestehen. Welche quantitativen Dimensionen hier zur Diskussion stehen, wird aus einer hier zitierten Untersuchung über die BRD deutlich. Dieser Studie zufolge führten im Jahre 1977 etwa 33% der männlichen und 46% der weiblichen Arbeitnehmer repetitive Tätigkeiten von geringem Verantwortungsgrad aus, während 11% der Männer und 40% der Frauen einfache Hilfsarbeiten verrichteten (172). *J. Evans* zufolge haben aber Analytiker und Programmierer schon seit längerer Zeit begonnen, auch Facharbeitertätigkeiten in ihre logischen Bestandteile zu zerlegen und Computer so zu programmieren, daß die »Arbeit« der Maschinen nicht nur auf ähnliche Weise gesteuert, sondern selbst die Überwachung per Computer wahrgenommen werden kann.

Dieser Entwicklung steht nach Meinung der Experten eine, allerdings begrenzte, Nachfrage nach neuen Fachkenntnissen gegenüber (z.B. im Bereich der Logik, Systeme und Software). Es ist nach *G. Friedrichs* nicht anzunehmen, daß die Herstellung von Software etc. alle diejenigen aufnehmen könnte, die ihre Arbeitsplätze durch die Einführung neuer Hardware verlieren. Der

* G. Friedrichs und A. Schaff (Hrsg.): Auf Gedeih und Verderb. Mikroelektronik und Gesellschaft. Bericht an den Club of Rome, Wien 1982 (Seitenzahlen in Klammern).

Gesamtverlust an Arbeitsplätzen — darin besteht Konsens — wird so nicht ausgeglichen werden können (218). Der im Prinzip zu begrüßenden Verminderung zahlreicher repetitiver Tätigkeiten stehen, *J. Evans* zufolge, spezifische neue Probleme gegenüber. Sie reichen von einzelnen ergonomischen Auswirkungen (z.B. Augenschmerzen bei längerem Arbeiten an Bildschirmgeräten), der Verringerung menschlicher Kontakte (besonders die Wiederbelebung der Heimarbeit durch Computeranschlüsse), wachsender Entfremdung, die aus der allgemeinen Unterordnung des Menschen unter die Maschine resultieren, bis hin zur Beschleunigung des Arbeitstempos, Schichtarbeit etc. (als Folge des wachsenden Drucks zur intensiveren Nutzung der technischen Anlagen). Nicht zuletzt schafft die Mikroelektronik weitreichende Kontroll- und Speichermöglichkeiten über Qualität und Quantität der geleisteten Arbeit (z.B. Datenerfassung über die tatsächlich an den Maschinen verbrachte Arbeitszeit, Registrierung von Fehlerquoten etc. (187ff.).

Die Aussichten für die Arbeiter und Angestellten werden nach Meinung einzelner Autoren noch düsterer, wenn man die zu erwartenden geringen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten der 80er Jahre in Rechnung stellt. Andererseits betonen die Autoren, daß die bisher zu registrierenden negativen Auswirkungen keineswegs als zwangsläufig zu betrachten sind. Tatsächlich gäbe es, *J. Evans* zufolge, durchaus Wahlmöglichkeiten bei der Anwendung der Mikroelektronik, sie könne eine Polarisierung auf dem Arbeitsmarkt bzw. eine Steigerung der Arbeitsintensität bewirken oder aber der Verringerung des gesellschaftlichen Arbeitsaufwandes bzw. der Anhebung des Qualifikationsniveaus dienen (193).

Besondere Aufmerksamkeit widmet die vorliegende Studie den Maßnahmen zur Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit. Während in den eher unternehmerfreundlichen Beiträgen primär umfangreiche Umschulungsmaßnahmen für die noch benötigten Arbeitskräfte gefordert werden, heben die gewerkschaftlich orientierten Autoren die Verringerung der Arbeitszeit, die Vornahme der Altersgrenze, die Erhöhung der Freizeit zu Fortbildungszwecken sowie die Förderung des Wirtschaftswachstums im Sinne einer verbesserten Lebensqualität in den Vordergrund.

Die Finanzierung einer auf qualitatives Wachstum orientierten Wirtschaftspolitik stellt, *G. Friedrichs* zufolge, in den meisten Industrieländern kein echtes Problem dar.

»Fast alle Staaten geben bestimmten Industrieunternehmen und Industriezweigen sehr hohe Zuschüsse. (...) Würde man die verfügbaren Subventionen in größerem Umfang für zukunftsorientierte Ziele einsetzen, dann wäre die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch qualitatives Wachstum unproblematisch. In den meisten Staaten gibt es jedoch keine Koordination zwischen Forschungs- und Entwicklungspolitik und anderen wirtschaftlichen Aktivitäten. Die Option 'qualitatives Wachstum' kann nur verwirklicht werden, wenn die Regierungen bereit sind, ihre verschiedenen Aufgabenbereiche (Haushalt, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Umstrukturierung, Forschung und Entwicklung, Bildung usw.) so zu koordinieren, daß sie einem einzigen Ziel dienen: der Vollbeschäftigung.« (223)

Die derzeitige Explosion der Mikroelektronik hat neben den skizzierten Auswirkungen auch brisante Folgen im politischen Bereich. Wie *K. Lenk* darlegt, steht die Verschmelzung der Mikroelektronik mit der Informationstechnik,

kurz die sogenannte EDV, mit den Strukturen und Abläufen der Gesellschaft als Ganzes in unmittelbarer Beziehung (290). Wenn auch gegenwärtig noch keine riesigen Datenbanken existieren, die auf Knopfdruck detaillierte Lebensgeschichten auswerfen, so stellt doch die Möglichkeit des Zusammenschlusses der verschiedenen bereichsspezifischen Systeme (Personalinformationssystem, Sozialversicherungssystem, Kriminalinformationssystem) zu zentralen Verbundsystemen eine erschreckende Perspektive dar, deren Realisierung mit der besseren Beherrschung der EDV weiter wächst. Die bisherigen Datenschutzsysteme sind nach *K. Lenk* jedoch völlig unzureichend, insbesondere sei das Problem vorschnell in rein individualistische Kategorien gefaßt worden. Tatsächlich gehen die Gefahren jedoch weit über das Eindringen in die Privatsphäre hinaus: die Informationstechnik bietet nämlich die Gelegenheit, soziale Kontrolle umfassend zu speichern wie auch zu zentralisieren, und zwar in einer Form, daß die Information von der Kontrollinstanz nicht mehr so leicht »vergessen« wird. Demokratische Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Organisationsfreiheit etc. lassen sich ohne formelle Aufhebung systematisch in bisher ungekanntem Ausmaß vollständig aushöhlen (303f.).

In mehreren Beiträgen geht die Studie auch auf internationale Aspekte der Mikroelektronik ein. Sieht man einmal vom Spezialthema »Rüstung und Mikroelektronik« ab, so konzentrieren sich die Ausführungen auf die Perspektiven der internationalen Arbeitsteilung zwischen kapitalistischen Industrieländern und Entwicklungsländern. Neben der allgemein zu erwartenden Vertiefung der technologischen Kluft heben *J.F. Rada* und *A. King* die mit dem Einzug der Mikroelektronik schwindenden Alternativen für die Entwicklungsländer, d.h. die Unterminierung ihrer relativen Vorteile für arbeitsintensive, exportorientierte Fertigwaren hervor (229ff.). Die Katastrophe liegt auf der Hand: Gerade in den letzten Jahren haben viele Entwicklungsländer, nicht zuletzt auf Druck der Multinationalen Konzerne wie auch zahlreicher bilateraler und multilateraler Entwicklungsorganisationen, eine Industrialisierungsstrategie eingeschlagen, die sich an der bürgerlichen Außenhandelstheorie mit dem Grundprinzip der komparativen Kostenvorteile orientiert. Nun zeigt aber die vorliegende Studie mit schlagender Deutlichkeit, daß gerade die von den westlichen Entwicklungsexperten den Entwicklungsländern ausdrücklich empfohlenen Branchen besonders hart getroffen sind. (Vgl. zu diesem Zusammenhang meine Einführung in den Abschnitt »Dritte Welt zwischen Technologietransfer und eigenständiger Entwicklung«. In: *Neue Technik und Sozialismus. Internationale Sozialismus-Diskussion 4; Argument-Sonderband 95, 1982, 93ff.*) Angefangen von der Weltbank bis zum Kieler Institut für Weltwirtschaft wurden die Billiglohnländer Südostasiens stets als Paradebeispiele »weitsichtiger« Industriepolitik gefeiert. Jetzt müssen diese Länder jedoch mitansehen, wie mit der Mikroelektronik die vormals zahlreich ausgelagerten »Assemblingvorgänge« im Bereich der Elektroindustrie perspektivisch vollständig überflüssig werden. Noch gravierender werden die internationalen Auswirkungen für die Branchen Textil und Bekleidung geschätzt; denn Bekleidungsartikel stellen derzeit ca. die Hälfte aller Fertigwarenexporte der Entwicklungsländer in die Industrieländer dar und geben oftmals den Grundstein der eingeschlagenen

Entwicklungsstrategie ab (335f.). Wie die Autoren ausführen, deutet alles darauf hin, daß der wettbewerbsentscheidende Faktor auch in der Bekleidungsindustrie nicht mehr die billige Arbeitskraft, sondern Technologie im weitesten Sinne sein wird; für die »Assemblingvorgänge« der Elektroindustrie konstatiert man seit 1978 sogar eine Tendenz, neue Fabriken dieses Typs wieder in den Industrieländern zu errichten (236).

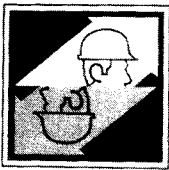
Im letzten Beitrag geht A. Schaff auf die Perspektiven und Problemlösungsmöglichkeiten ein. Die Überschrift »Beschäftigung contra Arbeit« deutet bereits die Stoßrichtung seiner Überlegungen an: Die entscheidende Frage bestehe v.a. darin, wodurch das ersetzt werden kann, was die Menschen als den »Sinn des Lebens« angesehen haben, der sich, besonders in den Industriestaaten des Nordens, mit der Arbeit verbinde (353). Neben einer neuen Form der Arbeitsteilung, v.a. durch verminderte Arbeitszeit, sieht A. Schaff die einfachste Lösung in der Einführung einer ständigen Fortbildung, die mit Arbeit im herkömmlichen Sinne oder Beschäftigungen abwechselt und an der alle Menschen bis zur Pensionierung teilnehmen sollten (362ff.). Die Vorzüge dieses Programms seien im wesentlichen folgende:

»*Erstens*: eine grundlegende und gesellschaftlich nützliche Lösung des Problems der strukturellen Arbeitslosigkeit. *Zweitens*: die Verwirklichung des Prinzips der permanenten gesellschaftlichen Dynamik: das Niveau des gesellschaftlichen Lebens wird angehoben und der 'umfassend gebildete Mensch' wird zum erstrebenswerten Lebensziel für jedermann. *Drittens*: Eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft als solcher: der 'homo laborans' wird zum 'homo studiosus', ohne die Eigenschaft des 'homo ludens' einzubüßen ...« (365)

Dieses Modell setzt allerdings voraus, wie der Autor zutreffend anführt, daß den Menschen, die heute strukturbedingt arbeitslos sind, von Seiten der Gesellschaft ein dem allgemeinen Lebensstandard entsprechender Lebensunterhalt gewährleistet würde. Die Gesellschaft ihrerseits wäre dann berechtigt, bestimmte Gegenleistungen zu verlangen, die während einer bestimmten Zeit des Lebens obligatorisch wären. Auf dem Wege zur Verwirklichung solcher Pläne ist, so A. Schaff, allerdings noch eine immense begriffliche und organisatorische Arbeit zu leisten.

Das besondere Verdienst der vorliegenden Studie besteht zunächst darin, die Komplexität und Vielschichtigkeit der Probleme beim Einsatz der Mikroelektronik einer breiteren Öffentlichkeit in weitgehend verständlicher Form transparent zu machen. Wie dem Untertitel der Studie zu entnehmen ist, sollte die Klärung des Verhältnisses von Mikroelektronik und Gesellschaft im Zentrum der Analyse stehen. Genau in diesem Punkt liegt jedoch die zentrale Schwäche der Untersuchung, denn keiner der Autoren unternimmt den Versuch, den pauschal gesetzten Begriff »Gesellschaft« näher zu spezifizieren. Wenn auch bei den Autoren Unterschiede im Detail durchaus anklingen, so verbindet sie alle eine Ineinssetzung von kapitalistischer und sozialistischer Produktionsweise. Dieser Ansatz, in der wissenschaftstheoretischen Diskussion gemeinhin als Industriegesellschaftstheorie bekannt, dokumentiert hier wiederholt seinen geringen Erklärungswert. Völlig zu Recht distanzieren sich die Autoren zwar von jeglicher Art der Maschinenstürmerei, ihr ständig wiederholter Appell an die Moral der Politiker, Unternehmer, Gewerkschafter etc. im Hinblick auf eine

»gedeihliche« Nutzung der Mikroelektronik muß jedoch ebenso wirkungslos bleiben, da die zentralen Akteure, die Unternehmer, nur als Personifikation ökonomischer Kategorien existieren. Der Hinweis, die neue Technik müsse zu neuen Ansätzen und Formen des Denkens führen, ist ebenso illusionär und entspringt einem Technikfetisch. In diesem Zusammenhang ist auch der hier gehaltlose Entfremdungsbegriff kaum überraschend: Einerseits entsteht der Eindruck, als sei die Entfremdungsproblematik ein eher neuartiges Phänomen, insbesondere an die Entwicklung der Mikroelektronik gekoppelt, andererseits bleibt er auf eine äußerst diffuse Umschreibung im Sinne von »viel Maschine — wenig Mensch« reduziert. Daß es sich hier um eine Verkehrung von Subjekt und Objekt handelt, die bereits mit der vollen Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise gegeben war, hier allerdings kaum vorstellbare Dimensionen annimmt, wird nicht reflektiert. Enttäuschend die Problemlösungsstrategien von *A. Schaff*, denn die von ihm aufgestellte Alternative »Beschäftigung contra Arbeit« stellt sich unter kapitalistischen Verhältnissen nicht, da die Freisetzung von Arbeitskräften stets als Freisetzung von Lebensmitteln erscheint und die gesellschaftlich produzierten Möglichkeiten der Mußzeit sich in ihr Gegenteil, die private Aneignung von Surplusarbeitszeit verkehren.



STAATS- GRENZEN

Staatsgrenzen

Probleme (national-)staatlichen Handelns in der alternativen Wirtschaftspolitik.

Altwater, Stamatis, Zinn u.a.

Argument-Sonderband AS 89

16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)



Westeuropäische Gewerkschaften

Krisenverarbeitung in Frankreich, Italien, Japan und BRD

Albers, Moynot, Trentin u.a.

Argument-Sonderband AS 85

16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)

Gerhard Zimmer

(Institut für Automationsforschung/Projektgruppe Automation und Qualifikation)

Humanisierung des Arbeitslebens — Integration oder Chance der Arbeiter?

Thesen zu einer gesellschaftspolitischen Strategie der Bundesregierung in den Betrieben

1. Einleitung

Kürzlich las ich in einer Gewerkschaftszeitung die Überschrift: »Kollege, wirst Du auch humanisiert?« Eine Frage unter Arbeitern, die ironisch deutlich macht, daß sie selber nicht die Akteure der Veränderungen ihrer Arbeit sind, sondern nur ein weiteres Mal über sie verfügt wird. Empörung schwingt mit, daß andere sich anmaßen, darüber Bescheid zu wissen, welche Arbeitsbedingungen ihren Wünschen entsprechen, wo sie doch auch als Subjekte in den Arbeitsprozessen handeln und selbst viel besser wissen, wie ihre Arbeit besser und menschlicher werden könnte. Es ist also die Frage: Was nützen ihnen die Humanisierungsmaßnahmen? Welche neuen Stützpunkte können sie nutzen und welche neuen Widerstandspunkte müssen sie überwinden, um ein Stück Selbstbestimmung in ihrem Arbeitsleben zu gewinnen?

Im Kampf um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit, Löhne, Urlaub, Alterssicherung usw.) haben die Gewerkschaften einiges erreicht; Verbesserungen der konkreten Arbeit konnten vertraglich erstmals 1973 mit dem »Lohnrahmen II« von der IG Metall in Nordwürttemberg-Nordbaden durchgesetzt werden (vgl. Deppe u.a. 1981, 432ff.). Damit wird im wesentlichen die Intensität der geforderten Arbeitsverausgabung z.B. durch Erholzeiten, Mindest-Taktzeiten usw. begrenzt. Das Eigentümerrecht der Unternehmer, die Arbeiten aufzuteilen, zu gestalten und zu organisieren, wird dadurch nur wenig berührt.

Mit dem Forschungsprogramm zur Humanisierung des Arbeitslebens greift nun die Bundesregierung in ein Politikfeld ein, das bislang — mit Ausnahme staatlicher Schutzgesetze — wesentlich von Lohnarbeit und Kapital und ihren Auseinandersetzungen bestimmt wurde. Jeder Eingriff in dieses Feld tangiert widerstreitende Interessen und setzt sich daher heftiger Kritik der kämpfenden Parteien aus. So zuletzt in einem Hearing des Forschungsausschusses des Bundestages (vgl. FAZ vom 4.3.82): Die Gewerkschaften kritisieren, daß Gelder statt für Humanisierung eher für Rationalisierung verwendet wurden; sie fordern einen Ausbau des Programms unter intensiver Mitwirkung der Gewerkschaften und Betriebsräte. Die Unternehmer befürchten, daß die Gewerkschaften damit zusätzliche Mitbestimmungs- und Lohnforderungen durchsetzen wollen; sie sagen, die Vorsorge für gute Arbeitsverhältnisse sei ihre ureigene Aufgabe; sie wenden sich gegen eine »auswuchernde Forschungsförderung« und wollen »politisch begründbare Förderungsmaßnahmen«. Ihre Kritik zielt auf die Programmorganisation und auf das, was mit dem Programm verändert werden soll. Die CSU kritisiert, parteinehmend für kleinere und

mittlere Betriebe, daß viele Großunternehmen Gelder für Dinge bekämen, die sie sonst selbst finanzieren müßten; sie fragt weiter, ob überhaupt genügend Vernünftiges und Verständliches bei dem Programm herauskomme, und zielt damit auf die beteiligten Wissenschaften. Einer der Hauptvorwürfe ist, daß »kiloweise fragwürdige Forschungsberichte« mit »angeblichen« Forschungsergebnissen produziert würden, die mit »fachchinesischer Soziologie überfrachtet« wären, »während die traditionellen Arbeitswissenschaften zu kurz kämen.« Von 1974 bis 1981 sind für ca. 850 Projekte rund 650 Mill. DM innerhalb des Humanisierungsprogramms ausgegeben worden, für 1982 sind weitere 118 Mill. DM geplant, und zukünftig sollen die Ausgaben in diesem Programm stärker wachsen als der gesamte Forschungsetat. Gefochten wird hier sowohl um die Ziele der Projekte, die gefördert werden sollen, als auch um die Indienstnahme der Wissenschaften für Unternehmerinteressen.

Wie sind in diesem Zusammenhang die ersten zwanzig Bände der vom Bundesministerium für Forschung und Technologie herausgegebenen Schriftenreihe zur Humanisierung des Arbeitslebens zu lesen? Sollen damit die Vorwürfe abgewehrt werden? Sollen die Ergebnisse überall als Anleitung und Informationsquelle bei Veränderungen der Arbeitsbedingungen dienen? Welche gesellschaftspolitischen Veränderungen werden mit dem Programm bewirkt? — Daß auch von den Bundesministerien für Bildung und Wissenschaft sowie für Arbeit und Sozialordnung zahlreiche Forschungsberichte zur Humanisierung des Arbeitslebens herausgegeben werden, verweist auf die wachsende Bedeutung dieses Politikfeldes.

2. Programm-Begründung: Humanisierung und Modernisierung

Über das Hearing wird weiter berichtet, daß alle Beteiligten sich »darin einig (waren), daß alles getan werden müsse, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern.« Was eint sie trotz allen Streits?

Zunächst sind es die Gefahren für die Gesundheit der Arbeitskräfte, auf die sich die Aufmerksamkeit richtet: die noch immer hohen Zahlen von Berufskrankheiten, Arbeitsunfällen und Frühinvalidität aufgrund schädigender Umgebungseinflüsse am Arbeitsplatz; die gesundheitlichen und sozialen Risiken für eine zunehmende Zahl von Nacht- und Schichtarbeitern; die wachsende Zahl von Kreislauferkrankungen, die im Zusammenhang mit Belastungsveränderungen mentaler und sensumotorischer Art gesehen werden und von denen auch zunehmend jüngere Arbeiter betroffen werden; aber auch die Tatsache, daß es noch immer körperliche Schwerstarbeit an vielen Arbeitsplätzen gibt (Bd.1, 17-18).¹

Dann ist es die Sicherung einer genügenden Zahl von Arbeitern in jenen Wirtschaftszweigen, in denen, wie z.B. im Steinkohlenbergbau, nicht nur in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs und Vollbeschäftigung, sondern auch bei hohen Arbeitslosenquoten, die Arbeiter immer weniger bereit sind, an hochbelastenden Arbeitsplätzen zu arbeiten. Daher sollen dort die Arbeitsbedingungen verbessert werden, »um in Zukunft überhaupt noch produzieren zu können« (ebd.). Es werden Engpässe in der Energieversorgung mit Kohle aufgrund der ungünstigen Altersstruktur der Belegschaften befürchtet, weil die

Arbeitsplätze für jüngere Arbeiter nicht attraktiv genug sind. »Dies kann längerfristig nur durch die Schaffung von interessanten und vielseitigen Arbeitsbedingungen mit der Möglichkeit der Qualifizierung auch im Betrieb erreicht werden.« (ebd., 19)

Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen wird auch als nötig für die wirtschaftlich-technische Entwicklung angesehen. Insbesondere die Auslandsmärkte verlangten nach hochtechnisierten neuen Produkten mit einer Vielzahl von Varianten; das erfordere kurze Innovationszeiten, häufigeres Umrüsten in kürzeren Zeiten; die Taylorisierung der Arbeit habe »sich zunehmend als kontraproduktiv erwiesen«, weil bei derart inhaltsarmen Tätigkeiten die Beschäftigten der geforderten Anpassungsfähigkeit und Flexibilität nicht mehr gerecht werden könnten.

Sodann ist es die Ausschöpfung des Potentials an Qualifikation, Innovationsfähigkeit und Kreativität der Beschäftigten, auf das die exportorientierte Bundesrepublik angewiesen sei. Denn Arbeitsplätze könnten nur gesichert werden, wenn solche mit »hochwertigen Arbeitsinhalten geschaffen werden, welche die Anwendung vorhandener und den Erwerb neuer Qualifikationen sicherstellen« (ebd., 18).

Als besonderes Problem gilt die Bereitschaft der Arbeiter, sich in die beabsichtigten Veränderungen einzufügen und diese mitzutragen. Es wird darauf verwiesen, daß mit der allgemeinen Erhöhung des Lebensstandards auch die Ansprüche an die Arbeitsvollzüge gewachsen seien, daß oftmals die erweiterten Handlungsmöglichkeiten hierarchisch eingeschränkt würden. Hier soll gegengesteuert werden durch die Schaffung organisatorischer Voraussetzungen für die Erweiterung von Handlungs- und Entscheidungsspielräumen.

Es wird deutlich, daß das strategische Ziel des Programms eine beispielhafte Modernisierung der Wirtschaft ist, wobei der Entwicklung der subjektiven Produktivkräfte eine zentrale Bedeutung beigemessen wird (vgl. dazu u.a. Matthöfer 1978; Hauff/Scharpf 1975).

3. Neue Resultate betriebspraktischer Arbeitsforschung

Bringt man zunächst eine Ordnung nach thematischen Schwerpunkten in die 20 Bände der Schriftenreihe, so ergibt sich folgendes Bild:

- In fünf Bänden wird über Untersuchungen und Wege des Abbaus besonders belastender Umgebungsbedingungen an industriellen Arbeitsplätzen berichtet: Schwingungen (Bd.6), Lärm (Bd.10), künstliche Beleuchtung (Bd.15), Schadstoffe (Bd.17 u. 18).
- In drei Bänden geht es um die Ersetzung oder zumindest aber Erleichterung belastender oder gefährlicher Arbeiten durch die Entwicklung von Handhabungssystemen (Bd.11) und den Einsatz von Industrierobotern (Bd.13) sowie um die Verbreitung einer Zusammenstellung »Technischer Arbeitshilfen« (Bd.9).
- Die Lockerung der Taktgebundenheit von Arbeiten und die Erweiterung und Anreicherung von Arbeitsinhalten in der Fertigung (Bd.2 u. 3) und in Schreibdiensten von Verwaltungen (Bd.4 u. 16) ist Gegenstand weiterer vier Bände.

- In einem Doppelband wird versucht, die Ziele, Mittel und Wege der Humanisierung im Steinkohlenbergbau in einen systematischen Zusammenhang zu bringen (Bd.7/8).
- In drei Bänden werden Formen der Beteiligung und Qualifizierung der Arbeiter bei Innovationen (Bd.12), der Mitwirkung an betrieblichen Entscheidungsprozessen (Bd.20) sowie der Interessenvertretung bei der Einführung analytischer Arbeitsbewertung (Bd.19) behandelt.
- Im Unterschied zu den genannten Bänden wird in drei weiteren die Humanisierung des Arbeitslebens als Feld der Politik dargestellt und analysiert: vom Standpunkt der Macher des Programms (Bd.1), aus der Sicht der Gewerkschaften (Bd.5) und im internationalen Vergleich (Bd.14).

Etwa die Hälfte der Bände beschäftigt sich mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen an Fabrikarbeitsplätzen; ein Fünftel hat Veränderungen von Arbeitsinhalten, also Maßnahmen des Job Design, zum Gegenstand, ein weiteres Fünftel berichtet von Integrationsmodellen, lediglich zwei behandeln arbeitsorganisatorische Veränderungen in Verwaltungen. Die Fabrikhallen haben offenbar in vielen Bereichen noch immer nicht den Schmutz, Gestank, Lärm, sowie die schweren und oft auch gefährlichen körperlichen Belastungen verloren, wie es viele Farbfotos von den faszinierenden Produktionsvorgängen im Inneren von Fabriken, z.B. beim Schmelzen von Stahl, zu glauben nahelegen. Ist die Gefährlichkeit, Überbelastung und Schädlichkeit von Umgebungs- und Arbeitsbedingungen nicht längst bekannt? Stehen nicht längst schon die Mittel zu ihrer Beseitigung oder doch zumindest Verminderung bereit?

Ein kurzer Blick in die Bände belehrt, daß z.B. für die akustische Planung von Konzertsälen und Kirchen Modelle und Berechnungsgrundlagen seit langem zur Verfügung stehen, aber bis vor kurzem weder Daten über die Lärmemission der verschiedenen Maschinen noch entsprechende Meßverfahren entwickelt waren. Demgegenüber handelt es sich bei der Bekämpfung von Schadstoffen um eine Zusammenstellung bekannter Methoden, die sich in der Praxis bewährt haben sollen, deren profitorientierte Verwertung mit Schutzrechten und Schutzrechtsanmeldungen gesichert ist. Warum aber wird die Beseitigung der Lärmquellen durch die Entwicklung alternativer konstruktiver Lösungen bzw. der Schadstoffquellen durch alternative Stoffe nicht diskutiert, sondern stattdessen technische Lösungswege vorgeschlagen, die eine nachträgliche Säuberung der Produktion durch zusätzliche Schutzmaßnahmen anstreben? Die vorgeschlagenen Wege der Humanisierung eröffnen der Industrie einen neuen Absatzmarkt für Produkte, die vom gesellschaftlichen Standpunkt zum Teil einem Verschleudern von Ressourcen gleichkommt, da Gegenstände hergestellt werden, die zwar auf dem gegenwärtigen Stand der eingesetzten Technologien zum Schutze der Gesundheit unumgänglich nötig sind, die aber bei der Entwicklung alternativer konstruktiver Lösungen weitgehend überflüssig würden.

Die Entwicklung und der Einsatz von automatischen Handhabungssystemen und Industrierobotern ist demgegenüber eine technische Neuentwicklung, die nicht einen Schutz-Zusatz darstellt, sondern auf den Ersatz körperlich schwerer und gefährlicher sowie monotoner Arbeiten zielt. In der Regel handelt es sich dabei um Arbeiten von Ungelernten. Niemand wird dem ersatzlo-

sen Wegfall scheußlicher Arbeiten nachtrauern wollen, dennoch: an diesen Beispielen, wie auch bei der Handbuch-Zusammenfassung bekannter technischer Arbeitshilfen, wird die Hilflosigkeit gegenüber dem Problem deutlich, daß Humanisierung menschlichere Arbeitsbedingungen um den Preis des Arbeitsplatzverlustes schafft.

Die beiden Untersuchungen zur Gruppenarbeit und Fließbandarbeit haben gezeigt, daß die Aufhebung der unmenschlichen Zersplitterung von Montagearbeiten nicht etwa an der Unmöglichkeit der Qualifizierung der Arbeiter scheitert. Im Gegenteil, die Arbeiter lernten mit entsprechenden Lernprogrammen bzw. auf Anlernplätzen sehr schnell mit Begeisterung und neuen Ideen, z.B. einen Motor komplett zu montieren, zu prüfen und einlaufen zu lassen. Die Durchsetzung und Verbreitung der Gruppenarbeit scheitert an der Profitlichkeit, wenn nicht zugleich die mit der Qualifizierung verbundenen höheren Löhne durch eine entsprechende Steigerung der Produktivität bzw. Leistung ausgeglichen werden. Warum aber wird kaum reflektiert, daß anscheinend die Angleichung von Qualifikationen und Löhnen eine wesentliche Voraussetzung der Humanisierung ist?

Die Profitlichkeit scheint gewahrt, wo Segmente von Montagetätigkeiten durch Automaten ersetzt werden. Hier nun zwingt der kontinuierliche Lauf der Automaten paradoxerweise nicht, wie man vielleicht annehmen würde, auch zu einer Kontinuierisierung der verbleibenden menschlichen Arbeit, sondern zu einer ausdrücklichen Berücksichtigung der Schwankungen und Unterbrechungen in der menschlichen Leistungsfähigkeit. Diese Rücksichtnahme wird mit »Puffern« technisch realisiert. Die Planung eines solchen Systems erfordert viel genauere, ergänzte und korrigierte ergonomische Daten und neue Meßverfahren.

Daß Tätigkeiten, die wie etwa Schreiben an mechanischen oder elektrischen Schreibmaschinen bislang gemeinhin als taylorisierbar galten, den eigenen Anforderungen nach nicht taylorisierbar sind, ist ein durchaus neues Ergebnis. Die Untersuchungen aus den Verwaltungsbereichen zeigen: Maschineschreiben ohne mitzudenken ist unmöglich, die Textqualität vermindert sich, die Fehlerhäufigkeit steigt usw. Warum aber bleiben die Perspektiven der technisch-organisatorischen Entwicklung durch die Schreibautomaten und ihrer Anforderungen für alle Verwaltungsarbeiten vom Maschineschreiben über Sachbearbeiten bis zum Programmieren so merkwürdig unterbelichtet?

Die Untersuchung von Modellen der Beteiligung der Arbeiter an der Gestaltung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen wie auch die Mitentscheidung über die Entwicklung der technischen Mittel, mit denen sie arbeiten, und über die Bewertung und Entlohnung ihrer Leistungen liefert einen Beitrag zur Humanisierung; nicht, weil damit zufriedene und befriedete Arbeiter gewonnen werden. Das Neue an diesen Modellen ist vielmehr, daß das Wort der Arbeiter gefragt ist. Es zeigte sich, daß die Arbeiter um so besser mitreden können, wenn sie Möglichkeiten zur Weiterbildung haben. Die Modelle tangieren nicht die Verhältnisse der privaten Produktion, sie tangieren auch nicht die Frage, was produziert wird und welche Arbeit als nützliche Anerkennung findet. Aber erhöhen sie nicht dennoch die Möglichkeiten für die Arbeiter, andere

Antworten auf die formulierten Fragen zu geben als die Frager selber erwarten und selber auch die Fragen umzuformulieren? Integration oder Veränderung, hängt das im Rahmen dieser Modelle nicht in viel größerem Maße vom Handeln der Arbeiter ab?

Zusammenfassend läßt sich wohl sagen, daß nicht die Ergebnisse im einzelnen unbedingt neu sind — vieles ist bekannt, manches Bekannte wird genauer fundiert, manches ergänzt und korrigiert —, sondern das Neue ist vielmehr, daß technische, organisatorische, psychologische, soziologische und arbeitsmedizinische Erkenntnisse miteinander verknüpft werden. Nicht mehr so sehr die Untersuchung einzelner, isolierter Faktoren bzw. Bedingungen der Arbeit mit Blick auf die Optimierung taylorisierter Leistungen steht im Zentrum, sondern die Optimierung wechselnder und vielseitiger Leistungen. Das bedeutet z.B. für die Ergonomie, daß für die Untersuchung des Wechsels und der Variation von Montagetätigkeiten die Frage der Qualifizierung wichtig wird. In den 20 Bänden lassen sich an verschiedenen Stellen Hinweise darüber finden, daß eine Gestaltung der Arbeit vom Standpunkt der Humanität eine andere und integrierte Konzeption der Arbeitswissenschaften verlangt. Humanität und Profitlichkeit schließen sich nicht immer aus; eher noch wird die Humanisierung für das Profit-machen in Dienst genommen; da wo Humanität und Profitlichkeit in einen Gegensatz geraten, wird die Profitlichkeit zu Lasten der Ansprüche der Humanität durchgesetzt. Dennoch werden »unter der Hand« durch die Humanisierungsmaßnahmen Stützpunkte für eine neue Form des Arbeitens entwickelt, die einer anderen Logik der Produktion zugehören, auch wenn sie von der Profitlogik assimiliert werden können.

Mit der Klage über das viele Geld, das für zahlreiche »fragwürdige Forschungsberichte« bezahlt worden sei, wird der wirkliche Skandal verdeckt: denn selbst da, wo Ergebnisse der Wissenschaften über die Wirkungen von Schadstoffen, über die ergonomische Gestaltung von Arbeitsplätzen und Maschinen, über andere Arbeitsstrukturen usw. seit langem vorliegen, werden diese nur höchst selten in die Praxis umgesetzt. In Humanisierungsprojekten wird häufig darüber geklagt, welche Widerstände mobilisiert wurden, welche Mühen es kostete, bekanntes Wissen umzusetzen. Dabei ist nicht einmal sicher, daß die modellhaft realisierten Veränderungen bleiben werden, in einigen Fällen sind sie nach Projektende wieder rückgängig gemacht worden (vgl. u.a. Bd.3).

4. Veränderungen der Arbeit und Eigentumssicherung

Für eine staatliche Humanisierungsstrategie stellt sich das Problem, daß in der Marktwirtschaft die Produktionsmittel und die Organisation der Arbeit ausschließlich Sache der privaten Eigentümer ist; das Recht der Arbeiter ist es, Beruf und Arbeitsplatz frei zu wählen. Auf der Grundlage dieser Prinzipien kann der Staat nur auf dem Wege von Schutzbestimmungen, Verfassungsgesetzen (Betriebsverfassungsgesetz, Mitbestimmungsgesetz) und Beratung (Berufsberatung etc.) eingreifen, diese Wege sind aber für die anstehenden Probleme unzureichend. Die Konzipierung der Humanisierung als Forschungsprogramm vermeidet die Veränderung der Prinzipien der Wirtschaftsverfassung und

greift doch in diese ein. Die Bundesregierung initiiert und erprobt damit Kompromisse zwischen Lohnarbeit und Kapital zur Veränderung der Arbeitsprozesse als Modelle, die dann zur allgemeinen Übernahme angeboten werden.

Im Rahmen der Humanisierungsprojekte haben die Eigentümer damit in der Organisation der Arbeit nicht mehr die alleinige Entscheidungsgewalt. Die »Investitionsfreiheit« der Unternehmer ist dadurch allerdings nicht berührt. Die häufige Klage von Betriebsräten, daß sie nicht an den Projektplanungen beteiligt werden, obgleich das von der Programmorganisation vorgesehen ist, verweist darauf, daß die Unternehmer ihr Investitionsrecht unbedingt wahren wollen. Die ebenfalls geförderten Innovationsberatungsstellen der IG Metall und des DGB (in Berlin/West, Hamburg, Oberhausen) arbeiten u.a. an dieser Konfliktfront. Die Arbeiter und ihre betrieblichen Interessenvertreter können in den Projekten ein Stück Entscheidungsgewalt gewinnen. Aber wie ist sie strukturiert? Welche Grenzen sind ihr gesetzt?

Das Entscheidungsprinzip ist der Kompromiß zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter; das Austragen der Konflikte mit Siegen und Niederlagen wird so weitgehend ausgeschlossen. So wird bereits durch das Entscheidungsprinzip Integration nahegelegt. Ob aus dieser Praxis Integration oder ein Stück Machtgewinn der Arbeiter resultiert, hängt von ihrem Handeln ab. Aber es wäre verkürzt, anzunehmen, die vorgegebenen Beteiligungsstrukturen seien beliebig nutzbar; es kommt darauf an, sie auszubauen, z.B. auf die Bereiche der Konstruktion und Investition (vgl. dazu Jäger 1980, 122ff.).

5. Selbstbestimmung und Kompromißverpflichtung der Wissenschaft

Das Interessante an diesen Beteiligungsstrukturen ist nun, daß nicht Staatsinstitutionen selbst als Kompromißbildner auftreten. Mit der Beteiligung von Begleitforschern wird ein drittes Element in die Projektstrukturen eingebaut. Das aber bedeutet, als Dritte in einem von den Konflikten zwischen Unternehmern und Arbeitern bestimmten Feld plaziert zu werden, die Funktion eines »Schlichters« nahegelegt zu bekommen. Welche Kompromisse gebildet werden, ob sie eine Einbindung oder Stärkung der Arbeiter bewirken, hängt damit auch wesentlich vom Handeln der Wissenschaftler ab. Dem Kompromiß wird damit zugleich der Schein neutraler, objektiver Wissenschaftlichkeit verliehen.

Für die beteiligten Wissenschaften bedeutet die Institutionalisierung einer wissenschaftlichen Begleitforschung erhebliche Veränderungen, nicht nur in Bezug auf die vielfach traditionelle Orientierung ihrer Fragestellungen an den Eigentümerinteressen, sondern auch in den verwendeten Begriffen, Methoden und theoretischen Konzepten. So wird festgestellt: »Arbeitswissenschaftler mußten z.B. erfahren, daß sie einen Begriff von Belastung haben, der den Problemen im Betrieb nur ansatzweise gerecht wurde. Meßmethoden und wissenschaftliche Erhebungsverfahren waren meist auf einzelne isolierte Belastungsmomente gerichtet und konnten sie nicht in ihrer kombinierten Wirkung erfassen. Andererseits empfinden jedoch Arbeitnehmer alle Teilbelastungen als Ganzes. Wissenschaftler mußten daher lernen, ihre Arbeit nicht an einzelnen Teilaspekten, wie es die wissenschaftliche Einzeldisziplin erfordert, zu orientieren, sondern an der Lebenswirklichkeit des arbeitenden Menschen.« (Bd.1, 60)

Die geforderte Einbeziehung der Arbeiterinteressen verändert entscheidend die Fragestellungen; dies bedeutet zugleich ein Stück Abkehr und Unabhängigkeit vom Privateigentum und Gewinn an wissenschaftlicher Objektivität. Das verschafft den Wissenschaften von der Arbeit Entwicklungschancen; wie um die Chancen gerungen wird, davon zeugen auch die Berichte.

Aber die Chancen sind anscheinend nur um den Preis neuer Abhängigkeiten zu erhalten. Die Konzeption des Humanisierungsprogramms gibt ihnen die Orientierungen für ihre wissenschaftlichen Arbeiten vor: Durch die kompromißbildende Zusammenarbeit von Unternehmern und Betriebsräten und Begleitforschern soll erreicht werden, daß »die arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse, die in den Projekten gewonnen werden, ... nicht erst in Interessenspolitik 'übersetzt' werden (müssen), sondern ... bereits Züge eines Interessenskompromisses (tragen)« (Bd.1, 65). »Was immer sie [die Wissenschaftler, G.Z.] tun oder unterlassen, muß als Teil des Unternehmensgeschehens betrachtet werden.« (ebd., 61) Es wird hier deutlich ausgesprochen, daß die Bundesregierung mit diesem Programm die Wissenschaftler zu den Trägern ihres gesellschaftspolitischen Interesses am Kompromiß zwischen Lohnarbeit und Kapital zu machen versucht. Ob es den Wissenschaftlern gelingt, diese neue Abhängigkeit zurückzudrängen, hängt auch wesentlich von ihrer Zusammenarbeit mit den Arbeitern und ihren betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretern ab (zur gewerkschaftlichen Orientierung der Wissenschaft vgl. F. Haug 1978).

6. Arbeiterbeteiligung und Interessenvertretung

Obleich die Förderung von Humanisierungsprojekten von der Beteiligung der betrieblichen Interessenvertretung (Betriebsräte, Personalräte) abhängig gemacht wird, haben die betroffenen Arbeiter meist nur die Wahl, sich für das Projekt zur Verfügung zu stellen oder dies abzulehnen. Oft wird nach Kriterien der »Repräsentativität«, die »oben« festgelegt werden, auf die sie keinen Einfluß haben und die sie meist nicht einmal kennen, eine Gruppe von Arbeitern ausgewählt, die dann als Versuchspersonen für die beabsichtigten Maßnahmen zu fungieren haben. Für die Artikulation ihrer Erfahrungen und Wünsche werden die Kategorien und Strukturen vorgegeben, z.B. mit vorformulierten Fragen und Antwortmöglichkeiten zu ihrer Befindlichkeit und Zufriedenheit vor und nach den getroffenen Humanisierungsmaßnahmen. Daß in vielen Projekten die Arbeiter als mitberatende und mitentscheidende Subjekte weitgehend herausgehalten werden, wird durch die Beteiligung ihrer Interessenvertretung nicht wettgemacht. Notwendig ist auch eine direkte Entscheidungsbeteiligung der Arbeiter, sie als »Betroffene« müssen ebenfalls schon früh in die Projektplanung eingeschaltet werden (zum Problem der Beteiligung vgl. Bd.5 und E. Fricke, G. Notz und W. Schuchardt 1982). Auf welche Schwierigkeiten und Widerstände, u.a. auch in der betrieblichen Interessenvertretung selbst, die Entwicklung innerbetrieblicher Demokratie stößt, wird z.B. an den Auseinandersetzungen um die Gruppenarbeit in der Motorenmontage bei VW (Salzgitter) deutlich, wo die Unternehmerverehrer und die Begleitforscher die Wahl von Gruppensprechern aus der Gruppe heraus woll-

ten, während dies keine Zustimmung bei Betriebsrat und Gewerkschaft fand. Ist es nicht paradox, daß die Durchsetzung der Vertretungsrechte des Betriebsrates zugleich eine Schwächung der unmittelbaren Mitbestimmungskompetenzen der Arbeiter zur Folge haben sollte (vgl. Bd.3)? Zweifelsohne müssen die Arbeiter ihre Mitsprachekompetenzen entwickeln. Das können sie um so besser, wenn sie bereits an den Planungen beteiligt sind. Aber genauso offensichtlich wurde z.B. bei diesem Projekt, daß die angebliche »Sprachlosigkeit«, die »Ideenlosigkeit«, die »Lernunfähigkeit« der Arbeiter eine von oben gemachte ist; jahrelange Ohnmachtserfahrungen drängen sie nicht nur in schweigende Unterwerfung, sondern legen ihnen auch nahe, sich selber für unfähig zu halten, sprechen und denken zu lernen. Aber trotz jahrelanger Gleichförmigkeit der Handgriffe konnten sie sich eine konkrete Alternative in Form von Gruppenarbeit vorstellen, und diese auch praktizieren. Erstaunlich rasch haben sie ihre vergangenen Ohnmachtserfahrungen, ihre gelernte Hilflosigkeit und ihre Angst vor Veränderungen überwunden (zum Begriff der »gelernten Hilflosigkeit« vgl. Seligman 1975). Bedeutet das nicht, eine Haltung »ich kann das« zu entwickeln, statt eine eingenommene Haltung »ich kann das doch nicht« beizubehalten, und damit zu lernen, analytisch mit Problemen umzugehen statt fatalistisch? Mit der Vorstellung und Möglichkeit einer konkreten Veränderung der eigenen Arbeit erhält Lernen und Kämpfen einen Sinn. Erfordert das nicht, sich seines eigenen Standpunktes zu versichern und sich über die Perspektiven der Veränderungen mit den Kollegen zu verständigen? Es ist anzunehmen, daß die Chancen für die Persönlichkeitsentwicklung günstiger sind, wenn die Möglichkeiten der Selbstbestimmung in der Arbeit wachsen.

7. Wissenschaftsentwicklung und Arbeiterchancen

Die Notwendigkeit, Mißstände abzubauen, verführt dazu, den Blick verallgemeinernd auf eine »Verelendung« der Arbeiter zu richten. Wie aber die Bedingungen und Prozesse durch die Arbeiter zu ergreifen sind, gerät dabei, wie viele der vorgelegten Berichte zeigen, selten nur in den Blick. Angesichts allerwärts festzustellender Mißstände erscheint es als mangelnde Parteinahme für die Arbeiter, wenn stattdessen die Entwicklungsmöglichkeiten der Selbstbestimmung in Augenschein zu nehmen verlangt wird. Der Blick auf die »Verelendung« macht die Arbeiter nicht kompetenter; aber enthält er nicht die Möglichkeit für die Wissenschaftler, ihnen die Exklusivität ihres Gegenstandes zu sichern?

Mittlerweile befaßt sich eine Vielzahl von privaten und staatlichen Instituten, von Projektgruppen bei den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden mit Forschungen und Entwicklungen zur Humanisierung der Arbeit. Das bedeutet, daß ein neues Feld gesellschaftlicher Arbeit eröffnet wird; Ingenieure, Psychologen, Soziologen, Ergonomen usw. nehmen in diesem Feld Tätigkeiten auf; es entwickeln sich Formen interdisziplinärer Zusammenarbeit, aber auch neue Spezialisierungen. Diese Entwicklungen können als Anzeichen einer Verberuflichung der Tätigkeiten und Qualifikationen im Felde der Humanisierungsforschung interpretiert werden (zum Begriff der Verberuflichung vgl. Beck/Brater/Daheim 1980). Die Form befristeter Projektfinanzierung

steht der Verberuflichungstendenz nicht entgegen, eher fördert sie die Abhängigkeit vom Geldgeber, weil Anschlußprojekte Berufstätigkeit und Einkommen zukünftig sichern helfen. Es liegt daher nahe, die Humanisierungs-Tätigkeit sowohl gegenüber Konkurrenten abzusichern als auch für ihre Kontinuität durch Unabschließbarkeit der zu lösenden Probleme zu sorgen. Das aber bedeutet für die Arbeiter in Humanisierungsprojekten, daß sie unter Umständen auch mit Grenzziehungen der beteiligten Wissenschaftler zu rechnen haben: die Wissenschaftler erwarten eher, daß an sie die Probleme herangetragen werden, als daß sie die Lösung von Problemen an die Arbeiter delegieren; sie versuchen eher, Wissen und Erfahrungen aus den Arbeitern herauszuholen, als selber Wissen und Erfahrungen weiterzugeben; sie werden eher auf die Einhaltung von Zuständigkeiten achten, als diese überschreiten.

Das Wohlergehen der Arbeiter durchzusetzen, ist Projektaufgabe der Wissenschaftler. Liegt es da nicht nahe, daß sie sich — stellvertretend für die Arbeiter — bei dem Unternehmer dafür einsetzen, daß deren Unzufriedenheit und Recht auf eine humanere Arbeitsweise Anerkennung und Berücksichtigung findet? Wie aber ist das mit der Förderung der Selbsttätigkeit der Arbeiter zu vereinbaren?

Zusammenfassend kann man festhalten, daß es im Rahmen des Humanisierungsprogramms möglich ist, Elemente von Selbstbestimmung in Lohnarbeitsverhältnissen gegen vorhandene Widerstände durchzusetzen. Beteiligung an der Planung und Weiterbildung sowie deren strukturelle Verankerung in den Projekten bzw. Betrieben sind dabei die wichtigsten Waffen in den Auseinandersetzungen.

Anmerkung

- 1 Im folgenden wird mit der Bandzahl auf den jeweiligen Band der Schriftenreihe »Humanisierung des Arbeitslebens« des Bundesministers für Forschung und Technologie verwiesen, für genaue Angaben siehe die Einzelbesprechungen in den Heften dieser Zeitschrift, Nr.131, S.148-159; Nr.134, S.617-623 und Nr.135, S.764-773.

Literaturverzeichnis

- Beck, U., M. Brater, H. Daheim, 1980: Soziologie der Arbeit und der Berufe. Reinbek bei Hamburg
- Deppe, F., K. Gerstung, W. Roßmann, G. Weiß, 1981: Aktuelle Probleme der Gewerkschaftsbewegung (1966-1976). In: F. Deppe, G. Fülberth, J. Harrer (Hrsg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. 3. verb. Aufl., 410-468
- Fricke, E., G. Notz, W. Schuchardt, 1982: Beteiligung im Humanisierungsprogramm. Zwischenbilanz 1974-1980. Bonn
- Hauff, V., F.W. Scharpf, 1975: Modernisierung der Volkswirtschaft. Technologiepolitik als Strukturpolitik. Köln und Frankfurt/M.
- Haug, F., 1978: Thesen über gewerkschaftsorientierte Wissenschaft. In: *Das Argument* 112, 792-797
- Jäger, M., 1980: Ökonomie und Politik des sozialliberalen Korporatismus. In: M. Breitbach (Mitverf.): Sozialliberalismus oder rechter Populismus? Berlin/West, 110-143 (Argument-Sonderband AS 51)
- Matthöfer, H., 1978: Humanisierung der Arbeit und Produktivität in der Industriegesellschaft. Köln und Frankfurt/M., 2. Aufl.
- Seligman, M., 1975: Helplessness. On Depression, Development and Death, San Francisco

Kongreßberichte

Dortmunder Humanisierungstage 1982

veranstaltet im Auftrage des Bundeszentrums Humanisierung des Arbeitslebens, 4.-5. Oktober 1982

Die Umsetzung von Ergebnissen aus Humanisierungsprojekten in die betriebliche Praxis war das Schwerpunktthema. Der Protest der Betriebs- und Personalräte gegen die Art der Durchführung der Humanisierungstage war massiv. Sie waren als Referenten nicht vertreten, obgleich sie es sind, die im Betrieb mit den Schwierigkeiten der Durchsetzung der Humanisierungsinteressen der Arbeiter und Angestellten gegen die Rationalisierungsinteressen der Unternehmer zu kämpfen haben. Ihre Versuche, eine kritische Diskussion der von Wissenschaftlern vorgestellten Resultate aus Humanisierungsprojekten und der möglichen Strategien der betrieblichen Umsetzung herbeizuführen, wurden oft mit dem Hinweis auf »Zeitmangel« abgebrochen. Angesichts der Durchsetzungsschwierigkeiten ist es schon sehr verblüffend, wenn in sieben von acht Vorträgen beinahe ausschließlich über die ausgefuchsten didaktisch-methodischen Konzepte der vielen produzierten oder in Produktion befindlichen Videofilme, Diaserien, Folien, Referentenleitfäden, Informationsblätter, Broschüren, bis hin zu mehrteiligen Seminarpaketen, EDV-Dokumentations- und Informationssystemen usw. berichtet wird — so als sei die Lösung der Umsetzungsprobleme vor allem eine Frage der Didaktik. Von den Vertretern der IG Metall wurden einige zentrale Probleme der betrieblichen Umsetzung benannt: Bei Innovationen erhielten die Betriebsräte oft nur unvollständig und viel zu spät Informationen und Unterlagen über die Planungen der Unternehmensleitungen, so daß sie sich meist nicht genügend sachkundig machen könnten. Hinzu komme, daß sie nach dem Betriebsverfassungsgesetz nur ein Beratungsrecht haben, die Entscheidungen über ihre Vorschläge also allein beim Eigentümer liegen: Mißerfolge seien damit juristisch vorprogrammiert. Zugleich sei festzustellen, daß die Angst vor der Einführung neuer Technologien aufgrund wachsender Handlungsunsicherheit gegenüber den damit verbundenen Problemen der Qualifizierung, der Belastungen, der Entlohnung, der Arbeitslosigkeit usw. zunehme.

Die Betriebs- und Personalräte sahen sich durch die Tagungskonzeption in eine passive Rolle gedrängt: in Dienst genommen als »Sanitätskolonne, die hinter der Technologieentwicklung herrennt, um die hervorgerufenen negativen Folgen zu heilen«. Sie verlangten stattdessen Mitbestimmung in der Technologieentwicklung und Innovationsplanung. Die politische Brisanz dieses Themas wurde vom Moderator des Forums entschärft, indem er breite Gelegenheit zum »Dampf-ablassen« gab: der »Dampf« aber verpuffte, da als Adressaten weder Vertreter der Unternehmerverbände noch Vertreter aus den am Humanisierungsprogramm beteiligten Bundesministerien anwesend waren. Die Wissenschaftler sahen sich in die Rolle gedrängt, die ausgegebenen Humanisierungsgelder mit der Vorstellung ihrer Forschungsergebnisse zu rechtfertigen und zugleich die Gelegenheit zu nutzen, um die Notwendigkeit weiterer Forschungen gegenüber dem HdA-Projektträger deutlich zu machen.

Aufgrund dieser Konstellation haben die Humanisierungstage kaum dazu beigetragen, die Kluft zwischen Arbeit und Wissenschaft zu verringern. Die Betriebsräte hatten sich »konkrete Hilfen für konkrete Probleme erhofft, aber nicht erhalten«. Stattdessen hätten sie vielfältige Einzelergebnisse aus Falluntersuchungen erhalten, mit denen sie aber in ihren Betrieben nichts oder nur wenig anfangen könnten. Außerdem bedienten sich die Wissenschaftler einer unverständlichen Sprache, die ihnen das Lesen und Verstehen der Berichte schwer mache. Ihre Reden sind Abwehr und Forderung zugleich: Abwehr von Übergriffen in ihre Zuständigkeitsbereiche, indem sie die Ergebnisse als für ih-

re Probleme nicht nützlich zurückweisen; Abwehr von Ansprüchen, sich mit den Untersuchungsergebnissen auseinanderzusetzen, indem sie über eine Darstellungsweise klagen, die nicht an ihren Bedürfnissen, sondern eher an wissenschaftlicher Reputation orientiert sei; Forderung an die Wissenschaftler, ihnen konkrete Hilfen bzw. Lösungen für ihre Probleme zu liefern. Zwei Motivationen liegen offenbar im Widerstreit: die Humanisierung selber tun zu wollen und die Anrufung von Stellvertretern.

Es wurde kritisiert, daß das Wissen um den Gegensatz von Humanisierungs- und Rationalisierungsinteressen nichts nütze, auch Rationalisierungs-Checklisten, Betriebsvereinbarungsentwürfe usw. hätten nur dann einen Nutzen, wenn geklärt würde, welche Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeit die neuen Technologien böten. Aus einem Projekt zur »Arbeitsgestaltung im Bereich computergestützter Produktionsprozesse« wurde berichtet, daß es bei der Automatisierung von Produktionsprozessen aufgrund der technischen Zeitstruktur zunehmend unmöglich werde, verbliebene Resttätigkeiten zu humanisieren. Zusammenlegungen von Resttätigkeiten brächten keine arbeitsinhaltliche Aufwertung und damit auch keine Qualifikationsanhebung, lediglich eine günstigere Verteilung der Belastungen sei möglich. Längerfristig sei hier eine Humanisierung nur durch Vollautomatisierung zu erreichen. Der Schwerpunkt der Humanisierung sollte vielmehr auf die Überwachungstätigkeiten in automatisierten Fertigungsstraßen gelegt werden, weil hier u.a. sehr ungleiche Belastungen aufträten. Humanisierung könne hier durch kollektive Anlagenbedienung und Beteiligung der Arbeiter an der Planung der Arbeitsgestaltung erreicht werden.

In der Arbeitsgruppe »Qualifikation« wurde dagegen berichtet, daß durch Arbeitsstrukturierung in Montageprozessen durchaus eine Qualifikationsanhebung zu erreichen sei, obgleich diese nicht durch eine Automatisierung dieser Prozesse erzwungen werde. So hätten z.B. in einer Elektromotorenmontage für Schreibmaschinen Frauen Kenntnisse über Magnetismus, Elektromagnetismus und die Grundfunktionen des Elektromotors erworben. Selbst jene Arbeiterinnen, deren Lernfähigkeiten seit vielen Jahren nicht mehr gefordert worden seien, hätten erstaunliche Lernleistungen gebracht. Wahre Lernbegeisterung sei entfacht worden. Allerdings sei ein Anlernen am Arbeitsplatz über Erfahrungen »on the job« ungeeignet, weil dies voraussetze, daß bereits die nötigen Grundqualifikationen vorhanden seien. Nicht Training von Fertigkeiten, sondern intellektuelles Training im Wechsel zwischen Unterweisungsraum und Arbeitsplatz hätte sich als erfolgreich erwiesen. Geringere Nacharbeitungen und leicht erhöhte Stückzahlen seien ökonomische Nebeneffekte.

Daß Beteiligungsformen möglich sind, die die kollektiv erarbeiteten Innovationsvorschläge solange in der Verfügung der Arbeiter und ihrer Vertreter belassen, bis eine Einigung über deren Umsetzung mit den Unternehmern erzielt ist, zeigte der Bericht aus dem »Peiner Projekt«: Zur Realisierung solcher Beteiligungen sei es nötig, Widerstände in den Arbeitern selbst zu überwinden: Zweifel an den eigenen Fähigkeiten, weil Unternehmer ihre Vorschläge immer wieder abgeblockt hätten; Unfähigkeit, an langfristigen Plänen festzuhalten, weil der Zeithorizont ihres Denkens sich den Sekunden-Taktzeiten angepaßt habe; Schwierigkeiten, sich solidarisch in der Arbeit zu verhalten, weil die Differenziertheit der Arbeitsbelastungen, der Akkordzeiten und der Akkordlöhne von den Meistern zur Erzeugung von Konkurrenz genutzt worden sei. Für den Erfolg von Beteiligungsprojekten müßten strukturelle Bedingungen der Arbeit verändert werden: Abbau des Akkordsystems, Integration zerstückelter Tätigkeiten, Abbau von Hierarchie, Qualifizierung u.a.m. Der Bildungsurlaub sollte daher anders als bisher betriebsorientiert organisiert werden. Die Widerstände des mittleren Managements (Meisterebene) gegen die Innovationsbeteiligung der Arbeiter könnten dadurch überwunden werden, daß im mittleren Management ebenfalls Beteiligungsgruppen gegründet würden. Aber, so ist zu fragen, wie kann es erreicht werden, daß der Konkurrenzvorteil, den das mittlere Manage-

ment aufgrund seiner Ausbildung hat, nicht zum Nachteil für die Arbeitergruppen wird? Sind nicht vielmehr Beteiligungsformen nötig, die die Techniker und Ingenieure aus den Planungs- und Konstruktionsabteilungen solidarisch zusammenbringen?

Gerhard Zimmer (Berlin/West)

Zukunft der Arbeit. Wege aus Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung Kongreß am 8.-10. Oktober 1982, Universität Bielefeld

»Total ausgebuht« hieß es von diesem Kongreß, dessen Ziel darin bestand, »eine produktive Diskussion über Alternativen der Wirtschaftspolitik zu initiieren« (Reader-Vorwort). Um die Probleme Arbeitslosigkeit, Umweltbelastung, Technologie-Entwicklung, alternative Formen gesellschaftlicher Arbeit sollten sich die Diskussionen kristallisieren, wozu schon vorher ein kontrovers abgefaßter Reader reichlich Gelegenheit bot. Dicht gedrängt und von Zusammenhängen und Gegensätzen gleichzeitig geprägt waren denn auch Ablauf und Stimmung auf diesem Kongreß in der silbernen Wissenschaftsfabrik.

Schon die einleitende Podiumsdiskussion machte deutlich, daß nicht die isolierte Behandlung von Arbeitslosigkeit *oder* technologischem Wandel *oder* ökologischen Grenzen zur Lösung der drängenden politischen und ökonomischen Fragen beitragen könne, sondern allenfalls das Wissen um einen Zusammenhang zwischen allen Problemfeldern. Das Eingangsreferat von Hickel stellte den übergreifenden Charakter der Kongreßthemen dar, so daß mir bei den anschließenden Beiträgen zur betrieblichen Auswirkung von neuer Technologie (Trampert), zur Arbeitsweise in einem alternativen Projekt (taz/Bollweg) und zur Frauenunterdrückung in der Erwerbsarbeit (Potthast) der krisenhaft zugespitzte wirtschaftliche Hintergrund stets gegenwärtig war. Trotz der nicht etablierten Zusammensetzung von Podium und Teilnehmenden setzte sich im Laufe der Veranstaltung der übliche Kongreßstil durch: langatmige Redebeiträge von überwiegend männlicher Seite, kaum Eingehen auf vorangegangene oder neu entstandene Themen, mehr Statements als Fragen, so daß zunächst jeder Teilnehmer seine Sichtweise eher bestätigt als veränderbar ansehen konnte.

In gewisser Weise wiederholte sich diese Struktur auch in den kleineren Arbeitsgruppen der nächsten Tage, von denen ich hier aus den zwei AGs »Neue Technologien« und »Hausarbeit« berichten möchte. In der AG »Neue Technologien« ging es ausschließend um Inhalt und Folgen der Mikroelektronik im Bereich der Industrie und des kaufmännischen, kommerziellen und verwaltenden Sektors. Die gewerkschaftliche Einschätzung der Mikroelektronik als universell, destruktiv, parasitär und hochgradig monopolisiert, folglich Arbeitsplatzabbau, Dequalifizierung, umfassende Kontrolle, totale »Verbetriebswissenschaftlichung« bewirkend, wurde von den Teilnehmern nicht in Frage gestellt. Am Problem der Gegenstrategien wurde dann aber kontrovers diskutiert: die gewerkschaftlichen Vorschläge zur verstärkten betrieblichen Durchsetzung von Mitbestimmungs- und Informationsrechten, Arbeitsschutzbestimmungen, Arbeitszeitverkürzung, betriebliche Fort- und Ausbildungsmöglichkeiten wurden von vielen als ein nachträgliches Kurieren an Symptomen im Rahmen unternehmerischen Kalküls gesehen, nicht aber als eine an den Ursachen kapitalistischer Rationalität ansetzende Leitlinie politischen Handelns. Berichte aus der Betriebs- und Personalratsarbeit ließen auch auf eine durchaus widersprüchliche Einschätzung durch die Betroffenen selbst schließen: einerseits verhindert branchenspezifische Arbeitsorganisation (z.B. im Bankwesen) nicht grundsätzlich eine fachliche Identifikation mit dem Arbeitsinhalt, so daß die »Auswüchse« automatisierter Verfahren mit den Mitteln gewerkschaftlicher und betrieblicher Politik »humanisierbar« erscheinen; andererseits sehen gerade die von Umsetzung, Herabgruppierung und Entlassung Betroffenen diese Strategien für unwirksam und politisch nicht vertretbar an.

Angesichts des nicht lösbaren Widerspruchs unternehmerisch bestimmter Produktiv-

kraftentwicklung und sozial/ökologisch verantwortbaren Einsatzes von Technologie verschob sich die Diskussion immer mehr auf die grundsätzliche Frage nach dem Charakter vergesellschafteter Arbeit überhaupt. Auf die hierzu vorgetragenen Thesen von J. Sonn (Plakat-Gruppe bei Daimler-Benz) zu den handwerklichen Grundlagen auch bei automatisierter Industrieproduktion und zur Unverzichtbarkeit menschlicher Beurteilungsmaßstäbe trotz maschinisierbarer intellektueller Prozesse folgten unterstützende Berichte aus der betrieblichen Praxis, aber auch die Frage nach der politischen Durchsetzbarkeit, der Vorwurf romantisierender Idylle, das Problem des beschränkten betrieblichen Aktionismus. Als Anregungen, aus der Sackgasse grenzenloser Produktivkraftentwicklung herauszukommen, erschienen die hier geäußerten Überlegungen eher geeignet als die unbestreitbare Analyse des vollzogenen technischen Wandels von Seiten des WSI-Vertreters.

Ein größerer Sprung als von automatisierter Industriearbeit zu dem in Bielefeld vielbeschworenen »informellen Sektor«, zum Thema Hausarbeit, ist fast nicht denkbar. Meine Beobachtungen sind darum auch nur auf eine kurze Zeit begrenzt gewesen und entsprechend flüchtig. Hauptsächlich schien es hier um das Problem einer vorrangigen Beschränkung der Frau auf Hausarbeit und Familie, um das Ziel einer wirklichen Arbeitsteilung der Geschlechter bei der Kindererziehung mit Hilfe von geänderten Regelungen zu Teilzeitarbeit und Mutterschaftsurlaub zu gehen. So standen die Tatsache häuslicher Isolierung und des daraus folgenden Mangels an politischem und sozialem Durchsetzungsvermögen, die Möglichkeiten der Verweigerung emotionaler und sexueller Dienstleistungen, die Verwechslung von Liebe als Arbeit und Arbeit als Liebe im Mittelpunkt unserer Überlegungen.

Rückblickend scheint mir die Diskussion der Frauen wie im Vergrößerungsglas die Unmöglichkeiten und Möglichkeiten des Bielefelder Kongresses zusammenzufassen: Frauen mußten hier, wie auch sonst überall, geradezu putschartig vorgehen, um überhaupt mit den für sie relevanten Problemen bei Arbeit, Arbeitslosigkeit und gesellschaftlicher Benachteiligung bemerkt zu werden — insofern konnte von einer »Zukunft der Arbeit« in Bielefeld eigentlich gar nicht gesprochen werden. Zu den möglichen Auswegen aus den eingeschränkten Lebens- und Arbeitsverhältnissen gehört aber auch, wozu und wie Frauen diesen Kongreß genutzt haben, indem sie ausschließlich männliche Interessen hinter sogenannten Sachfragen aufzudecken suchten, die gesellschaftliche Arbeitsteilung auch als geschlechtsspezifische weiter verfolgten und im Ganzen solidarischer und spontaner, weniger konkurrenzhaft und individualistisch diskutierten.

Gisela Hartweg (Berlin/West)

Krise der Arbeitsgesellschaft?

21. Deutscher Soziologentag, Bamberg 13.-16. Oktober 1982

Vor den Kulissen: Nach eineinhalb Tagen Vorträgen im Themenbereich I, »Sozioökonomische Strukturprobleme der industriell-kapitalistischen Entwicklung«, lautete die Einschätzung: Nicht eine Strukturkrise erschüttere gegenwärtig die Gesellschaft, sondern es handle sich ausschließlich um eine Transformationskrise, deren derzeitige Folge zwar für einen Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung eine unfreiwillige Freisetzung von bezahlter marktförmiger Arbeit sei, aber mit gewissen zeitlichen Verzögerungen werden dann wohl die Reparaturarbeiten abgeschlossen sein. Eine Strukturkrise könne schon deshalb nicht identifiziert werden, weil es an Vorstellungen zu einer »anderen« Gesellschaft mangle. — Im Themenbereich II, »Wertwandel, politische Kultur und Arbeit«, kam man — mit unterschiedlichen Zugängen — zu dem Ergebnis eines Nebeneinander und Miteinander verschiedener Wertmuster. H. Klages (Speyer) machte die »entdramatisierende Feststellung« eines Wertgemisches, das in sich nicht erfüllte Wertverwirklichungsbestrebungen und traditionsgebundene, in der Familie vermittelte Werte vereinige, so daß

letztlich nicht von einer Krise der Arbeitsgesellschaft die Rede sein könne. — Trotz des elegant gespannten Bogens von der Ausrufung einer gesellschaftlichen Strukturkrise über eine Vielzahl von beschwichtigenden Beiträgen bis hin zu der von B. Lutz (München) angestellten Vermutung, daß das Thema des Kongresses möglicherweise eher der frustrierten Situation des Faches als den realen gesellschaftlichen Problemlagen geschuldet sei, blieb doch als Charakteristik der jetzigen Krise unbestritten, daß sie gesellschaftliche Grundmuster in einer Weise infrage stelle, daß die scheinbare Identität des Gegenstandes »Industriegesellschaft« als Arbeitsbasis der Soziologie neu überdacht werden müsse.

Solche Saldierungen von Ergebnissen verbergen natürlich das Gewicht einzelner Beiträge. Wir greifen einen heraus: Kern und Schumann präsentierten erste Befunde aus einer Folgeuntersuchung in Anknüpfung an ihre alte Studie aus den 60er Jahren »Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein«. Das jetzige (vorläufige) Ergebnis steht im diametralen Gegensatz zum damaligen: Kern und Schumann erkennen in den Kernbereichen der Industriearbeit die Tendenz »eines ganzheitlichen Zugriffs auf Arbeitsvermögen«, in dem Maße wie »neue Technologien Anwendung finden, die vielfach einen qualifizierteren bzw. breitere Verantwortung zuweisenden, jedenfalls weniger arbeitsteiligen Zugschnitt der Arbeitsaufgaben zulassen, wenn nicht gar erfordern.« Damit gewinne ein »Leistungsbegriff« an Bedeutung, »den sich Arbeiter in ihrer eigenen Interessenperspektive relativ leicht aneignen können: weil nämlich Effizienz *mit* der Handlungskapazität der Arbeiter und nicht *gegen* große Teile ihrer persönlichen Möglichkeiten erzielt werden soll.« Angesichts solcher »quasi säkularen Umschichtungen«, die »letztlich nicht grundsätzlich zur Disposition stehen«, prognostizieren Kern und Schumann die »Auflösung« des traditionellen proletarischen Selbstverständnisses und »Anknüpfungspunkte« für ein neues »erweitertes Kollektiv-Verständnis«. — Verwunderlich war, wie ein Teil der Industriosozologen mit der eigenen Vergangenheit fertig wurde: die neuen Ergebnisse schienen sie nicht im mindesten zu beunruhigen. »Zehn Jahre Polarisierungsthese, jetzt eben zehn Jahre ganzheitlicher Zugriff auf die Arbeitskraft«, bemerkte ein Zuhörer unbekümmert. Bei Kern und Schumann selbst fiel die Reflexion auf die eigene Vergangenheit äußerst zurückhaltend aus: sie bemerkten, daß nunmehr die »an Taylor orientierten Formen der Verwertung von Arbeitskraft in vielen Bereichen ausgereizt« seien, was immer die Skatmetapher bedeuten mag.

Von den rund 35 Sektionen, Arbeits- und Ad hoc-Gruppen, die die zweite Hälfte des Soziologentages bestimmten, greifen wir die Arbeitsgruppe Lebenslauf- und Biographieforschung heraus. Zum Thema: Biographie und Arbeit präsentierten G. Robert u.a. (Nürnberg), Birgit Geissler u.a. (Bremen) und Karl Brenke u.a. (Berlin) Ergebnisse aus ihren laufenden Projekten. Die beiden ersten Beiträge beschäftigen sich mit der Verarbeitung von »Krisen« (Lebenskrisen, ökonomisch-soziale Krisen) auf der individuellen Ebene, während Brenke/Klipstein Daten präsentierten, die historische Zeiteinschnitte in der Bewußtseinsbildung verschiedener Generationen zeigen. Die methodische Debatte (Datenerhebung und Datenauswertung) kam in dieser Sitzung etwas zu kurz. — Zum Thema »Weibliche und männliche Biographien im Vergleich« präsentierten Nicola Hawkins, Karin Eickhoff, Anne-Katrin v. Einfeld, Uta Gerhardt u.a., das Projekt Bilderfahung (Bremen) und Erika M. Hoerning (Berlin) Ausschnitte aus ihren Untersuchungen. Die Teilnehmer/innen an dieser Sitzung hatten sich vorher so verabredet, daß die Präsentation ihrer Arbeiten nicht mehr als 10 Minuten dauern und zwei wichtige methodische Fragen verhandelt werden sollten: Datenerhebung und Datenauswertung. Sowohl das Gießener Projekt (Familienrehabilitation) wie auch das Bremer Projekt (Bilderfahung) demonstrierten anhand ihrer Materialien den Gang der Auswertung auf der Basis der Triangulation: Mehrere Auswerter geben unabhängig voneinander ihre Auswertungsergebnisse in die Diskussion und versuchen, sowohl am Datenmaterial wie auch

unter Berücksichtigung ihrer (hier geschlechtsspezifischen) Vorurteile, zu einer einheitlichen Interpretation zu finden.

In den Kulissen: Daß es sinnvoll sein soll, Fragen soziologischer Theorie in Form einer Podiumsdiskussion zu bearbeiten, darf nach einem Versuch in Bamberg bezweifelt werden (auch wenn der Drang, Elias oder Habermas leibhaftig auf der Bühne agieren zu sehen, überaus stark war). Was kann denn mehr und anderes herauskommen als eine Addition wissenschaftspolitischer Willenserklärungen (etwa gegen die Verwahrlosung soziologischen Denkens) oder unbegründeter Provokationen (etwa, die Suche nach allgemeinen Gesetzen sei ganz überflüssig). Anstatt solches allzu ernst zu nehmen, berichten wir lieber über den Argumentationsgang eines Teilnehmers, der uns als zusammenhängender Text vorliegt (der also nicht im Zusammenhang, sondern nur in Fragmenten in die Podiumsdiskussion eingebracht werden konnte, was für sein Verständnis möglicherweise nicht besonders zuträglich war): Jaeggis Text analysiert Merkwürdigkeiten in der Entwicklung des Fachs: das Disziplinierende der Disziplin; Sozialwissenschaftler, die jahrelang von Selbstverwaltung und Autonomie geredet und Pläne in Menge entworfen haben, ziehen sich ins »Post-histoire« zurück; die »Indifferenz, mit der eine Vielzahl von Soziologen ihren Gegenstand angehen, ist ein Skandal«. Jaeggi ist unzufrieden vor allem mit den Formen, in denen das Verhältnis von Wissenschaft und Lebenswelt gedacht wird, sei es, daß Wissenschaft in lebensweltlichem Wissen aufgelöst (Feyerabend), sei es, daß zwischen beidem eine unaufhebbare Grenze gesetzt wird (Habermas). Er plädiert für eine Wissenschaft, die nicht am Leben vorbei produziert, sondern als eine Form entwickelt wird, in der verständig, gesellschaftlich über Leben nachgedacht werden kann: »Wenn es um die Erhaltung der Lebenswelten geht: Was nützt es, wenn wir die Systematisierungen leisten, ohne die Ergebnisse an die Betroffenen weitergeben zu können? Wem nützt es, die Systemnotwendigkeiten (Geld: die Ökonomie, und Macht: die Politik) und das Private auseinanderzuhalten, voneinander abgekoppelt, wenn wir wissen: ihre Verflechtung macht das Gefängnis aus, die Undurchdringlichkeit, in der wir leben, arbeiten.« — »Wie kann jemand, der soziale Fragen abhandelt und darin verstrickt ist, Theoretisches so aufbereiten, daß dies nicht zur Praxisentfernung, nicht zur Gesellschaftsabgewandtheit verkommt?« Jaeggi hat die fertige Antwort nicht parat. Er verweist auf den »fremden Blick der Ethnologie«, auf Möglichkeiten der Literatur bei der Umformung von Erfahrung in begriffene Erfahrung.

Hinter den Kulissen: In schöner Regelmäßigkeit fragt man/frau sich vor und nach dem Besuch solcher Kongresse: Warum fahre ich denn eigentlich dort hin? Gegenüber finanzierenden Institutionen werden diese Reisen am besten mit Eigenauftritten begründet. Hinter vorgehaltener Hand sagen wir, daß wir in kleinen, thematisch-streng konzentrierten Workshops weitaus besser aufgehoben sind als in solchen Riesenversammlungen. Hinter vorgehaltener Hand erfahren wir zum Beispiel, daß Sektionen mit ihren Feldherren an der Spitze sich gegenüber Neulingen wie geheime Logen abschirmen; daß Themenbereiche und Referate *nicht* rechtzeitig ausgeschrieben, zumindest nicht an die Mitglieder verschickt werden mit der Bitte, sie an Interessierte weiterzureichen; daß die Ablehnungsgründe für eingereichte Arbeiten nicht offengelegt werden; daß nur der auftreten kann, der dazu aufgefordert wird und das wiederum davon abhängig ist, daß man/frau einem der Organisatoren für Themenbereiche und Sektionen und der jeweils anhängenden Clique bekannt ist oder nicht usw.

Bettina Gransow, Erika M. Hoerning, Werner van Treeck (Berlin/West)

Staatlicher Eingriff und Selbstregulierungspotentiale im Gesundheitswesen. Zur Durchsetzung von Betroffeneninteressen

Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft, Ulm, 2.-6. Juni 1982

Das Thema der Tagung »Staatlicher Eingriff und Selbstregulierungspotentiale im Ge-

sundheitswesen« wurde in elf zum Teil parallelen Arbeitsgruppen mit ca. 50 Referenten und 200 Teilnehmern im Ulmer Einsteinhaus diskutiert. Im wesentlichen gab es drei Komplexe: 1) Datenschutz im Gesundheitswesen, Bedarf an Gesundheitsleistungen und Beitragspolitik im Bereich der Krankenkassen. 2) Arzneimittelsicherheit, zur Problematik des kostendeckenden Pflegesatzes und zur »Konzertierten Aktion« im Gesundheitswesen. Zu diesen mittlerweile traditionellen Themen fanden sich zusätzlich Interessenten zusammen, um alternative Ansätze in der Gesundheitsbewegung und deren Durchsetzungsmöglichkeiten wie auch Durchsetzungsformen zu diskutieren. Leider gab es zwischen dem letzten Komplex und den beiden ersten Schwerpunkten keine Auseinandersetzung.

Der Teilnehmerkreis umfaßte Politologen, Soziologen und Mediziner sowie Vertreter aus der »Praxis«, so z.B. »Beobachter« und »Protokollanten« der pharmazeutischen Industrie, der Standesorganisationen der Ärzte, Vertreter der Krankenkassen, der kasennärztlichen Vereinigungen wie auch Vertreter der Gesundheitsverwaltungen. Die sogenannten Praxisvertreter hatten offensichtlich keine Mühe, trotz größter Hitze, ihre Anzüge und Krawatten anzubehalten.

In der Arbeitsgruppe Arzneimittelsicherheit wurde einhellig befürwortet, ein unabhängiges Arzneimittelinstitut für Arzneimittelbeobachtung und Forschung zu etablieren. Auch Verbraucherorganisationen sollten an dieser Einrichtung beteiligt sein. Im »Pro Pharma Inform« 9/82 schreiben die Beobachter der pharmazeutischen Industrie ihren Eindruck von der Veranstaltung wie folgt nieder: »Profilierungssucht einzelner Referenten, deren zum Teil abenteuerliche Vorschläge zur 'Umrüstung' unseres Gesundheitssystems hoffentlich nur Gedanken-Spielereien bleiben!«

Sie zitierten einen Teilnehmer wie folgt: »Die Pharmazeutische Industrie ist ein hochkonzentrierter Industriekomplex, in dem Märkte aufgeteilt werden können. Es fehlt eine Gegenmacht. Preiswettbewerb findet nicht statt, die innovative Konkurrenz ist zur imitativen Konkurrenz degeneriert, Forschungsressourcen sind fehlallokiert, 20 bis 40% des Herstellerabgabepreises werden für Werbung aufgewendet, es kommen — angeblich neue — Produkte zu immer höheren Preisen auf den Markt ...« — »Nur solche Präparate sollen der klinischen Prüfung unterzogen werden, bei denen eine vernünftige Aussicht auf therapeutischen Fortschritt (hinsichtlich Wirksamkeit und Unbedenklichkeit) besteht.« — »Bei Neuzulassungen besteht die Notwendigkeit der Einführung einer Bedürfnisprüfung.«

In der Arbeitsgruppe »Der kostendeckende Pflegesatz — Kulminationspunkt widerstreitender Interessen in der stationären Versorgung« ging es im Kern darum, wie bei einer sehr starken Verknappung der gesellschaftlichen Ressourcen für die stationäre Krankenversorgung dennoch eine sinnvolle Entwicklungsplanung möglich ist. Folgen der Verknappung sind: Patientenselektion, Wartelisten für bestimmte operative Eingriffe werden größer, das Pflegepersonal wandert aus größeren Krankenhäusern ab, weil die Arbeitsbelastungen dort immer größer werden (z.B. durch Stellenbesetzungssperren von 6 Monaten). Eine sinnvolle Entwicklungsstrukturplanung in den Großkrankenhäusern, insbesondere angesichts der knappen Ressourcen, findet nicht statt. Es wird in der Regel dort eingespart, wo weniger Widerstände zu erwarten sind. Im Kern geht es aber darum, nach welchen Leistungskriterien man die Wirtschaftlichkeit der Krankenversorgung, insbesondere unter dem Aspekt der Gesundheit, prüft.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe »Datenschutz im Gesundheitswesen — Zur Steuerungsfunktion des Patienten- und Sozialgeheimnisses« lassen sich wie folgt zusammenfassen: Epidemiologische und sozialmedizinische Forschung werde zunehmend wichtiger. Ihr kurzes Aufblühen in der BRD drohe jedoch schon wieder zu vergehen, da die Hürden des Datenschutzes unüberwindlich seien. Deshalb solle man sich zunächst an Fallstudien (z.B. in der Arztpraxis) versuchen. Durch diesen Umweg stelle sich der For-

schung gar nicht die Datenschutz-Frage (Bull, Bundesdatenschutzbeauftragter). — Der Widerspruch zwischen »Praktikern« und »Wissenschaftlern« zeigte sich in der Arbeitsgruppe »Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen« folgendermaßen: Die Konzertierte Aktion hat keine wirksamen Hebel eingebaut, um die Dominanz wirtschaftlicher Interessen zu verhindern. Sie setzen sich sogar abgestimmt gegen Staat und Krankenkasse durch — eine »natürliche Folge« unseres Wirtschaftssystems.

F.-W. Schwartz (Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung, Köln) vertrat in der Podiumsdiskussion zum Thema »Recht auf Gesundheit — Pflicht zur Prävention« die These, daß die Steigerung der Lebenserwartung beängstigend sei, da durch die Erhöhung der biologischen Altersgrenze, die Ausgaben für die Prävention steigen. Man müsse die Kosten und Grenzen der Prävention im Gesundheitsbereich neu diskutieren. Die Parole »Herrscher leben länger« träfe für die heutigen Bedingungen nicht mehr zu. Kirch (Vertreter der Gewerkschaften) wies darauf hin, daß die Daten der Sozialversicherung wie auch die der Arbeitsunfähigkeitsstatistiken aufbereitet werden müßten, um Schwerpunkte für die Prävention zu setzen. M. Jänicke (Vertreter der Ökologiebewegung) betonte, daß 13% des Bruttosozialproduktes in der Bundesrepublik für den Gesundheitsbereich im weitesten Sinne ausgegeben werden, während die BRD weltweit heute an der 17. Stelle in der qualitativen Gesundheitsstatistik stünde. Er forderte, daß mit weniger Kostenaufwand höhere Effekte auf dem Gebiet der Prävention angestrebt werden sollten. Ferber (Sozialmediziner) wies darauf hin, daß zwar Konzeptionen für die Prävention schon in den 70er Jahren entwickelt worden sind, daß aber die Durchsetzung an den Kosten und an der Sozialpolitik gescheitert sind. Er betonte die Notwendigkeit einer Gesundheitserziehung in der Schule.

Gemessen am Thema der Tagung und insbesondere an dessen Untertitel »Zur Durchsetzung von Betroffeneninteressen« war die Arbeitsgruppe »Alternative Formen der Organisation von Gesundheitsinteressen« eine der wichtigsten. Sie nahm aber einen enttäuschenden, desorientierenden Verlauf, den die Moderatorin, Karola Brede, durch eine überfrachtete, eklektizistische Ansammlung von 13 Referaten vorprogrammiert hatte. Um den Terminplan einzuhalten, wurde noch zusätzlich vorgegeben, jeweils zwei Referate zusammen zu diskutieren, die — böse Zufälle — selten zueinander in Beziehung standen ... Aktiver Widerspruch blieb aus, Frust und Schweigen machten sich breit, umso mehr als jeder verzweifelte Versuch, eine Klärung über den Stellenwert der gegenwärtigen Selbsthilfebewegung im Gesundheitsbereich nach kurzem Meinungsaustausch abgebrochen, abgeblockt wurde. Dem zentralen Themenkomplex der kollektiven Gesundheitsselbsthilfe gingen Referate voraus, die als »individuell-adaptive Muster der Reaktion auf das Versorgungssystem« zusammengefaßt wurden. G. Overbeck sprach dabei das Gebiet der funktionellen Störungen und der psychosomatischen Erkrankungen an, um ein System der sozialen Sicherheit herbeizusehnen, das die Umdefinierung von sozialen Konflikten in medizinische Befindlichkeitsstörungen überflüssig mache. K. Köhle beschrieb die Entstehung und die Arbeitsweise der spätestens seit 1977 bekannten interistisch-psychosomatischen Krankenstation der Universitätsklinik in Ulm. Ein weiterer Referent, E. Wenzel, erwähnte im Zusammenhang mit vernachlässigten Gesundheitsansprüchen den »Sensibilisierungstrend für Risikoverhalten« und beschwor die Notwendigkeit, sich »angesichts der Individualisierung der sozialen Konflikte zu integrierten politischen Konzepten zusammenzufinden«.

Kollektive Abwehrmaßnahmen am Arbeitsplatz im Sinne einer Gesundheitsförderung anstatt einer Krankheitsvermeidung, Erfahrungen mit einem Laienhilfe-Projekt in der Psychiatrie und erste Ergebnisse einer »volksmedizinischen« Untersuchung zur Ermittlung des Stands der medizinischen Aufklärung wurden beigelegt. Verhinderung, Erschwernisse von Frauen(gesundheits)forschung und mögliche Abhilfe und Gegenwehr waren Gegenstand von mehreren Referaten. Wiens sprach über »Selbsthilfe zwischen

Ideologie und Wissenschaft«, nahm die Geschichte der Zünfte als »Parabel der Selbsthilfebewegung«, die eine »Refeudalisierung der sozialen Beziehungen« bewirke. A. Labisch wagte einen historischen Rückgriff und verglich die Arbeiter-Sanitäts-Kommission mit dem Arbeiter-Samariter-Bund unter Verwendung der von Trojan/Behrendt entwickelten Alternativitätskriterien (Dezentralisierung, Deformalisierung, Demokratisierung, Deprofessionalisierung, Despezialisierung). Leider erst zum Schluß durften Mitarbeiter des Hamburger Forschungsprojekts Gesundheits-Selbsthilfegruppen über ihre Erfahrungen im Rahmen der teilnehmenden Beobachtung in Gruppen von Herzinfarktpatienten, Eltern von krebserkrankten Kindern und Grauen Panthern berichten.

Welche Bedeutung hat Selbsthilfe für die zukünftige Sozialpolitik? Ist sie ein notwendiges Korrektiv von »Fehl- und Falschversorgung« (Karola Brede)? Ist sie bald der euphemistische Ausdruck für Selbstbeteiligung? Ist eine Unterstützung, eine Förderung wünschenswert oder nicht? All diese Fragen und viele mehr, die sich aufdrängten, wurden nicht behandelt, nicht diskutiert. Man hatte auch keine Vertreter der »Praxis«, Mitglieder von Selbsthilfegruppen und Betroffene eingeladen. Sie hätten womöglich sich »durchgesetzt« und den schiefen Ansatz dieser Veranstaltung zurechtrücken können.

Monique Kriescher-Fauchs und Eberhard Göbel (Berlin/West)

»Wir wollen alles! Beruf, Familie, Politik ...« Frauenarbeit und Frauenbewegung
Konferenz des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) Universität Frankfurt/Main vom 20. bis 21. November 1982

Wollen wir wirklich um die Einlösung dieser Behauptung im Titel der von mehr als 900 Frauen besuchten Konferenz streiten? Ein Gefühl von Enge und Überforderung drückt uns. Das liegt nicht bloß daran, daß es unter gegenwärtigen Bedingungen schwer ist, alles gleichzeitig zu tun. Zugleich scheint uns das Problem falsch gestellt, enthält es doch in dieser Formulierung die Forderung, die Formen mit ihren Grenzen beizubehalten (Beruf, Familie, Politik) und diese unterschiedlichen Formen in einem Leben zu vereinen, statt umgekehrt, von einem sinnvollen und glücklichen Leben ausgehend, die Fragen nach der Möglichkeit von Aktivität, Liebe und veränderndem Eingreifen zu stellen. Zudem hört sich für sehr viele Frauen diese Titelforderung noch zynisch an, da sie weniger vor der Frage des Verzichts auf einen der genannten Bereiche stehen, als vielmehr vor dem Problem, in der Gleichzeitigkeit aller Formen zu überleben.

Unter dieser, die Formen und ihre Grenzen respektierenden Einschnürung standen auch die meisten Arbeitsgruppen: wie Lohnarbeit und Hausarbeit; Frauenerwerbstätigkeit; Frauen als industrielle Reservearmee; Familie und Reproduktion der Arbeitskraft; Lohndiskriminierung usw. Eine Wirkung solcher Themenstellung ist es zumeist, daß Referate und Gruppenarbeit zerfallen in einen »politisch« allgemeinen und einen »persönlichen« Erfahrungsteil. Denn wohin mit den Frauenerfahrungen, wenn sie in der allgemeinen Politik nicht aufgehoben sind? In der AG »Kristallisationspunkte des gewerkschaftlichen Kampfes von erwerbstätigen Frauen« klagten alle Frauen darüber, daß sie die Unterstützung der Männer in den Gewerkschaften oft vermißten, statt dessen als sogenannte Randgruppe diskriminiert würden, was ihre Kampfkraft demoralisiere. In welcher Politik könnten diese Erfahrungen zu Fraktionen der Arbeiterklasse bearbeitet werden? Dieser Mangel an Vorschlägen produzierte den merkwürdigen Konsens, daß die Arbeiterklasse, die doch soeben als gespaltene entdeckt worden war, nicht gespalten werden dürfe: wenn Frauen demütigende Erfahrungen mit den männlichen Kollegen machen, so sei das nur eine Ausnahme, welche frau individuell verarbeiten solle. Auf ähnlich vernichtenden Umgang mit Erfahrungen stießen wir in anderen Arbeitsgruppen beim Thema Familie. In der Art und Weise wie die Frauen die Probleme nur »austauschen« in der Hoffnung, sich gegenseitig Tips geben zu können v.a. zur drückenden

Frage »wohin mit den Kindern?«, blieb das »Persönliche« vor seiner Auswertung für politische Strategien bewahrt. Irgendwie wird frau es schon schaffen. So, wie oben die Männer in der Gewerkschaft, müßten hier die eigenen Gefährten, welche oft im Namen der Kinder gegen Kinderkrippen sind, nur noch »überzeugt« werden. Mehr nicht? Sind wir nicht selber unsicher an dem Punkt, ist er nicht zugleich das Einfallstor für die neue rechte Politik? Auch hier fielen die Erfahrungen in ein Strategie-Loch. Für die Fragen nach Funktion und Perspektive der Familie war eine Arbeitsgruppe zur Familien-Politik in der DDR vorgesehen. Warum gibt es dort überhaupt noch die Familienform, wenn die Ehe doch keine Versorgungseinrichtung mehr ist, weder für die Frauen, noch für die Kinder? Wir erfuhren Widersprüchliches: die Menschen wollten heiraten — aus Liebe —, das bedürfe des besonderen Schutzes durch den Staat. Warum? Die Ehe habe eine Ordnungsfunktion, die Verhältnisse würden überschaubarer. Und obwohl die Kindererziehung in hohem Maße vergesellschaftet sei, sei die Familie mit ihrer besonderen Spezifik (Emotionalität, Geborgenheit, Sicherheit) gerade für Kinder wichtig.

Trotz solcher unbefragten Selbstverständlichkeiten konnte auf dieser Konferenz viel gelernt werden. Nach der Veröffentlichung »Marxismus und neue soziale Bewegungen« (1982) stand auch diese Veranstaltung des IMSF unter dem Zeichen, ein Bündnis mit der neuen Frauenbewegung zu suchen. Die Bedingungen waren nicht eben optimal, neben 6 Hauptreferaten zu je 20 Minuten aus DKP und DFI gab es 10-minütige Korreferate von 3 Wissenschaftlerinnen, die sich der autonomen feministischen Frauenbewegung zurechneten und Frigga Haug, die sich selbst als feministisch und marxistisch zugleich bezeichnete. Auf einem Abschlußplenum am zweiten Tag, das aber inhaltlich in keinem Zusammenhang zur fortgeschrittenen Arbeit in den 13 Arbeitsgruppen stand, stellten sich schließlich noch eine Frau von den Grünen, eine von der Initiative 6. Oktober und eine Frau aus dem Juso-Bundesvorstand vor.

In den Hauptreferaten, die sehr viel Applaus für »richtige Sätze« erhielten — wie solchen, daß das Kapital die Frauen unterdrücke, daß Frauen für Frieden und gegen Raketen seien und für das Recht auf Erwerbsarbeit (es wurde zur Empörung der wenigen anwesenden Feministinnen »Recht auf Arbeit« gesagt, eine Begrifflichkeit, die, wie immer, die Hausarbeit als Nicht-Arbeit entnennt) —, wurden häufig und ebenfalls bedacht von Beifall gegen vermutete feministische Positionen Seitenhiebe ausgeteilt. Man arbeite nicht bloß am Bewußtsein der Frauen, wie einige Bürgerliche dies in Kleingruppen täten, hieß es z.B. Auch die Gewerkschaft tue etwas für die Persönlichkeitsentwicklung der Frauen, nicht nur die Feministinnen. Frauen würden sich keineswegs auf die Familie orientieren usw. Im allgemeinen Tenor — Frauen für den Klassenkampf und für Frieden (zum Abschluß wurde zu einem machtvollen 8. März 1983 für Arbeit und Frieden aufgerufen) — hörten sich die feministischen Einsprengsel etwas merkwürdig an, gingen zum Teil in ihren abweichenden Sätzen in der entstehenden Unruhe unter. Die Kämpfe gegen das Patriarchat in seinen vielfältigen Formen hören sich vom Standpunkt des Klassenkampfes auch dann noch wie Ablenkungen und Spuk an, wenn — wie dies auf dieser Konferenz geschah — auch die Vertreterinnen der DKP und DFI ganz selbstverständlich von einem patriarchalischen Kapitalismus sprechen. In diesem Punkt brachte die Konferenz soviel Klarheit, daß zukünftige Zusammenarbeit von Feministinnen und Frauen aus den Organisationen der Arbeiterbewegung sicher erleichtert wird. Die Fremdsprachen, die diese beiden Bewegungen füreinander sprechen, rühren daher, daß sie Unterschiedliches über Frauenunterdrückung denken. Die offenkundige Benachteiligung der Frauen und deren wachsende Empörung haben dazu geführt, daß in den Organisationen der Arbeiterbewegung (Parteien, Gewerkschaften) ein »eigenständiger« Frauenkampf für notwendig gehalten, der Begriff Patriarchat für brauchbar befunden wird. Dieser »Frauenkampf« kann jedoch innerhalb der Arbeiterbewegung gefochten werden, weil im Grunde überhaupt nur die Teile der Frauenunterdrückung für wesent-

lich gehalten werden, die für das Kapital nützlich und profitlich sind (oder für den Staat weniger Ausgaben kosten): also Lohndiskriminierung, Ausbildungsfragen, Sozialabbau usw. (Selbst nach dieser Einschränkung bleibt die politische Strategie noch unklar: In einer der beiden Arbeitsgruppen »Zum Verhältnis von Arbeiterbewegung und Frauenbewegung« galt letztere als *Bestandteil* der Arbeiterbewegung, wohingegen sie in der anderen als *Vorstufe* zur »richtigen« Organisierung angesehen wurde.) Unter diesen Annahmen reden die Vertreterinnen der beiden Bewegungen notwendig aneinander vorbei, denn es ist tatsächlich ebenso unsinnig, anzunehmen, *die* Männer seien verantwortlich für Leichtlohngruppen, wie umgekehrt, *die* Unternehmer seien schuld, daß Frauen sich nachts allein auf der Straße fürchten müssen, vergewaltigt zu werden.

Für die kommenden Kämpfe gegen Rechts scheint es uns unbedingt notwendig, Bündnisfähigkeit so herzustellen, daß, von mehreren Unterdrückungen mit unterschiedlichen Zentren ausgehend, die Kämpfe der unterschiedlichen politischen Subjekte respektiert werden und an den Kreuzungspunkten (wie der Politik der Rechten gegen die Frauen) zusammengehen. Braucht es hierfür nicht bündnisfähige autonome Frauenorganisationen auf der einen Seite und auf der anderen eine Umstrukturierung der Arbeiterorganisationen, wie Frigga Haug vorschlug, eine gleichstarke Besetzung durch Frauen bis in die obersten Gremien, zur Überwindung der in diesen Organisationen vorherrschenden Männerkultur?

Sünne Andresen, Astrid Grunewald,
Angelika Nette, Erika Niehoff, Margret Wolfrum (Hamburg)
Frigga Haug, Barbara Nemitz (Berlin/West)

Homosexualität und Wissenschaft

Bericht über eine Veranstaltungsreihe an der Freien Universität Berlin

Seit zwei Semestern organisiert das Schwulenreferat im AStA der FU (vgl. Flugblatt »Für ein Schwulenreferat« der ADSen FU, *Das Argument* 122) eine Veranstaltungsreihe mit dem Thema »Homosexualität und Wissenschaft«. Ausgehend davon, daß die Vorurteile oder das Unwissen in den Köpfen der Menschen auch zurückzuführen ist auf die Theoriebildung an den Hochschulen, hat das Schwulenreferat sich zur Aufgabe gestellt, den Stand der Theoriebildung zum Thema Homosexualität zu bestimmen und emanzipatorische Forschungsansätze zu fördern. Eine Anfrage im Akademischen Senat ergab zunächst, daß Lehrveranstaltungen, Forschungsprojekte o.ä. zum Thema Homosexualität an der FU nicht stattfinden; die auffälligste und häufigste Form der Diskriminierung der Homosexuellen ist die Tabuisierung. Die Ausgangsfrage der traditionellen Sexualwissenschaft lautet in der Regel: Wie entsteht Homosexualität? und das Ziel solcher Forschung ist fast immer, Strategien zur Beseitigung dieses gesellschaftlichen »Übels« bzw. zur Heilung dieser individuellen »Krankheit« zu liefern. Chirurgische Eingriffe in das Gehirn oder Aversionstherapien sind extreme Folgen oder Begleiterscheinungen solcher Forschung. In der Schwulenbewegung wird die Frage nach der Entstehung der Homosexualität deshalb nicht ohne Grund ganz abgelehnt. Auch das Schwulenreferat hat zunächst darauf verzichtet, sich mit den Entstehungstheorien zu beschäftigen und hat Forschungsansätze vorgestellt, die einen spezifischen Beitrag der Wissenschaften zum Kampf gegen die Diskriminierung Homosexueller leisten (wollen).

Homosexualität und Recht: Den gesellschaftlich sichtbarsten Ausdruck der Diskriminierung Homosexueller bildet die juristische Ungleichheit Heterosexuellen gegenüber durch den §175, der für homosexuelle Kontakte ein höheres »Schutz«alter vorsieht, darüber hinaus als Vorwand bei Repressionen gegen die Schwulenbewegung dient.

Der erste Referent, der niederländische Jurist Dr. Brongersma, war Vorsitzender des Rechtsausschusses des niederländischen Parlaments, als im Jahre 1971 in den Niederlanden der dem §175 entsprechende §248bis abgeschafft wurde. Als Argumentationshilfe für die Abschaffung wurde den Parlamentariern der sogenannte Speijer-Report überge-

ben, der von einer Sachverständigen-Kommission erstellt worden war. Der Report behandelt die Fragen, ob die Gefahr einer Verführung Jugendlicher bestehe; ob homosexuelle Kontakte Folgen für die psychische Entwicklung habe; ob eine heterosexuelle Entwicklung durch homosexuelle Kontakte verhindert oder eine homosexuelle Entwicklung eingeleitet werden kann. Das Ergebnis: »Die Kommission ist einmütig der Meinung, daß gegen die Streichung von §248bis StGB keine Einwände medizinisch-hygienischer und psychisch-sozialer Art bestehen. Im Gegenteil: Es lassen sich viele Vorteile einer Streichung dieses Artikels aufzeigen.« Der Report beseitigte also Bedenken, die aus dem nicht unmittelbar juristischen Bereich gegen die Abschaffung des Homosexuellen-Paragraphen kamen. Auf der »rein« juristischen Ebene ergibt sich zudem ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung (das gilt auch für das Grundgesetz der BRD).

Die zweite Veranstaltung an der juristischen Fakultät, »Brauchen wir ein Antidiskriminierungsgesetz?«, fand erst Wochen nach dem geplanten Termin statt. Grund dafür war ein Raumverbot, das als Kombination aus Homosexuellen-Diskriminierung und Angriff auf die Verfaßte Studentenschaft zu werten ist, sowie als Versuch, Veranstaltungen mit fortschrittlichen Inhalten überhaupt zu behindern. Die Referenten waren der Westberliner Rechtsanwalt Stefan Reiß und die EMMA-Mitarbeiterin Vera Slupik. Während Vera Slupik Anknüpfungspunkte suchte, wie die Auseinandersetzung um ein Antidiskriminierungsgesetz für Frauen mit dem für Homosexuelle in Verbindung gesetzt werden könnte, stellte Stefan Reiß den Entwurf eines Antidiskriminierungsgesetzes vor, der von der Juristengruppe der Allgemeinen Homosexuellen Arbeitsgemeinschaft Berlin (AHA) erarbeitet wurde. Der Entwurf der AHA-Juristen ist nicht die Forderung nach *einem* neuen Gesetz, er fordert vielmehr: die Beseitigung der juristischen Diskriminierung Homosexueller; die Ergänzung bestehender Gesetze durch einen Zusatz, der Diskriminierung verbietet (GG); gleiche Rechte im Erbrecht, Mietrecht, Adoptionsrecht, Arbeitsrecht usw. In einem Unterabschnitt wird darüber hinaus die ersatzlose Streichung der §§173 StGB (»Beischlaf unter Verwandten«), 174 (»sexueller Mißbrauch von Schutzbefohlenen«), 176 (»Sexualität zwischen Kindern und Erwachsenen«) und 180 (»Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger«) gefordert.

Besonders der letzte Abschnitt führte in den vergangenen Jahren zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Teilen der Schwulenbewegung einerseits und der Lesben- und Frauenbewegung andererseits. Während die AHA-Juristen und große Teile der Schwulenbewegung sexuelle Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen, »die freiwillig zustandegekommen sind«, entkriminalisieren wollen, bestreiten Teile der Lesben- und Frauenbewegung überhaupt die Möglichkeit der Freiwilligkeit sexueller Kontakte zwischen Kindern und Erwachsenen. Bei der Beurteilung des Problems greifen beide Seiten auf ihre Erfahrungen zurück, die offenbar äußerst unterschiedlich sind. So wird von Schwulen darauf hingewiesen, daß Männer, die mit minderjährigen Jungen Zärtlichkeiten austauschen, die im Genitalbereich nicht aufhören, oft mit äußerst harten Strafen verfolgt werden. Frauen betonen dagegen, daß auch gewaltsame sexuelle Angriffe auf Mädchen und junge Frauen oft als Kavaliersdelikte behandelt werden und wollen deshalb alle juristischen Mittel ausnutzen, womöglich ausweiten. Mir scheint das Problem in absehbarer Zeit auf der juristischen Ebene kaum lösbar. Politisch sinnvoll und bündnispolitisch fruchtbar wäre eine Orientierung auf die Abschaffung des §175, wobei immerhin eine Annäherung der Rechtsprechung mögliche Folge wäre, und die Diskussion um Altersgrenzen eine neue Ausgangsposition hätte.

Die Diskussion ergab keine Ansätze, wie die einzelnen, qualitativ sehr unterschiedlichen, Teile des Antidiskriminierungsgesetzes politisch umsetzbar wären; als »Gesetzespaket« ist es nicht umsetzbar und kann höchstens den Rahmen aufzeigen, in dem die juristische Auseinandersetzung um die Sexualität steht.

Homosexualität und Pädagogik: Der Hamburger Sexualwissenschaftler Günter

Amendt (der die *Sexfront* und das *Sexbuch* verfaßte und damit erheblichen Einfluß auf die Sex-Diskussion der Studenten- und Arbeiterjugend-Bewegung hatte) referierte zum Thema »Homosexualität und Sexualerziehung«. Festzustellen war zunächst, daß es keine entwickelte oder gar einheitliche Sexualpädagogik gibt. Amendt bezweifelte die Möglichkeit einer emanzipatorischen Sexualerziehung an den Schulen der BRD und Westberlins insgesamt, da emanzipatorische Sexualerziehung nur möglich sei, wenn Ziel der Erziehung Solidarität sei, die Praxis unserer Schulen (Gesellschaft) sei jedoch vom Konkurrenzprinzip geprägt. Die Untersuchung von Schulbüchern zur Sexualerziehung ergab, daß fast die Hälfte (40%) das Thema Homosexualität gar nicht erwähnen. Etwa 30% der Bücher setzen sich in mehr oder wenig positiver Form (z.B. Werben um Toleranz) mit der Homosexualität auseinander, wobei auch von diesen die Mehrzahl die Homosexualität als Normabweichung versteht, und nur ein verschwindend geringer Teil der Bücher Homosexualität als der Heterosexualität gleichwertige Form sexuellen Verhaltens darstellt. Amendt forderte, daß Homosexualität »nicht nur Thema sein soll, wenn es Thema ist«, sondern als mögliche Variante menschlichen Sexualverhaltens in jedem Abschnitt der (im Idealfall fächerübergreifenden) Sexualerziehung thematisiert werden sollte. Er wies darauf hin, daß *alle* Schülerfragen beantwortet werden müssen, auch wenn sie als diskriminierend empfunden werden.

In der Diskussion meldeten sich eine Reihe schwuler Lehrer und andere Vertreter der Schwulenbewegung zu Wort, die praktische sexualpädagogische Erfahrungen mitteilten. Es zeigte sich, daß die Vermittlung von Sachkenntnissen und die Diskussion mit einem homosexuellen Pädagogen bzw. einem »Sachverständigen« aus der Schwulenbewegung, dazu führten, daß für die Schüler die Homosexualität und die Homosexuellen ihren »exotischen Reiz« verloren, und der Unterricht zum Abbau von Vorurteilen führte. Es wurde deutlich, daß nicht allein die Schwulenbewegung ein Interesse an einem kontinuierlichen sexualpädagogischen Lehrangebot an den Universitäten hat (an der FU wurde das Thema unregelmäßig durch Lehraufträge »abgedeckt«), sondern alle Gruppen, die von repressiven oder diskriminierten Formen der Sexualität betroffen sind (Frauen, Kinder, alte Menschen, Strafgefangene usw.). Das Schwulenreferat fordert die Einrichtung eines Lehrstuhls für Sexualpädagogik.

Homosexualität und Psychologie: Das Referat des Psychoanalytikers Thomas Ziehe »Von der Sehnsucht nach dem Identischen — Homosexualität in Wünschen und Beziehungen« versuchte, die Erkenntnisse und die Begrifflichkeit der Psychoanalyse auf die Homosexualität anzuwenden, ohne die Frage nach der Entstehung der Homosexualität zum Thema machen zu wollen. Er versuchte, »den Kern« der Homosexualität zu bestimmen. Der Kern sei »auflösende Verschmelzung mit dem andern« und gleichzeitig »entgrenzte Selbstkonzentration«. Der Kern sei auch »eine Lust an der Verbotsüberschreitung« und sei »Beziehungsbedürfnis«, das die »Sehnsucht nach einem Körper« und den »Wunsch nach rauschhafter Verschmelzung« beinhalte. Die Einteilung in Hetero- und Homosexualität könne es nur geben, weil das Kind seine »vielschichtig-schillernenden und zielreichen Triebkomponenten« verliere, nachdem es durch das »soziale Nadelöhr« hindurchgepreßt« worden sei. Die Liebe zum Mann sei für ihn die Utopie der »Geschlechter-Verflüssigung«.

Der Ansatz, soziologische und politische Fragestellungen unberücksichtigt zu lassen, stieß bei Mitgliedern des Schwulenreferats auf Kritik, weil die soziale Bestimmtheit der Sexualität eben auch die sozialen Bedingungen, unter denen Sexualität stattfindet, berücksichtigen muß. Der Versuch Ziehens, die Erkenntnisse der Psychoanalyse in allgemeinverständlicher Form auf die »Homosexuellen-Frage« anzuwenden, gelang nicht, da Ziehe Begriffe, die für seine Theorie von zentraler Bedeutung sind (z.B. »soziales Nadelöhr«) nicht definieren konnte. Die Diskutanten sahen die Gefahr einer neuen Entstehungstheorie, die zur Entwicklung »neuer« Therapien führen könne, wenn Ziehe fest-

stellt, daß es durch die »ödpale Formierung und Bündelung« zur Einteilung von Hetero- und Homosexualität komme. Abgelehnt wurde auch die These, Homosexualität sei die »überschäumende Freude der Verbotsüberschreitung«, die sich nicht nur einstelle, wenn zwei Männer miteinander Sex machen, sondern die schon erfahrbar sei, wenn zwei Männer öffentlich schwul seien, und sich z.B. auf einer Fête küßten. Dem wurde entgegengehalten, daß das öffentliche Schwul-Sein nach wie vor sanktioniert werde. Die Schwulenbewegung könne nicht gegen Verbote kämpfen, wenn deren Überschreitung gerade »überströmende Freude« auslöse.

Homosexualität und Germanistik: Der Siegener Professor Wolfgang Popp (einer der wenigen Professoren, die ihre Homosexualität öffentlich machen) stellte in seinem Referat die Frage: »Sind die Romanfiguren Hans Henny Jahnns schwul?« Das nicht zuletzt durch sehr eindrucksvolle und schöne Passagen aus Jahnns Roman »Perrudja« spannende Referat, vermittelte einen sinnlichen Eindruck dieses Werks. Popp stellte fest, daß Männerfreundschaften in Verbindung mit Erotik und sexueller Attraktion ein zentrales Thema in Jahnns Werken sind, und er stellte deshalb »Überlegungen zu einem Tabu der Literaturwissenschaft« an. Denn die Literaturwissenschaft hat diese Männerfreundschaften weitgehend ignoriert, und Popp stellte fest, daß die Schwulenfeindlichkeit der Literaturwissenschaft durch ihre allgemeine Sexualfeindlichkeit ergänzt werde. ausgehend von einer Textstelle aus »Perrudja«, in der beschrieben wird, wie die Titelfigur den Körper Hjalmars (beide im Bett) spürt, ohne daß die sexuelle Komponente, »das Entscheidende«, erwähnt wird, stellte Popp die Frage nach den Ursachen dieser »Verklemmtheit«. Historische und biographische Gründe wurden angeführt, wobei Jahnns als unbequemer Zeitgenosse dargestellt wurde, der u.a. als Pazifist hervortrat, als dies noch skandalöser war als zur Zeit (z.B. emigrierte er während des ersten Weltkrieges und profilierte sich als Kritiker der Remilitarisierung der BRD in den frühen 50er Jahren).

Forschung über Homosexualität, »Schwule Wissenschaft«: Unter dem Titel »Homo Science Fiction« versuchte der Westberliner Publizist Ralf Dose (der über Lehraufträge das sexualpädagogische Lehrangebot der letzten Jahre an der FU »abdeckte«) Stand und Perspektiven der Forschung »von Schwulen, für Schwule über Schwulitäten« aufzuzeigen. Dose führte aus, daß die Ansätze, parteilich und wissenschaftlich das Problem der Homosexualität zu behandeln, von den Nazis 1933 zerstört wurden und erst mit der Herausbildung der »neuen Schwulenbewegung« nach 1969 wieder aufgenommen wurde. Den Stand der »Schwulenforschung« könne man bezeichnen als Stadium der »Jäger und Sammler«. Es ging und geht zunächst darum, vorhandene Ansätze in den einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen aufzuspüren, Dokumente zu sammeln und diese der Schwulenbewegung zugänglich zu machen. Begrenzt sei die Forschung über Homosexualität dadurch, daß es in der BRD kein Gesamtkonzept »einer allgemeinen Theorie der menschlichen Sexualität« gebe, und die vorhandenen Forschungsansätze (z.B. der Psychologie) unzureichend und widersprüchlich seien. Das Suchen nach Quellen und Dokumenten solle fortgesetzt und ergänzt werden (die Nachkriegszeit bis 1969 sei z.B. noch gänzlich unerforscht). Dose wies darauf hin, daß es sich bei der Quellenforschung wie bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema überhaupt weitgehend um Privatforschung handle und die Einrichtung eines zentralen Archivs notwendig sei. Er machte darauf aufmerksam, daß das »Institut für Sexualwissenschaft« in den 20er Jahren — neben praktischer Sexualberatung und Mitwirkung in der Kampagne gegen den §218 — sich besonders der theoretischen Auseinandersetzung mit der Homosexualität widmete und den Kampf gegen den §175 organisierte. Das Institut sei 1933 von den Nazis zerstört worden, das Grundstück mit Villa, das dem Institut gehörte, eignete sich der faschistische Staat widerrechtlich an. Dose forderte, daß diese widerrechtliche Aneignung rückgängig gemacht und der Schwulenbewegung das Vermögen des Instituts zum Aufbau eines zentralen Archivs und einer Beratungsstelle für Homosexuelle zur

Verfügung gestellt werde. Die immer noch nicht erfolgte Wiedergutmachung homosexueller Nazi-Opfer könne hier zu einem kleinen Teil kollektiv geleistet werden.

Eckhard Seidel (Berlin/West)

International Symposium on Moral Education

Fribourg/Schweiz, 30. August bis 3. September 1982

Vor genau 50 Jahren veröffentlichte Jean Piaget seine entwicklungspsychologischen Studien über das moralische Urteil beim Kinde. Moralische Erziehung hat danach zu berücksichtigen, daß das moralische Urteil eine Funktion der kognitiven Entwicklung und der erfahrenen Strukturen der sozialen Beziehungen des Kindes ist. Dieses Jubiläum fiel zwar zufällig, aber durchaus sinnfällig mit dem Internationalen Symposium über moralische Erziehung zusammen. Denn mit den theoretischen und empirischen Arbeiten von Lawrence Kohlberg, der in der Tradition von Piaget seit Mitte der 50er Jahre über die moralische Entwicklung forscht, etablierte sich die kognitiv-entwicklungsmäßig orientierte moralpsychologische Forschung, in deren Folge Konzepte der moralischen Erziehung (weiter)entwickelt und vielfach angewendet wurden. In 22 Plenarvorträgen und 45 Beiträgen in Arbeitsgruppen wurde über den Forschungsstand, die Forschungsperspektiven, über philosophische Begründungen, sowie über die pädagogische und klinische Praxis referiert und diskutiert. Eine Anmerkung vorweg: Die kritische Einstellung gegenüber moralischer Erziehung, wie sie z.T. in der Bundesrepublik durch den konservativen Ruf nach Werteerziehung und Mut zur Erziehung hervorgerufen wird, stellte sich auf dem Symposium nicht ein, da gerade auch durch die Erkenntnisse der Moralforschung sensu Kohlberg die Kritik an Konzepten konservativ verstandener Werteerziehung unterstützt wird. Seine Theorie einer stufenstrukturellen Entwicklung des moralischen Urteils beinhaltet, daß moralische Urteilsprozesse von der Kindheit bis ins Erwachsenenalter nacheinander bis zu sechs unterschiedliche Begründungsmuster, sog. kognitive Stufen, durchlaufen, und sich von der letzten feststellbaren Entwicklungsstufe die Ziele moralischer Erziehung bestimmen und legitimieren lassen. Dieser stufenstrukturelle Entwicklungsansatz hat sich auch als eine fruchtbare Verbindung zwischen empirischer Sozialwissenschaft und Philosophie erwiesen. Bislang ist u.a. versucht worden, von den festgestellten Entwicklungsverläufen beim Individuum auf gattungsgeschichtliche Entwicklungen rückzuschließen, sowie die entwickeltsten Begründungsstufen, für die kaum empirische Evidenz vorliegt, mittels philosophischer Theorien (Kant, Rawls) als Ziele moralischer Erziehung zu legitimieren, bzw. weitere individuelle und gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten zu entwerfen (Habermas).

Die philosophischen Beiträge auf dem Symposium beschäftigten sich u.a. damit, ob entwickelte Moralität über eine Theorie der Gerechtigkeit (Kohlberg) oder der Autonomie (Höffe) zu konzipieren sei, bzw. ob die von Kohlberg konzipierte höchste Entwicklungsstufe nicht nur eine unter mehreren gleichberechtigten ethischen Haltungen sei (Küng). Ein weiterer Schwerpunkt war die theoretische Konzeption des psychologischen Entwicklungsmodells von Kohlberg. Die Kritik richtete sich vor allem gegen eine vermeintlich zu geringe Explikation und Berücksichtigung von sozialen Kontexten, so daß man sogar, so Oevermann, hinter die Erkenntnisse von Piaget zurückgefallen sei. Lempert stellte ein modifiziertes Modell moralischer Entwicklungsstufen vor, das zwischen der psychischen Struktur und sozialen Anwendungsgebieten moralischer Urteile differenziert. Für die moralische Erziehung sind aber nicht nur moralische Urteilsstrukturen zu berücksichtigen, sondern wie Rest ausführte, insgesamt vier Komponenten einer moralischen Handlung: 1) die Definition und Interpretation der Entscheidungssituation, 2) die Sichtweise einer idealen Lösung, 3) die Wahl und Begründung der angemessenen Lösung und 4) die dann ausgeführte Handlung selbst. Blasi beklagte in diesem Zusammenhang, daß durch die Erforschung moralischer Urteilsstrukturen das moralische Verhal-

ten regelrecht entpersonalisiert worden sei. Er schlug vor, den Aspekt des persönlichen Engagements (»good will«) in die bestehenden Ansätze zu integrieren. Ein nach wie vor offenes Forschungsfeld stellt die Beziehung zwischen der moralischen und der Ich-Entwicklung dar. Noam erläuterte ein Modell der Ich-Entwicklung, das beide Persönlichkeitsbereiche integrieren könnte.

Bei der Präsentation von Untersuchungen über moralisch relevante Sozialisationsumwelten wurde die Rolle der Familie, bislang in der kognitivistisch orientierten Moralforschung eher vernachlässigt, hervorgehoben. Nunner-Winckler belegte detailliert Zusammenhänge zwischen der moralischen Entwicklung der Kinder und dem Verhalten ihrer Eltern in moralisch relevanten Alltagssituationen ihnen gegenüber. Da aber Eltern oft diese und andere Dimensionen moralischer Erziehung nicht wahrnehmen (wollen), müsse man verstärkt mit Elterngruppen aufklärend arbeiten (Lickona). — Die pädagogische Anwendung moralischer Entwicklungstheorie findet aber nach wie vor hauptsächlich im schulischen Bereich statt. Zu Beginn der 70er Jahre bedeutete dies, daß moralische Entwicklung vorrangig über Diskussionen moralischer Konfliktsituationen inner- und außerhalb des gängigen Fächerkanons intendiert wurde. Kreft und Fritzsche merkten an, daß die Bedeutung der moralischen für die ästhetische Erziehung im Literaturunterricht bisher kaum beachtet wurde. Obwohl die stimulierende Rolle von Moraldiskussionen unbestritten ist, wies Berkowitz darauf hin, daß es weitgehend unerforscht ist, warum und wie durch moralische Diskussionen moralische Entwicklung gefördert werde. Seit Mitte der 70er Jahre konzentrieren sich pädagogische Anstrengungen nicht mehr nur auf die intentionale Erziehung, sondern beziehen die Struktur der Sozialbeziehungen in der Schule selbst mit ein. Eine der wichtigsten Einrichtungen stellen in diesem Zusammenhang die gerechten Schulkooperativen (»Just Community Schools«) dar. Sie können zwar nicht, wie Kohlberg ausführte, persönliche und gesellschaftliche Fehlentwicklungen verhindern, bieten aber ein weites Erfahrungsfeld für gelebte und erlebte Demokratie. Die Anzahl solcher Schulen, die über große administrative Freiräume verfügen (müssen), ist angesichts der Verbreitung der theoretischen Erkenntnisse (zu) gering. Da aber auch hier moralische Erziehung noch weitgehend zeitlich begrenzte Intervention ist, fragte Edelstein skeptisch, was Interventionen tatsächlich erreichen (können)?

Nachdem die Bedingungen und die Förderung von moralischer Entwicklung während der Kindheit und Jugend und in den entsprechenden Institutionen seit längerem erforscht wird, findet zunehmend auf das Verhältnis von Arbeit und moralischer Entwicklung Interesse. Forschungsaktivitäten beziehen sich dabei sowohl auf Fragen der Grundlagenforschung, z.B. wie sich elterliche Arbeitsbedingungen auf die moralische Entwicklung auswirken (Bertram), als auch auf praktische Anwendungen. So versucht ein Projekt der Work Democracy Group (Gordon, Higgins, Mackin) den Demokratisierungsprozeß in Firmen, die in belegschaftseigene Betriebe umgewandelt wurden, zu festigen, indem sie Trainingsprogramme durchführen, die z.T. auf Theorien über die moralische Atmosphäre in Institutionen beruhen.

Zahlreiche Interventionsstudien, bei denen die Entwicklung und Sensibilisierung der moralischen Urteilsfähigkeit im Blickpunkt standen, wurden auf dem Symposium vorgestellt. So berichteten Oser und Schläfli von einem Projekt mit Schweizer Banklehrlingen, Candee über Informations- und Entscheidungskonflikte bei angehenden Fachärzten, Korte über den Versuch, das soziale Verhalten unter Jugendlichen in einem Erziehungsheim zu fördern und Kaliwa über eine kollektive Angsttherapie bei erdbebengeschädigten Kindern in Griechenland. — Eine Dokumentation der Beiträge ist in einer universitären Publikation beabsichtigt, dem breiteren Publikum sollen mit einem ausgewählten Reader im Rahmen einer Verlagsveröffentlichung Entwicklung, Ergebnisse und Erfolge der moralischen Erziehung zugänglich gemacht werden.

Wlfrid Spang (Berlin/West)

Jahrestagung der AHD 1982

veranstaltet von der Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik e.V.
vom 29. September bis 1. Oktober 1982 in Bielefeld

Das Thema war »Alle über einen Kamm? Heterogenität der Studienanfänger als Herausforderung für die Hochschule«. Ausgegangen wurde davon, daß in dem Begriff der »allgemeinen Hochschulreife« eine »ideelle Homogenität« angelegt sei, die praktisch nicht existiere. Insbesondere seit Einführung der reformierten Oberstufe und Ausweitung der Zugangswege zur Hochschule sei das Problem der Heterogenität nicht mehr zu übersehen. Die Vorträge und Diskussionen sollten dazu dienen, einen konstruktiven Umgang mit dieser Frage zu ermöglichen. Anwesend waren ca. 80 Teilnehmer/innen, vorwiegend Wissenschaftler aus den Bereichen Studienberatung, Lehre und Hochschuldidaktik.

Die Diskussionen fanden in Arbeitsgruppen zu verschiedenen Schwerpunkten statt, u.a. zu Orientierungseinheiten, zu Arbeiterkindern an der Hochschule und zu einzelnen Wissenschaftsdisziplinen. In der Gruppe Frauen im Studium wurde Empörung darüber geäußert, daß die Frauenfrage von den Hochschuldidaktikern einzig unter dem Aspekt der Lernbehinderung abgehandelt würde. Sigrid Metz-Göckel (Dortmund) faßte die Erfahrungsberichte der ersten Sitzung zusammen: Frauen würden ihr Studium selbstbewußt und zielstrebig beginnen und während des Studiums zunehmend an Selbstbewußtsein verlieren; sie schätzten ihre Leistungen negativer ein, als sie objektiv seien und sie praktizierten eine Doppelorientierung auf Studium/Beruf und Familie. Am zweiten Tag stand die Frage im Mittelpunkt, was das Besondere an Frauenforschung sei. Der von den Frauen formulierte Anspruch war: Jede könne forschen, Ausgangspunkt hierfür seien die eigenen Erfahrungen. Darin enthalten war auch eine Kritik an der von weiblichen Lebenspraxen abstrahierenden Herangehensweise der männlichen Wissenschaftler. Zwei wissenschaftlich arbeitende Frauenprojekte stellten sich vor: das Frauenstudium in Dortmund, ein Aufbau- und Kontaktstudium für Frauen (Hausfrauen und Mütter zwischen 30 und 70 Jahren), und das Frauengrundstudium, das selbstorganisiertes und forschendes Lernen in den Mittelpunkt rückt (vgl. Argument-Studienhefte 44 und 57).

Erika Niehoff (Hamburg)

Kongreßankündigungen

Aktualisierung Marx' — 100 Jahre nach seinem Tod

Re-Thinking Marx — 100 Years After His Death

veranstaltet von der Freien Universität Berlin 17.-20. Februar 1983, FU Berlin.

Konferenzsprache: Englisch

Teilnehmer u.a.: Detlev Albers, Elmar Altvater, Furio Cerutti, Joachim Hirsch, Klaus Holzkamp, Georges Labica, Ernesto Laclau, Chantal Mouffe, Donald Sassoon.

Tagungsverlauf: Allgemeintheoretische Fragen. Ökonomie und Klassenanalyse. Kultur und Ideologie. Marx und die Fragen der neuen sozialen Bewegungen. Politik und die Perspektiven des Sozialismus.

Öffentlicher Vortrag am Freitag, 18.2.1983, 19 Uhr.

Öffentliche Podiumsdiskussion: Erneuerung des Marxismus?, am Samstag, 19.2.1983, 19 Uhr.

Informationen: Institut für Philosophie der FU Berlin. Habelschwerdter Allee 45, 1000 Berlin 45.

Das revolutionäre Subjekt in der Welt von heute.

Internationale wissenschaftliche Konferenz zum 100. Todestag von Karl Marx, veranstaltet vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) und der Marx-Engels-Stiftung. 10./11. März 1983, Europa-Halle, Trier

Referenten u.a.: Heinz Jung, Frank Deppe, Willi Gerns, Harald Neubert. Wissenschaftler und Vertreter politischer Bewegungen aus der Sowjetunion, Frankreich und Lateinamerika.

Informationen und Anmeldung: IMSF, Liebigstr. 6, 6000 Frankfurt/Main 1, Telefon 0611/72 49 14.

BdWi-Fachtagung »Soziale Arbeit — zurück zur Armutsverwaltung?«

Zur beruflichen Situation von Sozialarbeitern/Sozialpädagogen in der BRD. 22. - 24. April 1982 in der Gesamthochschule Duisburg

AGs u.a. zu: Soziale Dienste, Jugendarbeit, Gemeinwesenarbeit, Ausländerarbeit, Psychosoziale Versorgung. Koordination: Prof. Dieter Oelschlägel. Vorbereitungsbroschüre erhältlich nach Anmeldung bis 10. April 1983 bei: BdWi, Postfach 1162, 3550 Marburg/Lahn 1 (Tel. 06421 21395).

Feministische Literaturwissenschaft.

Zum Verhältnis von Frauenbildern und Frauenliteratur. Hamburg 24.-28. Mai 1983

Geplanter Tagungsverlauf: 1. Theoretische Überlegungen und historische Beispiele aus dem Gebiet »Frauenbilder«; 2. Theoretische Überlegungen und historische Beispiele aus dem Gebiet »Frauenliteratur«; 3. Projektvorstellungen aus den Gebieten »Frauenbilder« und »Frauenliteratur«; 4. Feministische Wissenschaft in Geschichte, Kunstgeschichte, Psychoanalyse und anderen Disziplinen; 5. Feministische Wissenschaft — Erfahrungen in den USA und Perspektiven in der BRD. Informationen und Anmeldung: Inge Stephan/Sigrid Weigel, Literaturwissenschaftliches Seminar, 2000 Hamburg 13, Von Melle Park 6.

**ARGUMENT-
SONDERBAND
AS 86**

Pflege und Medizin im Streit
Krankenpflege als Frauenberuf.
Patientenorientierung vs. Personal-
orientierung.
Jahrbuch für kritische Medizin 8
Argument-Sonderband AS 86
DM 16,80/f. Stud. 13,80 (Abo: 13,80/11,80)

**ARGUMENT-
SONDERBAND
AS 77**

Alternative Medizin
Akupunktur. Brille — Nein Danke!
Frauen und Gesundheitsbewegung.
Rechte Vereinnahmung der Alternativ-
bewegung.
Argument-Sonderband AS 77
16,80/f. Stud. 13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)

Kommentierte Bibliographie: Friedensfragen (5)

Thomas Risse-Kappen

Kirchen und Frieden: Die Katholische Kirche

Die neuen Friedensbewegungen haben in den Kirchen eine starke Basis. Christliche Friedensinitiativen sind neben den Ökologie-Gruppen und den 'alten' Friedensorganisationen ein wichtiger Bestandteil dieser sozialen Bewegungen. Für die protestantischen Kirchen trifft dies besonders zu, aber inzwischen auch in zunehmendem Maße für den immer als besonders konservativ eingestuften westdeutschen Katholizismus. Im Gegensatz zu den 50er und 60er Jahren gehört die Geschlossenheit der katholischen Kirche in der Friedensfrage heute der Vergangenheit an. Von dem »Mauerblümchendasein«, das etwa der Friedensbund der deutschen Katholiken in der Weimarer Republik fristete (vgl. Breitenborn und Höfling), kann z.B. für die bischöflich geleitete Friedensbewegung Pax Christi keine Rede mehr sein. Sie ist heute eine unbequeme und offiziell höchst mißtrauisch beobachtete, aber aus der katholischen Friedensdebatte nicht mehr wegzudenkende Bewegung (vgl. Pfister).

Um die Veränderungen im westdeutschen Katholizismus ermessen zu können, ist ein Blick in die Vergangenheit geboten. Doering-Manteuffel hat gezeigt, wie sich der auch im Katholizismus verbreitete Pazifismus der ersten Nachkriegsjahre allmählich zu einer fast einmütigen Unterstützung der Wiederbewaffnung durch die deutschen Katholiken wandelte. Verschiedene Bischöfe, allen voran der Kölner Kardinal J. Frings, begannen 1950, Adenauers Sicherheitspolitik zu unterstützen. Aber erst 1952 traten alle wichtigen katholischen Laienorganisationen geschlossen für die westdeutsche Wiederbewaffnung ein, auch z.B. der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), der heute auf der Seite der christlichen Friedensbewegungen steht. Kritische Minderheiten kamen kaum noch zu Wort. Die »Atombewaffnungsdebatte« Ende der 50er Jahre erreichte in der katholischen Kirche niemals die Leidenschaftlichkeit der Auseinandersetzung, die die Protestanten an den Rand einer Kirchenspaltung trieb. Sie konzentrierte sich auf die Frage, ob der Einsatz von Nuklearwaffen kontrolliert werden kann. Das wurde von sieben Moraltheologen, unter ihnen der jetzige Kölner Kardinal J. Höffner, im Mai 1958 für durchaus möglich gehalten, so daß die Anwendung von Atomwaffen nicht in jedem Fall Sünde sei.

Für die — abgesehen von Minderheiten — kritiklose Unterstützung der Adenauerschen Sicherheitspolitik durch die deutschen Katholiken und ihre Repräsentanten lassen sich mehrere Gründe angeben. Eine wichtige Rolle spielte die Tradition der 'Lehre vom gerechten Krieg', die im Gefolge von Papst Pius XII zum Recht auf 'sittlich erlaubte Verteidigung' gegen einen Aggressor transformiert wurde und in dieser Form auch heute noch in der katholischen Debatte präsent ist (vgl. Engelhard, Oberhem und Rief). Hinzu kam ein weltanschaulich geprägter Antikommunismus, der in der katholischen Kirche schon vor 1945 bestand. Schließlich muß die in den 50er Jahren besonders stark ausgeprägte Affinität der Katholiken zur CDU berücksichtigt werden.

Bis Mitte der 70er Jahre war Frieden kaum Thema innerkatholischer Auseinandersetzungen. Die Weiterentwicklung der päpstlichen Friedenslehre durch Johannes XXIII, das Zweite Vatikanische Konzil, Paul VI bis hin zu Johannes-Paul II wurde im westdeutschen Katholizismus kaum rezipiert (vgl. die Dokumente in: Dienst am Frieden). Hier hatte sich eine allmähliche Abkehr von der »Lehre vom gerechten Krieg« und der ethischen Beurteilung einzelner sicherheitspolitischer Maßnahmen hin zu einer grundsätzlichen Kritik an Krieg, Rüstungswettlauf und nuklearer Abschreckung vollzogen (vgl. Glatzel sowie Nagel/Oberhem). Ebensovienig wie die päpstlichen Stellungnahmen

wurden die Erklärungen der Bischofskonferenzen anderer Länder, z.B. der Niederlande oder der USA, in der Bundesrepublik aufgenommen. Zwar faßte die Gemeinsame Synode der Bistümer Deutschlands 1975 einen wegweisenden Beschluß »Entwicklung und Frieden«, dieser wurde innerkirchlich aber kaum in die Praxis umgesetzt.

Erst Verbände wie die Friedensbewegung Pax Christi, der BDKJ sowie die Initiative »Kirche von unten« trugen die gesellschaftlichen Kontroversen um Frieden und Abrüstung der Bundesrepublik in die katholische Kirche hinein. Pax Christi verabschiedete im November 1980 nach mehrjähriger Diskussion (vgl. Krell/Damm) eine Plattform »Abrüstung und Sicherheit«, die auf neue — nichtmilitärische — Dimensionen der Sicherheit eingeht, traditionelle Rüstungs- und Abschreckungspolitik kritisiert und einen Neuanatz der Rüstungskontrolle in Verbindung mit dem Gradualismus (einseitig kalkulierte Vorleistungen) fordert. Der BDKJ gab sich im Mai 1981 das Schwerpunktthema »Frieden und Gerechtigkeit«. Die Initiative »Kirche von unten«, die zu den beiden Katholikentagen 1980 und 1982 jeweils einen alternativen »Katholikentag von unten« organisiert hat, versucht, nuklearpazifistische Positionen im Katholizismus zu Gehör zu bringen. Erwähnenswert ist auch das jüngst veröffentlichte Memorandum des »Bensberger Kreises«, einer Gruppe kritischer katholischer Laien, das zwischen Nuklearpazifismus und gradualistischem Ansatz vermitteln will (vgl. die entsprechenden Dokumente). Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), das oberste Laiengremium in der Kirche, versuchte mit seiner Stellungnahme vom November 1981, die alte Geschlossenheit des Katholizismus durch Wiederholung von Positionen aus den 50er Jahren wiederherzustellen. Das ZdK macht einzig die Sowjetunion für die Spannungen im Ost-West-Kontext verantwortlich und bejaht das Abschreckungsprinzip, das auf Kriegsverhütung und effektive Abrüstung hingeordnet sein müsse. Die Kontroversen vor und auf dem 87. Deutschen Katholikentag in Düsseldorf zeigen aber, daß die ZdK-Erklärung im Katholizismus nicht mehr konsensfähig ist und viele Verbände, Gruppen und Gemeinden traditionelle militärische Sicherheitspolitik längst nicht mehr kritiklos unterstützen. Hinzu kommt, daß die deutschen Bischöfe sich nie in der Weise einseitig festgelegt haben wie die ZdK-Erklärung, sondern frühzeitig die Offenheit der Diskussion betonten und zudem in letzter Zeit eindringlich auf die Friedenslehre der Päpste verwiesen. In konkreten Sachfragen haben sie sich allerdings bisher stark zurückgehalten.

Zum ersten Mal nach dem Krieg ist damit die Friedensdebatte in der katholischen Kirche in der Bundesrepublik offen. Auch Theologen melden sich zunehmend zu Wort. Dabei ist bemerkenswert, daß sich nicht nur »zuständigkeitshalber« Moralthologen und Sozialethiker äußern (vgl. etwa Böckle, Korff und die Beiträge in Glatzel/Nagel). Neuerdings gehen auch Fundamentaltheologen und Dogmatiker der Frage nach, ob nukleare Abschreckung christlich zu verantworten sei (vgl. Eicher sowie Rahner und Schillebeeck, in: Battke).

Der häufig artikulierte Eindruck, daß der westdeutsche Katholizismus der gesellschaftlichen Entwicklung meist hinterherhinke, trifft für die Friedensdiskussion zwar größtenteils zu. In einem Punkt dürfte die innerkatholische Auseinandersetzung der sicherheitspolitischen Debatte in der Bundesrepublik aber voraus sein: Die Engführung der Diskussion auf Rüstungs- und insbesondere Nuklearfragen wurde im Katholizismus nie nachvollzogen. Stattdessen wird hier immer wieder betont, daß Frieden mehr ist als die Abwesenheit von Krieg und daß die Kritik der Rüstung im Ost-West-Kontext immer auch die Kritik der Unterentwicklung im Nord-Süd-Zusammenhang miteinschließen muß (»Rüstung tötet auch ohne Krieg!«). Deshalb werden z.B. in der Frage der Rüstungsexporte in der katholischen Kirche sehr weitgehende Forderungen vertreten.

Literatur*1. Dokumentationen*

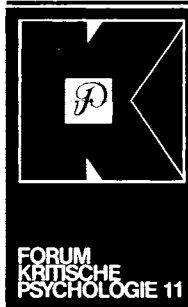
- Abrüstung und Sicherheit. Plattform der Pax Christi, Kirche und Abrüstung Nr. 4, hrsg. v. Pax Christi, Deutsches Sekretariat. Frankfurt/M. 1981
- Der Beitrag der Katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland für Entwicklung und Frieden. Ein Beschluß der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland. Hefreihe: Synodenbeschlüsse Nr. 13, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1975
- Harms, J. (Bearb.): Die Friedensarbeit der Kirchen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Militärpolitik Dokumentation, Heft 11/12. Frankfurt/M.: Haag u. Herchen 1979 (140 S., br., 9,50 DM)
- Dienst am Frieden. Stellungnahmen der Päpste, des II. Vatikanischen Konzils und der Bischofsynode, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, 2. Aufl., Bonn 1982
- Frieden — Für Katholiken eine Provokation? Hrsg. vom Bensberger Kreis, Reinbek: Rowohlt 1982 (123 S., br., 5,80 DM)
- »Frieden und Gerechtigkeit«. Startpositionen des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ). In: id-Dokumentation, o.O., o.J. (Düsseldorf 1981)
- Krücken, Wolfgang, u. Harry Neyer (Hrsg.): Wehrdienst — Kriegsdienstverweigerung — Zivildienst. Katholische Stellungnahmen vom Zweiten Vatikanischen Konzil bis zum Jahr 1974. Mainz u. München: Grünewald u. Kaiser 1974
- Pfister, Hermann (Hrsg.): Pax Christi. Friedensbewegung in der Katholischen Kirche. Waldkirch: Waldkircher Verlag 1980
- Risse-Kappen, Thomas: Analyse und synoptische Dokumentation von Stellungnahmen aus den Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland. Ethische Probleme der Sicherheitspolitik II. Hrsg. v. Katholischen Arbeitskreis Entwicklung und Frieden, DOK-WK 13/82, Bonn 1982
- Zur aktuellen Friedensdiskussion. Stellungnahme der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Bonn 14.11.1981

2. Analysen zur Friedensdiskussion im deutschen Katholizismus in Vergangenheit und Gegenwart

- Breitenborn, Konrad: Der Friedensbund deutscher Katholiken 1918/19—1951. Berlin (DDR): Union Verlag 1981]
- Doering-Manteuffel, Anselm: Katholizismus und Wiederbewaffnung. Die Haltung der deutschen Katholiken gegenüber der Wehrfrage 1948-1955. Mainz: Matthias-Grünewald Verlag 1981 (XXXII + 264 S., br., 56,- DM)
- Engelhardt, Paulus: Die Lehre vom »gerechten Krieg« in der vorreformatorischen und katholischen Tradition. In: Der gerechte Krieg, Friedensanalysen 12. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1980, S.72-124
- Glatzel, Norbert: Neueste kirchliche Lehrverkündigung zur Sicherheits- und Rüstungsdebatte ab 1945. In: Glatzel/Nagel (Hrsg.), S.125-148
- Höfling, Beate: Katholische Friedensbewegung zwischen zwei Weltkriegen. Friedensbund Deutscher Katholiken 1917-1933. Waldkirch: Waldkircher Verlagsgesellschaft 1980 (365 S., br., 23,- DM)
- Lemhöfer, Lutz: Zögernder Aufbruch aus dem Kalten Krieg. Die katholische Kirche und die bundesdeutsche »neue Friedensbewegung«. In: Die neue Friedensbewegung, Friedensanalysen 16. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1982, S.245-257
- Mühleisen, Hans-Otto: Grundstrukturen der Friedensdiskussion in der katholischen Kirche. In: Politische Studien, Jan./Feb. 1982, S.27-46
- Nagel, Ernst-Josef/Oberhem, Harald: Dem Frieden verpflichtet. Konzeptionen und Entwicklungen der katholischen Friedensethik seit dem Zweiten Weltkrieg. Mainz u. München: Grünewald/Kaiser 1982 (141 S., br., 14,50 DM)
- Oberhem, Harald: Zur Kontroverse um die bellum-iustum-Theorie in der Gegenwart. In: Glatzel/Nagel (Hrsg.), S.41-68
- Rief, Josef: Die bellum-iustum-Theorie historisch. In: Glatzel/Nagel (Hrsg.), S.15-40
- Risse, Heinz Theo: Zum Stand der kirchlichen Friedensarbeit. In: Glatzel/Nagel (Hrsg.), S.176-212

3. *Ausgewählte politikwissenschaftliche und theologische Beiträge zur aktuellen Friedensdiskussion in der katholischen Kirche*

- Battke, Achim (Hrsg.): Atomrüstung — christlich zu verantworten? Düsseldorf: Patmos 1982
- Böckle, Franz: Ethische Probleme der Sicherheitspolitik. In: Lebendiges Zeugnis, 36.Jg. (1981), S.30-40
- Eicher, Peter (Hrsg.): Das Evangelium des Friedens. Christen und Aufrüstung. München: Kösel 1982
- Eicher, Peter: »Er ist unser Friede«. Von der Sicherheitsmoral zum Friedenszeugnis. In: Ders. (Hrsg.), S.42-102
- Glatzel, Norbert/Nagel, Ernst Josef (Hrsg.): Frieden in Sicherheit. Zur Weiterentwicklung der katholischen Friedensethik. Freiburg u.a.: Herder 1981 (288 S., Ln., 45,- DM)
- Korff, Wilhelm (Hrsg.): Den Frieden sichern. Düsseldorf: Patmos 1982.
- Korff, Wilhelm (Hrsg.): Der Christ und der Frieden. Grundsätze einer christlichen Friedensethik. In: Ders. (Hrsg.), S.120-143
- Krell, Gert/Damm, Werner (Hrsg.): Abrüstung und Sicherheit. Eine Konsultation. Mainz u. München: Grünewald u. Kaiser 1979 (Protokoll einer von Pax Christi und dem Kath. Arbeitskreis Entwicklung und Frieden veranstalteten Tagung mit Friedensforschern und Politikern)
- Schmölz, Franz-Martin (Hrsg.): Christlicher Friedensbegriff und europäische Friedensordnung. Mainz/München: Grünewald/Kaiser 1977



Forum Kritische Psychologie FKP 11

Kontroverse um Ideologie in der Kritischen Psychologie.

Ute H.-Osterkamp, W.F. Haug, R. Wilhelm, W. Elfferding u.a.

Argument-Sonderband AS 93

16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)

**ARGUMENT-
SONDERBAND
AS 84**

Re-Thinking Ideology

Positionen und Kontroversen in der internationalen Ideologie-Diskussion. Cotten, Haug, Holzkamp, Laclau, Pêcheux u.a. (engl.)

Argument-Sonderband AS 84

16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)

Dokumentation

Für die symbolische Wiederverleihung der Doktorwürde an Rudolf Breitscheid

Am 10. März 1938 wurde Rudolf Breitscheid, bis 1933 Vorsitzender der SPD-Reichstagsfraktion, durch die Philipps-Universität der Dokortitel aberkannt. Der Fachbereichsrat des FB Gesellschaftswissenschaften und Philosophie bittet den Präsidenten, dafür Sorge zu tragen, daß die Universität im Jahr 1983 dieses Vorgangs öffentlich gedenkt. Als eine mögliche Form schlägt er die symbolische Wiederverleihung der Doktorwürde bzw. die posthume Aufhebung der damaligen Maßnahme vor.

Begründung

1. Biographisches

Rudolf Breitscheid, am 2.11.1874 geboren, wurde 1899 an der Phil.Fak. der Philipps-Universität mit einer Dissertation »Die Landpolizei in den australischen Kolonien« promoviert. Er war Mitglied des Nationalsozialen Vereins Friedrich Naumanns, der Freisinnigen Vereinigung sowie der Demokratischen Vereinigung, bevor er sich 1912 der SPD anschloß. Von 1917 bis 1922 gehörte er der USPD an, ab 1922 war er wieder in der SPD. Ab 1928 war er Vorsitzender der SPD-Reichstagsfraktion. 1933 emigrierte er zunächst in die Schweiz, dann nach Frankreich. Breitscheid war Teilnehmer des Lutetia-Kreises, in dem eine Volksfront gegen den Faschismus diskutiert wurde, und unterzeichnete den Volksfront-Aufruf vom 21.12.1936. Im Dezember 1941 lieferte ihn die Vichy-Regierung an die Gestapo aus. Er wurde in Berlin in der Prinz-Albrecht-Straße zehn Monate lang verhört, danach in die Konzentrationslager Sachsenhausen und Buchenwald eingeliefert. Rudolf Breitscheid kam im August 1944 in Buchenwald um. Die Behörden behaupteten, er sei bei einem Bombenangriff getötet worden. Eine andere Version lautet, Breitscheid habe den Fliegerangriff überlebt und sei danach von der SS erschossen worden. »Ob durch Fliegerbomben oder deutsche Pistolenkugeln — fest steht, daß Breitscheids Leben durch Gewalt in einem deutschen Konzentrationslager endete.« (P. Pistorius, Rudolf Breitscheid 1874-1944. Ein biographischer Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte. Diss., Köln 1970, 386)

2. Die Aberkennung des Dokortitels

Am 11.2.1938 sandte der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft ... eine Namensliste an die Rektoren aller deutschen Hochschulen. Sie nannte Personen, die einen akademischen Grad trugen und in den Jahren 1933 bis 1935 ausgebürgert wurden, »weil sie durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt haben«. Die Liste enthielt u.a. die Namen von Rudolf Breitscheid, Alfred Kerr, Kurt Tucholsky, Albert Einstein, Paul Hertz, Rudolf Hilferding, Otto Strasser, Nahum Goldmann. Der Minister (...) ersuchte »festzustellen, wer von den Genannten an der dortigen Hochschule promoviert hat, und wegen der Entziehung des akademischen Grades das Erforderliche zu veranlassen.« (...) Ein Ausschuß, bestehend aus dem Rektor und den vier Dekanen der Marburger Uni, entzog Breitscheid am 10.3.1938 die Doktorwürde. (...)

3. Rechtliche Würdigung

(...) Die Aberkennung der Doktorwürde, wiewohl durch ein Ersuchen des Ministers ausgelöst, stellt jedoch eine eigenständige Maßnahme der Universität in deren Verantwortung dar. (...) Eine Tilgung ... kann also nur von der Universität eigenständig vorgenommen werden. Als Analogie mit umgekehrtem Vorzeichen mag die Tatsache gelten, daß ab 1933 führende Personen der NSDAP zu Ehrenbürgern deutscher Gemeinden wurden und daß dies nach 1945 in zahlreichen Fällen durch einen expliziten Beschluß der jeweiligen Stadtverordnetenversammlungen wieder rückgängig gemacht wurde. Hier wie dort liegt die Bedeutung ... nicht in erster Linie im rechtlichen, sondern im politisch-moralischen Bereich. (...)

gez. Georg Fülberth, Dekan des FB Gesellschaftswissenschaften der Uni Marburg
(einstimmiger Beschluß des Fachbereichsrats vom 20.10.1982)

Intervention

Opfer/Täter-Diskussion

Zu Frigga Haugs Vortrag »Frauen — Opfer oder Täter?«, gehalten auf der Westberliner Volksuniversität 1980 (vgl. *Das Argument* 123 und Studienheft 46, wo der Text, zusammen mit einer ersten Diskussion, nachgedruckt ist), erschienen 1982 Kritiken in: Deutsche Volkszeitung, Rote Blätter, Marxistische Blätter, Jahrbuch des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen, Blickpunkt der BerlinerIn, Konkret, Moderne Zeiten und ein Bericht über diese Kritiken in der TAZ. Versuche, auf die zumeist sehr polemisch bis diffamierend verfaßten Texte zu antworten, schlugen fehl. Die DVZ druckte eine Anfrage, antworten zu dürfen, als Leserbrief, erklärte eine Diskussion für »nicht sinnvoll« und verschwieg eine Reihe von Leserbriefen; Rote Blätter lehnte viele Leserbriefe ab, mit dem freundlichen Hinweis, F. Haug antworte selber, sagte diese Repliziermöglichkeit zu, gab den Artikel zur Kürzung zurück und lehnte die gekürzte Fassung schließlich ab; IMSF-Jahrbuch lehnte einen Diskussionsbeitrag ab, da das Jahrbuch voll sei und Frigga Haug im *Argument* schreiben könne; Konkret ließ zuerst ausrichten, daß Replik möglich sei, lehnte dann ab, da die Antwort nicht sogleich kam, sich in einem späteren Heft noch einmal auf das Thema einzulassen. Leserbriefe wurden von Konkret nicht gedruckt. Die Marxistischen Blätter wurden von uns nicht angeschrieben aus Hoffnungslosigkeit. Wir nahmen die nachstehende Intervention als Ermutigung und baten um Diskussionsmöglichkeit. Sie wurde für Heft 3/83 zugesagt. (Die meisten uns bekannten Texte — für und wider — dokumentierten wir in einem weiteren Studienheft: SH 56 — Opfer/Täter-Diskussion 2). Argument-Frauenredaktion

Liebe Kolleginnen und Kollegen — unter der Überschrift »Wozu brauchen wir Frauen *Das Argument*?« wird von der Autonomen Frauenredaktion Eurer Zeitschrift im Editorial zum *Argument* 135 die selbstgestellte Frage unter anderem damit beantwortet, »daß wir Das Argument zum Überleben brauchen, wenn wir überhaupt die Frauenfrage in den Marxismus einschreiben wollen, daß man uns mundtot macht, unhörbar und unlesbar, wenn wir nicht selbst eine eigene marxistische Zeitschrift haben.« — Im Anschluß versucht Ihr, diese schwerwiegende Begründung durch das Beispiel der »Opfer-Täter-Debatte« und durch die konkrete Benennung verschiedener linker und marxistischer Publikationsorgane, in denen eine kontroverse Diskussion verschiedener Fragen zum Thema »Frauenunterdrückung/Frauenbefreiung« Eures Erachtens nicht möglich ist, zu erhärten. — In diesem Zusammenhang erwähnt Ihr auch unsere Zeitschrift: »Unnötig zu versuchen, in den Marxistischen Blättern zu antworten ...« Nun mögt *Ihr es für unnötig gehalten haben*, eine »Antwort« — sprich: einen Diskussionsbeitrag, eine Gegenrede o.ä. — in den Marxistischen Blättern zu veröffentlichen. Das sei Euch unbenommen. Klargestellt werden sollte jedoch, *daß uns bis heute von Euch keinerlei Angebot oder Nachfrage vorliegt*, einen Beitrag zu der o.a. Debatte (oder auch zu anderen Fragen) in unserer Zeitschrift zu veröffentlichen.

Nun könnte man es bei dieser sachlichen Richtigstellung belassen, wenn nicht im *Argument* 136 (Brita Rang/Christine Thomas: »Dumm und neidisch bis zur Revolution?«, S.837) der im *Argument* 135 erhobene Vorwurf wiederholt würde. Und mehr: der implizite Vorwurf bzw. das offensichtliche Vor-Urteil (die Marxistischen Blätter *würden* nicht veröffentlichen ..., deshalb *haben* wir es für unnötig gehalten ...) mausert sich zur klipp-und-klaaren Behauptung. Da ist explizit von der »Diskussionsverweigerung in ... den Marxistischen Blättern« die Rede. Sollten wir dies nur noch damit abtun, indem wir auf bloße Unkenntnis oder bloße (schon schwerer wiegende) Vorurteile bei Euch und Euren Autorinnen hoffen? Um es nochmals deutlich zu sagen: uns liegt von Euch *keinerlei* Bitte oder Nachfrage vor, einen Diskussionsbeitrag zur »Opfer-Täter-Debatte« in den Marxistischen Blättern zu veröffentlichen. Dies betrifft auch den Zeitraum seit Juli dieses Jahres, dem Erscheinungsmonat des Heftes 4/82 (Schwerpunktthema: »Frauen«), in dem ein Artikel zur Frage »Frauen — Opfer oder Täter?« veröffentlicht ist. — Gerade mit diesem Heft 4/82 der Marxistischen Blätter haben wir versucht, unseren Beitrag zur Debatte um wesentliche Fragen des Kampfes der Frauen gegen Diskriminierung und Unterdrückung und für die Gleichberechtigung und Befreiung der Frauen zu leisten. Diese Debatte wollen und werden wir weiterführen. Leider hat gerade auch dieses Schwerpunktheft *bei Euch keinerlei Resonanz* gefunden — außer derjenigen, die Anlaß für unseren Brief ist.

Albert Engelhardt (Redaktion Marxistische Blätter)

Besprechungen

Philosophie

Freudenthal, Gideon: Atom und Individuum im Zeitalter Newtons. Zur Genese der mechanistischen Natur- und Sozialphilosophie. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1982 (331 S., Ln., 44,- DM)

Eine der Schwächen von älteren Beiträgen zur materialistischen Wissenschaftsgeschichtsschreibung wird oft darin gesehen, daß sie vorwiegend versuchten, Parallelitäten zwischen gesellschaftlicher Entwicklung und wissenschaftlicher Theorienbildung aufzuweisen, ohne jedoch sagen zu können, *worin* ein möglicher Zusammenhang bestehen könnte oder welche Relevanz er für den Wahrheitsgehalt einer Theorie hätte. Zu einer Zeit, wo die etablierte Wissenschaftsgeschichte die bloße Behauptung eines solchen Zusammenhangs als Verstoß gegen die guten Sitten betrachtete, war es verständlich, daß Argumente für die Existenz von sozial-historischen Bedingungen der Wissenschaften im Vordergrund standen. Da sich auch die Wissenschaftstheorie inzwischen mit dem »Einfluß« von »externen« Faktoren abgefunden hat, liegt der Schwerpunkt neuerer Versuche materialistischer Wissenschaftsgeschichtsschreibung auf Fragen der Vermittlung von gesellschaftlichen Entwicklungen und wissenschaftlichen Theorien.

Freudenthal konzentriert sich in systematischer Hinsicht auf die Vermittlung von gesellschaftlich-politischen Auseinandersetzungen und naturwissenschaftlicher Begriffsbildung, insbesondere auf die Rolle der Philosophie bei dieser Vermittlung. Das historische Untersuchungsfeld bilden die Entstehungs- und Durchsetzungsbedingungen der Newtonschen Mechanik, insbesondere seiner Theorie des absoluten Raumes.

Freudenthal nimmt als Ausgangspunkt nicht irgendeine Parallelität zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, sondern die empirische Unterbestimmtheit wissenschaftlicher Theorien, die Tatsache, daß es mehr als eine theoretisch-wissenschaftliche Erklärung für eine gegebene Menge an sogenannten »Erfahrungstatsachen« geben kann. Seine Grundüberlegung besteht darin, daß die sozial-historische Bedingtheit einer wissenschaftlichen Theorie dann erwiesen wäre (ohne daß ihr Anspruch auf relative Wahrheit bzw. experimentelle Bestätigung bestritten werden mußte), wenn gezeigt werden könnte: 1. daß der »Beweis« einer Theorie nur dann schlüssig ist, wenn ein bestimmter »theoretischer Vorbegriff« als evident vorausgesetzt wird und 2. daß die Gründe, warum dieser Vorbegriff evident erscheinen konnte, nicht aus der naturwissenschaftlichen Tradition (etwa als unproblematisiertes Lehrbuchwissen) stammen, sondern aus der methodologischen und ontologischen Verallgemeinerung von Methoden und Begriffen, die aus den Erfordernissen der gesellschaftlichen und gesellschaftstheoretischen Auseinandersetzungen entwickelt worden sind.

Die ganze Argumentation — von den gesellschaftlich-politischen Interessen des aufsteigenden Bürgertums, zur begrifflichen Fassung der bürgerlichen Gesellschaft als Zusammenhang selbständiger Eigentümer, zur Verallgemeinerung der Begrifflichkeit und Methoden der Gesellschaftsanalyse auf die Metaphysik, zur Anwendung der metaphysischen Prinzipien auf die Methoden der Naturforschung und schließlich zur Auswirkung der Methode auf die Naturtheorie selbst — kann hier nicht dargestellt werden; es können nur einige methodisch repräsentative Ausschnitte referiert werden. Im ersten Kapitel wird aus Newtons »Beweis« der Existenz des absoluten Raumes sowie seiner Definition der Materie und der Dichte sein »evidenter Vorbegriff« bzw. seine unausgesprochene Voraussetzung herausgearbeitet. Newton setzt voraus, daß das Weltsystem aus gleichen Partikeln besteht, deren *wesentliche* Eigenschaften ihnen unabhängig von ihrer Existenz in einem System zukommen; solche Eigenschaften würden einer Partikel auch als einzige im sonst leeren Raum zukommen. (So wird Newtons in der bisherigen Wissenschaftshi-

storiographie unerklärliches Beharren darauf, daß die »gegenseitige Gravitation« eben *keine* wesentliche Eigenschaft der Materie sei, dadurch verständlich, daß »gegenseitige« Gravitation einem einzelnen Körper im leeren Raum nicht zukommen *kann*, sondern nur in einem — mindestens zwei Körper umfassenden — System möglich ist.) In metaphysischer Verallgemeinerung hieße die Voraussetzung: Ein System überhaupt besteht aus gleichen Elementen, deren wesentliche Eigenschaften systemunabhängig sind. Im zweiten und dritten Kapitel wird argumentiert, daß die Leibnizsche Dynamik eine physikalisch gleichwertige Theorie darstelle, die aber Newtons Voraussetzung nicht teile, und darüber hinaus, daß sie in wissenschaftstheoretischer Hinsicht sogar einige Vorzüge besitze. Da Newtons Voraussetzung weder aus dem Entwicklungsstand der Mechanik folge, noch für die Etablierung der Mechanik als Wissenschaft notwendig gewesen sei, müsse man fragen, warum er (und fast jeder Physiker bis Ernst Mach) diese Voraussetzung explizit oder implizit angenommen habe.

Dieser Frage ist der zweite und der dritte Teil der Arbeit gewidmet. Dort rekonstruiert Freudenthal einige Grundzüge der bürgerlichen Sozialtheorien von Hobbes, Rousseau und Smith. Der »evidente Vorbegriff« vom Verhältnis von System und Element wird in der Begründung bürgerlicher Verhältnisse gegenüber der feudalen Gesellschaftstheorie gesucht, die die Gleichheit der Individuen und die Gesellschaftsunabhängigkeit ihrer Eigenschaften als keineswegs evident empfand. Der letzte Teil analysiert Newtons Begriff des »aktiven Prinzips«, der sowohl physische Kräfte als auch freie menschliche Willen umfaßt, um eine »genetische Abhängigkeit der Newtonschen Voraussetzung« von einem bestimmten sozialtheoretischen Begriff des freien Individuums zu zeigen.

Peter McLaughlin (Berlin/West)

Kondylis, Panajotis: Die Aufklärung — im Rahmen des neuzeitlichen Rationalismus. Klett-Cotta, Stuttgart 1981 (725 S., Ln., 148,- DM)

Kondylis' Buch gehört der im Zeitalter des team-work selten gewordenen Gattung gelehrter Einzelleistungen an, die sowohl durch ihre souveräne Stoffbeherrschung und detaillierte Quellenkenntnis als auch durch einen über Hunderte von Seiten aufrechterhaltenen und sich dem Leser mitteilenden Sinn für große Entwicklungslinien und Spannungsbögen zu imponieren vermögen. Es gelingt Kondylis, Geistesgeschichte geradezu dramaturgisch zu entfalten, ohne jedoch — dies wohl auch eine Folge seiner hermeneutischen Methode — soziale und klassenmäßige Frequenzen zu Gehör zu bringen. Doch sind diese immerhin in den dargestellten Positionen und Prozessen, wenn auch nicht »aufgehoben«, so doch in gewissem Maße enthalten. Deutlich wird das bei der bis zum Spannenden gesteigerten didaktischen Meisterschaft, mit der Kondylis' die zentrale Differenz von Funktion und Gehalt bestimmter Philosopheme (vor allem am Beispiel des Cartesianismus) entwickelt, an die sich recht unterschiedliche, wechselnde Koalitionen knüpfen können. Diese Leistung Kondylis' ist sicher ertragreicher als eine oberflächlich-hilflose Analogisierung oftmals recht äußerlicher philosophischer Zeitgebundenheiten mit deduktiv verkürzten Klassenbegriffen.

Kondylis geht von der bereits durch Dilthey und Cassirer widerlegten Fehlmeinung von der angeblich geschichtslosen und intellektualistischen Aufklärung aus und betont — in der Gegensteuerung mitunter etwas überzogen anmutend — die anti-intellektualistische Stoßrichtung des Empirismus und Sensualismus. Die Rolle der mathematisch-geometrischen Methode der Frühaufklärung wird dabei fast auf die einer Episode zurückgeschraubt: nämlich der Aufwertung der Natur im Hinblick auf die noch andauernde Geltung der scholastischen Werthierarchie des Wissenswerten bzw. -würdigen durch Betonung ihrer Intelligibilität, weil Quantifizierbarkeit. Nach der siegreichen Schlacht der axiomatisch-deduktiven Methode gegen die Scholastik erstarbt nach Kondylis wiederum die — materialistisch gewordene — Ontologie mit ihren Folgelasten: Relativis-

mus und Nihilismus. Descartes mit seinem mathematischen Methodenideal erscheint deshalb in Kondylis' Darstellung eher als ein Abschluß denn als ein Anfang, was sich explizit auch gegen einige problematische Vergrößerungen bei Marx und Engels richtet: etwa die in der »heiligen Familie« gezogene berühmte Linie Descartes — La Mettrie — Cabanis. Richtig und wichtig gegenüber einer bloß philologischen oder methodologischen Newton-Lektüre ist auch Kondylis' Nachweis der zeitgenössischen Bedeutung der Newton-*Um*interpretationen, die sich zumeist, mehr oder weniger explizit, gegen die mathematische Methode der »Principia« wenden (hier berücksichtigt Kondylis fast ausschließlich angelsächsische Forschungsergebnisse). Überhaupt erweist sich durchweg die Fruchtbarkeit des strategisch eingesetzten Rezeptionsgesichtspunkts und des polemischen Aspekts philosophischer Richtungsstreitigkeiten: z.B. bekämpfen die Jesuiten zunächst die Erkenntnisansprüche des Cartesianismus, unterstützen ihn jedoch wiederum angesichts der moralphilosophischen Folgerungen des Sensualismus Lockescher Prägung.

Kondylis' Rekonstruktionen geraten jedoch mitunter etwas zu »konstruktiv« und finalistisch, wenn er etwa Epigenesis und Evolution als »direkte Schlußfolgerungen« (271) der Biologie aus der Aufwertung der Materie bezeichnet. Hier erweist sich Kondylis — um bei der Sprache der Disziplin zu bleiben — eher als historischer Präformationist und epistemologischer »Animalkulist«. Kondylis' Stärke liegt in dem überzeugend geführten Nachweis der »Verdrängung des Intellektuell-Logischen durch das Historisch-Psychologische« (312), die er am Beispiel der Geschmacksdebatte (vom Verstand zum Gefühl) sowie an der Verflechtung von Denken und Wollen (Emotionalisierung des Vernunftbegriffs) und mit dem Gedanken der »Heterogonie der Zwecke« (Auseinandertreten von Handlungsmotiven und -folgen) in der Geschichtsphilosophie belegt, in der sich besonders eindrucksvoll eine Relativierung des normativen Wahrheitsanspruchs vollzieht (etwa von »historia magistra vitae« zu »veritas temporis filia«). Wie schon zuvor einige Vertreter der ultra-konservativen Voegelin-Schule betont Kondylis energisch die Bedeutung de Sades und La Mettries als konsequenter Denker und die »theoretische Überlegenheit des nihilistischen Standpunktes« (491) gegenüber dem weltanschaulichen Schwanken der »gemäßigten« Aufklärung zwischen Natur und Norm sowie ihrer Halbherzigkeit und Angst vor der eigenen Courage. Eine Auffassung, die angesichts der augenblicklich modischen »Vernunftkritik« sicherlich dankbar aufgegriffen werden dürfte.

Erfrischend, wenn auch wohl den zünftigen Widerspruch der traditionell nationalistisch verengten deutschen Philosophiegeschichtsschreibung herausfordernd, ist Kondylis' verhältnismäßig kurze Behandlung des deutschen Beitrags (den er jedoch ausführlicher in einem früheren Buch behandelt hat!). Diesem wird nun tatsächlich die sonst oftmals der Aufklärung a limine reservierte »Flachheit« zugesprochen (541), aber auch (durch ungebrochene religiöse Positivität!) erklärt. Auch in diesem Abschnitt werden die Akzente eigenwillig, aber nicht abwegig gesetzt. Hamann erscheint weniger als Aufklärungsgegner denn als Vertreter *spezifischer* Aufklärungselemente, Lessing wird als origineller, aber eher *orthodoxer* Denker vorgestellt, und Kant, in dem ein Ende statt ein Gipfel gesehen wird, wird als »eine eher isolierte Erscheinung« (545) auf knapp 10 Schlußseiten geradezu abgefertigt.

Eine gewisse Schwäche von Kondylis' Ansatz, weniger seiner materialen Analysen, liegt in der unzureichenden methodologischen Klärung seiner hermeneutisch selbst (und wohl: weltanschaulich) vorausgesetzten Unterstellung (die ich für richtig, aber nicht erwiesen halte) »weltanschaulicher Voraussetzungen«, bzw. »Grundhaltungen« großer philosophischer Formationen wie z.B. des Rationalismus, deren mangelhafte, falsche, beschränkte oder gar parteiliche Berücksichtigung Kondylis seinen Kollegen anlässlich einiger pauschaler Rundumschläge ankreidet: ob nun gewendet gegen das marxistische opus magnum Hermann Leys, die Neuzeit-These Hans Blumenbergs oder Jürgen Mit-

telstraß' reform-positivistische Rekonstruktion der Aufklärung, wobei Kondylis noch ganz nebenher eine kleine Konvergenztheorie der gemeinsamen liberalen Herkunft von »kritischem Rationalismus« und Marxismus anbringt (27f.). Dennoch können auch solche (entbehrlichen) polemischen Spitzen, die aber vielleicht sogar Anlaß zu einer sachhaltigeren Diskussion bieten könnten, und den Wert und die Bedeutung des profunden, bereits durch seine internationale Literaturverarbeitung nützlichen Werkes nicht mindern. Für den philosophiehistorisch Interessierten kann deshalb nur der kategorische Imperativ formuliert werden: nimm und lies! Martin Blankenburg (Berlin/West)

Altner, Günter: Tod, Ewigkeit und Überleben. Todeserfahrung und Todesbewältigung im nachmetaphysischen Zeitalter. Quelle & Meyer, Heidelberg 1981 (168 S., br., 19,80 DM)

Haben wir es mit einer anthropologischen Studie, mit einem kulturphilosophischen Essay, einem christlichen Traktat oder ökologischen Pamphlet zu tun? Altners Buch stellt eine unglückliche Mischung oder eher noch: Folge von alledem dar, beinhaltet den heiklen Versuch, von der Warte eines christlichen Existentialismus aus einen quasi-*religiösen* Ausweg aus der drohenden globalen ökologischen Katastrophe aufzuzeigen, indem unsere Haltung dem Tod gegenüber als der Angelpunkt unseres Verhältnisses zu Natur und Mitmensch bestimmt wird. Bereits der Titel verknüpft eine der weniger wirklichen anthropologischen Konstanten, ein biographisch erfahrbares Existenziale, mit dem Hauptstück religiöser Dogmatik und einer Aufgabe, die sich der Gattung Mensch im Zeitalter der Kernspaltung, der Atomraketen und -reaktoren, des möglichen »Holozids« (115) immer dringlicher stellt. So ist das Buch thematisch zwar ungemein faszinierend, ja in der Vermittlung von Tod als gattungs- und individualgeschichtlichem Ende bewegend (Verf. und Rez. haben gemein, daß sie den Band »unter dem Druck von Krankheit und Tod und den damit verbundenen Trennungsschmerzen« [7] geschrieben bzw. gelesen haben), ideologisch, argumentatorisch und methodisch hingegen alles andere als vorwärtsweisend oder stringent.

Anhand einer beeindruckenden Materialfülle aus Literatur, bildender Kunst, Religion, Philosophie, Biologie und Kosmologie, wenn auch in wenig sinnvoller Reihenfolge, prüft und vergleicht Altner das Todesverständnis dreier bedeutender Kulturtraditionen oder »Angebote« (41): der christlichen Eschatologie (hier schlägt die religionswissenschaftliche Darstellung in theologische Exegese um), der griechischen Philosophie und der ägyptischen Mythologie. Er untersucht des weiteren in leider allzu disparaten Einzelkapiteln die Entwicklung der Zeit-, Todes- und Ewigkeitsauffassung vom Mittelalter über die Renaissance, das Barock und die Aufklärung bis hin zu den Konsequenzen für Politik und Naturwissenschaft des 18./19. Jahrhunderts und konstatiert die Perversion, die Säkularisierung und den schließlichen Verlust der christlichen Glaubensinhalte. Die Überwindung des Todes durch das Kreuzesopfer Jesu und die damit einhergehende Ehrfurcht vor dem Leben seien der Selbstvergötzung und Selbstzerstörung des neuzeitlichen Menschen gewichen, der, gehetzt von verdrängter Todesangst und unbewußtem Todestrieb, auf »Erschleichungen der Ewigkeit« (140) verfallen sei. Zu letzteren zählt Altner u.a. die frühkommunistischen Versuche, das Reich Gottes auf Erden zu schaffen, den Objektivismus der mechanistischen Physik, die Konzeption einer klassenlosen Gesellschaft — »die uneingestandene Metaphysik des Marxisten« (44) — und überhaupt den »Nihilismus der revolutionären Vernunft« (105), die allesamt einem für Kosten und Opfer blinden, zukunftshörigen Fortschrittsglauben huldigten und auf die absolute Verfügungsmachung und letztlich Vernichtung des Globus hinausliefen. Nach einer überflüssigen »Zwischenbilanz in Thesen« wendet sich der Verfasser der Problematik des Freitods und dem Zusammenhang von Tod und Eros zu. Das letzte Kapitel »Von den Aufgaben der Christen in der Überlebenskrise« korrespondiert dem ersten »Die Über-

lebenskrise als Krankheit zum Tode« und enthält einen Appell an die Amtskirche, sich gegen den »faustischen Pakt zwischen technischer Vernunft und Kapital, der heute auf allem Leben lastet« (14), zu erklären und für eine alternative Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft einzutreten.

Die Behandlung dieser Thematik leidet an diversen Trübungen. Die Kapitel sind zu stark für sich konzipiert und zusammenhanglos aneinandergefügt, die gewählten Epochenanschnitte beziehen sich bald auf Literatur und Kunst, bald auf Politik, bald auf Allgemeingeschichte. Im Text finden sich zahllose, oftmals wortlautliche Wiederholungen. Die Terminologie oszilliert zwischen verschiedenen Bedeutungen: Der kosmologische und der ökologische Begriff der Entropie, der Wärmetod des Universums und die Abwärme der Industrie etwa werden vermengt, der Wirtschaftsprozess wird aus dem »mit der Entropie verbundenen Todesgedanken« (110) abgeleitet und figuriert seinerseits als Ursache für die Entropievermehrung im All. Immer wieder wirft der Autor Fragen von zentraler Bedeutung auf, deren Beantwortung er verweigert (z.B. 75, 126, 128, 153) und die dergestalt zu leerer Rhetorik verkommen. Darüber hinaus verwickelt er sich in zahlreiche Widersprüche. So zieht er Darwin und Freud, beides historische und dialektische Denker, eines mechanistischen Weltbilds (53), nur um Darwin sogleich gegen eben diesen Vorwurf in Schutz zu nehmen und Freuds kontroverse Theorie des Ödipuskomplexes kritiklos zu adoptieren (140). Einmal »schickt der neuzeitliche Mensch sich an, die Verantwortung für seine Geschichte zu übernehmen« (10), ein andermal ist er bereits »zum Subjekt seiner eigenen Geschichte geworden« (140) — in geschichtsphilosophischem Kontext ein gravierender Unterschied. Wenn er die Subjekt-Objekt-Spaltung als das verhängnisvolle Gedankenmonopol der Neuzeit beschreibt, übersieht er die von Marx und Lenin ausgearbeitete Dialektik von Einheit und Dualität des Subjekt-Objekts, der Mensch-Natur.

Doch wenn schon der Tod von einem physiologischen Faktum zu einer geschichtsphilosophischen Kategorie befördert wird, inwiefern dann nur eine *quasi*-religiöse Lösung der gegenwärtigen Krise? Altner zielt auf die Absurdität einer »nachmetaphysischen Religiosität« (16), der Ewigkeit und Unsterblichkeit lediglich als »Projektionen« (7), »Chiffre« (118), »Sublimation großer Todesangst« (25) gelten. Da ihm die »Unmöglichkeit einer Rückkehr in eine voraufklärerische Vernunft« (103) und einer »Restauration der religiösen und metaphysischen Traditionen Europas« (119) trotz seiner starken Anleihen bei Mystik und Romantik, trotz seiner Zurücknahme aller humanistischen und aufklärerischen Positionen durchaus bewußt ist, stellt er auf die widersinnige »Erfahrung einer immanenten Transzendenz« (128) ab. Wie er »Auferstehungsgeschehen und Auferstehungsglaube« (20f.) als ein und dasselbe ansieht, so liegt für ihn »das wie immer geartete Eschaton« (9) entgegen der griechisch-katholischen Seelenlehre nicht in einem jenseitigen Bezirk (»Es ist nichts Unsterbliches auf der Seite des Menschen« [118]), sondern allein in einem »Impuls zu einem Leben in Hoffnung« (144). Christus habe demonstriert, daß der Mensch sein Kreuz, den Tod, zu tragen vermöge: eine thanatologische Deutung des Heilsgeschehens. Paradoxerweise sei das Leben nach dem Tode nur während der Stationen des Lebens erfahrbar. Damit aber bleibt der Tod am Ende des Buches, was er zu Beginn war: »das unlösliche Rätsel« (120).

All dies freilich bedeutet eine radikale Entleerung und Verdisseitigung von Religion. Transzendenz verwandelt sich unter der Hand in Psychologie. Der Theologe bricht in die Domäne des Atheismus ein. Etikettenschwindel oder Konversion? Worin besteht nach alledem noch der Unterschied zwischen dem Gläubigen und dem Ungläubigen, den Altner zu Unrecht als Nihilisten abhäftert? Und in der Tat erkennt Altner, etwa im Falle Sartres und Camus', eine »Gefährtschaft hinüber und herüber« (136) an. Eine materialistische, d.h. empirisch fundierte, historisch entfaltete und philosophisch verallgemeinerte Ontologie, deren Notwendigkeit so verschiedene Denker wie Lukács, Bloch

und — mit Abstrichen — Benjamin erkannten, umschlüsse sicherlich auch eine »philosophische Thanatologie der reinen Diesseitigkeit« (115), die das metaphysische Vakuum überzeugender auszufüllen hätte als Altners Tautologie des »das Sterbenkönnen zum Tor dessen werden lassen, was uns darüber hinaushilft« (12). Der Ausweg aus der von der Unvernunft der Logik des Kapitals gezeugten Überlebenskrise jedenfalls kann nur in einer Mobilisierung der Kräfte der Vernunft und der Aufklärung bestehen, nicht in einer Abkehr von ihnen oder Kehrtwende gegen sie. Der Selbstzerstörungsprozeß der Menschheit wird sich mit Anstrengung aufhalten lassen, ihr geistiger und gesellschaftlicher Befreiungsprozeß niemals. Oder kann, wer einmal aufrechten Gang erlernt hat, wieder in die Knie gezwungen werden?

Hans-Christian Oeser (Dublin)

Peisl, Anton, und Armin Mohler (Hrsg.): Kursbuch der Weltanschauungen. Ullstein Verlag, Berlin/Frankfurt/Wien 1981 (448 S., br., 48,- DM)

Der eigentliche Herausgeber Armin Mohler (die Rolle von Herrn Peisl bleibt durchgängig ein Geheimnis), heute Geschäftsführer der firmierenden Siemens-Stiftung (vormals Privatsekretär Ernst Jüngers, Herold der Kanzlerkandidatur von F.J. Strauß, 1967 erster Adenauer-Preisträger von Kurt Ziesels Deutschland-Stiftung und politisch ein bekennender »Rechter«), hatte bereits 1950 in seiner nützlichen Bibliographie *raisonnée* »Die konservative Revolution« das Thema dieses Sammelbandes als Defizit beklagt: »Was fehlt, ist eine Weltanschauungskunde.« Er geht dabei in etwa von der Überlegung aus, daß es sich nicht um eine nochmalige Synthese der geistesgeschichtlichen Höhenwege handeln dürfe, sondern um eine besonders die Nebelbildungen der ideologischen Niederungen verzeichnende Topographie von Weltanschauungsformationen, die sich also eher — beispielsweise — mit Däniken als mit Derrida und stärker mit Uri Geller als mit Gehlen zu befassen hätte.

Leider schlagen die qualitativ sehr unterschiedlichen Studien dieses Bandes zu unvermittelt aus der leeren Allgemeinheit des Anfangs in die blinde Einzelheit kurioser Details um, als daß sie dem obigen Anspruch gerecht würden. Erwägungen, es handle sich bei der Weltanschauungsbildung um einen seit Ende des 18. Jahrhunderts sich beschleunigenden Substitutionsprozeß einstmals normativ gebundener Glaubensinhalte infolge deren Plausibilitätsschwundes, helfen hier auch nicht viel weiter, wenn nicht historisch und soziologisch gezeigt werden kann, worin eigentlich diese vielbeschworene chronische Legitimationskrise der Wertvorstellungen und Sinngebungen besteht und woraus sie erwächst. Daß sie vielleicht etwas mit der durch die forcierte kapitalistische »Modernisierung« komplementär hervorgerufenen Veraltung kultureller Überlieferungen und normativer Selbstverständlichkeiten zu tun hat, erscheint in diesem Band eher als seinerseits weltanschauungsgebundenes Vorurteil der Linken. Gleichmaßen reflektieren die Autoren den wissenssoziologischen Ort ihrer Fragestellung allenfalls mit kursorischen Hinweisen auf die Aktualität von »Jugendreligionen« oder die »Ubiquität der Konzeption einer linken Weltanschauung« (134). Das Thema steht aber offenkundig im Zeichen einer vorgeblichen »Tendenzwende«, deren Spannungsbogen wiederum auf das (vorläufig) ad acta gelegte Konzept vom »Ende der Ideologie« zurückweist (die autoritären Evidenzen industriegesellschaftlicher Sachzwänge hatte Mohler einst selbst propagiert!).

Der Sammelband ist nach den Themen »Sprache«, »Ernstfall« und »deutsche Neurose« bereits der vierte in einer Reihe »Schriften der C.F. v. Siemens-Stiftung« und will als Versuch einer »Topographie« jener »Denkformen und glaubensähnlichen Vorstellungen verstanden« sein, »die seit Ende des 18. Jahrhunderts mehr und mehr an die Stelle der traditionellen Theologie, Philosophie und Wissenschaften getreten sind und teilweise die Funktion von 'Ersatzreligionen' übernommen haben« (14). Dementsprechend treten, beginnend mit dem »Mentorat von Professor Bürkle« (15; seit 1972), unter den versammelten Experten besonders die Theologen hervor. In vier Abteilungen äußern sie sich I.

zur historischen Semantik, II. zur Politik, III. zu Esoterik und Lebensreform und schließlich IV. zur Bibliographie des »immensen Stoffes« (Mohler). — I.: Als nützliche Ergänzung zu vorliegenden lexikalischen Stichwörtern erweist sich der fragmentarische historische Exkurs von W. Betz zum semantischen Schicksal von »Weltanschauung« durch einige Erhellungen der Schleichwege und Hakenschläge des problematischen Begriffs (wobei mir die Bedeutung von Schleiermachers antirationalistischer Polemik gegen *Welterklärung* für die Wirkungsgeschichte zu gering veranschlagt scheint). — II.: Als Literaturbericht zum Thema »politische Utopien« ist der Beitrag von Manuel Sarkisyanz nicht unbrauchbar, bleibt aber doch eine Bestimmung des Verhältnisses von Utopie und Weltanschauung schuldig. Die »Weltanschauungen der linken politischen Gruppierungen« von A.v. Weiß bleiben hingegen einer konservativen politischen Psychologie, Lersch's Charakterologie, verpflichtet, die wohl nur denjenigen überzeugt, der ihre stillschweigenden Voraussetzungen teilt. Brauchbarer ist jedoch Mohlers eigene Skizze zur »Weltanschauung der rechten politischen Gruppierungen« mit durchaus bedenkenswerten Einsichten zu typischen Formelementen des rechten Weltbildes, wobei er an seine Pionierarbeit zum Feld der sogenannten konservativen Revolution anknüpft. Die Gedanken des Historikers Heinz Gollwitzer zur »Weltanschauung als Massenproblem« fallen demgegenüber auf das Niveau eines Sammelsuriums rechter Idiosynkrasien herab. Zumal gegen Ende ist der Beitrag eher analysebedürftig als selbst Analyse: »Denken ist anstrengend, und die Masse geht stets den bequemen Weg« (196). Etwas mehr Mut und Anstrengung zu unbequemerem Einsichten hätte man sich doch erhofft. — III.: Der von Achelin gelieferte Sektenspiegel erscheint im Hinblick auf einschlägige Standardwerke und eine Unmenge Literatur zu neuen religiösen Erscheinungen schlicht überflüssig. Mehr Information bietet hingegen K.H. Fricks Abriss des »modernen Illuminismus«, die jedoch durch die peinliche Neigung des Verfassers, alles und jedes in eine dilettantische Systematik des inflationierten Illuminismus und in eine fragwürdige Kontinuität von »Gnosis« einzuordnen, nicht unerheblich geschmälert wird. Hier hätte man sich wahrlich das Gegengewicht des verstorbenen protestantischen Religionshistorikers Ernst Benz gewünscht, der ein Gespür auch für Epochenbrüche besaß. Mehr additiv als analytisch sind auch die Übersichten von E. Hieronimus zum Okkultismus und zur alternativen Lebensform gehalten. Allerdings wird auch hier ansonsten schwer zugängliches Material mitgeteilt. — IV.: Auch Mohlers Bibliographie bleibt unbefriedigend, nicht weil »einseitig« oder unvollständig (in der Tat fehlen wichtige Primär- und Sekundär-Werke wie etwa die von Carl Huter, Eugen Georg und Martin Gardner!), sondern weil — wie das ganze Unternehmen — zu vielseitig. Dennoch vermittelt sie einige dankenswerte Anregungen für zukünftige Studien auf einem Gebiet, das weit auf die Schattenseite des Sozialen und tief in die Grauzone des Wissens reicht.

Martin Blankenburg (Berlin/West)

Klages, Helmut, und Peter Kmiecik (Hrsg.): Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Campus Verlag, Frankfurt, New York 1979 (725 S., br., 85,- DM)

Der Sammelband versucht in 47 Einzelbeiträgen die erste deutschsprachige Bestandsaufnahme der (insbes. sozialwissenschaftlichen) Wert- und Wertwandelforschung. Autoren aus der DDR sind leider nicht vertreten, was den unzutreffenden Eindruck erwecken mag, im »sozialistischen Lager« gebe es keine offizielle Wertediskussion. Das Konzept und die Mehrheit der Einzelbeiträge gehen auf eine 1978 in Paderborn abgehaltene Tagung zurück. Der Band möchte alle im Rahmen der (westlichen Schul-)Soziologie und angrenzender Disziplinen inzwischen vorgebrachten Ansätze zu Wort kommen lassen. Sowohl jene, welche die gegenwärtige Krise als ein Auseinanderklaffen *fortbestehender* Werte (z.B. Wachstum) und ökologisch-ökonomischer Zukunftszwänge (Ende der Ressourcen in Sicht) interpretieren, als auch jene, die einen fortgeschrittenen und sich be-

schleunigenden Wertwandel diagnostizieren und diesen optimistisch als Fortschritt oder pessimistisch als Werte-Verfall analysieren.

Ich denke, daß der Sammelband im Großen die Aufgabe erfüllt, die die Herausgeber mit ihm verbunden haben, nämlich einen Zwischenbericht zu geben, der als Diskussions- und Informationsgrundlage dienen kann. Insgesamt erscheint mir aber mindestens ein Desiderat weitgehend unbefriedigt: wie kann man in einer Welt, die seit drei Jahrzehnten mit einem Fuß am Abgrund des atomaren Holocausts steht, bilanzziehend über Werte und Wertwandel reden, ohne den allgrundsätzlichsten und allerdringendsten Wertwandel in den Mittelpunkt zu stellen: den der absoluten Entwertung des Kampfes in seiner Extremform als Krieg und den des absoluten Verwiesenseins auf den Wert des Sich-Verständigens, des Verhandelns, des friedlichen Interessenausgleichs als einziges Konfliktlösungsmittel?

Was aber ist überhaupt ein »Wert«? Sind Werte »positiv wertende Stellungnahmen zu Sachverhalten, die als erstrebenswert erlebt werden« (D. Nord-Rüdiger, B. Kraak, 480), sind es »Zielvorstellungen, die im Handeln sichtbar werden können« (H.D. Klingemann, 455), sind es »dogmatisch-metaphysische Entitäten, an die man blindlings glauben muß« (A. Diemer, 595) oder, in ihrer Form als Grund- und Menschenrechte, »verpflichtende Normen« (E. Bülow, 444), »elementare Handlungsprogramme, die das Handeln des Einzelnen bestimmen« (E.R. Wiehn u.a., 373) oder »kognitive, d.h. in den Köpfen der Menschen gespeicherte Symbolstrukturen, für die gilt, daß das, was diese Symbolstrukturen bezeichnen bzw. abbilden, präferiert wird« (E. Gabele u.a., 243); ist ein Wert »a conception of the desirable which is implied by a set of preferential responses to symbolic desiderates« (T. Bargel, 147, Zitat zu W.R. Catton im Anschluß an F. Kluckhohn). Sind Werte Zwecke oder haben sie Zwecke (W. Vossenkuhl, 137)? Oder sind sie »den Ressourcen dualitätstheoretisch zugerechnete Alternativkosten hinsichtlich der Evolution und Existenz einer Kultur« (P. Weise, 126)? Definieren Werte Ziele und gestatten deren Erreichung durch geeignete Mittel (G. Steinmann u.a., 102)? Stellen Werte »Auffassungen von Wünschenswertem« dar (G. Fleischmann, 84) oder sind sie »Gegenstände/Zustände..., die von Personen ... aufgrund eines allgemeineren, gesellschaftlich vorgegebenen, von der Person nicht notwendig geteilten ... Soll-Maßstabs ... als wünschenswert ... angesehen werden« (K.O. Honderich, 73) oder »Modi zur Bevorzugung oder Zurücksetzung von Objekten oder von sozialen Zuständen ... deren Inhalt einen hohen Grad von Allgemeinheit (Generalisierung) aufweist... (mit) meist kognitiven, emotiven und volativen Aspekten« (R. Reichardt, 24)? Weitere Definitionen und Erläuterungen finden sich auf den Seiten 52, 416ff., 437ff., 464, 562, 599ff., 637 und 679. Insgesamt enthalten, wenn ich nichts übersehen habe, 22 der 47 Einzelbeiträge solche Definitionsversuche. Die übrigen versuchen es (Gott sei Dank?) erst gar nicht.

Es ist offensichtlich, daß die »wissenschaftliche« Beschäftigung mit diesem Thema auf einem terminologischen Chaos beruht. Man kann das, wenn man Optimist ist, als »Diskussionsstand« bezeichnen und auf zukünftige Klärung setzen. Man kann aber auch befürchten, daß sich das Chaos zur völligen Aporie hin erweitert, wenn man an diese »junge Wissenschaft« die altehrwürdige Frage nach dem normativen Sinn und Unsinn einer Wertethik stellt. *Sollte* menschliches Handeln sich an inhaltlich beschriebenen Werten (Familie, Wachstum, Leben, Glück etc.) orientieren, wie entscheidet man Konfliktfälle; wie begründet man inhaltliche Werte; wie ihre Hierarchisierung? Wie geht das, wenn nicht, banaler- und komplizierterweise, mit Hilfe der Vernunft? Ist die Vernunft letztlich aber nicht inhaltslos, bloß »formal«? — Fragen, die die Philosophie sich seit alters stellt. Zugleich Fragen, die auf die Wertforschung warten, wenn sie aus ihrem Definitionssumpf aufschaut, um Hilfe zu finden.

Außer auf die große Anzahl detaillierter methodologischer Darstellungen (vgl. T. Bargel, J.-U. Sandberger u.a.) möchte ich auf einige Aufsätze besonders verweisen. Da ist

einmal ein ausgezeichnete philosophische Essay von W. Oelmüller, »Zur historischen und systematischen Rechtfertigung von Menschenrechten«, in dem er die gegenwärtige Wertdiskussion in ihrem inneren systematischen Zusammenhang und in dessen historische Genese analysiert, was er, einleuchtend, als für konkretes Handeln keineswegs folgenlos beschreibt. Und da ist zum anderen der Aufsatz von R. Inglehart »Wertwandel in den westlichen Gesellschaften«, in dem der Autor die These empirisch begründet, daß die im Zuge der schon früher von ihm konstatierten »stillen Revolution« heraufgekommene »postmaterialistische« Wertprioritäten in den westlichen Gesellschaften, insbesondere in Westeuropa, eine zukünftige »unkonventionelle Reaktion« von größeren Teilen der Bevölkerung auf politische Geschehnisse nahelegen.

Als Negativbeispiel möchte ich den Aufsatz von E.R. Wiehn, J.M. Birner und K. Schumacher, »Grundwerte in Europa« (367-380) nennen. Im ersten Teil wird dort kurz und bündig behauptet, die europäischen Grundwerte seien Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. (In der Bundesrepublik werde dies eher gesinnungsethisch, in Frankreich eher juristisch verstanden.) Begründet wird diese Klippschuleinsicht durch Verweis auf politische Rhetorik und Deklamatorik nicht zuletzt in den Wahlkampfzusammenhängen. Keine Rede davon, daß es vielleicht einen Unterschied zwischen deklamatorischer Theorie und politisch-sozialer Praxis geben könnte, keine Rede auch davon, daß es außer den drei genannten Werten vielleicht auch andere (in Theorie und Praxis) geben könnte. Man denkt, man liest eine von der Europa-Abteilung des State Department zur Vorbereitung einer Präsidentenreise zusammengestoppelte »Einführung ins europäische Gedankengut«, Europe, three ideas a day. Im zweiten Teil des Aufsatzes schließt dann übergangslos in einem gewaltigen Definitionsabwasch eine »Klarstellung« von all dem an, was das Soziologenherz terminologisch zu wissen begehrt: ' von »Wert«, »Bedürfnis«, »Grundbedürfnis« und »Sinn« über »Handeln«, »Verhalten«, »Sprache« und »Leitbild« zu »Interpretationssystem«, »Wandel«, »Legitimation«, »Sanktion«, »Identität« und »Institution«; natürlich auch »Macht« und »Herrschaft« — dies in jeweils maximal zwei oder drei Sätzen. So wünscht man's sich. Leider sind die Erläuterungen nichts als eine Ansammlung von Gemeinplätzen (»Macht [ist] die Chance, den eigenen Willen durchzusetzen«, 377, u.ä.m.). Außerdem bleibt der Zusammenhang mit dem Thema und dem ersten Teil des Aufsatzes völlig unerfindlich.

Ich möchte eine eher stilistische Schlußbemerkung machen: trotz geduldiger und meist gutwilliger Lektüre manch eines soziologischen Textes bin ich immer noch nicht abgestumpft, resigniert und gefühllos genug geworden, um mit der armen deutschen Sprache nicht mal wieder stilles Mitleid zu haben, wenn ich lese, daß die »Determinationskraft einer organismischen Tendenz zur Homöostase« die Bedürfnisvariabilität reduziere (K.O. Honderich, 81) oder daß »second order comparisons anzustellen« seien, daß es um »Behaviorvariablen« und »Normen für Involvement« der Schweizer Bevölkerung gehe (R. Meyer). Es wäre, mit Verlaub, vielleicht gar nicht mal so übel, wenn das Involvement einiger Soziologen für ein variables linguistisches Behavior im Sinne einer Präferenz naturallingualer Orientierungen sich über die Determinationskraft gruppenspezifischer semantischer Zeichenbildungen hinwegsetzen könnte. Wie wär's, die Frage nach einem grundsätzlichen Wertwandel auch einmal an sich selbst, das heißt an das eigene Selbstverständnis und die daraus resultierenden sprachlichen Attitüden zu stellen? Man soll ja mit Sprache auch etwas mitteilen und nicht nur esoterische Identifizierungsrituale ausführen können.

Reinhard Hesse (Insel Reichenau)

McCarney, Joe: The Real World of Ideology. Harvester Press, Brighton 1980 (160 S., br., 12,50 £)

Im Zentrum der Studie steht der Nachweis, welche bisherigen Analysen den »Marx'schen Ideologiebegriff« falsch verstehen. Zu diesem Zweck untersucht McCarney in seinem er-

sten Kapitel Marxens Konzeption, wobei er festhält, daß die Verwendung des Begriffes »Ideologie«, wie auch des Adjektivs »ideologisch« bemerkenswert homogen durch die ganze Periode seines intellektuellen Schaffens verläuft, die der Autor mit den Schriften »Die heilige Familie« (1844) und »Zur Kritik des Gothaer Programms« (1875) markiert (4/5). Mittels der genauen Analyse mehrerer Textstellen gelangt McCarney zur Grundthese seiner Arbeit, die Ideologie stets im Zusammenhang mit dem Klassenkampf sieht: »It has been claimed that, for Marx, ideological forms of consciousness are distinguished by their tendentiousness in the class struggle and that this process of internally serving class interests has to be explained through the mediation of values.« (13) An den Junghegelianern und den englischen Politökonomen zeigt McCarney exemplarisch, wie Ideologie im Klassenkampf funktioniert und wie ihre Bedeutung von der wechselnden historischen Situation abhängt, wie Marx im Nachwort zur 2. Auflage des »Kapital« hervorhebt. Auch bei der Frage der »politischen Ideologie« (17f.) bestätigt sich McCarneys These, daß die verschiedenen Formen und deren Unterschiede keinen Einwand gegen seine Bestimmung der Ideologie abgeben, die in ihr »das Medium sieht, in welchem der Klassenkampf theoretisch geführt wird« (22). Mit diesen Ausführungen ist es nun möglich, die Fehler anderer Konzeptionen zu kritisieren, wie auch die Folgen dieser falschen Annahmen darzulegen. McCarney erweitert seine Textbasis marxistischer Klassiker um Lenins Schrift »Was tun?« und Lukács' »Geschichte und Klassenbewußtsein«. Auch bei Interpretationen dieser Schriften — Stedman Jones Lukács-Analyse steht hier als Beispiel — weist der Autor die Fehler nach, die sich ergeben, wenn Kategorien und ihre Bestimmungen, wie z. B. »ideological contamination« (48f.), innerhalb des Theoriezusammenhangs ignoriert werden. Dabei betont McCarney den Unterschied von Genesis und Geltung von Ideologien, vor allem bei der Frage des »richtigen Klassenbewußtseins«, denn dadurch läßt sich zeigen, wie dieses nicht durch seine Entstehung, sondern durch seinen jeweils konkreten Inhalt bestimmt wird. Eine solche Bestimmung macht auch deutlich, weshalb Althusser's Ausführungen über eine immer präsente Ideologie sich nicht mit der Marxschen Darstellung decken (60ff.). McCarney stellt fest, daß Althusser in »Für Marx« und »Kapital lesen« Ideologie als eine mangelhafte oder defekte Erkenntnis betrachtet und weist mittels exakter Textanalyse der »Deutschen Ideologie« nach, daß Ideologie keine erkenntnistheoretische Kategorie für Marx darstellt, daß es sich vielmehr um die konkrete Kritik einer besonderen Ideologie handelt, nämlich der »neuesten deutschen Philosophie«, wie es im Untertitel heißt. Am Rande stellt McCarney dabei fest, wie sehr die englische Übersetzung die obigen falschen Implikationen begünstigt (86ff.). Ihren Höhepunkt findet die erkenntnistheoretische Argumentation in der Rede vom »falschen Bewußtsein«. Aber außer dem Engels-Brief an Mehring (MEW 39, 87) läßt sich McCarney zufolge keine Stelle finden, die ähnliches aussagt. Vielmehr weist Engels selbst in einem späteren Brief auf die wichtige Differenz von publizierten Werken und Privatbriefen hin, so daß aus dem obigen Zitat schwerlich eine marxistische Bestimmung von Ideologie abzuleiten ist. Die weiteren Ausführungen widmen sich vorwiegend den Implikationen aus der Bestimmung, »The real world of ideology is class society and class conflict, and it disappears from the historical stage with the close of the epoch which is characterized by these conditions.« (97) Die Diskussion kreist dabei vor allem um die Pole Wissenschaft, Proletariat und Ideologie, sowie Interessen des Proletariats und dessen Bewußtsein. Im Schlußkapitel wird dann der Versuch unternommen, die aufgezeigten Fehleinschätzungen historisch zu erklären, wobei als Grundschema Pery Andersons »Betrachtungen zum westlichen Marxismus« dient. Obgleich dieses Modell vor allem hinsichtlich Lukács und Gramsci modifiziert wird, reicht dieses grobsamische Geschichtsraster nicht aus, die konkreten Gedankenprodukte der verschiedenen Theoretiker zu erklären.

Dieter Wöhrle (Kreuzlingen)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Reboul, Olivier: Langage et idéologie. Presses Universitaires de France, Paris 1980 (228 S., br., ca. 65,- FF)

Reboul ist Philosophieprofessor in Straßburg. Ziel des Buches ist, mithilfe der Linguistik die Wirkungen der »Ideologie« in sprachlichen Äußerungen zu beschreiben. Der Ideologiebegriff, der im Einleitungskapitel präzisiert wird, ist sehr eng gefaßt und ganz auf diesen Untersuchungsgegenstand zugeschnitten: In Abgrenzung von der »cäsaristischen« Bedeutung (die auf Napoleon zurückgeht: »Ideologie« als Abweichung vom »realistischen« Handeln der Staatsführung), der marxistischen (die mit dem Ideologiebegriff der »Deutschen Ideologie« gleichgesetzt wird) und der (wissens-)soziologischen Bedeutung von »Ideologie« knüpft Reboul — ohne ausdrücklichen Bezug — an Durkheims Theorie des »Kollektivbewußtseins« an, das durch die Autorität des »Heiligen« (*sacré*) wirkt: oberste Werte, »über die der Mensch nicht verfügen kann« (30), und die, gleichzeitig gefürchtet und begehrt, Identität und Gruppenzugehörigkeit vermitteln. Den Begriff der »Ideologie« will er für die Fälle reservieren, in denen das Sakrale versprachlicht auftritt, und zwar, im Gegensatz etwa zur Religion oder zum Mythos, in Form einer »rationalen« Argumentation. Es wirkt in Form von Voraussetzungen (»Präsuppositionen«), die im Diskurs nicht als akzeptierbare/widerlegbare Aussagen auftreten, sondern als Bedingungen für eine rationale Verständigung. Beispiel von Reboul: Die Frage »Meinen Sie nicht, daß für die Verteidigung der Freien Welt eine starke Atomstreitmacht notwendig ist?« läßt sich zwar mit Gründen bestreiten, ohne daß dabei aber die Präsupposition der 'Bedrohung der Freien Welt' zur Debatte steht. Diese markiert die Grenzen für eine rationale Verständigung und gibt dem ideologischen Diskurs eine »Macht«, die nicht auf Überzeugung, sondern auf sprachlichen »Zwängen« beruht, die sich weder auf das Sprachsystem noch auf die soziale Sprechsituation zurückführen lassen. Reboul sieht darin eine allgemeine Notwendigkeit für die soziale Integration. »Die Ideologie ist ... die mehr oder weniger rationale Rechtfertigung einer Macht, die immer ein sakrales Element behält, um es zu verschleiern. Sie ist profan, weil sie einen Raum der Rationalität definiert, der es den Menschen ermöglicht, zu koexistieren, zu kritisieren, zu fragen, ohne sich zu vernichten. Sie bleibt sakral, weil sie gewaltsam gegen alle vorgeht, die diesen Raum überschreiten, die andere Formeln verwenden und andere Fragen stellen als die von ihr autorisierten. Aber sie legitimiert diese Gewalt selbst unter dem Schein der Vernunft.« (35)

»Ideologie« ist hier der Gegenbegriff zum Vernunftideal einer herrschaftsfreien Verständigung, in dem auch die Präsuppositionen jederzeit widerlegbar sind (Reboul beruft sich dabei auf Poppers Kritischen Rationalismus, 70ff.); seine Position entspricht der einer kommunikativen Ethik, wie sie in der BRD etwa von Apel und Habermas ausgearbeitet wird. Reboul interessiert sich aber nicht für Regeln verständigungsorientierten Handelns, die jenseits der sozialen Machtverhältnisse in einer Kommunikationssituation (»kontrafaktisch«) gelten, sondern will die faktischen Machtverhältnisse in der Kommunikation sprachanalytisch fassen. Dazu beruft er sich auf den linguistischen Funktionalismus, der die Sprache als ein Instrument für verschiedene Kommunikationsbedürfnisse betrachtet. Gestützt auf die Theorie von Jakobson gliedert er die »Macht« des ideologischen Diskurses nach den Funktionen der Sprache auf: als Bezug auf Gegenstände (referentielle Funktion, Kap. 1), den Sprecher (expressive F., Kap. 2), den Empfänger (konative F., Kap. 3), die Botschaft (poetische F., Kap. 4), das Kommunikationsmedium (phatische F., Kap. 5) und den Code (metasprachliche F., Kap. 6). Die Eigentümlichkeit des ideologischen Diskurses bestehe nun darin, daß er nicht sagt, was er tut, weil die »wirklichen Funktionen« latent sind und sich durch »scheinbare« Funktionen maskieren. So ist im o.g. Beispiel die ideologische Funktion referentiell: Bezug auf den Gegen-

stand »Freie Welt« durch die Präsupposition; sie verbirgt sich aber durch die konative Funktion, die sich an den »Empfänger« der Botschaft richtet (»Meinen Sie nicht...«). Reboul nennt dieses Verfahren (*procédés*) »falsches Performativ« (70). Umgekehrt läßt sich die »Macht« von Werbesprüchen als Maskierung der konativen Funktion (»Kauft XY!«) durch die referentielle Funktion (»XY wäscht weißer«) beschreiben (112). Ein Verfahren namens »Naturalisierung« ergibt sich, wenn die manifeste Funktion referentiell ist und die »wirkliche« Funktion expressiv, d.h. auf den Äußerungsakt des Sprechers gerichtet. Rebouls Beispiel ist hier der kommunistische Diskurs gegenüber den Christen im Jahre 1936: Die 'Politik der ausgestreckten Hand' (»Wir reichen Dir die Hand, Katholik...«) wird so formuliert, daß alle Hinweise auf die Äußerungssituation (Änderung der bisherigen Politik) ausgelöscht sind und nur der Bezug auf die 'Tatsache' der ausgestreckten Hand übrigbleibt — was den Effekt einer Naturalisierung der kommunistischen Politik hat: das Neue präsentiert sich als etwas Selbstverständliches (88).

Der Aufbau des Buches ergibt sich aus der Kombinatorik der verschiedenen Sprachfunktionen. Insgesamt deduziert Reboul aus der Jakobsonschen Theorie 6×5 »Verfahren«, in denen eine Funktion der Sprache eine andere, ideologische verbirgt. Dafür sucht er Beispiele, vor allem aus der Politik der französischen Rechten und Linken sowie dem deutschen Faschismus.

Reboul interpretiert die ideologischen Verfahren (*procédés*) der Sprache als unbewußte »Prozesse«, bei denen die Verwendung des Sprachcodes (langue) durch ideologische »Sub-Codes« gesteuert wird (41). Er wendet sich sowohl gegen die linguistische Ideologie, das sprechende Subjekt verfüge »frei« über den Sprachcode, wie gegen die (vor allem in der französischen Semiologie vertretene) Auffassung, die Sprache selbst sei ideologisch. Ideologisch sei vielmehr *der Sprachgebrauch*, der nicht durch das »Denken« des sprechenden Individuums, sondern durch den »kollektiven« Zwang von gruppenspezifischen Codes beherrscht wird: »die Rache des 'man' am 'ich', des 'es spricht' am 'ich denke'« (22f.). Diesem Verfallensein ans »man« der unbewußt wirksamen ideologischen Codes will Reboul entgegenwirken und einen »rationalen« und »bewußten« Sprachgebrauch fördern. — Ein paar kritische Anmerkungen dazu: Rebouls Ideologiebegriff bekommt eine analytische Unschärfe dadurch, daß er ein allgemeines Merkmal des Sprechens zusammenfallen läßt mit gesellschaftsspezifischen Eigentümlichkeiten des Sprachgebrauchs: einmal die Verankerung des Sprechens in vorausgesetzten »kollektiven Codes« und die Tatsache, daß ein völlig transparenter Sprachgebrauch, bei der das sprechende Subjekt 'Herr im eigenen Haus' ist, wohl nicht erreichbar ist (was aber nicht ausschließt, daß dieses 'lebensweltliche Hintergrundwissen', wie die Habermasianer es nennen würden, bei Bedarf thematisiert werden kann); dann die Integration von Individuen in antagonistischen Sozialverhältnissen, die damit erklärt wird, daß die »Präsuppositionen« dem Verfügungsbereich des kommunikativen Handelns entrückt sind — diese also nicht zur Sprache gebracht werden *dürfen*, wenn die soziale Integration nicht zerbrechen soll. Reboul nennt beides »Ideologie«, weil er die »Macht« ideologischer Diskurse nicht auf gesellschaftliche Verhältnisse bezieht, sondern anthropologisch begründet: so erfährt man, daß die faschistische Ideologie allgemein-menschliche Bedürfnisse wie die Suche nach einem Schuldigen ausbeutet (63), oder schlicht Ausdruck der »primitivsten Mentalität« sei (107). Der spontanen Philosophie des »Menschen« (die Reboul am Schluß mit einem Bekenntnis zum Liberalismus verknüpft; 221) kommt das linguistische Paradigma der »Kommunikation« entgegen, das von einem Informationsaustausch von Individuen mit konstanten Kommunikationsbedürfnissen ausgeht. Um diese Verknüpfung der linguistischen Analysen mit einer spekulativen Anthropologie aufzulösen, müßte man untersuchen, wie sich antagonistische Sozialverhältnisse auf die Produktion von Sinn, die Artikulation von Bedürfnissen und die Konstitution von 'Subjekten' in der Sprache auswirken — eine solche Fragestellung ließe sich z.B. aus den von

Reboul nicht behandelten Diskurstheorien im Umkreis von Lacan, Pêcheux oder Foucault entwickeln. — Trotz dieser Einwände: Reboul kann mit seiner linguistischen Funktionsanalyse bestimmte Wirkungen von Ideologien beschreiben, ohne einen ideologiekritischen Reduktionismus, der darin nur die Absichten ihrer 'Urheber' ausgedrückt sieht, oder sie als 'Aussagen' mit 'Sachverhalten' konfrontiert, um sie dadurch zu entlarven. Das Buch liefert einen handbuchartigen, verständlich geschriebenen Überblick über verschiedene linguistische Ansätze und eine Vorführung ihrer ideologietheoretischen Anwendungsmöglichkeiten.

Thomas Laugstien (Berlin/West)

Perelman, Chaim: Das Reich der Rhetorik. Rhetorik und Argumentation. Mit einem Vorwort von Ottmar Ballweg. Aus dem Franz. übertr. von Ernst Wittig. Verlag C.H. Beck, München 1980 (240 S., br., 17,80 DM)

Das Buch des Begründers der *Nouvelle Rhétorique* ist eine gedrängte Zusammenfassung des »Traité de l'argumentation«, den Perelman 1957 zusammen mit L. Olbrechts-Tyteca veröffentlicht hat. Die in diesem Buch etwas unsystematisch zusammengetragenen 'rhetorisch-philosophischen' Überlegungen stehen ganz in der Tradition der klassischen, d.h. griechisch-lateinischen Rhetorik. Deshalb werden in dieser 'neuen' rhetorischen Abhandlung auch klassische rhetorische Probleme diskutiert: allgemeine Bestimmung des Gegenstandsbereichs, der Funktionen und Strukturen der Argumentation (Praxis- und Publikumsorientiertheit; nur wahrscheinliche und plausible Prämissen; Abgrenzung gegen logische und mathematische Deduktion usw. [Kap. 2 und 3]); Probleme der *Inventio* ('Findungslehre' oder: 'Mit welcher Art von Argumentation überzeuge ich ein bestimmtes Publikum?'); hier unterscheidet Perelman zwischen 'quasi-logischen' (Kap. 7) und sich auf die 'objektive Wirklichkeit' stützenden Argumenten (Kap. 8 und 9); Fragen der *Dispositio* ('wie umfangreich und wie explizit sollen Argumente sein und wie sollen/werden sie angeordnet?') [Kap. 4, 12 und 13]; und schließlich Überlegungen zur *Elocutio* ('sprachliche Ausformulierung' [Kap. 5 und 10]).

Die Breite der angeschnittenen Themen macht deutlich, daß Perelman die Rhetorik nicht als 'Figuren- oder Schmucktheorie', sondern als *Argumentationstheorie* begreift. Diese reduzierte Auffassung der Rhetorik als 'Figurenlehre', als 'Aufsatzkunde' oder als 'Überredungstechnik' bildete sich bekanntlich im 18. Jahrhundert — bedingt durch die Entwicklung der Naturwissenschaften und des Kapitalismus — heraus. Perelman hat ohne Zweifel durch seine Arbeiten der letzten 30 Jahre wesentlich zur Rekonstitution des *corps plein* (R. Barthes) der klassischen griechisch-lateinischen Rhetorik, d.h. zur Erneuerung der Rhetorik als *Argumentationstheorie* beigetragen. Was aber ist das 'Neue' der *Nouvelle Rhétorique*? Einmal, daß Perelman den Gegenstandsbereich der Rhetorik nicht auf die 'öffentliche' Rede vor Gericht ('genus iudiciale'), in Rats-, Parlaments- oder Volksversammlungen ('genus deliberativum') oder bei Festveranstaltungen ('genus demonstrativum') beschränkt, sondern menschliche Rede und Argumentation in ihrer ganzen Breite (also auch wissenschaftliche Diskurse) untersucht; *zum anderen*, daß er gezeigt hat, daß das dialogisch-topische und problemorientierte Denken nicht nur typisch für die Geistes- und Sozialwissenschaften (und die von ihnen untersuchten Gegenstandsbereiche) ist, sondern auch die Grundlagendiskussion jeder Wissenschaft — auch der Philosophie — bestimmt (dies immer in kritischer Auseinandersetzung mit dem lange dominierenden 'deduktiv-analytischen', kurz 'szientistischen' Denken).

Perelman ist also wissenschaftstheoretisch zum Lager der 'Hermeneutiker' zu zählen; aber er teilt durchaus den szientistischen Methoden-Pluralismus und Wert-Relativismus: so schleicht sich der Wert-Relativismus des auf wissenschaftstheoretischer Ebene kritisierten Szientismus hinterrücks bei Perelman wieder ein; Perelman sagt nur, *daß* es Werthierarchien, Präferenzen usw. (34ff.) gibt, *daß* man zwischen abstrakten und konkreten Werten unterscheiden muß (36ff.) oder auch, *daß* das ganze philosophische Den-

ken (Marx eingeschlossen) sich als ein Durchdenken von dichotomischen Begriffspaaren begreifen läßt (133ff.), nicht aber *welche* Werte und Werthierarchien anderen vorzuziehen sind, *welche* abstrakten Werte in einer bestimmten Gesellschaftsformation formal zugestanden, konkret aber nicht realisiert werden und noch weniger, *warum* dies so ist. Kann man etwa die Philosophie Platons und ihre historische Funktion verstehen, wenn man von Perelman bloß erfährt, daß Platon von den Dichotomien Idee/Materie, Vernunft/Wahrnehmung, Geist/Körper usw. immer nur den erstgenannten Begriff positiv bewertete? (Ein vielleicht nicht unwesentlicher Hinweis: Perelman behauptet, S. 134, daß er dieses Denken in Begriffspaaren auch für Marx nachgewiesen habe; er verweist dabei auf S. 563 seines »Traité de l'argumentation«; dort aber behandelt er auf einer [!] Seite einen kurzen Abschnitt von H. Lefèbvre [!]). Entsprechendes gilt auch für Perelmans — fast schon wieder formalen — Wahrheitsbegriff: Gilt denn die Verallgemeinerung, »daß die Übereinstimmung im Dialog Zeichen einer objektiven Wahrheit und damit Übereinstimmung mit der universalen Öffentlichkeit ist« (40)? Perelman will diese These in seinem Buch beweisen — freilich: an keiner Stelle seiner Abhandlung geht er auf diese Frage systematisch ein.

Wie ist dieser Wert-Relativismus zu erklären? *Ein* Grund ist sicher in der Geschichte der Rhetorik selbst zu suchen: Rhetorik war die Wissenschaft von der Rede und Argumentation des aufgeklärten Bürgers, der sich 'einsichtig', 'verständlich' und 'moralisch' der 'Kraft des besseren Arguments' beugt. Dies erklärt auch die Tatsache, daß die klassische wie auch die neue Rhetorik Perelmans Argumentationen nur allgemein analysieren konnte und deshalb auch davon abstrahieren mußte, daß Argumentationen immer auch interessegeleitet, d.h. letztlich Ausdruck gesellschaftlicher Widersprüche und Antagonismen sind. So ist auch das »Reich der Rhetorik« vor allem eine Abhandlung, welche die für alle Argumentationen typischen Verfahren und Techniken herauszuarbeiten versucht — die historisch und auch systematisch relevante Frage, welche argumentativen Verfahren von wem in welcher Situation und Gesellschaftsformation verwendet wurden und werden, bleibt ausgeklammert. Diese konkrete Argumentationsanalyse wäre von einer systematischen und *zugleich* historischen Rhetorik zu leisten. Eine so konzipierte Argumentationstheorie müßte zudem — in kritischer Auseinandersetzung mit Rhetorik-Konzeptionen wie die von Perelman — berücksichtigen, daß Argumentationen und Konsensbildungen in komplexen und ausdifferenzierten Gesellschaften immer schon an die 'Logik' und 'Rationalität' von gesellschaftlichen Teilsystemen und -institutionen gebunden sind; und sie hätte schließlich zu zeigen, daß Sinn und ideologische Funktion von *Einzelargumentationen* nur dann rekonstruiert werden können, wenn man sie als Teil eines ideologischen *Systems* interpretiert, einer 'Diskurs- und Argumentationsformation' also, in der die Welt mit ihren 'Proponenten' und 'Opponenten', Gruppen- und Klasseninteressen relativ stabil und hierarchisch geordnet und geregelt ist.

Ekkehard Eggs (Hannover)

Dyck, Joachim, gemeinsam mit Ludwig Fischer, Walter Jens, Klaus Pawlowski, Gert Ueding (Hrsg.): Rhetorik. Ein internationales Jahrbuch. Frommann-Holzboog, Stuttgart/Bad Cannstatt. Bd. 1, 1980 (167 S., br., 48,- DM); Bd. 2, 1981 (190 S., br., 48,- DM) Das neue Jahrbuch soll — so die Herausgeber im »Vorwort« zum 1. Bd. — »Aufklärung über die historische und immer noch andauernde soziale Bedeutung der Rhetorik« befördern, »Aktualität, Lebendigkeit und Weite des 'rhetorischen Imperiums', wie Barthes sagt, vermitteln«. Es soll Orientierungshilfe und Diskussionsforum für die rhetorische Forschung sein und insbesondere rhetorische Theorie mit der Analyse rhetorischen Sprachverhaltens im Alltagsleben und der redepädagogischen Praxis verbinden. Die Herausgeber legen sich also nicht auf ein bestimmtes Verständnis von Rhetorik fest; betont wird nur, in Abgrenzung von »ahistorisch-strukturalistischen und formalistisch-

wertneutralen Wissenschaftskonzeptionen« der historische Aspekt, »der die Reflexion über die Historizität des eigenen Standpunktes und damit Kritik möglich macht.« — Jedes Heft enthält einen Aufsatzteil, ein Diskussionsforum, Rezensionen und Ankündigungen.

Von den vierzehn in den ersten beiden Bänden veröffentlichten Aufsätzen sind neun Themen aus der Geschichte der Rhetorik gewidmet (die Zahlen in den Klammern geben den Band an): Sophokles (E. Schmalzriedt, 1), Quintilian (J. Kopperschmidt, 2), Literatur der Renaissance (B. Vickers, 2), 17. und 18. Jahrhundert in Deutschland (H.J. Gabler, 1; G. Ueding, 1; P. Kapitzka, 2) bzw. Rußland (R. Lachmann, 2), Freud (S. Jaffe, 1) und die Rednerschule der NSDAP (R.L. Bytwerk, 2). Die Dominanz historischer Gegenstände steht oberflächlich in einem gewissen Widerspruch zu der Absicht, sich in dem Jahrbuch vornehmlich auf Bedeutung und Funktion der Rhetorik in der modernen Gesellschaft einzulassen (s. Vorwort zum 1. Bd.); doch ist das Frageinteresse auch in den historischen Beiträgen z.T. deutlich gegenwartsbezogen und weniger philologisch-historisch. Theoretisch grundlegenden Anspruch hat der Aufsatz »Zur Theorie rhetorischer Sprechhandlungen« von H. Geißner (1). Von den »sektoralen Rhetoriken« ist bislang »Rhetorik im Recht. Ortsbestimmung und Überblick« (H. Rodingen, 2) berücksichtigt. Den Bezug zur praktischen Rede- und Gesprächserziehung in Schule und Erwachsenenbildung stellen K. Pawlowski (1), P. Jehn (2) und die Beiträge des Diskussionsforums her. B. Stolt (1) berichtet über »Rhetorik in Skandinavien. Forschung und Lehre.« — Im »Diskussionsforum« erwies sich der Beitrag des Herausgebers J. Dyck über »Argumentation in der Schule« als ein guter Griff, denn er forderte im 2. Bd. sogleich fünffachen Widerspruch heraus (J. Dittmann, E.W.B. Hess-Lüttich/M.H. Wörner, K.H. Göttert, J. Kopperschmidt, J. Schwitalla). Man darf gespannt darauf sein, wohin die Diskussion nach Rede und Gegerede führen wird, d.h. wie die Diskutierenden sich selbst hinsichtlich der Frage verhalten, mit der sie sich inhaltlich auseinandersetzen, der Frage nach einer konsensus- oder einer konflikttheoretischen Begründung der Argumentationstheorie. — Das Jahrbuch, so kann man rückblickend sagen, hat einen guten Start gehabt. Schon nach zwei Bänden ist durchaus erkennbar, daß es die Funktionen erfüllen kann, die ihm im Vorwort zum 1. Band zugesprochen wurden. Besonders begrüßenswert und hilfreich erscheint mir — neben der Bearbeitung von Einzelproblemen rhetorischer Theorie und Praxis — die Aufnahme von Überblicksartikeln wie die von Stolt (Rhetorik in Skandinavien), Rodingen (Rhetorik im Recht) und Dyck (Argumentation in der Schule), einschließlich der »Bibliographie zur Argumentationsforschung 1966-1978«. Noch nicht recht zur Geltung gekommen ist das Zwischenglied zwischen Geschichte und Theorie der Rhetorik einerseits, redpädagogischer Praxis andererseits, nämlich die Analyse »rhetorischen Sprachverhaltens im Alltagsleben« in den verschiedenen Gesellschafts- und Kommunikationsbereichen. Vielleicht können hier doch die mißtrauisch betrachteten Linguisten einspringen.

Der Anspruch, ein »Internationales Jahrbuch« zu sein, kann sich darauf berufen, daß sowohl die behandelten Gegenstände als auch die Autoren nicht auf Deutschland bzw. die Bundesrepublik beschränkt sind, doch bewegen sich die ersten Hefte deutlich im Horizont der spezifisch bundesrepublikanischen Diskussion der letzten zehn Jahre. Eine Erweiterung wäre sowohl nach Frankreich als auch nach den USA hin sinnvoll, wobei im letzten Fall weniger an die Literaturwissenschaft zu denken ist als an die rhetorischen Traditionen im Umkreis von »Speech and Communication«. — Eine wichtige Aufgabe erscheint mir schließlich auch, sich nicht nur, wie bisher, gegen das sozialtechnologische Rhetorikverständnis abzugrenzen, sondern über die vielfältigen Funktionen und Praktiken rhetorischer Schulungskurse in Parteien, Verbänden und Erwachsenenbildung umfassend zu informieren und sich mit ihnen auseinanderzusetzen.

W. Dieckmann (Berlin/West)

Breuer, Dieter, und Helmut Schanze (Hrsg.): Topik. Beiträge zur interdisziplinären Diskussion. Wilhelm Fink Verlag, München 1981 (343 S., br., 38,- DM)

Die Topik ist zu einer Modeerscheinung geworden, zumal auf deutschem Boden. Einen Ausdruck findet sie zunächst in der Befürwortung der »Differenz« gegenüber der »Deduktion« durch die französische Philosophie. Aber auch in den Einzelwissenschaften strebt man oft nicht mehr sowohl erschöpfende Deduktionen als Gebietskarten für die wachsende Vielfalt der Kenntnisse und Komplexität der Verfahren an. Diese Tendenz mag übrigens auch eine Wirkung der fortwährenden Krise des Kapitalismus sein, die die rationalistisch-aufklärerische Tradition grundsätzlich bedroht; die Ausblendung des Gesamtzusammenhangs oder die gespannte Aufmerksamkeit auf den fundierenden Abgrund — die in Heideggers 'revival' oder in der Hermeneutik als Grundlegung fungiert — bekommt davon einige Nuancen.

Bahnbrechend auf dem Gebiet der Topik ist die Literaturwissenschaft durch E.R. Curtius, »Europäische Literatur und lateinisches Mittelalter« (1948), gewesen, dem ein für die Rechtswissenschaft wichtiges Werk folgte: Th. Viehweg, »Topik und Jurisprudenz« (1954). Nach Curtius bedeutet »Topik« die Aufstellung der Gemeinplätze, die quasi überzeitlich, fast »existentiell«, betrachtet werden. Dies ist nicht die aristotelische Bedeutung von »Topik«, die eher auf die Orte, aus denen Argumentationen geschöpft werden, hinweist und eine zeitgebundener Deutung der Topik nahelegt. Eine Art Kompromiß zwischen beiden Auffassungen versuchte das immer noch maßgebende L. Bornscheuer, »Topik. Zur Struktur der gesellschaftlichen Einbildungskraft« (1976). Die linke Fortsetzung des hermeneutischen Ansatzes auf der direkten Basis von Habermas stellte O. Negt, »Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie und Praxis der Arbeiterbildung« (21971) dar. Hinzuzufügen sind Apels Arbeiten sowie die Sammelbände »Toposforschung« von P. Jahn (1972) und M.L. Bäumer (1973).

Vom vorliegenden Band sollte man keine durchgehende oder erneuernde Behandlung des Gebiets erwarten. Was er leistet, ist eine Übersicht über den neueren Stand der Diskussion, vor allem in der Bundesrepublik, auf der Grundlage einer 1978 in Aachen abgehaltenen Tagung. Dabei ist die Vielfalt der Positionen ebenso wie der Thematik sehr groß. In fünf Abteilungen wird die Topik in der Antike, der Rechtswissenschaft, der Philosophie, den Sozialwissenschaften und der Literatur- und Sprachwissenschaft behandelt (insgesamt 21 Beiträge). Die bekanntesten Verfasser sind Viehweg, Pöggeler, Kopperschmidt, Breuer und Plett. Kulturpolitisch ist der Band insgesamt konservativ, wengleich der ideologiekritische Ansatz ausdrücklich bei R. Behrens, H.G. Schumann, S. Berthold, C. Wiedemann und vor allem M. Moser — also vorwiegend sozialwissenschaftlich orientierten Forschern — sehr wohl vorhanden ist. Auf jeden Fall ist der Aufwand in dieser Richtung verhältnismäßig gering und, obwohl gut dokumentiert, mit eher bescheidener theoretischer Ausrüstung betrieben. Sartre und H. Lefévre sind etwa die theoretischen Hauptpräferenzen des wertvollen Aufsatzes von M. Moser, der Negts Hypostasierung *des* proletarischen Subjekts treffend kritisiert. Was die Philosophen von Beruf betrifft, scheinen sie sich von der Topik eher neue Impulse in einem nicht axiomatischen Diskurs zu versprechen als eine kritische Beschäftigung mit dem Material, aus dem die philosophischen Träume gemacht sind. Die strenge Abgrenzung eines großen Teils des akademischen Milieus in der BRD gegen den Marxismus hält die theoretische Produktivität neuer Ansätze auf diesem Gebiet ziemlich niedrig im Vergleich mit der fachlichen Qualifikation, die z.B. in diesem Band ausgewiesen wird.

José María Ripalda (Madrid)

Michels, Dietmar-Ingo: Parteilichkeit und Realismus. Untersuchungen zu neueren Konzepten bürgerlicher und proletarischer Kultur. Verlag Peter D. Lang, Frankfurt/M. 1981 (226 S., br., 63,- DM)

Zunächst sei bemerkt, daß sowohl der Titel, als auch das einführende erste Kapitel dieser Arbeit den Leser irreführen. Weder ist in ihr von »Konzepten bürgerlicher Kultur« die Rede, noch wird der im ersten Kapitel als zentrales Anliegen erhobene Anspruch, Kunst- und Kulturkritik sei nur »möglich« in enger Verknüpfung mit der Kritik der politischen Ökonomie (7), eingelöst. In seinen »Abschließenden Bemerkungen« registriert der Autor schließlich, daß »dies ... die Arbeit nicht leisten (konnte)« (217). Was also leistet sie?

Michels referiert einige Arbeiten und Positionen zur marxistischen Literaturtheorie und zur Geschichte der proletarisch-revolutionären Literatur der späten 20er Jahre — sowohl aus der BRD als auch aus der DDR. Er setzt sich — um nur die bekannteren Namen zu nennen — u. a. auseinander mit Helga Gallas, Frank Benseler, Alfred Klein, Alexander Abusch, Hans-Christoph Buch, Fritz J. Raddatz und Hanno Möbius. Also ein Kompendium? — »Gallas bis Raddatz auf 200 Seiten«? Sollte es sich hier um eine Art von »referierender Anthologie« handeln, könnte die Kritik kurz gehalten werden: es wäre eine schlechte »Anthologie«. Denn weder werden die Auswahlkriterien explizit begründet, noch ergeben sie sich aus dem Modus der Zusammenstellung. Wieso wird einem Hans-Joachim Lenger oder einem Martin Hüttel viel Aufmerksamkeit und Raum gewidmet und gleichzeitig kein Wort verloren über z. B. Erasmus Schöfer, Lutz Winckler oder Thomas Metscher? Der Autor äußert in seinem Nachwort seine Schwierigkeiten mit den Auswahlkriterien: »Sollte das Untersuchungsergebnis dem Zufall preisgegeben werden?« (215) Nun, auf den ersten Blick scheint ihm genau das widerfahren zu sein.

Die Nicht-Zufälligkeit, die »innere Systematik« des Buches erschließt sich erst aus der Einsicht, daß es sich hier eben *nicht* um »Untersuchungen zu neueren Konzepten proletarischer Kultur« handelt. Die im Titel angekündigte distanzierte Souveränität dem Untersuchungsobjekt gegenüber läßt die Arbeit völlig vermissen. Das wesentlich Gemeinsame aller behandelten aktuellen Positionen sieht der Autor in der »falschen Einschätzung der Dinge« (215), in einer »Entstellung«, die »sich fast in der gesamten (behandelten, G.F.) Literatur« findet (216). Worin besteht diese »Entstellung«? In ihrer Nicht-Übereinstimmung mit den von Georg Lukács in den 20er und 30er Jahren ausgearbeiteten literaturtheoretischen und -kritischen Positionen (vgl. 216).

Michels entsammt dem Umkreis des ehemaligen bundesrepublikanischen »akademischen Maoismus«. »Noch zu Beginn der Vorarbeiten schien das Konzept klar: ausgehend von den Ergebnissen des Westberliner Autorenkollektivs zur Erarbeitung einer materialistischen Literaturwissenschaft existierte die Vorstellung, die historische Erfahrung etwa des BPRS bruchlos zu verlängern in die Gegenwart.« (215) Im Grunde ist seine Arbeit zu lesen als enttäuschter Kommentar zum Niedergang der maoistischen Initiativen — und hier eben besonders zum Scheitern der voluntaristischen Versuche, die proletarisch-revolutionäre Literatur imitativ zu reproduzieren. Vor allem aus diesem persönlichen Engagement ergibt sich die Auswahl der von ihm behandelten Autoren. Michels registriert dieses Scheitern — ohne allerdings die Konsequenzen seiner (ehemaligen) Genossen zu ziehen, die z. B. wie der von ihm kritisierte Kreimeier oder die Redaktion der Zeitschrift »Spuren« beginnen, nach einstiger marxistisch-leninistischer »Orthodoxie« die »neue Subjektivität« zu entdecken oder im Objekt der Ökologiebewegung die neuen »Hauptwidersprüche« zu finden.

Er zieht sich zurück auf — Georg Lukács. Im Klappentext bezeichnet er Lukács geradezu als das »Zentralmassiv, an dem Dogmatismus und Sektierertum in der Literaturfrage zerschellen.« All das, was historisch gescheitert ist — die proletarisch-revolutionäre Literatur selbst und die linksradikalen Versuche ihrer Neubelebung — ist für ihn bei Lukács bewahrt, man muß es nur verstehen. — Um noch einmal von vorne zu begin-

nen? Michels sagt das nicht so, es ist aber der unausgesprochene Appell seiner Arbeit. Er fällt damit zurück hinter die vorhandenen Ansätze, Lukács historisch zu verstehen (z.B. die Arbeiten von Jörg Kammler oder Ingeborg Münz-Koenen). Die Auseinandersetzung mit den von ihm vorgestellten und kritisierten Positionen dient ihm, indem er sie ständig auf das »Paradigma Lukács« bezieht, dazu, sich den Bedingungen einer progressiven Literatur hier und heute nicht stellen zu müssen. Gerhard Friedrich (Turin)

Anna Seghers — Mainzer Weltliteratur. Beiträge aus Anlaß des 80. Geburtstages. Textredaktion Günter Eifler und Anton Maria Keim. Hanns Krach Verlag, Mainz 1981 (152 S., br., 18,- DM)

Der Band vereinigt Arbeiten anlässlich einer gemeinsamen Veranstaltung von Stadt und Universität Mainz zu Anna Seghers' 80. Geburtstag. Im Hinblick auf die mangelhafte Rezeption ihrer Romane in der BRD (vgl. den Aufsatz von Eckhardt) ist der produktive Rahmen einer solchen Ehrung zu begrüßen, auch wenn der Titel mehr Eigenwerbung der Stadt Mainz ist, als daß er den Intentionen der Beiträger und dem Seghersschen Oeuvre gerecht wird. Bis auf gelegentliche, allerdings hinlänglich bekannte Bemerkungen zum sprachlichen oder thematischen Einfluß von Anna Seghers' Heimatstadt auf ihr Werk (sie selbst spricht vom »Originaleindruck«) stellt allein Frank Benseler eine tiefergehende Beziehung her, indem er, von einem geschichtlichen Verständnis der Schlagworte »Mainzer Weltliteratur« ausgehend, auf die lokalen demokratischen Traditionen verweist, in denen die Dichterin gesehen werden kann, und diese mit drei »Komponente(n) für die Erklärung« ihrer »Sozialisation und Wirkung« (13) (bürgerliche Herkunft, weibliche Emanzipation, »Kampf ums Wort«) verknüpft.

Den einzelnen Beiträgen gerät es allerdings zum Vorteil, sich nicht auf eine gemeinsame Thematik verpflichtet zu haben, sondern von verschiedenen Positionen aus zu zeigen, wie groß das Spektrum der Forschung ist. Eine fruchtbare inhaltliche Korrespondenz ergibt sich vielmehr dadurch, daß politische und literarische Werkaspekte nicht getrennt werden und somit die vergleichende Rezeption jener Werke möglich ist, die Seghers unter verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen geschrieben hat. Entscheidend mußten der Dichterin dabei ihre Literaturkonzeptionen in der Aufbauphase der DDR, in den einzelnen Phasen des Exils und vor allem schon in der Weimarer Republik sein, als sie Einsicht in ihre besondere Lage als bürgerliche Dichterin mit sozialistischem Anspruch gewann und (damit zusammenhängend) die Schriftstellerei als politisch-literarisches Programm zu reflektieren anfang. Wie kompliziert dieser Prozeß verläuft, zeigt sich, wenn man die Entwicklung nicht an politischen Bekenntnissen festmacht, sondern als ideologischen Ablösungsprozeß von bürgerlichen Anschauungen begreift und in der Differenz von politischem Anspruch und dem Zurückbleiben des Werkes hinter diesem Anspruch das Besondere der frühen Literatur. Einen wichtigen Schritt in diese Richtung geht Bernhard Spies mit seinen Interpretationen von »Grubetsch«, »Die Ziegler« und »Aufstand der Fischer von St. Barbara«.

Die Verbindung inhaltlicher und künstlerischer Gesichtspunkte betont auch Erwin Rotermund. Ihm geht es jedoch mehr um die Konstanten, die bei aller Entwicklung auszumachen sind. Als besondere Leistung der Seghers würdigt er, daß sie ihr soziales Engagement in der vielfältigen Thematisierung »neuzeitlicher Verelendungsformen« (58) stets durchgehalten hat, ohne der Gefahr sentimentaler Trivialisierung erlegen zu sein. Im »Zentralthema des unverletzbaren persönlichen Kerns im Menschen« (63), das sich im Standhalten gegen solche Verelendungen verdeutlicht, liegt für Rotermund ebenso der Ansatz, die Wirkung der Autorin auch auf nicht-sozialistische Leser zu begreifen, wie im Aufnehmen der »tradierten Vorstellungen, Symbole und Motive des Mythos und der Religion, der Sage und des Märchens zur Verwirklichung ihrer künstlerischen Absichten« (66f.). Gleichermaßen verwendet sie jedoch moderne Erzählweisen. Um den

Bezugspunkt für die je geeignete Form zu klären, bezieht sich Rotermond zu Recht auf die im Briefwechsel mit Lukács formulierten Hinweise zur »Unmittelbarkeit« der Realitätsaufnahme im künstlerischen Prozeß, deren gestaltende Überwindung — so Seghers — in der »Krisenzeit« besonders schwer und eben durch Stilbrüche, Experimente etc. gekennzeichnet sei.

Mit dem Stichwort »Krisenzeit« ist ferner die Richtung vorgegeben, in der Seghers' Werk im übergeordneten politischen Kontext begriffen werden kann, ist es doch gerade das Maß des Bewußtseins von der Krise in den Erfahrungen des Exils, das ihre antifaschistischen Strategien steuert. Lutz Winckler verfolgt diese Strategien mit allen Implikationen, indem er die zwischen 1933 und 1949 geschriebenen Deutschlandromane »als Stufen im Prozeß der Herausbildung epischer Erzählformen, die geschichtliche Antworten auf existentiell erfahrene Krisensituationen zu geben versuchen« (80), analysiert. Das Ergebnis ist um so überzeugender, als er die Entwicklungen der gesamten Exilliteratur mit ihren Verbindungen zur politisch-literarischen Situation der Weimarer Republik, der Selbstkritik und Selbstverständigung auf dem Hintergrund der Volksfront oder der späteren Wendung zur Geschichte in die Analyse einzubeziehen sucht.

Wenn Winckler abschließend zur Bedeutsamkeit der Deutschlandromane neben der historischen Information auch eine im Leser ausgelöste spezifische Betroffenheit zählt, ist ein Problem angesprochen, das bei den in der DDR entstandenen Romanen »Die Entscheidung« und »Das Vertrauen« zum Streitpunkt gehört. Die gängige Abqualifizierung dieser Romane als Parteiliteratur nämlich geht Hand in Hand mit der Kritik am künstlerischen Wert und verabsolutiert eigene Rezeptionsschwierigkeiten. Sigrid Bock und Christian Klotz weisen in ihren unterschiedlichen Beiträgen deshalb darauf hin, wie wichtig es ist, »den Gesamtkomplex gesellschaftlich-künstlerischer Entstehungs- und Rezeptionsbedingungen zu berücksichtigen« (Bock, 28), um das Unverständnis des BRD-Lesers einerseits und die Zustimmung des DDR-Lesers andererseits zu begreifen. Während Bock jedoch aufgrund der besonderen Seghersschen Erzählweise, dem »Aussprechen von Kollektiv- oder Massenerfahrungen« (32), die die im Publikum angelegten Klassenschranken durchbrechen kann, eine auch auf Inhaltliches verweisende Einheit von Früh- und Spätwerk erkennt, kommt Klotz zu einem negativen, allerdings sachlichen Urteil über das Spätwerk. Zum Maßstab nimmt er die ästhetische Wirkungsabsicht der Seghers selbst, wobei er ihr auf Breitenkommunikation angelegtes Programm eine eingreifende Funktion im gesellschaftlichen Wandlungsprozeß abspricht, eben »weil die Einstellungsänderungen, die zu bewirken sie sich aufmacht, verhindert werden durch die Fixierung auf die einfache und leicht faßliche Widerspiegelung des sozialistischen Realismus, nicht der sozialistischen Realität als im Kunstwerk perspektivisch zu entwickelnde, oder gar aktiv mitzuerschaffende« (104).

Daß sich Anna Seghers trotzdem keinen Reglementierungen, die der eigenen Absicht widersprachen, unterworfen hat, zeigt nicht zuletzt ihr immer wieder herangezogener Briefwechsel mit Lukács. Wie Frithjof Trapp in seinem Beitrag überzeugend nachweist, hatte diese Kontroverse ihren (von Seghers mitreflektierten) übergeordneten Bezugsrahmen in der sowjetischen Kulturpolitik, und wenn die Dichterin sich positiv-kritisch gegen Lukács wendet, weiß sie sehr wohl, wen sie mit anspricht. Ob diese Haltung dann der späteren Vorsitzenden des Schriftstellerverbandes der DDR abzusprechen ist, müßte erst bewiesen werden.

Dieter Thiele (Marburg)

Brinkmann, Richard: Expressionismus. Internationale Forschung zu einem internationalen Phänomen. Sonderband der Deutschen Vierteljahresschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte. Metzler Verlag Stuttgart 1980 (360 S., Ln., 58,- DM)

Das Problem, dem sich der Verfasser dieses kommentierten und kritisch wertenden Forschungsberichts zum Thema »Expressionismuskonzeption zwischen 1960 und 1980« ge-

genübersieht, die Frage nach der Auswahl und Gliederung des vorhandenen Materials, stellt sich in verschärfter Weise auch dem Rezensenten: Kritik der Kritik der Kritik ist keine sehr lohnende Aufgabe mehr. Immerhin gibt Brinkmann seine Kriterien für Auswahl und Wertung der behandelten Forschungsliteratur an: so soll weder »eine dialektische noch eine andere Metaphysik« (XII) Maßstäbe liefern, vielmehr sollen Erkenntnisse und Urteile zum aktuellen Forschungsstand aus der »Logik von Argumenten, Zeugnissen und Belegen« (XII) gewonnen werden. Will Brinkmann auf diesem Wege »Prioritäten und Präferenzen« (XIII) künftiger Forschung festlegen helfen, so stimmt es recht bedenklich, wenn er die Mehrzahl der heutigen Literaturwissenschaftler als »modische Konformisten« (94) bezeichnet und ihnen einen »antikonservativen und (...) progressistischen Komplex« (93), bzw. eine »Ideologiemani« (219) andichtet. So zielt auch die durchweg anzutreffende Kritik an der abundanten Verwendung der Kategorie »Dialektik« (z.B. 100, 102) nicht etwa auf eine seriösere Anwendung materialistisch orientierter Forschungsmethoden, die durchaus auf dem von Brinkmann behandelten Feld von Nutzen wäre, sondern auf deren Diskriminierung als Zugeständnisse an modische Trends. Zum Jammer von »Anpassung und Gegenwehr (...) an bundesrepublikanischen Universitäten und speziell in der deutschen Germanistik während der vergangenen zehn bis zwölf Jahre bis in die Gegenwart« (304f.) gibt es en passant auch noch einige weitere Bemerkungen zu lesen. Im Gegenzug wirft der Verfasser fast allen behandelten Werken aus der DDR, die er »kommunistisch-sozialistisch« (278) nennt — im Gegensatz zu nur »sozialistischen« Ländern — die »voreingenommen(e) und parteiisch(e)« (86) Unterwerfung des Materials unter eine »marxistische Teleologie der Geschichte« (87) vor. Über die konkreten Einwände gegen die angeführten Arbeiten erfährt man meist recht wenig. Motto: Ist materialistische Literaturwissenschaft keine modische Attitüde, so muß sie wohl eine Glaubensfrage sein. Anzugreifen ist sie auf jeden Fall.

Zum Gebrauchswert der Arbeit: Abgesehen von den bereits erwähnten Bemerkungen zur heutigen Germanistik, die als Thema mit Variationen das gesamte Buch durchziehen, bietet Brinkmann eine sinnvoll gegliederte Katalogisierung der Arbeiten zum literarischen Expressionismus, z.T. auch zu anderen Kunstgattungen, die in detaillierter Form die verschiedensten Aspekte des Themas aufgreift und dabei auch Querverbindungen zu expressionistischen Strömungen in außerdeutschen Ländern berücksichtigt. Nicht kommentierte Literatur wird bibliographisch nachgewiesen. Wer sich also vom Gestus des omnipotenten, zuweilen väterlich herablassenden Großkritikers nicht abschrecken läßt, der wird einen sorgfältig erschlossenen Fundus bibliographischer Informationen zur Verfügung haben. Die Kommentare sind mit den bereits genannten Einschränkungen zu lesen. In jedem Falle erfährt man in Hauptzügen etwas über Ansatz, Aufbau und Ergebnisse der behandelten Arbeiten; die Angaben zum potentiellen Leserkreis sind recht subjektiv — für den praktischen Lehrbetrieb geeignete Werke kommen meist etwas schlechter weg als neue und originelle Forschungsprodukte. Aber vielleicht sind die Erfordernisse der alltäglichen Hochschularbeit in einem Forschungsbericht auch fehl am Platze ... Besonders nützlich ist die Anlage des Registers, das die erwähnte Literatur sowohl im Hauptteil als auch in den oft recht detaillierten Anmerkungen nachweist.

Die Skizze zukünftiger Forschungsaufgaben im Bereich des Expressionismus überzeugt größtenteils: Brinkmann fordert hier die Ausweitung des Interesses auf außerdeutsche Länder, die stärkere Betonung der Verbindung der Kunstgattungen untereinander und den Versuch einer historischen Gesamtdarstellung — Aufgaben, die von den inkriminierten materialistisch orientierten Literaturwissenschaftlern am ehesten in Angriff genommen worden sind! Insgesamt: »Wenn man selbst genug gelesen hat, kann man das Werk mit Profit gebrauchen.« (87)

Claudia Albert (Berlin/West)

Kunst- und Kulturwissenschaften

Prokop, Dieter: Medien-Wirkungen. edition suhrkamp, Frankfurt/M. 1981 (302 S., br., 12,- DM)

In dem nun schon nach bewährter Manier kompilierten Sammelband beteiligt sich Prokop an der Fundierung respektheischender Wissenschaft und präsentiert sich wie eh und je als origineller Vordenker lehrbuchwürdiger Termini: formal schon, indem er längst veröffentlichte Aufsätze, Sachbuchartikel, Vorwörter und Filmkritiken, zurückreichend bis in die 60er Jahre, neuerlich der öffentlichen Aufmerksamkeit ins Gedächtnis ruft (nur vier der insgesamt 17 Arbeiten sind un- oder nur teilweise veröffentlicht, u.a. und als wichtigste die Rezeptionsstudie zur »Holocaust«-Serie); inhaltlich, indem »praktikable Ansätze einer qualitativen Medienwirkungsforschung« annonciert, doch nirgendwo ihre spezifischen methodologischen Prämissen expliziert und ihre methodischen Wege diskutiert werden — wie es beispielsweise in den soziologischen Lebensweltanalysen und Diskursforschung mit luzider Akribie geschieht.

Vielmehr beschränkt sich Prokops methodisches Credo wie gewohnt darauf, daß »Wirkungsforschung ... mit der Analyse der Medienprodukte selbst verbunden« sein müsse. War es früher die »Geld«-Metapher, die in der kulturindustriellen Unterhaltung ihr Äquivalent fand, so arriviert nun ihre »Zeichenhaftigkeit« zum überragenden Leitbegriff: Semiotisch sei er nicht definiert (zurecht, sonst beschrieb er in den Augen der Semiotiker nur eine Tautologie), vielmehr eher psychoanalytisch (»ein Wort für einen bestimmten Zustand von Erfahrung, für eine Form der Abwehr von Erfahrungen«). So vage, ambivalent und beliebig verwendbar bleibt er auch: Von der »zeichenhaften Gedankenlosigkeit« der »Holocaust«-Serie — was für ein irreführendes Kompliment für die ausgefuchste Kalkulation der Produzenten! — schlittert er unversehens über in die Subjektivität des (wie immer) idealtypisierten Rezipienten: »Zeichenproduktion« — als Teil der Waren- und Ideologieproduktion — und subjektive »Zeicheneignung« als vielfältiger Vermittlungs- und Erfahrungsprozeß — kontaminieren bei Prokop unentwegt, so daß »modale Phantasiewerte«, »Versatzstücke«, »Klishees« hier wie dort sich als Attribute eignen. Als Resultat gebären sie jene schon bekannte Dualität von »Faszination und Langeweile« (vgl. *Argument* 120, 273ff.), die in der neu und vielgebrauchten Lieblingsvokabel von der »Realitätstüchtigkeit« (auch sie charakterisiert Fernsehhelden wie -publikum gleichermaßen), offenbar ihre triadische Erweiterung findet.

Dessen ungeachtet hält Prokop der etablierten Medienforschung ihre Unempfindlichkeit gegenüber den Besonderungen individueller wie kollektiver Erfahrung vor: »Die Bedürfnis- und Verhaltensstruktur des Publikums ist nicht so eindimensional, wie es die kritische Analyse des institutionellen Angebots häufig suggeriert ... (Further research is needed!).« Wie wahr (sieht man von den nie unterdrückten Seitenhieben gegen die (!) ideologiekritische Position ab)! Aber dort, wo Prokop diesen Anspruch hätte einlösen können, bei der Interpretation der teilweise abgedruckten Einzel- und Gruppeninterviews zur Rezeption der »Holocaust«-Serie, behindern vielfach die vorgeprägten Kategorien die von anderen geforderte Sensibilität: Vom »methodisch kontrollierten Fremdverstehen« — methodologischer Standard der soziologischen Interview-Auswertung — ist noch zu wenig zu spüren. Zu viele an den Texten aufkommende Fragen, hervorgerufen von zahlreichen unbeholfenen, mehrdeutigen oder unausgesprochenen Wendungen, bleiben unbeachtet, werden verkürzt oder meines Erachtens fehlinterpretiert; zu viele Chancen zur »Hervorlockung« von alltagsweltlichen Deutungsmustern und 'Erklärungstheorien' werden schon bei der Interviewführung nicht wahrgenommen. Der Verdacht erhärtet sich, daß es vornehmlich um die empirische Bestätigung der vorab gegebenen Schlußfolgerung geht: die »Qualität der Serie« läge in der Bearbeitung von »Verdrängungs- und Realitätsuntüchtigkeits Tendenzen, die im starken Aufrechterhalten von

Familienrollen liegen, (des) Prekäre(n) des Familienglücks, das jedem bewußt ist, gerade jenen Rezipienten, die häufig fernsehen, für die die populären Produkte gemacht sind und die besonders viel(?) zu verdrängen haben«. Das sicherlich unterschwellig bohrende deutsche Trauma, jene »Unfähigkeit zu trauern« oder jene »furchtbare Vergeßlichkeit« (Albertz), die auf welche verquere Weise auch immer und gerade auch in den dargebotenen Texten durchscheint, findet sich in Prokops Analyse allzu umstandslos unter solch enthistorisierenden, fast anthropologischen Kategorien wie »konventionelle Krimi-Rezeption« und »sozial-psychische Topik« einsortiert.

Analytischen Ertrag bietet vor allem der vor einem Jahr in »medium« schon veröffentlichte Beitrag »Das Fernsehen im Lebenszusammenhang von Arbeitern«. Über die kategoriale Erfassung der sinnfälligen Privatisierungstendenzen und der wechselseitigen Wirkungsmechanismen von medienorientierter Familiarität und rudimentären proletarischen Öffentlichkeiten (Gewerkschaft, Betrieb, Kneipe, Verein) lohnt es sich gewiß, mit einem »nichtinstrumentellen Forschungsinteresse« weiter nachzudenken. Wenn aber die zentrale Frage lautet, »welche Bedürfnisdispositionen, welche Phantasien, welche Erfahrungen die Rezipienten dem Produkt entgegenbringen, welche Widersprüche in diesem dem Produkt entgegengebrachten Erfahrungen bestehen und wie die Produkte, vor allem die beliebten Produkte, auf die Erfahrungen und deren Widersprüche eingehen und wie sie sie lösen bzw. wie sie sie auswerten«, dann verbietet es sich eigentlich, sie andernorts mit Formulierungen wie »zwanghafte Fixierung«, »Regressionsbereitschaft des Publikums« allzuleicht kaputt zu diagnostizieren oder zu pathologisieren.

Solche auffallenden Ungereimtheiten und Widersprüche finden sich in dem Sammelband zur Genüge, vielleicht sind sie im Verlauf einer fast 15-jährigen akademischen Forscher- und Publizistentätigkeit, die Prokop kürzlich mit der auch vielerorts gerügten Journalistenarbeit (»Den begriffslosen 'Kenner' steuert über die Klippen der naturwüchsig anfallenden Arbeiten sein zwangsläufig entwickelter Sachverstand.«) vertauschte, unvermeidlich. Doch künftig wünscht man sie sich noch ein wenig produktiver — gemäß der Einsicht: »Würden die Eingegatterten reden können und würden sie gegen ihre Verwendung zu Versuchszwecken protestieren, würden sie zum Beispiel fragen, wem es denn nützlich sei, daß sie durch jene Gatterlabyrinth getrieben werden, dann würde ihnen säuerlich-indigniert geantwortet, daß die versuchsweise Eingatterung ihres Rindsdaseins doch die Möglichkeit der Information enthalte, die genutzt werden müsse, wodurch sie dazu beitragen könnten, daß irgendwann einmal auch ihre Situation verbessert werden könne. Ein Schuft also, wer sich weigert, sich eingattern zu lassen.«

Hans-Dieter Kübler (Bielefeld)

Maurer, Thomas: Filmmanufaktur Schweiz. Kleine ökonomische Entwicklungsgeschichte. Hrsg. vom Schweizerischen Filmzentrum Zürich 1982 (200 S., br., 16,80 DM) Das Kino sieht sich gegenwärtig in der kapitalistisch-industriellen Welt mit den wohl bedeutsamsten Strukturveränderungen in seiner Geschichte konfrontiert. Neue Techniken für die Vermittlung und die Produktion von Spielfilmen auf der einen Seite, sowie die zunehmende Schwindsucht staatlicher Revenuen auch für die Förderung und Ermöglichung von Kulturproduktionen auf der anderen Seite zwingen zu Bestandsaufnahmen und zur Entwicklung von Lösungsstrategien dafür, unter welchen Rahmenbedingungen zukünftig Spielfilmproduktion, -distribution und -konsumtion noch möglich sind.

Die »Filmmanufaktur Schweiz« hat einen doppelten Gebrauchswert: Sie ist die erste detaillierte Auseinandersetzung mit den ökonomischen Grundlagen des neueren Schweizer Spielfilms. Und sie füllt methodisch eine wichtige Lücke in der Filmwissenschaft, indem sie ihren Gegenstand konsequent unter soziologischen Gesichtspunkten betrachtet. Ihre Bedeutung reicht von daher weit über das engere Phänomen »Schweizer Film« hinaus, das auch den interessierten Cineasten der Bundesrepublik spätestens seit Tanners

»Jonas«-Film ein Begriff geworden ist. — Maurer hofft zurecht in der Einleitung, »daß die Reduktion auf ökonomische Aspekte als Erweiterung der Diskussion um den neuen Schweizer Film verstanden wird« (13). Eine Betrachtungsweise des Films *lediglich* als Resultat der »charakterlichen Eigenschaften einzelner Regisseur-Persönlichkeiten« (15) ist in der Tat anachronistisch angesichts der realen kulturindustriellen Entwicklung, die Filmemachen zu einem »außerordentlich komplexen Arbeitszusammenhang« (ebd.) hat werden lassen, und angesichts der immensen Produktionskosten internationaler Spitzenproduktionen. Trotzdem wird diese Reduktion kopflastigen professionellen Filmbeobachtern wie *genius-* und *werkorientierten* Filmwissenschaftlern weh tun. Weniger den künstlerischen und technischen Produzenten: sie müßten die miserablen wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen Spielfilmproduktion (nicht nur) in der Schweiz stattfindet, aus ihrer eigenen alltäglichen Erfahrung heraus kennen. Nach Maurers Analyse war die Durchsetzung des Markenzeichens »CH-Film« u.a. Resultat tausender Stunden an Gratisarbeit, freiwilliger Ausbeutung von technischen und künstlerischen Produzenten, der über Beziehungen arrangierten kostenlosen Benutzung von Produktionsmitteln, die Kalkulationsziffern nach unten manipuliert und so fort. Unter solchen Bedingungen — dies ist der Kern der »Filmmanufaktur Schweiz« — können zwar durchaus vereinzelt bedeutende Filme entstehen, die mitunter gar internationale Achtung erlangen. Aber sie sind keine ausreichenden Voraussetzungen für die Entwicklung einer nationalen Filmkultur, wie sie dem sonstigen materiellen Reichtum des Landes angemessen und dementsprechend auch möglich wäre. Die gesellschaftlichen Abhängigkeiten des Produktionsprozesses Spielfilm — faktisch gegeben vor allem durch die Sponsorenfunktion des noch alleinigen Rundfunkkonzessionärs in der Schweiz, »SRG«, und staatlicher Filmförderung seien nicht länger nur als Fesseln künstlerischer Individualität zu begreifen. Aus der Einsicht in ihre Notwendigkeit seien produktive Konsequenzen abzuleiten, realistische Lösungsstrategien zu erarbeiten, zumal die finanzielle Abhängigkeit der Spielfilmproduktion von ausländischen Geldgebern ständig zunehme.

Inwieweit für die Schweiz die Forderung nach mehr staatlichem Engagement adäquat ist, vermag ich letztendlich nicht zu beurteilen. Dazu vernachlässigt das Buch zu sehr den gesamtgesellschaftlichen Rahmen, in dem Filmproduktion dort stattfindet. Aber selbst wenn man mit den Lösungsangeboten des Autors nicht unbedingt konform gehen mag: Seine Arbeit liefert die Grundlagen, auf denen sie zu entwickeln sind. Seine Lösungsstrategie ist abgeleitet aus der akribischen Untersuchung der ökonomischen Entwicklung des Schweizer Spielfilms der letzten ca. fünfzehn Jahre. Mit einer Fülle von Zahlenmaterial werden die Entwicklung der Produktionskosten und der Kostenstruktur, die wichtigsten Elemente der Steigerung der Herstellungskosten, sowie die Herausbildung der genannten Finanzierungsquellen rekonstruiert. Das Ergebnis ist eine Entmystifizierung des Phänomens »CH-Film«, das bei uns durch solche Regisseur-Figuren wie Michel Soutter, Markus Immhoff, Alain Tanner oder Kurt Gloor in den letzten Jahren bekannt und beliebt geworden ist. Indem Maurer die Schwächen der materiellen Basis ihrer und anderer Erfolge aufzeigt, werden ihre Leistungen nicht diskriminiert. Im Gegenteil: Sie erscheinen in einem realistischeren Licht.

Die »Filmmanufaktur Schweiz« macht nicht zuletzt deutlich, wie dringend notwendig eine vergleichbare Untersuchung der bundesdeutschen Spielfilmproduktion und des Markenzeichens »neuer deutscher Film« wäre. Aber ich fürchte, darauf müssen wir noch lange warten. Denn eine solche Arbeit ist nicht nur mühsam. Indem sie Mythen zerstört, läuft sie auch Gefahr, sich unbeliebt zu machen — vor allem bei denjenigen Kritikern, die auch bei uns noch angesichts jedes einigermaßen ansehbaren Low-Budget-Films einen Orgasmus bekommen. »Die Not der einen als das ästhetische Amusement der anderen« (162)! — so distanziert sich der Autor von dieser Haltung. Wie nah doch die Schweiz an der Bundesrepublik liegt.

Siegfried Zielinski (Berlin/West)

Hacker, Dieter und Andreas Seltzer (Hrsg.): Volksfoto. Zeitung für Fotografie, Nr. 1-6. Verlag Zweitausendeins, Frankfurt/M. 1981 (Abb., br., 15,- DM)

Der vielfältigen Praxis nicht-professioneller Fotografie hat sich die sozialwissenschaftliche Forschung noch nicht in dem Maß angenommen, wie dies vielleicht die Bilderflut von im Amateurbereich angefertigten Aufnahmen (allein im Jahre 1980 über zweieinhalb Milliarden) vermuten ließe. *Volksfoto* ist der Versuch, zu untersuchen, »was massenhaft gesehen und individuell entdeckt wird«, aber »der gesellschaftlichen Wahrnehmung und Kritik verborgen (bleibt)« (Vorwort).

Volksfoto ist weder sozialwissenschaftliche Studie noch Galeriekatalog, sondern greift in sechs Heften jeweils ein Thema auf, zu dem parallel die Initiatorin, die Berliner 7. Produzentengalerie, eine Ausstellung durchgeführt hat. Die Hefte erschienen von 1976 bis 1980 und liegen als Reprint vor. Den Heften gehen jeweils Basisaufsätze der beiden Herausgeber voraus; im übrigen lebt diese Zeitung von collageartig zusammengestellten Texten und Fotos von Amateuren und Profis, Zeitungsausschnitten, Leserbriefen usw., deren Zusammenhang vom Leser in einem Prozeß selbst erarbeitet werden muß, kein Lehrbuch, eher eine hintergründige Didaktik kommt dabei zum Vorschein. Im einzelnen setzt *Volksfoto* sich mit folgenden Schwerpunktthemen auseinander: 1. Amateurfotografie; 2. Politisch fotografieren; 3. Erotische Amateurfotografie; 4. Beispiele einer neuen Volkskunst; 5. Kinderfotos; 6. Foto kaputt. Über die Grenzen des Fotografierens.

Hervorzuheben sind besonders zwei Themenbereiche. Im ersten Heft bieten die Basisaufsätze grundsätzliche Analysen und Gedanken über die Praxis der Amateurfotografie und berücksichtigen sowohl sozialpsychologische als auch ästhetisch-visuelle Komponenten der Bildproduktion und -rezeption. Der »Sehnsucht nach dem Idyll« (Hacker) der Amateurfotografen kommt die Industrie mit einem ganzen Programm von konkreten Vorschlägen zur Fotografie entgegen, nebst geschlossenem Verwertungsangebot (vgl. H.1, 13). So blockiert, reduziert sich der Amateur in seiner Tätigkeit auf die »häufige Koppelung von Hauptthema und Bildmittelpunkt« (H.1, 9) hinsichtlich der visuellen Gestaltung, um Erinnerungsträchtigkeit zu schaffen von Motiven, die allemal die Ausnahmen alltäglicher Monotonie zum Inhalt haben, wie z.B. Urlaub und Feste. Der Fotograf bleibt dabei blind für die Bereiche, die seine Persönlichkeit bestimmen; der zentrale Bereich der 'Arbeit' ist ausgespart.

Trotzdem bleiben Brüche und Ansätze in dieser Fotografie, die sich dem normierten Gebrauch entziehen. An diesen ansetzend wollen Hacker und Seltzer ein Anwendungs-verfahren »operationeller Fotografie« (vgl. H.1, 13ff.) entwickeln, was sie in *Volksfoto 4* als »Beispiel einer neuen Volkskunst« darstellen. Vor »dem Hintergrund, daß gleichzeitig Artikulationsfähigkeiten und -möglichkeiten des einzelnen Bürgers immer mehr von den verschiedenen Meinungsagenturen und staatlichen Institutionen abgenommen bzw. unterdrückt werden, bekommt die Frage nach einer Neubewertung des Begriffs 'Volkskunst' aktuelle Bedeutung« (H.4, 4). Nun wird der Begriff einer 'neuen Volkskunst' nicht stringent entwickelt, zu problematisch bleiben die zusammengefügte Versatzstücke 'Volk' und 'Kunst', und nicht umsonst überschreibt Dieter Hacker seinen einleitenden Aufsatz mit »Die Utopie einer neuen Volkskunst«; die allerdings danach vorgestellten sich unkonventionell artikulierenden Fotoarbeiten gehen über die inzwischen bekannteren Formen politischen Fotografierens (vgl. H.2) hinaus und bieten neue Arbeits- und Darstellungsmöglichkeiten z.B. für Stadtteilgruppen, Bürgerinitiativen und Bewegungen.

Der Beitrag »Kinderfotos« in Heft 6 entwirft eine Perspektive, die jenseits von verklärter Darstellung von Kinderglück Partei nimmt für Kinder in ihrem spezifischen Lebenszusammenhang. So finden sich auch gute Beispiele, wie Kinder das Medium Fotografie selbst handhaben. Dagegen bleibt trotz ersichtlicher Bemühungen der Beitrag über die erotische Amateurfotografie (Heft 3) merkwürdig flach, und es wird nicht deut-

lich, daß diese Art von Fotografie, »wie kein anderes fotografisches Gebiet, etwas über die 'Innenwelt' von uns unbekanntem Menschen auszusagen vermag« (H.3, 3). Die darauf sich beziehenden Leserbriefe erheben z.T. den Vorwurf des Sexismus. *Volksfoto* ist hier sicherlich dem Problem erlegen, daß auch das durch Text in einen anderen Kontext gehobene Bild von sexueller Darstellung nicht mehr als nur einen Abglanz entfremdeter Sinnlichkeit widerspiegeln kann, die hierzulande fast ausschließlich mit Frauenunterdrückung konform geht.

Volksfoto bietet keine in sich vollständig abgeschlossenen Darstellungen. Die Basisaufsätze haben jeweils Widersprüche provoziert, die sich in den Leserschriften manifestieren. Sicherlich wäre eine weitergehendere sozialpsychologische Untersuchung der erwähnten Aspekte von Amateurfotografie wünschenswert, als *Volksfoto* sie leisten konnte und wollte. Von größerem Wert dürfte *Volksfoto* jedoch für alle diejenigen sein, die Fotografie als Medium für ihre Lebensform und ihr politisches Handeln nutzen wollen.

Jürgen Sauerland (Bochum)

Thomas, Michael Wolf (Hrsg.): Die lokale Betäubung oder der Bürger und seine Medien. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1981 (180 S., br., 16,80 DM)

Mittlerweile sind zahlreiche Publikationen erschienen, die sich mit der Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems unter Berücksichtigung der Einführung der sogenannten »Neuen Medien«, aber auch mit den damit verbundenen Kommunikationsmöglichkeiten der Bürger beschäftigen. Dabei befürchten Kritiker der Neuen Medien ein »information overload« des Einzelnen, eine Überforderung der Informationskapazität und der kommunikativen Kompetenz. Befürworter verweisen auf die Vielfalt der zukünftigen Programme, preisen die individuellen Nutzungsmöglichkeiten. Nach den Bedürfnissen und Interessen der Betroffenen wird jedoch kaum gefragt. Diese Problematik greift der vorliegende Band beispielhaft auf.

Die Beiträge untersuchen die Entwicklungen audio-visueller Kommunikation, Regionalisierungstendenzen in den Rundfunkanstalten und kommerzielle Vernetzungen im europäischen Raum. Einzelne Bereiche wie Presse, Kino und Rundfunk werden in Beziehung gesetzt und die Einflüsse, die mit der Einführung der neuen Technologien auf sie zukommen, analysiert.

»Nachhaltig wirkende Pressekonzentrationsschübe, eine Schrumpfung des Filmsektors, eine geradezu rasante Ausdifferenzierung des Zeitschriftenmarktes, eine gleichmäßige und systematische Ausweitung der Hörfunk- und Fernsehprogramme sieht M.W. Thomas (»Perspektiven für die 80er Jahre«) als den wesentlichen Hintergrund der gegenwärtigen und zukünftigen Mediendiskussion. In einem umfangreichen Kapitel problematisiert Thomas die Rolle der bürgerlichen Parteien in der medienpolitischen Auseinandersetzung, analysiert anschließend — endlich einmal akribisch — die Fernsehurteile des Bundesverfassungsgerichtes. Somit wird für den Leser der Gesamtkontext deutlich, der derzeitige Ist-Zustand (1981) genauestens referiert.

Drei weitere Aufsätze behandeln den Bereich der Printmedien, wobei vor allem die Tendenz der zunehmenden Pressekonzentration und die dadurch bedingte Verringerung der lokalen Berichterstattung im Vordergrund stehen. Kommerzielle Ausbeutung der lokalen Informationsbedürfnisse, etwa durch zielgruppen-orientierte Anzeigenblätter, die mittlerweile eine Auflagenhöhe von 3 Mill. wöchentlich erreicht haben, und das Phänomen einer neuen, lokal ausgerichteten Medien-Subkultur, eines neuen Journalismus von unten in Stadtteil- und Basisblättern kennzeichnen die Entwicklung. Der Versuch der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, mit mehr »Bürgernähe« dem Verlust an Glaubwürdigkeit und Vertrauen entgegenzusteuern, wird ebenso analysiert wie die Arbeitsweise der »Freien Radios«, die aber aufgrund ihres Operierens in der Illegalität — so O. Jarren — keine sinnvolle Alternative bieten: »Ätherpiraten, die in der Illegalität verhar-

ren wollen ... und kein Interesse an einer kontinuierlichen Berichterstattung zeigen, können den auf Seiten der Bürger vorhandenen Wünschen nach mehr lokalen Informationen, nach Hinweisen und Tips zur alltäglichen Lebensbewältigung kaum gerecht werden« (170). Sinnvoller erscheint die Verteidigung der öffentlich-rechtlichen Organisationsform der Funkanstalten, insbesondere mit der Forderung nach verstärktem Engagement im lokalen Bereich.

H.J. Kleinsteuber analysiert in seinem Beitrag »Telekommunikationsstrukturen und Technologie« den Widerspruch zwischen in Großindustrien zentralisierter Entwicklung der Medientechniken und ihrer behaupteten Tauglichkeit für dezentrale Kommunikationsstrukturen, und führt mit einfachen Fragen auf das zentrale Problem der »Funktion für wen?« zurück: »Ist eigentlich die Technik der Neuen Medien sachneutral, gesellschaftlichen Bedürfnissen gleichermaßen verfügbar, oder werden hier Kommunikationsnetze errichtet im Interesse derjenigen, die sie wirtschaftlich und politisch nutzen wollen und für die substantielle Demokratie, die Dezentralisierung und die Teilung der Macht nicht mehr darstellen als freundliche aber folgenlose Begriffe?« (123) Warum, so Kleinsteuber, werden nicht zunächst die bestehenden Medien auf ihre Brauchbarkeit untersucht und an sie die Forderung nach einer bürgernahen Kommunikationsstruktur erhoben. R. Ruoff zeigt im Blick auf ausländische Erfahrungen, daß die Einführung und kommerzielle Betreibung der neuen Techniken wie Satelliten- und Kabelfernsehen nicht die Bürgernähe erreichen, die in der Bundesrepublik Verleger und vor allem die CDU/CSU weismachen wollen. Erfahrungen aus Großbritannien und Italien belegen, daß sich kommerzielle Interessen, wo ihnen nicht Einhalt geboten wird, schonungslos gegen die Bedürfnisse der Bürger durchsetzen.

Mit diesem Band ist ein umfassender Überblick über den Stand der gegenwärtigen Mediensituation gelungen. Die Beiträge — sachkundig und auch für Laien verständlich geschrieben — benennen nicht nur die Möglichkeiten, die mit der Bereitstellung der Neuen Medien verbunden sind, sondern liefern gerade durch die Aufbereitung von Hintergrundmaterial wichtige Erklärungsansätze und Argumentationshilfen für die medienpolitische Auseinandersetzung.

Rita v. d. Grün (Berlin/West)

Soziologie

Hermann, Armin: Wie die Wissenschaft ihre Unschuld verlor. Macht und Mißbrauch der Forscher. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1982 (271 S., Ln., 34,- DM)

Daß sich die Repräsentanten der etablierten naturwissenschaftlichen Disziplinen und Wissenschaftsorganisationen auch der wissenschaftlich fundiert vorgetragenen Wissenschaftskritik oft nur mit dem Gestus der beleidigten Unschuld zu stellen vermögen, die völlig zu Unrecht mit irgendwelchen absonderlichen Vorwürfen belegt wird, ist ein Eindruck, den man in den letzten Jahren durch zahlreiche Essays, Interviews und Feuilletonartikel gewinnen mußte. Indem als Gegner »blinde Maschinenstürmerei«, »mittelalterlicher Irrationalismus« oder eben »pauschale Technik- und Wissenschaftsfeindlichkeit« ausgemacht wurden, war bereits auch der Stil der Reaktion definiert. Hermann — seit 1968 Professor für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik an der Universität Stuttgart — hat bei der Konzeption des Buches offensichtlich versucht, diesen Typ der ressentimenthaltigen Argumentationsform zu vermeiden, indem er — in einem großen historischen Bogen von Galilei über Darwin bis zur »deutschen Physik« in der Zeit des Nationalsozialismus und dem Abwurf der Atombombe auf Hiroshima und Nagasaki — das »Schuldigwerden« »der Wissenschaft« gerade zum Thema der Auseinandersetzung zu machen versucht. »Es ist an der Zeit, daß auch die Wissenschaft ihre Vergangenheit selbstkritisch analysiert. Fehler und Versäumnisse anzuprangern, darf nicht län-

ger Außenseitern überlassen bleiben. Wissenschaftler selbst müssen voraussetzungslos, wie es dem eigenen Gesetz entspricht — ohne vorgefaßte Meinung also und ohne Beschönigung —, zeigen, wo sich Gelehrte gegen den Geist der Wissenschaft vergangen haben.« (9)

Was auf den ersten Blick wie eine hinreichend rigorose Zielvorgabe für eine sorgfältige wissenschaftliche Untersuchung wirkt, enthüllt beim genaueren Hinsehen und sorgfältigen Nachvollzug der Argumentation des Textes die beiden zentralen Schwächen der Analyse. Was die Formulierung vom Vergehen »gegen den Geist der Wissenschaft« systematisch impliziert, wird in den sechs bzw. sieben Kapiteln besonders deutlich, in denen Probleme von Naturwissenschaft(lern) und Technik(ern) im »Dritten Reich« diskutiert werden. Selbst wenn man zu konzedieren bereit wäre, daß die völlige Vernachlässigung der Humanversuche (s. Mitscherlich/Mielke: »Medizin ohne Menschlichkeit«) sowie der Vorgänge um die sogenannte »deutsche Mathematik« resp. »deutsche Chemie« eine Konzentration auf jenen thematischen Bereich ermöglicht, in dem sich der Autor als theoretischer Physiker besonders gut auskennt, so zeigt die Argumentation sehr bald, daß die damit gesetzte Beschränkung keineswegs nur/primär eine der thematischen Breite ist, sondern Bedingung für eine — einigermaßen antikierte — Form personalisierender Interpretation (vom Geist der Wissenschaft) abweichenden Verhaltens, das an sehr persönlichen Motiven und Deformationen der beiden Protagonisten der »deutschen Physik«, Philipp Lenard und Johannes Stark, festgemacht wird (Nobelpreise 1905 bzw. 1919). Was bei der sehr anschaulich geschriebenen und über weite Strecken spannend zu lesenden (wenn auch in den »Fakten« weitgehend bekannten, s. Beyerchen; Mehrrens/Richter u.a.) Darstellung Hermanns erst allmählich so recht deutlich und zunehmend ärgerlich wird, ist, daß völlig aus der Diskussion ausgespart bleibt, was als »Geist der Wissenschaft« bezeichnet wurde und die Grundlagen dessen liefert, was als normativ *richtiges* Wissenschaftlerhandeln zu fungieren hätte, und was, ebenfalls anekdotisch-anschaulich, an der *Person* Einsteins vorbildlich gemacht werden soll. Man mag darüber streiten, ob diese Form der Argumentation nicht bereits in den 30er Jahren etwas unzureichend gewesen wäre (s. Bernal, Hessen, Merton, Horkheimer, Marcuse); inzwischen jedenfalls hat die Kritik der Wissenschaft als Bestandteil der *öffentlichen* Auseinandersetzung auch den für die modernen Naturwissenschaften konstitutiven operativen Wahrheitsbegriff erreicht, also den »Geist der Wissenschaft« selber: »Die Abtrennung des intelligiblen und moralischen Subjekts von der Natur ist die philosophisch-theoretische, die institutionelle Trennung von Erzeugung und Verwendung des Wissens die gesellschaftlich-praktische Voraussetzung für die klassische Legitimation neuzeitlicher Naturerkenntnis. Beide Voraussetzungen werden durch den Fortschritt der Erkenntnis, den sie ermöglichten, in Frage gestellt.« (Van den Daele/Krohn in: Weizsäcker-Festschrift, 419)

Auf diese sozialstrukturellen Implikationen und Bedingungsbeziehungen der *kognitiven* Struktur naturwissenschaftlicher Geltungsansprüche, die spätestens seit Kuhns »Struktur wissenschaftlicher Revolutionen« (1962) zum zentralen Thema der wissenschaftssoziologischen und wissenschaftstheoretischen Auseinandersetzungen geworden sind — für die sich aber bereits Werner Heisenbergs eigene Reflexionen nutzbar machen ließen, vgl. sein »Philosophie-Manuskript« (1939/40) —, geht Hermann mit keinem Wort ein. Aber auch die sehr viel äußerlichere sozialstrukturelle Implikation (die vor allem Beyerchen zu begründen versucht hat), daß der Kampf der »deutschen Physiker« gegen den »jüdischen Relativismus« Einsteins — auf eine ganz verquere Weise — etwas zu tun gehabt haben könnte mit einem realen Konflikt zwischen theoretisch und empirisch orientierter Physik, womit immerhin der Hang/Zwang zur Personalisierung hätte aufgebrochen werden können, wird von Hermann nicht einmal erwähnt. Zusammengekommen indizieren diese Defizite einen völligen Mangel an wissenschaftssoziologischer

Begründung und Reflexion der Argumentation — der durch zwei kurze Verweise auf Max Webers alt-ehrwürdigen Vortrag/Aufsatz »Wissenschaft als Beruf« von 1919 bloß umso deutlicher bloßgelegt wird.

Obwohl dieser Vorbehalt keineswegs eine abstrakt-terminologische Darstellungsweise implizieren muß, hängt dieses Defizit wohl doch mit der nicht recht eingestandenen Absicht zusammen, eine »lesbare« — und eben: popularisierbare — Abhandlung zu schreiben, die mit den Kritiken von Traube und Jungk erfolgreich würde konkurrieren können: einige überraschend unqualifizierte Bemerkungen in den beiden Schlußkapiteln der Arbeit bestätigen diesen Eindruck. Fatal sind allerdings nicht die expliziten Polemiken, sondern lange Textpassagen strukturierende uneingestandene Voreingenommenheiten, die den Versuch der Analyse der Situation der Wissenschaft im Nationalsozialismus implizit auf diese *aktuelle* Diskussion um »Wissenschaftsfeindlichkeit« hin fokussieren. In immer wiederkehrenden Formulierungen heißt es da: »Wissenschaft war Hitler eine fremde Welt« (162; s.a. 133/4, 146, 160) oder »Wissenschaft war Hitler grundsätzlich unsympathisch« (188), was zunehmend den Eindruck erweckt, als ließen sich auf dieser Argumentationsebene zureichend die Verbrechen und Versäumnisse des Nationalsozialismus bestimmen. Zwar betont Hermann auch, daß dieser Mangel an Verständnis auf seiten Hitlers »ein Glück« gewesen sei (da es z.B. den Bau einer »deutschen Atombombe« verhindert habe), nur ändert diese angemessene Bewertung des Vorgangs nichts daran, daß die Form der Analyse, um es sehr vorsichtig auszudrücken, unzureichend ist. Die weithin »erfolgreiche« Mobilisierung von Naturwissenschaften und naturwissenschaftlich angeleiteter Technologieproduktion in den Bereichen der Großchemie, der Waffenproduktion oder eben auch der medizinischen Menschenversuche dürften belegen, daß die Probleme des Funktionierens der Wissenschaft im Nationalsozialismus in dieser Form nicht angemessen bestimmt werden können. Die Barbarei des deutschen Faschismus läßt sich nicht auf den Nenner bringen, (schon) Hitler sei »wissenschaftsfeindlich« gewesen.

Was dieses Etikett für die Bestimmung der *gegenwärtigen* Auseinandersetzung hergeben könnte, wäre in einer Analyse zu klären, die sich den gegenwärtigen Problemen stellt, die etwas zu tun haben mit den sozialstrukturellen Implikationen von Großtechnologie, in denen soziale Wirklichkeit festgeschrieben wird; die aber auch etwas zu tun haben mit einer auf die Erzeugung solcher Großtechnologien hin ausgerichteten Strukturierung der Begründungszusammenhänge von Wissenschaft.

Hermanns Buch vermittelt einen sehr nachdrücklichen Eindruck vom Ausmaß der derzeitigen Verständigungsschwierigkeiten und der Heftigkeit der in ihnen verborgenen Interessenunterschiede. Vermutlich ist es sehr viel ertragreicher und in den Ergebnissen erträglicher, wenn diese interessenbedingten Voreingenommenheiten — durchaus in polemischer Form — in den Kontext der Auseinandersetzung explizit mit eingebracht werden, als wenn sie in vorgeblicher wissenschaftlicher »Voraussetzungslosigkeit« (s.o.) die Form der Argumentation beeinträchtigen. »Als die 'Nuova Scienza' in der Welt antrat, da hatte sie eine mitreißende Verheißung: die des gesellschaftlichen Fortschritts. Heute weckt die Wissenschaft keine solchen Visionen mehr. Was aber haben wir anderes zur Bewältigung der Zukunft als unsere Wissenschaft? Zwar hat sie sich an so manchem Übel in der Welt mitschuldig gemacht; aber sie ist nicht starr wie eine Ideologie, vielmehr gehört Entwicklungsfähigkeit geradezu zu ihren Wesenszügen. Wir können aus Fehlern lernen und es in Zukunft besser machen.« (241) Trotz aller Einschränkungen gegen diese Formulierung, die sich aus meiner Kritik ergeben: wie wichtig/richtig diese Sätze sind, erhellt vielleicht schon daraus, daß sie eine durchaus brauchbare Folie der Kritik an Hermann's Arbeit abgeben. Wichtiger aber ist etwas anderes: eine neue Legitimation der Wissenschaft läßt sich nicht dadurch gewinnen, daß sie eine Mitschuld an »so manchem Übel in der Welt« eingesteht — um auf diesem Wege wieder unschuldig zu werden.

Analyse und Reflexion der gesellschaftlichen Bedeutung der heutigen Formen organisierter Wissenschaft setzen andere (wissenschaftlich begründete) Kategorien voraus.

Lothar Hack (Frankfurt/M.)

Attali, Jacques: Die kannibalische Ordnung. Von der Magie zur Computermedizin. Übersetzt aus dem Französischen von Horst Brühmann und Solveig Ockenfuß. Campus-Verlag, Frankfurt/M. 1981 (288 S., Ln., 38,- DM)

Die 'kannibalische Ordnung' ist für Jacques Attali, Professor an der Universität von Paris-Dauphiné und ökonomischer Berater der Sozialistischen Partei Frankreichs, das Grundprinzip — zunächst buchstäblich, später als Metapher —, das der Geschichte der Heilkunst zugrundeliegt: »Von Gesundheit zu sprechen, bedeutet also, im ureigentlichen Sinne von Politik zu sprechen. Es gilt dabei zu verstehen, wie jeder Therapeut dazu beiträgt, eine bestimmte Ordnung aufrechtzuerhalten, indem er die Feinde identifiziert und Formen ihrer Zerstörung durchsetzt. Gegen das Übel zu kämpfen bedeutet immer, das Leiden zu verspeisen: Die Ordnung ist immer kannibalisch.« (14) Attali unterscheidet in der Geschichte der Medizin vier »Zeichensysteme«, die Zeichen der Götter, der Körper, der Maschinen und des Codes. In der ersten — archaischen — Epoche ist die Heilung ein 'religiöses Schauspiel': »Hier ist Krankheit gleichzusetzen mit Besessenheit des Körpers durch böse Geister und Seelen; Heilen bedeutet, rituell die bösen Geister abzusondern und den Sündenbock zu opfern, um damit die Götter zu bitten, vergangene Sünden zu vergeben und vor künftigen zu bewahren.« (13) Den Kannibalismus interpretiert Attali als eine erste Therapieform: »Im übrigen zeigt der gesamte Verlauf, daß es keine Völker gegeben hat, bei denen es nicht die Regel gewesen wäre, ganz bestimmte Teile des menschlichen Körpers zu essen, den Krankheiten entsprechend, die kuriert werden sollten.« (29) Die »Zeichen der Götter« (21ff.) werden abgelöst durch die »Zeichen der Körper« (67ff.), die bis zur Industrialisierung ihre Geltung behaupten: »Der Diskurs über das Leiden ist nun nicht mehr das Monopol der Gottesmänner, der Priester, sondern wird jetzt von den Männern des Körpers, den Polizisten, in Gewahrsam genommen.« (69) Der Kranke wird ausgesondert, in dafür eingerichtete Hospitäler eingesperrt; der Arzt wird zu einem eigenständigen Beruf außerhalb der klösterlichen Institutionen. Diese Phase markiert bereits den Übergang von feudalistischen zu kapitalistischen Strukturen, in denen die Krankheit unter der Herrschaft der »Zeichen der Maschinen« (156ff.) gerät. Der Wert der Arbeitskraft dominiert auch für den medizinischen Blick, es geht für die Herrschenden »nicht mehr an, die Kranken einzusperren«, sie sollen an die Maschinen gebunden werden und ihren Körper in den »Dienst des Kapitals« stellen (150). Der Leib wird selbst zu einer Maschine, die Aufklärer und Ärzte zu Maschinisten, die für die Wartung verantwortlich sind. Die Dialektik der Aufklärung bestimmt somit auch die Medizin, die Krankenhäuser werden zu Experimentierstätten, in denen für den 'Fortschritt' die Kranken zum Material werden. Im 20. Jahrhundert erwachsen daraus die Konzentrationslager, in denen alle »abzusondernden Körper« vereinigt werden (205): »Der nazistische Wahnsinn, die absolute klinische Barbarei, der kapitalistische Kannibalismus trägt in sich den Keim der Krise der Ordnung der Maschinen und kündigt die künftigen Barbareien an.« (205) Im »Zeichen der Codes« (221ff.) erscheint die Barbarei nicht mehr als unmittelbare physische Vernichtung, sondern als eine Verwandlung des Lebensbegriffes. Der Code, die gesellschaftlich produzierte Konvention über Gesundheit und Normalität, macht sich nicht nur den Körper untertan, sondern auch die Produktion des Lebens: »Heilen heißt immer noch: absondern, nur wird eben nicht mehr die Armut oder die Krankheit, sondern die Anormalität abgetrennt, der Fehler im Code, im Verhalten, in der genetischen Struktur. Heilen heißt: die Normalität wiederzufinden, wenn alle Anstrengungen zu ihrer Einhaltung mißlungen sind und die Prädestination Wirklichkeit geworden ist.« (249) Der »neue« Mensch soll die Normalität nicht

mehr in Frage stellen können; er soll zu einem seelenlosen Automaten degradiert werden, bei dessen Anblick die Romantiker sich in den Wahnsinn flüchteten. Unter der Herrschaft des technischen Wahnsinns, der sich zur Vernunft erklärt hat, wird es diese Flucht nicht mehr geben, weil der Wahnsinn nicht mehr vorgesehen sein wird. Der Körper löst sich auf in der Warenwelt, wird 'verschlungen' von einer Ideologie, die alles für ersetzbar und machbar erklärt: »Man sucht also nicht mehr die Krankheiten der Klinik zu heilen; die Anstrengungen richten sich vielmehr darauf, Normalmenschen zu schaffen, die mit der Kopie in Einklang stehen und eine industriell produzierte genetische Normalität zu konsumieren haben ...: Sobald es künstliche Bauchspeicheldrüsen gibt, kann man wieder Zucker essen — und rauchen, sobald Lungenprothesen verfügbar sind. Die Bereitstellung von Konsum-Prothesen wird zur Therapie.« (265) Letztlich wird dadurch auch der Arzt überflüssig und durch den Ingenieur ersetzt. Die Symptome — und das gilt bereits heute — werden behandelt, und je erfolgreicher dies gelingt, umso geringer ist die Gefahr, daß sich der Blick auf die gesellschaftlichen Ursachen der Krankheiten richtet.

So anregend Attalis Hypothesen auch sein mögen, ist seine Annahme, daß die Medizin auf »Einverleibung« beruhe, eine oberflächliche Analogie; sie gilt weder für traditionelle Heilverfahren, wie z.B. chinesische, noch insgesamt für die moderne Medizin. Attalis »Zeichensystem« verliert immer wieder die gesellschaftliche Basis aus den Augen, deren Strukturen sich in der Medizin reproduzieren. Attali selbst versucht diesen Einwand zu entkräften, er schreibt am Ende seiner Untersuchung: »Indem sie dem Vergangenen eine logische Tendenz unterlegt und daraus eine Zukunft extrapoliert, hilft sie, diese Zukunft abzuwenden und all das zu zerstören, was sie in uns entstehen läßt. Und damit wird gleichzeitig auch die Darstellung des Vergangenen nichtig, die jener Extrapolation zugrundelag. Wir können es vermeiden, Kannibalen gewesen zu sein, wenn wir aufhören, es zu werden.« (275) Auch wenn Attali seine Hypothesen dadurch relativiert und deren provokativen Charakter deutlich werden läßt, ist ihm ein Vorwurf nicht zu ersparen: Seine Vereinfachungen und Verallgemeinerungen verleiten ihn zu einem Universalismus, der das Einzelne — den Kranken, der die Krise der Medizin am eigenen Leibe erleiden muß — letztlich nicht in den Blick bekommt. Gerlinde Bergmann (Amöneburg)

Glaser, Hermann (Hrsg.): Fluchtpunkt Jahrhundertwende. Ursprünge und Aspekte einer zukünftigen Gesellschaft. 2 Bde. Ullstein Verlag, Frankfurt/Berlin/Wien 1981 (351 S., und 389 S., br., je 14,80 DM)

Daß wir uns in einer Krise befinden, weiß heute jeder. Was liegt näher, als angesichts einer nahezu unüberschaubaren Vielfalt an Diagnosen und Therapien die Flucht in die Zukunft zu ergreifen. Daß diese Flucht nicht in einem blinden Überlassen an Zukunftsvisionen endet, hat sich der Kulturpolitiker Glaser zum Ziel gesetzt. Den Weg zu diesem Ziel markieren 57 Beiträge, die zwischen 2 und 27 Seiten lang und alle zwischen 1972 und 1980 bereits andernorts erschienen sind. Die Vielzahl der Beiträge verbietet hier ein näheres Eingehen; ich beschränke mich auf die Einleitung des Herausgebers (Bd. 1, 7-33). In ihr werden Auswahl und Aufbau der Anthologie begründet und darüber hinaus die zentrale Argumentationslinie herausgearbeitet. Ausgangspunkt ist die Forderung, »den 'Fluchtpunkt Zukunft' rational, argumentativ anzugehen ...« (8). Zentrale Kategorie ist die Emanzipation des Menschen oder wie Glaser es ausdrückt: »Der Mensch will wieder Hauptakteur werden« (23). Es gelte, diesen schillernden Begriff angesichts der gegenwärtigen Krise wie zukünftiger Entwicklung neu zu bestimmen und ihm einen neuen Stellenwert zu verleihen. Unter vier Aspekten soll dies durchgeführt werden: 1. *Moder- nität im Widerspruch*: Der Prozeß der Moderne als einer der Entstrukturierung habe zwar Emanzipation als Befreiung von Herrschaft thematisiert, doch die Bedeutung von Emanzipation als Befreiung zu etwas sei hierbei auf der Strecke geblieben. Strukturen

seien nicht nur Zwang, sie böten auch Schutz. Die menschliche Sinnfrage lasse sich nur beantworten, wenn menschliches Leben auf neu zu konstituierende Normen und damit verbundene Strukturen bezogen sei. Inhaltlich schweigt sich jedoch Glaser aus und kann dem Vorwurf eines latenten Konservatismus auch nicht durch den vagen Hinweis auf die »Integration von Bewußtsein und Unbewußtem« (18) zur Aufwertung der durch die Moderne diskreditierten Vernunftkategorie entgegen. — 2. *Krise der Politik*: Einerseits dominierten in der wissenschaftlich-technischen Zivilisation Sachzwänge, die sich politischen Entscheidungsmechanismen weitgehend entzögen, andererseits würden abgekoppelt hiervon ideologische Heilslehren verkündet, die den Emanzipationsbegriff nicht mehr mit dem der Sachzwänge vermitteln könnten. Dies führe bei den Individuen zu einer Orientierungslosigkeit, die sich letztlich in Resignation oder Rebellion äußere. Fragwürdig ist es, ob sich hieraus unmittelbar neue Formen der Politik begründen lassen und ob nicht die Flexibilität der Anpassungsmechanismen im Spätkapitalismus unterschätzt wird. — 3. *Jugend zwischen Revolte und Resignation*: Mit der Jugend hat Glaser sein Subjekt der Veränderung gefunden, denn sie sei die Generation der Zukunft. Sollen die Konturen einer zukünftigen Gesellschaft realistisch gezeichnet sein, so müssen sie sich zumindest rudimentär in der heutigen Jugend manifestieren. Notwendig sei eine allgemeine Enthierarchisierung, um »genügend Spielräume zur Selbstfindung und Selbstentfaltung« (24) zu ermöglichen. Das Vertrauen in die Jugend gründet sich in deren negativer Definition. Jugend ist jener sozialpsychologisch bestimmte Bevölkerungsteil, der gegen das Heute ist. Doch allein aus dieser Opposition läßt sich noch kein Zukunftsentwurf konstituieren. Auch ist zu fragen, ob die gegenwärtige Krise nicht zu einer Stabilisierung der Herrschaftsstrukturen führt und damit die Möglichkeit über sie hinausweisender Entwicklungen reduziert. — 4. *Alternativen für morgen?* So einleuchtend es ist, daß »man Utopien vom Kopf auf die Füße stellen« (27) soll, so deutlich wird auch das Schwanken zwischen einem platten Realismus, der sich der Gegenwart ausliefert, und einem phantastischen Utopismus, der die Gegenwart längst hinter sich gelassen hat. Hier liegt der Hauptverdienst der beiden Bände: das Aufzeigen der Notwendigkeit, »Phantasie am bereits 'Vorhandenen' fest(zu)machen« (27). — Fazit: Beide Bände liefern einen Überblick über Zukunftsentwürfe der 70er Jahre, basierend auf Analysen der gegenwärtigen Krise. Sie verstehen sich als »Austragungsstätte von Widersprüchlichkeit« (9) und wollen zur Bildung einer »diskursiv(e)n Solidarität« (9) in der Diskussion einer zukünftigen Gesellschaft beitragen. Dies wird als Programm formuliert, kann aber schon deswegen nicht eingelöst werden, weil die einzelnen Beiträge unvermittelt nebeneinander stehen.

Gerd-Uwe Watzlawczik (München)

Billstein, Heinrich und Klaus Naumann (Hrsg.): Für eine bessere Republik. Alternativen der demokratischen Bewegung. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1981 (257 S., br., 14,80 DM)

Der Band sammelt zu den Bereichen Wirtschafts- und Sozialpolitik, demokratische Rechte, Frieden und Abrüstung, Antifaschismus und Rechtsentwicklung, Umwelt, Bildungspolitik, Frauen, Solidarität mit der Dritten Welt eine Auswahl von Positionsbestimmungen von Gewerkschaften, Parteien, Jugendorganisationen, christlichen Gruppen, Bürgerinitiativen, Projekten und Alternativen Listen. Themen und Projekte werden in einen Zusammenhang gebracht: Eine Trennung der Bewegungen verkenne, daß sich alle Praxisfelder in Umgliederungsprozessen befinden. Gemeinsamer Nenner all dieser Initiativen und Organisationen sei die positive Zielsetzung, »die persönliche und gesellschaftliche Kontrolle über die eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen (wieder-)zugewinnen« (8-12). Mit dem Oberbegriff »demokratische Bewegung« ist aber kein beliebiges Nebeneinander von Einzelströmungen gemeint: der Kern der demokratischen Bewegung bestehe sozial aus der Arbeiterklasse (wegen ihrer Stellung in Produktion und

Gesellschaft) und politisch aus den Organisationen der Arbeiterbewegung. Daß sich seit Beginn der 70er Jahre die Praxisfelder der demokratischen Bewegung auffächerten und neue soziale Gruppen einbezogen wurden, verweise auf die historische Kontinuität und Ausweitung dieser demokratischen Bewegung. Schleicht sich mit dieser Strukturierung eine Einteilung nach Haupt- und Nebenwidersprüchen, ein Führungsanspruch der »alten« sozialen Bewegungen ein? Der Begriff des Einbeziehens erweckt einen solchen Eindruck, als ziehe eine existierende Überinstanz »demokratische Bewegung« neue Teil-Subjekte an sich. Haben denn die »neuen« Bewegungen das Selbstverständnis, Teil einer »demokratischen Bewegung« für eine »bessere Republik« zu sein?

Billstein/Naumann reden keiner Über- und Unterordnung zwischen den sozialen Bewegungen das Wort. Vielmehr weisen sie auf die Ausstrahlungskraft der gesamtgesellschaftlichen Alternativen und Ideologiekonzepte der Ökologie- und Frauenbewegung hin und zählen deren »artikulierte Probleme künftig zu den Kernelementen demokratischer Gesellschaftsanalysen« (18). Sie wollen »die verschiedenen Strömungen der demokratischen Bewegung selbst zu Wort kommen« lassen, keine Rangplätze vergeben (7). In Einzelfällen erliegen die Autoren der Versuchung, Positionen unter (von den jeweiligen Strömungen so nicht verstandenen) Zielsetzungen zu vereinnahmen. Beispiel: eine Entschließung der Jungsozialisten, die sich gegen Atomkraftwerke ausdrücklich »in der BRD und anderswo« richtet, wird der Überschrift »Nein zum Bonner Atomprogramm« zugeordnet (171). Oder: völlig richtig stellen die Autoren fest, daß hinsichtlich der »neuen Fragen« (in erster Linie Ökologie und Feminismus) die gewerkschaftlich orientierten Organisationen (wie die Gewerkschaften selbst) mehr auf diese Themen reagierten, als sie selbst zu gestalten (21). Dann ist es aber konstruiert, den Themenbereich der Frauenbewegung mit einer Stellungnahme des MSB Spartakus zu eröffnen, auch wenn dieser Beitrag im Unterschied zu den anderen ausgewählten Dokumenten mehrere relevante Fragen der Frauendiskriminierung in einem Text zusammenfaßt (214). Ungeachtet solcher Schwächen belegt diese gruppenübergreifende Zusammenstellung, wie thematisch breit außerparlamentarische Gemeinsamkeiten sind, die politisch wirksam umgesetzt werden können. Insofern trägt dieses Buch dazu bei, die gegenseitige Kenntnisnahme und das gemeinsame Handeln zu erleichtern.

Fred Karl (Kassel)

Jungk, Robert und Norbert R. Müllert: Zukunftswerkstätten. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1981 (208 S., br., 22,- DM)

Ein sympathisches Buch. Kreativitätstechniken, wie sie vorzugsweise, zur Mobilisierung ihrer Kräfte, unter Managern gedeihen (»wer überleben will, muß sich erneuern und anpassen«), werden hier gleichsam umgedreht, demokratisiert: Gegen Politiker, Manager, Experten, Planer etc., die für und über die Massen entscheiden, sollen die Massen befähigt werden, ihre Kritik an den Entscheidungen anderer zu formulieren, ihre Interessen, Wünsche, Phantasien, alternativen Vorstellungen geltend zu machen und schließlich die Verwirklichungschancen ihrer Neuerungsvorschläge mitsamt den entgegenstehenden Schranken herauszufinden und deren Überwindung in Angriff zu nehmen. Die Entwicklung dieser Fähigkeiten ist Ziel der Zukunftswerkstätten; in den 60er Jahren zum ersten Mal erprobt, verstehen sie die Autoren, die zu ihren Urhebern gehören, als eine Art soziales Experimentierlaboratorium, in dem Phantasie und Mut der Menschen zur kollektiven Gestaltung ihrer Zukunft nach eigenen Bedürfnissen und Interessen freigesetzt werden sollen. »Soziale Phantasie paßt sich nicht an. Sie stößt entweder in bisher ungenutzte Freiräume der Gesellschaft vor, die sie mit neuem Leben erfüllt, oder sie konfrontiert die bestehenden unbefriedigenden Einrichtungen mit ihren Veränderungsvorschlägen. So verlangt der Mut zum 'Andersdenken' über gesellschaftliche Bedingungen auch Mut zum 'Andershandeln'.« (138)

Das Buch verarbeitet Erfahrungen zu einer Anleitung, wie in Zukunftswerkstätten zu

arbeiten sei. Die Erfahrungen sind beachtlich: eine Zukunftswerkstatt hat mitgeholfen, den Abriß der Arbeitersiedlung Eisenheim bei Oberhausen zu verhindern; eine andere Werkstatt war Geburtsstunde des Netzwerks Selbsthilfe etc. Die Arbeitsanleitung gibt organisatorische und methodische Hilfestellungen, geht auf Schwierigkeiten ein, die begegnen können, und auf Möglichkeiten ihrer Beseitigung, und skizziert die Abfolge der Werkstattphasen mit den jeweiligen Hauptaktivitäten. Der Versuch einer Verallgemeinerung faßt »innere« und »äußere Hindernisse« der (in der Regel kurzfristigen) Werkstattarbeit zusammen und diskutiert die Möglichkeiten ihrer Überführung in längerfristige Projekte zur Durchsetzung von Neuerungszielen in der gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Für den meistgehörten und bedenkenwertesten Einwand gegen ihr Konzept der Zukunftswerkstatt halten die Autoren den Hinweis auf die enormen Widerständigkeiten der realen Herrschaftsverhältnisse, an denen die Phantasieprodukte und Alternativideen, sobald sie die geschützten Werkstätten verlassen, leicht zuschanden gehen können, mit der Folge potenziert Enttäuschung und Resignation auf Seiten der Beteiligten (155ff.). Sofern ein solcher Einwand darauf hinausläuft, Aktivitäten wie die Zukunftswerkstätten lieber einzustellen, behalten natürlich allemal die Autoren Recht, hier werde »kritische Phantasie« mobilisiert, würden Widersprüche in den Machtstrukturen aufgedeckt und Verwundbarkeiten »der Übermacht des Bestehenden« erkundet, mit dem Ziel einer Veränderung der Gesellschaft zu einer demokratischen, deren Entwicklung von möglichst allen ihrer Mitglieder mitentschieden wird.

Eine Schwäche des Buches sehe ich in seinem vag-unentschiedenen Verhältnis zur Wissenschaft: In den Phasen der Kritik und Phantasieentfaltung einer Zukunftswerkstatt möchten die Autoren wissenschaftliche Erfahrung zurückgedrängt sehen, als sei sie auf jeden Fall der Feind der Phantasie (45f.). Und erst, wenn's an die Wirklichkeitsprobe geht, soll Wissenschaft zum Zuge kommen, sollen wir — wie es heißt — »uns sachkundig machen, Experten einschalten« (46), ja sogar »unsere utopischen Entwürfe Politikern und Experten« vorlegen und ihrem Urteil unterwerfen (113f.). Nirgendwo die Frage, ob es für die Menschen an die Verwissenschaftlichungsprozesse ihrer Arbeits- und Lebenswelt nichts anzuknüpfen gibt. Die »wissenschaftlich-technische Revolution« verbiete experimentelles Vorgehen, weil sie Entwicklungen beinhalte, »die bei einem Fehlschlag nicht wieder rückgängig ... gemacht werden können.« (158) Für Experimente, wie Zukunftswerkstätten sie anstreben, sei hingegen die Vorläufigkeit, der kleine Maßstab, das Durchspielen von Varianten, die Revidierbarkeit etc. wesentlich. Daß freilich erst mit der wissenschaftlich-technischen Revolution ein Instrument wie die computergestützte Simulation verfügbar wird, mit dem Wirklichkeitsveränderungen sozusagen *vor* dem Ernstfall wirklicher Veränderungen experimentell geprüft werden können, könnte auch für Zukunftswerkstätten von Interesse sein.

Werner van Treeck (Kassel)

Geschichte

Bloch, Marc: Die Feudalgesellschaft. Propyläen/Ullstein Verlag, Berlin/West 1982 (608 S., Ln., 84,- DM)

43 Jahre nach Erscheinen des französischen Originals, zu prohibitivem Preis und — abgesehen von spärlichen terminologischen Erklärungen und einem dürftigen Nachwort des Übersetzers — ohne kritischen Apparat wird das Hauptwerk des Mitbegründers der französischen Sozialgeschichte, Marc Bloch, dem deutschen Leser zugänglich gemacht. Was macht die Lektüre des vom Verlag als 'Klassiker' avisierten Werks nach solcher Verspätung lohnend? Zum einen die terminologische Schärfe, mit der Bloch dem westeuropäischen Feudalismus zu Leibe rückt; zum anderen der methodologische Neuanatz einer Sozialgeschichte, die Wirtschaft und »geistiges Klima« zum Ausgangspunkt nimmt,

die gesamte menschliche Umwelt erfassen will und auch die »Formen des Denkens und Fühlens« analysiert. Im ersten Band untersucht Bloch die »allgemeinen Grundlagen der gesellschaftlichen Verhältnisse« und das »Entstehen jener Bande der Abhängigkeit von Mensch zu Mensch, die der Feudalordnung vor allen Dingen ihre eigentümliche Färbung gegeben haben« (15f.). Im zweiten Band folgt die Analyse der sozialen Klassen — wobei der Adel im Vergleich mit der Bauernschaft sehr viel präziser bearbeitet wird — und die der politischen Herrschaftssysteme. Als zeitlichen Rahmen steckt Bloch mit dem Zeitraum vom 9. bis zum Beginn des 13. Jahrhunderts die seiner Konzeption nach eigentliche Feudalepoche in Westeuropa ab. Für den ersten Abschnitt dieser Epoche (bis zur Mitte des 11. Jahrhunderts) waren noch die Invasionen der Muslime, Ungarn und Wikingen prägend, die als eines der »Fermente der Feudalgesellschaft« wirkten. Neben die bekannten Tatsachen der frühfeudalen Entwicklung rückt Bloch »Lebensbedingungen und geistiges Klima« ein. Für den Zeitraum 1050-1230 diagnostiziert er mit Landesausbau, Wiederaufstieg von Städten und Handel eine »Wirtschaftsrevolution«. Das eigentlich Neue seiner Darstellungsweise zeigt sich in der Analyse der zeittypischen Denkformen und Mentalitäten: Nähe zur Natur, »Unbeständigkeit des Empfindens ... Erregbarkeit« als Resultat der beständigen Unsicherheit (98). Zeitvorstellungen blieben vage wie die Messung der Zeit und das Erfassen von Zahlen. In der Sprache prägte sich der Dualismus von Volkssprache und Latein aus. Großes Gewicht mißt Bloch dem Heldenlied als Dokument eines mündlich überlieferten kollektiven Geschichtsbewußtseins bei. Für die Zeit nach 1050 sieht er die Entstehung neuer »geistiger Züge« mit der »Erfahrung des Selbstbewußtseins«.

Grundlegend für Blochs Feudalismusbegriff sind die »Bande von Mensch zu Mensch«. Als »Leitfaden« der persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse dient ihm das Vasallenband. Aber auch hier gelangt er weit über die Enge einer Verfassungsgeschichte hinaus. »Die Vasallität war die den oberen Klassen eigentümliche Abhängigkeitsform, die sich vor allem durch die Berufung zum Kriegshandwerk und zum Herrschen abgrenzten.« (180) Allerdings will er die Bande der Abhängigkeit der Unterschichten ebenfalls und gesondert in der Analyse der Grundherrschaft einbeziehen. Großen Wert legt er auf die terminologische Trennung Feudalgesellschaft/Grundherrschaft (526). Die Grundherrschaft war älter als die »feudalen Institutionen« und überdauerte diese um Jahrhunderte. Allerdings resultiert aus dieser Trennung ein enger Feudalismusbegriff: »Seit der Mitte des 13. Jahrhunderts entfernten sich die europäischen Gesellschaften endgültig von der feudalen Grundform« (533). Die Grundherrschaft indes überlebte. Enger Feudalismusbegriff bei Bloch heißt nun nicht Abstraktion von den ökonomischen Grundlagen des Lehnswesens: »die meisten Vasallenlehen waren große oder kleine Grundherrschaften« (214). Das Lehen bildet den wirtschaftlichen Aspekt der Vasallität.

Im zweiten Band werden soziologische Kategorien zur Analyse der sozialen Struktur herangezogen. Dem steht aber Blochs Anliegen, »dem historischen Vokabular etwas Genauigkeit zu bewahren« (341), nicht entgegen. Zwar habe es bereits mit Entstehen der Feudalgesellschaft eine »bestimmte adlige Lebensweise« und die Konzentration der »Ausübung militärischer Befehlsgewalt« bei den Herren gegeben (347), Adel als erblicher Stand und »rechtlich definierte Klasse« (347) trat aber erst seit dem 12. Jahrhundert auf. Auch hier legt Bloch großen Wert auf die Darstellung der Mentalität des adligen Lebens. Der Krieg als »adliger Erwerbszweig par excellence« (356), Turnier, Jagd, die Herausbildung von Verhaltensregeln und einer Adelskultur stehen dabei im Zentrum. Bürger und Bauern allerdings kommen in dieser Klassenanalyse des Feudalismus zu kurz. Die Stadt wird schlicht als Fremdkörper in der Feudalgesellschaft gesehen und der Schwurverband der Kommune als sprengend, da unter Gleichen geschworen. Im zweiten Teil des zweiten Bands geht es um die Herrschaftsverhältnisse und den Staat. Hier bewährt sich einmal mehr die von Bloch durchgängig angewandte komparative Metho-

de. Zunächst geht es um das Problem der Kontinuität der Herrschaft nach den Prinzipien von Wahl oder dynastischem Recht. Da die Kommunikation unentwickelt, die Geldreserven dürftig und zur Ausübung von Herrschaft der direkte Kontakt mit den Beherrschten unabdingbar waren, reduzierten sich die Funktionen des feudalen »Staats« auf Führen, Strafen, Unterdrücken, Verteidigen und Erobern. Im zweiten Abschnitt der Feudalepoche kam es mit dem Aufkommen des Städtewesens, der Belebung der Warenzirkulation und damit der Möglichkeit für Steuern, Bürokratie und stehende Heere zum Erstarken des Staats. An drei Entwicklungstypen werden vergleichend für Frankreich, Deutschland und England die Grundzüge des Erfolgs oder Scheiterns der Zentralgewalt vorgeführt. Überzeugend legt Bloch die Bedingungen des Scheiterns der »altertümlichen Monarchie« in Deutschland bloß. Die Vorzüge seines komparativen Verfahrens demonstriert Bloch an einem knappen Vergleich mit dem japanischen Feudalismus nach den Feudalismus-Kriterien: Hörigkeit, Lehensdienst, Vormachtstellung einer Klasse spezialisierter Krieger und Zersplittern der Macht. Ulrich Wacker (Hamburg)

Duby, Georges: Krieger und Bauern. Die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft im frühen Mittelalter. Syndikat Verlag, Frankfurt/M. 1981² (294 S., br., 29,80 DM)
Duby, Georges: Die drei Ordnungen. Das Weltbild des Feudalismus. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1981 (511 S., Ln., 78,- DM)

Eine »histoire totale«, wie sie Duby rekonstruieren möchte, hat der Analyse der materiellen Strukturen gleichen Rang beizumessen wie der Darstellung und Erklärung der Bilder und Vorstellungen, die sich die Menschen einer Epoche von ihrer Wirklichkeit machten. Die historisch spezifische »Mentalität« wirkt prägend auf die objektive Wirklichkeit zurück. Resultate dieses Programms einer neuen Mediävistik liegen mittlerweile in deutsch vor, das erste vorwiegend sozialgeschichtlich, das zweite ideologiegeschichtlich orientiert. »Krieger und Bauern« will den Entstehungsprozeß des Feudalismus erklären. Im Zentrum steht die Frage, was den Anstoß zur Entwicklung von Produktivkräften und Produktivität der feudalen Ökonomie gab. Dubys Darstellung beginnt im dunklen Zeitalter, der Regression der Völkerwanderungszeit mit ihrem Rückgang zur Naturalwirtschaft — der allerdings regional differenziert wird. Die Analyse der Produktivkräfte setzt ein mit der Darstellung des europäischen Naturraums in seiner bereits von den Menschen der römischen und der »barbarischen« Zivilisationen angeeigneten Form. Die Diskussion von Bevölkerungsentwicklung und Klimaschwankungen mündet in die These: »Damals war die eigentliche Grundlage von Wohlstand und Reichtum nicht der Landbesitz, sondern die Macht über die, wenn auch noch so elenden, Menschen und ihre erbärmlichen Werkzeuge.« (20) Eine »sehr unzulänglich ausgerüstete Agrargesellschaft« (23) steht am Anfang des europäischen Feudalwesens — wenn auch die Analyse der Arbeitsmittel große methodische Schwierigkeiten bereitet, zieht Duby diesen Schluß. Zwei Ernährungssysteme stehen sich gegenüber: das der Römer (Brot, Wein, Öl, Gemüse), das ein spezifisches Anbausystem zur Voraussetzung hat und das der Barbaren (Fleisch, Fett) mit extensiver Feldbestellung, Weidewirtschaft und langer Brache verknüpft. Zur Sozialstruktur stellt Duby eine Verallgemeinerung der Unfreiheit fest — im Gebrauch der Kategorien »Sklave, Sklaverei« zeigen sich allerdings begriffliche Unschärfen. Trotz der Autarkie als Haupttendenz der Domänenwirtschaft kannte auch das dunkle Zeitalter eine Vielzahl von Tauschakten. Allerdings nicht als Handel im eigentlichen Sinn. Duby spricht von einer Zirkulation von »zeremoniellen und sakralen Gaben«. Die Rolle des Münzgelds wird unter psychologischem Aspekt angegangen. Ausgehend von der Feststellung, daß es seit dem 6. Jahrhundert nur noch geprägte Silber- und Goldstücke mit hohem Tauschwert gab, schließt Duby, daß diese »Währungsphänomene weniger mit der Wirtschaftsgeschichte zu tun (hatten) als mit der Geschichte der Kultur oder der politischen Strukturen.« (67) Voraussetzung für Geldproduktion

und -verteilung seien staatliche Strukturen, was sich mit der Wiederbelebung der Geldwirtschaft in der Karolingerzeit zeige. Bei der Analyse dieser Epoche verläßt sich Duby auf schriftliche Quellen, die Bestandsaufnahmen der Domänen. Zum Zeitpunkt ihrer Aufzeichnung in den Polyptychen sei die Domänenwirtschaft — geprägt von den Konsumbedürfnissen von Adel und Klerus — bereits ein verkalkter Organismus gewesen, der die expansiven Kräfte der Bauernschaft blockierte und die unter demographischem Druck heraufziehende Ernährungs Krise verschärfte.

Die Folgen der Invasionen von Wikingern, Ungarn und Arabern werden von Duby in ihren Auswirkungen auf die bäuerliche Ökonomie als nicht sonderlich katastrophal gewertet. Von der Mitte des 11. Jahrhunderts an datiert Duby das feudale Zeitalter, geprägt von den »Eroberungen der Bauern«. Das Feudalwesen wird zwar als Produktionsweise, wesentlich aber auch durch politische und ideologische Momente charakterisiert (»Verfall monarchischer Autorität« [166]; erste »kohärente Kriegsmoral«, die Krieg und Plünderung als Keuzug nach außen lenkt; das zentrale Ideologem der Dreiständelehre). Als »Triebfeder des Wachstums« erscheinen die Konsumbedürfnisse der Herren: der Druck der Rentsteigerung führte zu technischer Weiterentwicklung (mehr Kornmühlen, Brotöfen, bessere Pflüge und Gespanne) und Steigerung der Produktivität, vor allem aber zur Urbarmachung neuer Ackerflächen, dem »größten ökonomischen Ereignis des 12. Jahrhunderts« (204). Als Hauptquelle zur Steigerung der Revenue nutzen die Herren die Bannrechte (seigneurie banale) mit den Monopolen über Mühle, Kelter und Ölpressen und den Einkünften aus der Gerichtsherrschaft. Die letzten Jahrzehnte des 12. Jahrhunderts stellen aber auch deshalb einen »Wendepunkt der europäischen Wirtschaftsgeschichte« dar, weil die Stadt im Rahmen der feudalen Ökonomie eine Schlüsselposition gewinnt. Sie wird zu einem Sammelpunkt des Netzes von Abgaben der Bauern, in dem die Überschüsse des Landes zentralisiert werden. Duby betont feudalen Ursprung und Verklammerung des städtischen Handels und Gewerbes. Der revolutionäre Inhalt der Kommunebewegung wird relativiert. Das 12. Jahrhundert, geprägt von den »Eroberungen der Bauern«, verweist diese schon auf den zweiten Platz nach der aufblühenden städtischen Ökonomie.

Nach der Sozialgeschichte der »Krieger und Bauern« — in der die Beziehungen zwischen Geistigem und Materiellem bereits eine Schlüsselrolle spielten — wandte sich Duby mit der Analyse des Denkmodells von den »drei Ordnungen« dem »Imaginären« des Feudalismus selbst zu. »Es geht um zwei Sätze: 'Hier auf Erden beten die einen, andere kämpfen und noch andere arbeiten' und 'Seit Anbeginn der Welt war das Menschengeschlecht in drei geteilt, die Männer des Gebets, die Bauern und die Krieger.« (27) Diese zwei Sätze drücken das »trifunktionale Bild« der gesellschaftlichen Ordnung aus, die in Frankreich fast 1000 Jahre Bestand hatte, des Feudalismus (17). Verfaßt von zwei hervorragenden konzeptionellen Ideologen, den Bischöfen Adalbero von Laon und Gerhard von Cambrai im 11. Jahrhundert in Nordfrankreich. Duby geht es vor allem darum, »zu untersuchen, unter welchen Umständen, angesichts welcher Probleme, auf welche gegensätzlichen Äußerungen hin jenes ideologische System konstruiert wurde« (21). Zunächst also Biographie und Selbstverständnis der Ideologie-Produzenten, Anlaß und Adressat ihrer Schriften, Verortung im Streit ihrer Zeit, Analyse der Quellen und Vorgeschichte des Modells. Duby schließt, daß die Ausarbeitung des trifunktionalen Modells in eine Zeit der Krise fiel: als Antwort auf konkurrierende, für die Herrschenden bedrohliche Modelle (der Ketzer, der Gottesfriedensbewegung, der Klosterreform) in einer Zeit der Paralyse der Zentralgewalt. Im methodisch zentralen Teil des Buches kommt Duby nach akribischer Paraphrase der Texte von Adalbero und Gerhard zur Frage nach den »äußeren Bedingungen« ihres Denkens. Die Dreiteilung der gesellschaftlichen Funktionen gilt Duby als Antwort der herrschenden Ideologie auf die bedrohlichen Gleichheitsvorstellungen der südfranzösischen Ketzer. Auch Kommunebewegung, Klosterre-

form und die Weiterentwicklung des Feudalisierungsprozesses unterminierten die Autorität der Bischöfe. Beim Rückbezug der Ideologie auf die »Transformation der Produktionsweise« (223) operiert Duby mit einem eher politisch akzentuierten Feudalismusbegriff: die neue »landesherrliche« Produktionsweise »beruht auf der Landeshoheit ..., dem Recht der gewaltsamen Aneignung innerhalb eines militärisch besetzten Gebiets«. Das Denkmodell der »ternären Figur« wird als konservative Herrschaftsideologie beschrieben, die auch die funktionelle Zweiteilung der herrschenden Klasse mit umschloß (239). Bis zur Restauration des monarchischen Staats tritt das trifunktionelle Modell zurück, um nach einer Latenzzeit (geprägt von Ketzerei und Niedergang des Königtums) von eineinhalb Jahrhunderten wieder an die Oberfläche des Bewußtseins zu treten. »Es besteht eine deutliche Korrelation zwischen der Geschichte dieser Denkform und der Geschichte der Macht in Nordfrankreich.« (413) Nach einer Periode der Klassenkämpfe — das Volk stellt die »landesherrlichen Produktionsverhältnisse« in Frage — taucht das trifunktionale Modell wieder auf, diesmal in der Sprache der Laien am Hof. Die »Geschichte einer imaginären Figur« geht zu Ende, als sie zu einer »Geschichte einer Institution des monarchischen Staats« geworden ist: der Generalstände, die erst mit dem Ancien Régime des 18. Jahrhunderts untergingen.

Kritisch anzumerken wäre, daß die Zuordnung von sozialen und politischen Verhältnissen zu Denkformen in Dubys Methode eher assoziativ bleibt. Dieser Eindruck wird durch die Darstellungsform — Trennung in immanente Nachzeichnung des Denkens von Adalbero und Gerhard und lockere Korrelation mit Bewegungen in der Wirklichkeit — verstärkt. Wie die Ideologie der Herrschenden in den Köpfen der Beherrschten wirkte, ist allerdings aus objektiven Gründen kaum mehr zu rekonstruieren. Es bleiben die »Monumente, die von der Macht errichtet wurden ... Von dem, was in den Köpfen der Landbewohner vorging, werden wir nie etwas erfahren.« (230)

Ulrich Wacker (Hamburg)

Attmann, Artur: The Bullion Flow between Europe and the East 1000-1750. Kungl. Vetenskaps- och Vetterhets-Samhället, Göteborg 1981 (149 S., br., 70 skr)

Davis, Ralph: The Industrial Revolution and British Overseas Trade. Leicester University Press, Leicester 1979 (135 S., br., 22,50 DM)

Attmann untersucht die Geschichte des Exports von Edelmetallen aus Europa in den Osten seit römischen Zeiten. Mit Ausnahme der Blütezeit des Kalifats von Bagdad, in der dieses über Silberminen in Zentralasien verfügte, waren die Handelsbeziehungen zwischen den westeuropäischen Ländern einerseits und den osteuropäischen sowie asiatischen Ländern andererseits durch ein Handelsdefizit gekennzeichnet, das regelmäßig durch Export von Edelmetallen ausgeglichen werden mußte. Attmann skizziert die Wandlungen bei den Importen aus diesen Ländergruppen, wobei die allgemeine Tendenz zu beobachten ist, daß zu den Gütern mit extrem hohem Wert pro Gewicht (Gewürze, Seide) seit dem Späten Mittelalter Güter mit mehr Gewicht je Wert hinzutreten, so daß in der Frühen Neuzeit Getreide sowie Marinematerialien Hauptexportgüter aus dem Ostseeraum und Porzellan sowie Baumwollwaren Hauptexportgüter aus Ostasien geworden sind. Attmann kennzeichnet auch die wechselnden Quellen des Edelmetalls, vom Harzbergbau im Hochmittelalter über den tirolerischen und slowakischen Bergbau im 15. und 16. Jahrhundert bis zur Bedeutung Lateinamerikas vom 16. Jahrhundert an. Wichtig ist, daß der Autor nicht nur den Überseehandel der großen Kompanien, sondern auch den Überlandhandel Rußlands, Polens sowie Ungarns einbezieht und so zu einem umfassenden Überblick kommt. Das Ergebnis ist die eindeutige Feststellung, daß Verfügung über Edelmetall Voraussetzung für das Ausmaß des mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Handels Westeuropas mit den osteuropäischen und den asiatischen Gesellschaften war. Was in diesem Handel, was in dem dazu gehörigen Schiffbau an Ge-

winnen gemacht wurde, hätte ohne die Verfügung über dies Edelmetall nicht im historischen Umfang erzielt werden können.

Davis setzt zeitlich ein, wo Attmann aufhört. Er hält die Wirkung der technischen Erfindungen in der Textilindustrie für den entscheidenden Motor der Industrialisierung in England und zählt den Überseehandel nur zu den allgemeinen und indirekten Voraussetzungen des »take-off«. So wurde der aus dem »plunder of India« (55) stammende Geldzufluß nicht direkt zur Kapitalbildung in der Industrie eingesetzt, sondern z.B. zum Aufkaufen holländischen Handelskapitals in England. Dem ist sicher zuzustimmen, hinzufügen wäre vielleicht noch ein Hinweis auf die Bedeutung des Überseehandels für die Weckung neuer Bedürfnisse — die englischen Musselins fanden ja als Ersatz für die indischen ihren Markt vor, wobei die englische Regierung in der entscheidenden Konkurrenzphase durch ein Verkaufsverbot der indischen Waren den Markt monopolisiert hatte. Nachdem die erste innere und kontinentaleuropäische Nachfrage befriedigt war, spielte der äußere Markt etwa ab 1800 für die zweite Phase der Industrialisierung Englands jedoch auch nach Davis eine direkt entscheidende Rolle. Der Wert der englischen Ausfuhr von Baumwollprodukten, 1770 noch irrelevant, stieg bis 1804 auf 16 und bis 1854 auf 35 Mio Pfund, wobei der Anteil des Exports nach Asien und Afrika zwischen 1804 und 1854 von 4,3 auf 39,6 stieg und der Anteil des Exports in kontinentaleuropäische Länder, in denen zunehmend Konkurrenzindustrien entstanden, im selben Zeitraum von 45,5 auf 29,4% sank.

Der eindrucksvollste Teil von Davis' Buch sind die von ihm erstellten Tabellen des englischen Außenhandels zwischen 1784 und 1856, mit denen er früher vorgelegte Berechnungen für die Zeiträume 1660-1774 ergänzt. Davis und Attmann haben konzentrierte Argumentationsketten und umfangreiches Datenmaterial zu der aktuellen Diskussion über das Verhältnis exogener und endogener Zusammenhänge bei der Entwicklung des Kapitalismus vorgelegt, die beide langjährige Forschungen zusammenfassen. Beide Bücher werden von jetzt an zum Standardrepertoire dieser Diskussion gehören.

Hans-Heinrich Nolte (Hannover)

Soziale Bewegungen und Politik

Ellwein, Thomas, u.a.: Zuviel Staat? Die Grenzen der Staatstätigkeit. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1982 (204 S., br., 16,- DM)

»Politikversagen oder Staatsversagen als Begründung für einen Abbau oder doch für eine zielwirksame Gestaltung staatlicher Wirtschaftspolitik« (W. Zohnhöfer, 57), das ist die Herausforderung, auf die dieses von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegebene Buch reagiert. Die überwiegende Mehrzahl der hier versammelten elf Beiträge orientiert sich an wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen; nur zwei Beiträge diskutieren den Staat unter prinzipiellen Gesichtspunkten und stecken dabei den allgemeinen Diskussionsrahmen ab.

Th. Ellwein weist darauf hin, daß »es in Deutschland nie einen *Nachtwächter- und nie einen wirklich aufgabenbegrenzten Staat*« (14) gegeben hat, daß der Staat »eben gesellschaftliche Funktionen immer dann übernimmt, wenn die Gesellschaft sie nicht mehr wahrnehmen kann« (16f.). Diese »*Lückenbüßertheorie*« (17) des Staates wird jedoch dann fragwürdig, wenn der Staat nicht mehr bloß auf gesellschaftliche Entwicklungen reagiert, sondern als scheinbar omnipotente Institution agiert. Damit geht jedoch eine Überforderung des Staates einher, der der Staat nur entrinnen kann, wenn er »sowohl eine gewisse Distanz als auch unmittelbare Präsenz« (23) betont: »politische Zurückhaltung gegenüber technischen, ökonomischen und auch sozialen Visionen« (23); Präsenz i.S. des Schutzes von Grundwerten, »die es auf jede heute denkbare Zukunft hin zu be-

wahren gilt« (23). Ob allerdings die Forderung nach weiterer Demokratisierung als Grundwert oder als uneinlösbare Vision eingestuft wird; ob diese staatliche Politik des »mittleren Weges« (23) nicht bloß den Status quo bewahrt und die Fähigkeit, auf neue Probleme adäquat zu reagieren, noch weiter verringert: diese Fragen konkreter Entwicklungsmöglichkeiten kann der Beitrag von Th. Ellwein nicht beantworten.

Konkreter wird da schon B. Guggenberger in seinem Beitrag. Ausgehend vom »Verlust einer *wertbezogenen* Legitimationsfähigkeit« (186) staatlichen Handelns und der damit einhergehenden Reduzierung des Staates auf einen nützlichen Dienstleistungsbetrieb hebt B. Guggenberger die immer direktere Bindung staatlicher Legitimität an die erbrachten Leistungen hervor. Die »Koppelung von Gehorsamsverpflichtung und erwarteten Nutzen« (198) läßt den modernen Staat zu einem Riesen auf tönernen Füßen werden. Seiner »*technisch-funktionellen Überkompetenz*« (198) steht seine »ernüchternde *Unzuständigkeit in allen lebenspraktischen Fragen*« (198) gegenüber, seine Unfähigkeit, administrativ Sinn produzieren zu können. Von Seiten neuer sozialer und politischer Bewegungen wird dieser Staat aber gerade deswegen in Frage gestellt, da sie sich weigern, den Staat nur unter dem Aspekt der Effektivität zu beurteilen. Je mehr der Staat leistet, je mehr Entscheidungen er fällt, um so eher muß er in Konflikt geraten mit »dissidentierenden Minderheiten« (202), die staatliche Mehrheitsentscheidungen um so mehr gegen die eigenen Interessen gerichtet sehen, je irreversibler die Folgen solcher Entscheidungen (wie im Falle der Kernenergie) sind. Angesichts der auf uns zukommenden Entscheidungen kann B. Guggenberger nur hoffen, daß »noch ein genügend breites 'Polster' gemeinsamer Interessen und Grundüberzeugungen« (203) vorhanden ist, denn ein möglichst allgemeiner gesellschaftlicher Konsens ist Voraussetzung für die Anwendung der Mehrheitsregel bei demokratischen Entscheidungen. Ist dieses Polster nicht vorhanden, dann lauert schon der Leviathan. Was angesichts des drohenden Leviathans bleibt, ist die notwendige gesellschaftliche Disziplinierung, die jedoch nicht staatlicherseits geleistet werden kann. Wie eine entsprechende politische Kultur herzustellen ist bzw. ob eine solche überhaupt herstellbar ist: diese Frage und deren mögliche Antwort bleibt B. Guggenberger schuldig.

Im Rahmen dieser Problemskizze behandeln die restlichen neun Beiträge Instrumente wie Probleme gegenwärtiger Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ob es dabei nun um die soziale Sicherung geht, um die Konjunktur- oder Strukturpolitik, oder um das Problem der Staatsverschuldung: stets herrscht der allgemeine Tenor, daß die gegenwärtige Ausgestaltung dieser Politikbereiche nicht in der Lage ist, »*neue soziale Probleme zu lösen*« (B. Külpe, 112), daß dies aber gerade notwendig ist, nicht nur im Sinne eines bloßen muddling-through, sondern stets orientiert am »Grundsatz der Langfristigkeit« (ders., 113). Die langfristigen Folgen heutiger Entscheidungen stellen dabei das dominierende Problem dar, da sie entweder gar nicht gesehen werden — wie z.B. bei den Wählern — oder zugunsten kurzfristiger Stimmenmaximierung auf zukünftige Generationen überwälzt werden — wie z.B. seitens der Regierungen. Zwei Lösungsmöglichkeiten werden hierfür angegeben: zum einen die Hereinnahme langfristiger Folgen in das gegenwärtige Kalkül mittels einer autonomen Ordnungspolitik; zum anderen die Betonung des Grundgedankens, »daß der einzelne in erster Linie selbst für sich verantwortlich sein sollte« (ders., 104), dies aber immer noch im Rahmen staatlicher Kontrolle. Die Entlastung des Staates geht Hand in Hand mit der Belastung der Individuen, nicht aber mit deren zunehmender Selbstbestimmung, da sie gerade wieder staatliche Herrschaft gefährden würde. Die konkreten Forderungen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik können somit deutlich machen, was B. Guggenberger in seinem Beitrag unter der Stärkung legitimer Herrschaft versteht: die Übertragung von Entscheidungskompetenzen auf den Staat bei gleichzeitiger Übertragung der zunehmenden Lasten auf die Individuen. Notwendig ist der abrufbare Vertrauensvorschuß seitens der Herrschaftsunter-

worfenen, auf den sich die politisch Verantwortlichen jederzeit verlassen können. Daß dies angesichts anstehender Zukunftsprobleme nicht ohne soziale und politische Konflikte abgehen dürfte, dies wird von den einzelnen Beiträgen verschwiegen bzw. nur am Rande behandelt. Trotzdem bietet das Buch in seinen wirtschaftspolitischen Analysen eine gute Zusammenstellung der gegenwärtigen Argumente auf diesem Gebiet.

Gerd-Uwe Watzlawczik (München)

Jänicke, Martin: Wie das Industriesystem von seinen Mißständen profitiert. Kosten und Nutzen technokratischer Symptombekämpfung: Umweltschutz, Gesundheitswesen, innere Sicherheit. Westdeutscher Verlag, Opladen 1979 (129 S., br., 14,80 DM)

Viele von uns sehen es so: 1969 packte die SPD unter dem Druck der Studentenbewegung und der Septemberstreiks eine Reihe von überfälligen Problemen an (»innere Reformen«), seit 1975 hat sie dem Druck der Krise nachgegeben und die Reformen ruiniert, dann mußte man ihr die alte Melodie um so lauter vorspielen, um die Krisenlasten von den Schultern der arbeitenden Massen zu nehmen und die Konjunktur anzukurbeln. Jänickes Buch kann man so lesen: selbst wenn die SPD gewollt hätte — wären die Mißstände in den herrschenden Formen nicht zu beheben gewesen. Für Umweltschutz, Gesundheit, innere Sicherheit sei »ein gewaltiges ökonomisches Potential in eine insgesamt inkompetente Problemlösungsmaschinerie investiert« worden (107). Jänicke belegt, wie wenig der verbreitete Glaube berechtigt ist, daß die wachsenden Ausgaben für »Problemlösungen« auch den behaupteten Effekt haben. Umweltverschmutzung, Volkskrankheiten und Kriminalität sind schneller angewachsen als ihre Bekämpfung. Von den vorübergehenden Erfolgen, etwa bei der Schadstoffbekämpfung, ist nicht einmal sicher, ob sie den Anstrengungen staatlicher Bürokratien oder sogenannten »Gratiseffekten« geschuldet sind (z.B. Verbesserung der Luftqualität durch Brennstoffsubstitution).

Den Grund für diese Entwicklung sieht Jänicke in dem ineinandergreifenden Desinteresse von Staat und Industrie an strukturellen Lösungen der Probleme kapitalistischer Industriegesellschaften. Das Staatsinteresse an Etaterhaltung und -erweiterung, an wiederholbaren und legitimationswirksamen (»sichtbaren«) Problemlösungen und das Industrieinteresse an profitablen und spezialisierten Lösungen bewirken zusammen eine allgemeine Tendenz zur *Symptombekämpfung* (9). Zu den Kosten der Symptombekämpfung müssen die Kosten für nicht abgewendeten Schaden (»Schadenskosten«) aufgebracht werden. Dazu kommen die Kosten für Schäden, die durch die Form der Symptombekämpfung bedingt sind (»technokratische Iatrogenese«, im Umweltschutz z.B. die Luftverschmutzung durch Müllverbrennungsanlagen).

Mancher wird sagen: die These kennen wir schon aus der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Sie kritisiert Jänicke aber gerade, weil sie den Staat auf ein Instrument der Privaten reduziere, statt ihn als Motor der ökonomischen Entwicklung aus seinem Eigeninteresse zu analysieren (29f.). Die Stärke von Jänickes Analyse liegt darin, daß er den Finger auf die besondere Rolle der Staatsstätigkeit bei der Produktion gesellschaftlicher Problemlösungen legt. Ein Beispiel: Der Staat legt bestimmte Kriterien für »reine Luft« gesetzlich fest. Die technischen Ressourcen zur Untersuchung und Kontrolle dieser bestimmten Umweltqualität werden vom Staat nach den vorbestimmten Kriterien eingesetzt. Die Industrie bekommt die entsprechenden Aufträge zur Produktion dieser Umwelttechnologie. So sind nicht nur die Ressourcen über Jahre, wenn nicht über Jahrzehnte für alternative Bestimmungen von »sauberer Luft« blockiert, sondern die *Definitionsmacht* der staatlichen Umweltschutzbürokratien hat die Wahrnehmung des »Problems« und seiner »Lösung« für Jahre vorherbestimmt.

Staatliche Politik im Sinne einer »programmatischen«, zielorientierten und Zwecke realisierenden Tätigkeit habe damit ein Ende gefunden. Die »industriell-bürokratische

Symbiose« bewirke eine »Entpolitisierung industriegesellschaftlicher Problemlösungen« (9). Die Mittel hätten längst über die Zwecke den Sieg davongetragen. Rationalität und Instrumentcharakter des Staates, demokratisch kontrollierte Wahl und Einsatz der Mittel zu vorgefaßten Zwecken, seien zu einem Mythos geworden (16). Das Sinnbild der »entpolitisierten Politik« ist für Jänicke der Minister, der für den Fehler eines Ministerialbeamten den Hut nehmen muß, während dieser im Amt bleibt. Die Definitionsmacht der Bürokraten dominiere die Entscheidungszuständigkeit der Politiker. Jänicke hält die Vorstellung vom Staat als einheitlichem, kohärenten und rationalem Handlungszentrum für überholt. Nach seiner Analyse könnten wir uns eher fragen, wie es einem so chaotischen Apparat mit sich durchkreuzenden und teils paralyisierenden Handlungsrichtungen »gelingt«, den »Eindruck« von Souveränität und Rationalität zu produzieren.

Jänicke versteht sein Buch als Skizze eines Forschungsprogramms, das erst noch eingelöst werden muß. Fragwürdig finde ich die zentralen Begriffe »Industriesystem« und »Entpolitisierung«. 1. *Spezialisierung, Zentralisierung und Rationalisierung* sind für Jänicke die das Syndrom bedingenden Funktionsweisen des »Industriesystems«. Aber soll eine die Übel bei der Wurzel packende Gesellschaft auf diese Funktionen verzichten können? Schlägt hier nicht negativ zu Buche, daß im Begriff des »Industriesystems« die produktive Marxsche Unterscheidung von »Form« und »Inhalt« der gesellschaftlichen Produktion aufgegeben ist? 2. Nur auf dem Hintergrund einer »früher« souverän Zwecke setzenden und realisierenden staatlichen Politik erscheint Jänicke die aktuelle Entwicklung als »Entpolitisierung«. An dem zugrundeliegenden Politik-Verständnis, wonach der Staat immer erst nachträglich in die Vergesellschaftung der Privaten eingreift, sind inzwischen Zweifel aufgetaucht. Gramsci hatte versucht, z.B. den Liberalismus nicht als Beachtung »staatsfreier Räume«, sondern als Konstruktion eines bestimmten Hegemonietyps, als bestimmte Politik aufzufassen. Poulantzas schlug vor, das »Nicht-Politische« par excellence, Privatindividuum und Familie, als durch den bürgerlichen Staat konstituiert zu sehen. Ist nicht auch der moderne Umwelt-Staat als spezifische Politik bzw. Hegemonieform zu untersuchen, statt die politische Analyse in einer neuen Technokratiethese enden zu lassen? Wieland Elfferding (Berlin/West)

IMSF-Autorengruppe: Arbeitslose. Protest und Bewegung. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1982 (208 S., br., 11,80 DM)

Arbeitslosigkeit gehört neben Kriegsgefahr und fortschreitender Umweltzerstörung zu den brennendsten Themen unserer Zeit. Das vorliegende Buch nimmt sich vor, Fakten und Erfahrungen für eine Situation zu vermitteln, »in der die Formierung einer selbständigen Arbeitslosenbewegung auf die Tagesordnung tritt und die Organisationsfrage einer solchen Bewegung zu lösen sein wird« (11).

Das Buch ist auch für Leute, die sich erst einarbeiten, gut lesbar und erhält Anschaulichkeit durch Illustrationen, Faksimiles und Dokumente. Eine umfangreiche, wenn auch nicht ganz vollständige Adressenliste von Arbeitslosen-Initiativen ist angehängt. Diverse Liedertexte lassen sich direkt für Aktionen verwenden.

Hier werden die »Sparbeschlüsse« der Sozialliberalen Bundesregierung diskutiert und die neuesten Regelungen nach dem Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz zum 1.1.1982 eingehend dargestellt, insbesondere auch die Verschlechterungen, die »unter der Hand« durch Veränderung der Berechnungsgrundlage für Leistungen eingebracht worden sind. Die Autoren setzen sich eingehend mit den ökonomischen Ursachen und individuellen Folgen der Arbeitslosigkeit auseinander, kommentieren die verschiedenen Bewältigungsstrategien herrschender Politik und geben einen kleinen Vorgeschmack auf die »Lösung« des Problems à la Strauß & Kohl durch die Darstellung monetaristischer »Sanierung« am Beispiel USA.

Zu bernängeln sind ein paar Undeutlichkeiten in der Darstellung der Ursachen der Ar-

beitslosigkeit. So fehlt eine präzise Unterscheidung zwischen unterkonsumtions- und akkumulationstheoretischer Krisenerklärung, diese läßt sich nur indirekt herauslesen. Diese Unterscheidung wäre aber vom praktisch-politischen Interesse her notwendig, da aus der Perspektive einer Unterkonsumtionstheorie die Beschäftigungsprobleme durch Herstellung adäquater Einkommensproportionen kapitalismusimmanent lösbar erscheinen können. Da jedoch die Produktion der Arbeitslosigkeit durch eine Krise der Akkumulation, durch den Fall der Profitrate bedingt ist, schließt dies den prinzipiellen Antagonismus zwischen Akkumulation und Lohn ein. Dies wird zwar von den Autoren auch nicht unterschlagen, unverständlich ist aus diesen Gründen jedoch, wieso die Autoren zu Beginn ihres Buches (29ff.) hauptsächlich auf Stärkung der Konsumnachfrage setzen, zumal zum Ende des Buches mit der Darstellung empfehlenswerter Beschäftigungsprogramme auf deren komplexer Gestaltung unter Einschluß direkter Eingriffe in die Produktionsbedingungen und Verwendung ungenutzten Kapitals im Rahmen öffentlicher Investitionen Wert gelegt wird (187ff., 192ff.). Bei einer Neuauflage des Buches sollte hier für eine stringenter Herleitung gesorgt werden.

Das Buch zeichnet sich besonders durch das Zueinander aus von Fakten und der Schilderung der historischen und aktuellen, nationalen und internationalen Erfahrung der Arbeitslosenbewegung, sowie der Charakterisierung des Politisierungsgrades der Betroffenen. Nur ansatzweise problematisieren die Autoren das widersprüchliche Verhältnis der Gewerkschaften zum Problem der Arbeitslosigkeit: nämlich, daß diese auf der einen Seite die Arbeitslosigkeit zur Tagesfrage erklären, und daß sie auf der anderen Seite durch Aufnahmeperrren für Arbeitslose und Sondergruppierung ihrer arbeitslosen Mitglieder eine Ghettoisierung mitverursachen. Damit wird die Entstehung einer Massenbasis gerade blockiert, denn gerade denjenigen, die sich bisher ohne Solidarität der Lohnarbeitskräfte besser gestellt wähnten, wird die Arbeitslosigkeit zum Bruch ihrer bisherigen Vorstellungswelt und zum möglichen Beginn einer neuen politischen Identität. Es ist jedoch eine Kernfrage, wenn es um Forcierung und Organisation einer Arbeitslosenbewegung geht, warum ein erheblicher Teil der Lohnabhängigen der gewerkschaftlichen Bewegung und der aktiven Teilnahme an einer antikapitalistischen Bewegung fernsteht. Dieses Problem bringt man aber nicht zur Lösung, wenn man die Gründe dafür nur in der Propaganda der Bourgeoisie sucht und nicht auch in dem Erfahrungszusammenhang vieler Lohnabhängiger, wie er durch bürgerliche Rudimente in Gewerkschaften und traditioneller Arbeiterbewegung geprägt ist (z.B. bürokratische und hierarchische Strukturen, Auftreten privatindividualistischer Tendenzen [s. »Neue Heimat-Skandal«], gebremste Entwicklungsmöglichkeiten von Subjektivität, eher trade-unionistische statt antikapitalistische Perspektiven beim DGB, tendenziell nur auf die politisch-ökonomische Sphäre begrenzter Revolutionsbegriff entgegen umfassender Revolutionierung der Lebensweise). Von daher ist es zu kurz geschlossen, wenn die Autoren, ohne dies näher zu untersuchen, als primäre Katalysatoren einer Arbeitslosenbewegung Gewerkschaft, DKP und SDAJ anbieten, zumal sie aufzeigen (57f.), daß insbesondere jugendliche Arbeitslose einen erheblichen Radikalisierungsgrad und zugleich eine Reserviertheit gegenüber der traditionellen Arbeiterbewegung aufweisen.

Trotz der dargestellten Schwächen hat das Buch einen großen Gebrauchswert in der praktischen Arbeit einer zu organisierenden Arbeitslosenbewegung.

Ulf-H. Brockner (Köln)

Ebert, Theodor: Soziale Verteidigung. Band I: Historische Erfahrungen und Grundzüge der Strategie. Band II: Formen und Bedingungen des zivilen Widerstands. Waldkircher Verlagsgesellschaft, Waldkirch 1981 (193 u. 194 S., br., je 8,90 DM)

Die Bände enthalten Aufsätze aus den Jahren 1968 bis 1980. Insofern kann über beide Bände nichts grundsätzlich Neues berichtet werden. Dies macht sie jedoch nicht weniger

nützlich, da durch sie eine weitreichende Information zusammengefaßt zur Verfügung gestellt wird. Ebert versteht die soziale Verteidigung als die Strategie des gewaltfreien Widerstandes gegen Besatzungsregime und Staatsstrieche. Er faßt sie nicht als starre sicherheitspolitische Doktrin, sondern als ein offenes Konzept, das einer ständigen Weiterentwicklung ausgesetzt sein muß. Einen Teil solcher Entwicklung kann man an den Aufsätzen in beiden Bänden, die dort chronologisch geordnet sind, nachvollziehen. Im ersten Band sind die Aufsätze stärker historisch referierend und haben vor allem Einführungscharakter in die Problematik. Da wird nicht nur gefragt, ob die soziale Verteidigung eine Alternative zur »Vorwärtsverteidigung« sei, es werden auch geschichtliche Beispiele, wie der Juni-Aufstand in der DDR 1953, der Fall der CSSR-Okkupation 1968, aber auch frühere Fälle sozialer Verteidigung dargeboten. Diskutiert wird, wie auch an Stellen des zweiten Bandes, ob eine Verbindung von sozialer und militärischer Verteidigung möglich sei, und wieweit durch soziale Verteidigung eine abhaltende Wirkung und Warnung für potentielle Angreifer zu erreichen wäre.

Im zweiten Band werden solche Themen zwar auch wieder aufgegriffen, insgesamt bezieht er sich jedoch stärker auf die Bedingungen der Bundesrepublik. Unter anderem wird die Widerstandsmöglichkeit gegen innenpolitisches Eingreifen bewaffneter Einheiten, der Zusammenhang zur Ökologie- und Frauenbewegung und die Stellung der sozialen Verteidigung im Bezugsfeld alternativer Sicherheitskonzepte diskutiert.

Der Ausgangspunkt für das Ebertsche Denken ist, so scheint mir, der Verteidigungsfall. Dies bringt Probleme mit sich, muß doch die soziale Verteidigung unter solcher Voraussetzung immer in Konkurrenz zu den militärischen Sicherheitsstrategien sich bewähren. Angesichts riesiger Vernichtungspotentiale und aktueller Vernichtungsbedrohung tritt so der Gesichtspunkt in den Hintergrund, welchen großen Beitrag soziale Verteidigung für die Sicherung des Friedens leisten kann, und zwar selbst dann, wenn ihre Abhaltungsfähigkeit nicht für ausreichend hoch gehalten wird. Natürlich sieht Ebert solche Aspekte auch, aber sie liefern ihm nicht die Kriterien seiner Argumentation. Ich möchte soziale Verteidigung und die Bemühung darum viel stärker eingebettet sehen in eine Strategie der Friedenssicherung bei gleichzeitiger Öffnung von Wegen zu gesellschaftlicher Veränderung.

Bei der Lektüre drängt sich ein weiterer Bereich für zukünftige Forschung und Reflexion in diesem Felde auf. An verstreuten Stellen taucht immer wieder die Frage auf, wie denn Konzepte der sozialen Verteidigung vorbereitet und durchgesetzt werden könnten. Die vordringlichste Forschungsaufgabe sei, nicht die optimalen gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine Umstellung zu erkunden, sondern die minimalen Voraussetzungen festzustellen und zu schaffen (I, 175). Die Bedeutung der Ausweitung demokratischer Partizipation und gegebenenfalls von Sozialisierungsmaßnahmen werden gesehen, »da ohne die vorherige effektive Schwächung der reaktionären Kräfte die Mehrheit der Bevölkerung nicht bewegt werden kann, die neue Sicherheitspolitik zu akzeptieren« (I, 176). Ebert fordert, daß soziale Verteidigung sich auch schon mit den innenpolitischen konservativen Gegnern auseinandersetzen müsse. Könne sie der Intervention aus dem eigenen Lager standhalten, dann reiche ihre Kampfkraft auch aus, um einer potentiellen Aggression der bisherigen militärischen Gegner zu widerstehen (I, 179). Offen bleibt nur immer, wie denn eigentlich diese Massenbewegung zur sozialen Verteidigung hin in Gang gesetzt werden sollte. Hier findet sich bei Ebert nur wenig. Zwar weist er darauf hin, wie sehr die Anwendung gewaltfreier Prinzipien im kleinen überschaubaren Bereich ermutigen könne, fordert dann auch die »Vorverlegung des Engagements vom gesellschaftlichen Globalengagement in die zivile single purpose movement (Ein-Zweck-Bewegung) im Nahbereich« (II, 111), doch viel weiter reichen seine Hinweise nicht. Hier aber liegt gerade in der gegenwärtigen Diskussion der Friedensbewegung der zentrale Punkt. Wenn Abbau militärischer Gewalt, also Abrüstung, ein hervorragendes Ziel der Frie-

denzbewegung ist, wenn gewaltfreier Kampf und soziale Verteidigung dabei eine große Rolle spielen können, dann müssen die Bedingungen, Ansätze, Schwierigkeiten und Strategien von sozialen Bewegungen, sich in dieser Richtung zu orientieren, zum Hauptgegenstand der Forschung werden. Freilich kommt der politischen Praxis und ihren Erfahrungen bei der Wegfindung eine überragende Rolle zu, doch könnte eine weitere systematisierende und verschiedene Teilbereiche — etwa Abrüstungsschritte und Entwicklungsziele gewaltfreien Kampfes — verknüpfende Forschung einen wichtigen Beitrag leisten.

Andreas Buro (Grävenwiesbach)

Ökonomie

Als Ökonomie-Projekt in der *Argument*-Frauenredaktion haben wir angefangen, uns mit Fragen zum Verhältnis Haus(Frauen)Arbeit und Frauenlohnarbeit zu beschäftigen. Die von uns ausgewählten Aufsätze, Sammelbände und Monographien stellen einen ersten Überblick zum Thema dar. Da *Das Argument* die Behandlung dieser Problematik bisher ausgeklammert hat, finden wir es berechtigt, auch ältere Aufsätze, die jedoch Grundlagen aktueller Diskussionen bilden, hier vorzustellen. In dieser rezensierten Literatur geht es um die Analyse geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, darum, wie Frauen im Verhältnis Hausarbeit — Lohnarbeit tätig sind und welche Auswirkungen auf Frauenleben damit verbunden sind sowie um die Beziehung Hausarbeit — Kapitalakkumulation.

Autonome Frauenredaktion

Meillassoux, Claude: Die wilden Früchte der Frau. Über häusliche Produktion und kapitalistische Wirtschaft. Syndikat Verlag, Frankfurt/M. 21978 (208 S., br., 19,80 DM)

Wie dieses Buch besprechen? Es ist in mehrfacher Hinsicht ein Grundlagenwerk, also für viele nötig: Grundfragen des Marxismus werden erweitert, Wissenschaftsstreits aus verschiedenen Disziplinen aufgegriffen (Geschichte, Ökonomie, Soziologie, Ethnologie), neuere Theorien über z.B. Hausarbeit (vgl. die folgende Sammelrezension) gründen darauf. Ziel ist, die Spezifik oder »Natur« von Reproduktionsverhältnissen im Verhältnis zu Produktionsverhältnissen zu begreifen. Meillassoux geht davon aus, daß die Beziehungen, die die Menschen eingehen, um bestimmte Produktionen in bestimmter Weise zu bewältigen, andere sind als diejenigen, die sie eingehen, um die dafür nötigen Produzenten zu produzieren und reproduzieren. Daß diese Bezüge überhaupt thematisiert werden müssen, zeigt er an Beispielen von Vor-Klassen-Gesellschaften sowie in Kritik an Begriffen aus seiner eigenen Disziplin (Ethnologie, Anthropologie). Die »Natur« von Reproduktionsverhältnissen ist alles andere als natürlich. Meillassoux schreibt: Marx habe Familie als außergesellschaftliche Tatsache betrachtet. Der Strukturalist Lévi-Strauss habe der Ehe das Ziel einer »Komplementarität der männlichen und der weiblichen materiellen Arbeit« unterstellt. In Wahrheit lasse sich aber »die sexuelle Arbeitsteilung in keiner Weise durch die Natur erklären, ebensowenig Institutionen wie die Ehe, die Heirat oder die väterliche Filiation (Abstammung). Sie werden den Frauen allesamt durch Zwang auferlegt, sie sind allesamt Tatsachen der Zivilisation, die der Erklärung bedürfen und nicht als Erklärung erhalten können.« (33) Deshalb rekonstruiert Meillassoux die Produktions-/Reproduktionsverhältnisse an Gesellschaften, in denen die Herstellung und Verteilung der Reproduktionsmittel — der Lebensmittel und »Gattinnen« — das dominante Problem war. Dabei stößt er auf ein weiteres übergreifendes Problem, daß nämlich bis heute alle Klassengesellschaften in Bezug auf die Beschaffung von Menschen auf der häuslichen Gemeinschaft aufbauen, in dieser Hinsicht der älteren Produktionsweise nicht überlegen sind und also für sie auch nicht der Satz von Marx gelten könne, daß die Reproduktionsverhältnisse kapitalistisch seien, wenn es die Produktionsverhältnisse sind (9).

Was hängt davon ab? Meillassoux unterstützt eine widersprüchliche Sichtweise auf

Klassengesellschaften. Statt auf Relikte aus alten Zeiten, auf deren allmähliches Absterben wir warten können, richtet er den Blick auf ein spezielles Problemfeld (Reproduktion der Gattung), auf dem die Menschen seit jener Vor-Klassen-Zeit keine entwickelten Lösungen fanden. Zugleich ermöglicht er, die Probleme der Reproduktion als Basis-Probleme zu sehen, als ökonomische Beziehungen, die immer auch soziale Beziehungen sind. Mit Engels: »Nach der materialistischen Auffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte: die Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens ... Einerseits Erzeugung von Lebensmitteln ..., andererseits die Erzeugung von Menschen selbst ...« (7)

In seinem ersten Teil entwickelt Meillassoux Kategorien zum Begreifen der Hauswirtschaft, indem er zunächst andere Gesellschaftstypen aus der Zeit untersucht und so den Mythos *einer* ursprünglichen Gemeinschaft oder Gesellschaft oder Ökonomie zerstört. Es habe »zwei ursprüngliche Typen der Agrarwirtschaft« gegeben (25), die gegensätzliche Reproduktionsverhältnisse determiniert hätten. Er zeigt die Verbindung von »punktuelle Ökonomie«, in der die Erde als Arbeitsgegenstand benutzt wurde (Sammeln, Jagen) und »Mitgliedsbeziehungen«, wo »Schwestern«, »Brüder«, »Väter« keine biologischen/genetischen Verbindungen waren. Bei Mitgliedsbeziehungen verändern die Individuen mit ihrem kurzen Produktionszyklus, der »punktuellen Ökonomie«, auch ihre sozialen Beziehungen. Die Kinder folgen nicht notwendig ihren Erzeugern, sondern werden von den Mitgliedern der Horde adoptiert (28). Darauf baut er seine Kritik am Verwandtschaftsbegriff, durch den alle Ethnologen die sozialen Beziehungen zunächst wahrnehmen. Während derart einmal die Horde in eine »Protolinie« (also eine Vorform von Sippengesellschaften) verwandelt werde, wodurch die umfassendere Konzeption der Mitgliedschaft verschüttet werde, würde andererseits die Verwandtschaft in Liniengesellschaften auf Paarungsnormen reduziert, welche in der Horde vorherrschten. Wesentliches Kriterium von Verwandtschaft sei aber die Filiation, also die Regelung der Nachkommenschaft (32). Der Unterschied zwischen Gesellschaften, in denen Mitgliedschaft und solchen, in denen Filiation vorherrscht, ist gravierend: in der ersteren richte sich die »soziale Stellung des Individuums nach seiner aktuellen Teilnahme an den gemeinschaftlichen Tätigkeiten« und in der zweiten »nach seinem Aufwachsen in einer Produktionszelle und seinem Platz im Zyklus der Reproduktion mittels eines genealogischen Bezugspunkts« (33f.).

Dann untersucht Meillassoux unterschiedliche Formen des Haushalts und der Verwandtschaft, je nachdem, ob die Jagd die bestimmende Produktionstätigkeit war oder die Feldwirtschaft.

In den folgenden fünf Kapiteln analysiert er die spezifischen Formen der Produktions-/Reproduktionsverhältnisse der Hauswirtschaft mit ihrem Beziehungsgeflecht zwischen den einzelnen häuslichen Gemeinschaften. Er entwickelt Reproduktionsschemata für den Produktionsprozeß »Energie-Nahrung-Energie« (67ff.). Er zeigt die Bedingungen der Macht der Ältesten, die auf ihrer Verwaltung der Zirkulation der »Gattinnen« und der »Nachkömmlinge« beruht; dies, obgleich »streng ökonomisch genommen« die Greise überflüssig seien (72ff.). Die Frauen und die »Jüngeren« sind die »Ausgebeuteten« (92ff.). Den Begriff von Politik, den Meillassoux verwendet, finde ich ungewöhnlich und prüfenswert: Er benutzt ihn, wo Unterdrückung/Macht/Herrschaft beschrieben werden und zugleich als Gegenbegriff zu »Natürlichkeit«, etwa wenn er die Hausgemeinschaft so beschreibt: »Die soziale Reproduktion der Hausgemeinschaft ist kein natürlicher Prozeß, auch nicht, wie in den vorhergehenden Fällen, eine Folge von Krieg, Raub und Entführungen. Sie ist ein politisches Unternehmen.« (61)

Im zweiten Teil springt Meillassoux in »die Ausbeutung der häuslichen Gemeinschaft: der Imperialismus als Mittel zur Reproduktion billiger Arbeitskräfte«. Er analysiert Formen der Überausbeutung. Wesentliche Folge sei die internationale »Spaltung des Prole-

tariats«. Er unterscheidet drei Fraktionen nach ihrer Reproduktionsfähigkeit im kapitalistischen Sektor in das »integrierte oder stabilisierte Proletariat«, das direkten und indirekten Lohn erhält; das »Bauernproletariat«, das vom Kapitalismus nur die Mittel für die unmittelbare Wiederherstellung seiner Arbeitskraft, den direkten Lohn, erhält und das »Proletariat, das über keinerlei Reproduktionsmittel in irgendeinem Sektor verfügt« (152). Er zeigt z.B., wie rassistische südamerikanische Staaten die Reproduktionsverhältnisse der Hauswirtschaft (künstlich) erhalten und so dem kapitalistischen Sektor Kosten ersparen. Neu an dieser Theorie scheint mir zu sein, daß konsequent vom Reproduktionsproblem ausgegangen, selbst die Fraktionierung des Proletariats von da aus theoretisiert wird. Das »stabilisierte Proletariat« ist zugleich dasjenige, dem in kapitalistischer Rechnung eine Ausbildung zugestanden wird und das mit Arbeitsplatzsicherheit rechnen kann. Die anderen Fraktionen werden leichter entlassen, als Reservearmee oder in Branchen mit deshalb niedrig haltbarer Produktivität eingesetzt. Das hat Folgen für Gewerkschaftsstrategien. Während das »stabilisierte Proletariat« die Aufrechterhaltung seines Lebensstandards verteidigen werde, in den fortgeschrittensten Schichten aber auch Kontrolle der Produktion fordere, werde nach Meillassoux die zweite Fraktion in erster Linie bessere Arbeits- und Unterkunftsbedingungen verlangen und die dritte könne in Krisen kämpferisch werden, allerdings in der Perspektive, die Stellung eines »integrierten Lohnarbeiters zu erringen« (153).

Wie hängt dieser Teil mit dem ersten zusammen? Bei der Spaltung des Weltproletariats kommen die Frauen plötzlich nicht mehr vor. Die Lücke ist um so auffälliger, als die Wander- und Rotationsarbeiter, die im kapitalistischen Sektor überausgebeutet werden, überwiegend Männer und Ledige sind. Wie kann das in einer Untersuchung über Reproduktionsverhältnisse passieren? Ich vermute, es liegt an seinem Perspektivenwechsel: Im zweiten Teil läßt sich Meillassoux von der kapitalistischen Logik leiten und untersucht, wie diese in die Logik einer anderen Produktionsweise eingreift, diese zugleich erhaltend und zerstörend. Frauenunterdrückung ist ihm keine eigene Frage. Vielmehr gehe der »Kampf der Jugendlichen und der Frauen um ihre Emanzipation (so fortschrittlich er ist, insofern er sich dem Klassenkampf unterordnet, um ihn zu verstärken) ... objektiv in die Richtung der sozialen Entwicklung des Kapitalismus, der ... die Abhängigen immer frühzeitiger in die Emanzipation entläßt, um sie desto schneller den Lohnherren auszuliefern« (162f.). Der Zynismus mag Effekt der abstrakten Sicht von kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten aus sein. Hier ist nicht der Platz für Gegenargumentationen, die umgekehrt nach der Stabilität von Familie ebenso wie der Rate der Erwerbstätigkeit von Frauen fragen. Aber wir sollten die Herausforderung überprüfen, die in der Behauptung von Meillassoux liegt, daß Hausarbeit im Kapitalismus (ich ergänze: für das »integrierte Proletariat«) nicht mehr profitational und die Hausfrau zu teuer sei, um individuell den Nachwuchs großzuziehen. Feministische Theorien behaupten das Gegenteil. Das könnte weitere Forschungen anregen. Vor allem können wir aber aus seinen Forschungen zur Hauswirtschaft lernen, Familie und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung als gesellschaftlich, vielleicht »politisch« hergestellte zu sehen und Reproduktionsprobleme als menschliche, geschlechtsunabhängig noch zu lösende, ins sozialistische Projekt einzubringen.

Hannelore May (Berlin/West)

Bock, Gisela, und Barbara Duden: Arbeit aus Liebe — Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. In: Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen. Courage Verlag, Berlin/W. 1977

Kontos, Silvia, und Karin Walser: Hausarbeit ist doch keine Wissenschaft. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis I. Verlag Frauenoffensive, München 1978

Werlhof, Claudia von: Frauenarbeit: der blinde Fleck in der Kritik der politischen Ökonomie. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 1. Verlag Frauenoffensive, München 1978

Bennholdt-Thomsen, Veronika: Subsistenzproduktion und erweiterte Reproduktion. In: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1981

Während es in den beiden Aufsätzen von Bock/Duden und Kontos/Walser um den konkreten Charakter der Arbeit der Hausfrau geht, beschäftigen sich Werlhof und Bennholdt-Thomsen mit polit-ökonomischen Fragen zur Hausarbeit im Rahmen der internationalen Produktionsweisen-Debatte.

Gisela Bock und Barbara Duden erregten mit ihrem Vortrag 'Arbeit aus Liebe — Liebe als Arbeit' auf der ersten Berliner Sommeruniversität für Frauen 1976 großes Aufsehen. Im Gegensatz zur sozialistischen Frauenemanzipation begreifen die Autorinnen Hausarbeit nicht als Relikt feudaler Produktionsverhältnisse, sondern ihre These lautet: Hausarbeit habe sich erst im 17./18. Jahrhundert im Kontext der Entstehung des Kapitalismus entwickelt. Alles das, was Hausarbeit heute ausmache, »was es ist, wer sie tut, wie sie getan wird; die Einstellung zu ihr, ihre sozio-ökonomische Bedeutung, ihre Beziehung zur gesellschaftlichen und natürlichen Umwelt« (122), müsse im Zusammenhang mit der Entstehung des Kapitalismus untersucht werden.

Anhand historischen Materials weisen Bock/Duden darauf hin, daß bis ins 18. Jahrhundert Frauenarbeit nicht mit Hausarbeit gleichzusetzen sei. Frauen hätten im Rahmen der Produktion des »ganzen Hauses« in der Landwirtschaft, im Handel und in der Verlagsproduktion gearbeitet und so ihren Beitrag zum Familienunterhalt geleistet. Die Trennung des Produktions- und Reproduktionsbereichs, d.h. die Auflösung der Produktion des »ganzen Hauses« habe die Zuweisung der Frau auf die entstehende familiäre Reproduktionsarbeit zur Folge gehabt. Auch die Kindererziehung als angeblich natürliche Aufgabe der Frau sei erst zu dieser Zeit entstanden.

Die Autorinnen kritisieren die verbreitete Auffassung, daß Frauen im Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit machtlos gewesen seien. Sie zitieren ausführlich aus Gerichts- und Kirchenprotokollen, aus denen hervorgeht, daß Frauen es sehr wohl verstanden haben, sich ihrer Haut zu wehren: Sie verprügelten Steuereinnahmer, führten Hungerrevolten an, beteiligten sich an Bauernaufständen und hatten einen großen Anteil an den Kämpfen der Französischen Revolution. Im Kapitel »Kampf um die Hosen« — das besonders reich bebildert ist (auch sonst enthält der Aufsatz interessantes Bildmaterial von arbeitenden und kämpfenden Frauen) — wird deutlich, daß die Frauen sich nicht widerstandslos haben ins Haus drängen lassen.

Hausarbeit hat sich erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts — so die These von Bock/Duden — als vorherrschende Lebensaufgabe aller Frauen entwickelt. Aus der bürgerlichen Hausherrin, die die Dienstmädchen beaufsichtigte und die die Schlüsselgewalt im Haus innehatte, wurde die sittsame Hausfrau, die die Hausarbeit unbezahlt ausführen mußte, die Ehemann und Kinder liebevoll umsorgte. Nicht nur die konkrete Form der Arbeit habe sich verändert, sondern die Hausarbeit habe ihren Charakter als Arbeit verloren: Hausarbeit erscheine nun als Liebe.

Am Beispiel der Immigrantinnen in den USA zeigen Bock/Duden, wie sich das bürgerliche Frauenideal und die Hausarbeit im Proletariat durchsetzten. Die Industrialisierung habe diese Entwicklung erforderlich gemacht, da die Produktivität des Lohnarbeiters durch Hausarbeit geschaffen, gefördert und gesichert werden mußte (165-166).

Auch Kontos/Walser geht es um die Bestimmung der Hausarbeit als Arbeit von Frauen, die als Arbeit mit der Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse »sukzessive aus dem gesellschaftlichen Bewußtsein« (67) verdrängt wurde.

Im 1. Teil ihres Aufsatzes setzen sich die beiden Autorinnen kritisch und bissig mit

den vorherrschenden Auffassungen zur Hausarbeit auseinander: »Als Bereich 'jenseits' der Wirtschaft wird die Hausarbeit den Sozialwissenschaften zugeschoben, und unterwegs geht ihr der ganze Charakter als 'Arbeit' verloren« (67). Insofern stimmen Kontos/Walser auch mit Bock/Duden überein, und genau wie diese lehnen sie die These von der Hausarbeit als vorkapitalistischem Relikt ab.

Der 2. Teil ihres Aufsatzes bietet erste Überlegungen zu einer feministischen Theorie der Hausarbeit. Ausgangspunkt der Thesen ist die Konstatierung einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, die bereits vor dem Kapitalismus existierte, ohne jedoch die Frau auf Hausarbeit festgelegt zu haben. Hausarbeit ist ein spezifisch kapitalistisches Phänomen, »das an die Existenz der Lohnarbeit gebunden ist« (75). Hausarbeit wird von den Autorinnen bestimmt als unmittelbare Voraussetzung der Lohnarbeit, da die Hausfrau die Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft leistet. Damit ist »die unbezahlte Reproduktionsarbeit der Frau wesentlicher Bestandteil des Lohnarbeitsverhältnisses« (75). Kontos/Walser arbeiten anschließend die Widersprüchlichkeit des Verhältnisses von Lohnarbeit und Hausarbeit heraus. Einerseits sei die Hausarbeit in spezifischer Form unter das Kapitalverhältnis subsumiert, da die Hausarbeiterin die Arbeit für das Kapital — die Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft — als unbezahlte 'Privatarbeit' leiste. Andererseits sei die Struktur der Hausarbeit geprägt durch den spezifischen »Charakter des Produkts, das die Hausarbeit hervorbringt« (76).

Diese brisanten Thesen werden von Kontos/Walser leider nur kurz angerissen und nicht systematisch entwickelt und ausgeführt. Die Autorinnen arbeiten vielmehr auf der Ebene der spezifischen Struktur der Hausarbeit als Arbeit am Menschen weiter: Die materielle Seite der Hausarbeit (Kochen, Putzen usw.) sei eng verknüpft mit der psychischen und sexuellen Reproduktionsarbeit. Im Unterschied zur Arbeit des männlichen Lohnarbeiters »ist der Beziehungsaspekt direkter Bestandteil ihrer Arbeit« (76). Dies beinhalte das Problem, daß Liebesarbeit kaum als Arbeit erkannt werden könne, und daß es einen »strukturellen Widerspruch« zwischen Haus- und Lohnarbeit gebe, der der Auflösung der Hausarbeit in kapitalistische Dienstleistungen Schranken setze.

Werlhofs und Bennholdt-Thomens Aufsätze sehe ich als die im deutschsprachigen Raum entwickeltesten und radikalsten Ansätze zum Verhältnis Hausarbeit-Kapitalakkumulation an. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie als die Wissenschaft »von den Bedingungen und Formen, unter denen die verschiedenen menschlichen Gesellschaften« (19) sich entwickeln. Werlhof fragt, ob diese Wissenschaft auch geeignet ist, die »Frauenfrage« zu klären, wobei es ihr um die Analyse der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der spezifischen Ausbeutung der Frau und ihres Körpers geht; dies auch aus historischer Sicht und unter internationalen Aspekten.

In der Weiterverarbeitung von Meillassoux's vergleichender Analyse der Produktion im Haus und in der »Dritten Welt« (vgl. die Rezension in diesem Heft) fassen Werlhof und Bennholdt-Thomsen die Hausarbeit als Produktionsweise der ursprünglichen Akkumulation. Nach Marx ist die ursprüngliche Akkumulation nicht Resultat, sondern Ausgangspunkt der kapitalistischen Akkumulation; mit der Entwicklung der kapitalistischen Akkumulation sei die ursprüngliche vernichtet worden. Rosa Luxemburg, so die beiden Feministinnen, habe sich als erste kritisch mit Marxens Ausführungen zu diesem Thema auseinandergesetzt. Ihr folgen Werlhof/Bennholdt-Thomsen darin, daß das Entscheidende sei, »daß der Mehrwert weder durch Arbeiter noch durch Kapitalisten realisiert werden kann, sondern durch Gesellschaftsschichten oder Gesellschaften, die selbst nicht kapitalistisch produzieren« (Werlhof 1978, 20). Dies beinhalte, so auch Bennholdt-Thomsen, daß die kapitalistische Akkumulation andere nichtkapitalistische Produktionsweisen erhalten und immer wieder neu schaffen muß. Hausarbeit, auf diesem Hintergrund gesehen, ist dann eine nichtkapitalistische Produktionsweise — der

Form der verausgabten Arbeit nach Produktionsweise der ursprünglichen Akkumulation —, auf der das Kapital aufbaut und auf der es immer wieder neu geschaffen wird. D.h. auch Hausarbeit kann nicht länger außerökonomisch gedacht und als privat verausgabt angesehen werden.

Bieten die beiden Autorinnen hier Thesen, die die Notwendigkeit unbezahlt geleisteter Hausarbeit theoretisch begründen, so bleiben ihre Vorstellungen doch auf die Betrachtung ökonomischer Prozesse reduziert. Ihre Herangehensweise schließt zunächst die Frage, warum Frauen Hausarbeit leisten, wie sie Hausarbeit leisten und welchen Gebrauchswertcharakter Hausarbeit hat, aus. Doch im Kontext der anderen vorgestellten Aufsätze bieten sie Ansätze für die Erforschung von Frauenunterdrückung im Zusammenhang der Analyse patriarchalisch-kapitalistischer Strukturen und für die Auseinandersetzung mit Fragen der Frauenarbeit. Sigrid Pohl (Berlin/West)

Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 14. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. 1981 (282 S., br., 18,50 DM)

Dem vorliegenden Sammelband liegt nicht der ursprünglich vorgesehene Rahmen einer »Politischen Ökonomie der Hausarbeit« (7) zugrunde, sondern das Thema »Frauen als Produzierende« (7). Um die Schwerpunkte der kapitalbestimmten materiellen Ebene gesellschaftlicher Produktion/familiärer Reproduktion und die Artikulation von Erfahrungsweisen als (wissenschaftliche) Produktion gruppieren sich die Einzelbeiträge. Die fachwissenschaftlichen Beiträge zur Säuglingspflege und zur Wahrnehmung von Rechtspositionen nehmen wiederum eine Zwischenebene ein, auf der die Autorinnen objektive (Wissenschafts)Normen und Standards auf ihre frauenspezifische Bedeutung hinterfragen und interpretieren. Bei den auf marxistischer Grundlage argumentierenden Beiträgen von Silvia Kontos und Veronika Bennholdt-Thomsen sind grundlegend neue theoretische Bestimmungen zur Reproduktionsproblematik und zum Verhältnis von Subsistenzproduktion/kapitalistische Akkumulation/erweiterte Reproduktion herausgearbeitet. Zum Problem soziologischer Erforschung von Bewußtseinskonstitution anhand empirischer Untersuchungen zu weiblicher Erwerbs- und Hausarbeit haben zwei Autorinnenkollektive nicht nur Defizite bisheriger Theoriebildung benannt, sondern auch bekannte Zusammenhänge in ihrem besonderen Kontext für Frauen in einem neuen Licht erscheinen lassen. Im Rahmen dieser Rezension sollen die Beiträge des Sammelbandes nur an den beiden wichtigsten Zielsetzungen gemessen werden: 1. an der These der »politischen und gesellschaftlichen Stärke der Frauen«, die »eine Widerstandsgeschichte und verdeckte Momente gesellschaftlicher Macht und Identität besitzen«, wenn sich auch »die gesellschaftlichen Strukturen in Frauen und um Frauen einer freien Entfaltung von produktiven weiblichen Potentialen sperren« (8-9); 2. an der »Frage nach der feministischen Wissenschaftskritik, deren Durchführung und Konsequenzen: die argumentative Auseinandersetzung mit der bestehenden Wissenschaft ist im Augenblick so wichtig wie die Mitteilung subjektiver Erfahrung mit dieser Wissenschaft« (10). Die weitgehendste Position zur »politischen und gesellschaftlichen Stärke der Frauen« (8) ist im Beitrag von Kontos vertreten, wo über den Rahmen der ökonomischen Bedeutung weiblicher Reproduktionsarbeit hinaus zusätzlich die patriarchalische Kontrolle über die physische Reproduktionskraft der Frau als das erste und ursprüngliche Moment einer gesellschaftlichen Arbeitsteilung gesehen wird, demgegenüber die Entstehung von Privateigentum als (männlicher) Besitz von Produktionsmitteln erst begründbar erscheint. Die Beiträge empirischer Sozialforschung zur Frauenarbeit in Familie und Fabrik von zwei Autorinnenkollektiven versuchen, Wege zur Befreiung der Frauen von privatistischer Orientierungslosigkeit, familiärer Ghettoisierung und zeitlich unbegrenzter Arbeitsteilung aufzuzeigen. Auf ganz anderer Ebene wird im Beitrag von Hedwig Ortman der naturhafte Gebrauchswertcharakter weiblicher (Haus-)Arbeit betont, deren Produk-

te nach Hegel die unterschiedlichen Verhältnisse des Genießens und Gestaltens ermöglichen und denen sich jeweils Herrschafts- und Knechtschaftsfunktionen zuschreiben lassen. »Menschen und Gegenstände immer und überall zu respektieren, nicht sie den eigenen Interessen unterzuordnen ... Anerkennung der eigenen gesellschaftlichen Natur, die sich in der Funktion der Knechtschaft entwickelt hat« (260) — ist nicht auch dies eine Sichtweise politischer und gesellschaftlicher Stärke von Frauen? Das Problem argumentativer Auseinandersetzung von feministischen Standpunkten mit bestehenden Wissenschaftsinhalten und -formen wird in seinen negativen und lebensfeindlichen, die Frauen verunsichernden und diskriminierenden Aspekten am deutlichsten in den Beiträgen von Claudia v. Braunmühl und Gudrun Reinke. Die Tauschwertmaßstäbe universitärer Ausbildung, Lehre und Forschung werden hier als besonders schonungslos für kompetente Frauen dargestellt, um ihr »Eindringen« in gesellschaftlich relevante (Berufs-)Positionen bewußt oder unbewußt zu erschweren. Aus der subjektiven Sicht weiblicher Ohnmacht gelingen entlarvende Darstellungen universitärer (und männlicher) Machtverhältnisse, die zugleich auch immer bohrende Zweifel an der eigenen Identität als denkende/schreibende/forschende Frau ausdrücken; allenfalls das unermüdliche Festhalten an wissenschaftlichen Thema, an eigenen Denkansprüchen und Lebensentwürfen kann hier noch als weibliche Stärke angesehen werden.

Die außerordentliche Spannweite feministischer Problematisierung und Theoretisierung, die von neugewonnenen Präzisierungen zur Begrifflichkeit materiell-ökonomischer Produktion bis zur engagierten Erforschung rationaler und emotionaler Prozesse im ideell-wissenschaftlichen Bereich reicht, macht den vorliegenden Sammelband zu einem wichtigen Dokument fruchtbarer Ansätze frauenspezifischer Forschung.

Gisela Hartwig (Berlin/West)

Becker-Schmidt, Regina, Uta Brandes-Erlhoff, Ilse Lühring und Beate Schmidt: Frauenarbeit im proletarischen Lebenszusammenhang: was es heißt, Hausfrau zu sein. In: Gesellschaft. Beiträge zur marxschen Theorie 14. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1981

— zit. a

Becker-Schmidt, Regina, Gudrun-Axeli Knapp und Mechthild Rumpf: Frauenarbeit in der Fabrik — betriebliche Sozialisation als Lernprozeß? Über die subjektive Bedeutung der Fabrikarbeit im Kontrast zur Hausarbeit. In: Gesellschaft. Beiträge zur marxschen Theorie 14. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1981

— zit. b

Becker-Schmidt, Regina: Lebenserfahrung und Fabrikarbeit: psychosoziale Bedeutungsdimensionen industrieller Tätigkeit. In: Materialien zur Industriesoziologie. Westdeutscher Verlag, Opladen 1982

— zit. c

Wie die hier genannten Beiträge zeigen, ist auch mit den Mitteln industriesoziologischer Untersuchung neuerdings Forschungsarbeit zu den speziellen Arbeitsproblemen und -erfahrungen von Frauen geleistet worden. Interessant und wohl auch einzigartig an der hier geübten methodischen Vorgehensweise der Autorinnen ist die systematische Berücksichtigung einer doppelten Perspektive bei der Durchführung und Auswertung von Gesprächsinterviews: die jeweiligen Aussagen zu Familie/Hausarbeit erhalten ihre inhaltliche Bedeutung in erster Linie über die entsprechenden Aussagen zur (eigenen) Berufsarbeit, werden dadurch im Rahmen der einzelnen Lebensverhältnisse insgesamt interpretierbar, d.h. nicht an abstrakten Maßstäben von Sozialisationstheorie und politischer Ökonomie allein.

Die Ergebnisse des Beitrags zur Hausarbeit (a) und Fabrikarbeit (b) sind im Kern gleichlautend: beide Bereiche sind in sich selbst widersprüchlich, ambivalent und inkonsistent strukturiert. So ist Hausarbeit sowohl unberechenbar wie auch zwanghaft kalkuliert; selbstbestimmt wie auch fremdbestimmt; zweckbestimmt wie auch affektiv und emotional. Ebenso wird die monotone Fabrikarbeit als Konkurrenz *und* Kooperation,

Ausbeutung *und* Partizipation, Unterordnung *und* Leistung, Entfremdung *und* Lernprozeß gleichzeitig wahrgenommen. Darüber hinaus stehen sich Hausarbeit und Lohnarbeit insgesamt widersprüchlich gegenüber, gekennzeichnet durch die Gegensätze Privatheit, Selbstbestimmung, Individualität einerseits — Gesellschaftlichkeit, Fremdheit, Kollektivität andererseits. Allerdings geht die Feststellung der Autorinnen, daß »alle Funktionen der familialen Reproduktions-, Regenerations- und Sozialisationsarbeit auf den Produktionsprozeß bezogen bleiben müssen« (a, 79), über das bloße Konstatieren von Widersprüchlichkeit hinaus und legt auch für die Verhältnisse in der Hausarbeit den bedingenden Rahmen der Fabrikarbeit fest. Zu Recht halten die Autorinnen handlungstheoretische Erklärungsansätze für reduktionistisch, nach denen Fabrikarbeiterinnen »in besonderem Maße Deformationen und Deprivationerscheinungen zeigen müßten« (b, 69). Allerdings erscheint die Interpretation der Autorinnen nicht ganz nachvollziehbar, wenn sie einerseits aus den Erfahrungen von Kollegialität und Kooperation in der Fabrikarbeit »Widerstandspotentiale im Subjekt« (b, 72) gefunden zu haben glauben, andererseits aber feststellen, daß die Frauen auch für ihre Selbstbewertung im Familienbereich ihre gering eingeschätzte Produktionsarbeit zum Maßstab nehmen (a, 93-94). Abgesehen von diesen kleineren Unstimmigkeiten ist es schade, daß die Autorinnen bei der Theoretisierung der vorgefundenen Widersprüchlichkeit von Frauenarbeit letztlich bei der bloßen Gegensätzlichkeit: kapitalistischer Produktionsprozeß — subjektive Kompetenzen stehenbleiben (c, 308-311). Hier aber hätte die von anderer Seite schon geführte Diskussion zum widersprüchlich bestimmten und gleichzeitig vermittelten Lohnarbeiterbewußtsein (Christiane Bierbaum u.a.: Ende der Illusionen? Bewußtseinsänderungen in der Wirtschaftskrise, Frankfurt/M. 1977) aufgegriffen werden können, in welcher sowohl der materielle Produktions- und Verwertungsprozeß wie auch der Äquivalententausch in der Konsumtionssphäre zum Ausgangspunkt von Bewußtseinskonstitution gemacht wurde. Die hier entwickelten Ergebnisse würden einen interessanten Ausgangspunkt für eine weitergehende Präzisierung der komplexen, speziell für Frauen geltenden Widerspruchsmomente ermöglichen, so z.B. hinsichtlich der besonderen Funktionalität und Stabilität der als »weiblich« geltenden Arbeitstugenden. Von diesem Standpunkt aus wäre den in den Beiträgen a) und b) entwickelten Eigenschaften weiblicher Arbeitskraft im Sinne ihrer spezifischen Nutzbarkeit durch unternehmerische Rationalität und Logik und ihrer Verankerung im Rahmen geschlechtsspezifischer familialer Arbeitsteilung nachzugehen. Der Beitrag c) dehnt nun aber die für Frauen festgestellte besondere Widersprüchlichkeit in den Beiträgen a) und b) auf die Lohnarbeiter insgesamt aus, ohne daß dabei Differenzierungen zwischen Männern und Frauen deutlich werden; das früher eingenommene frauenbezogene Forschungsinteresse gerät mit dieser generalisierenden Tendenz wieder mehr in den Hintergrund.

Insgesamt ermöglicht aber der hier nur skizzenhaft angedeutete »Widerspruchs-Ansatz« eine Fülle von aufschlußreichen Zeugnissen und Deutungen, die für die Erforschung von frauenspezifischen Bewußtseinsformen von weitreichender Bedeutung und aktuellem Interesse sein können.

Gisela Hartwig (Berlin/West)

Summaries

Klaus R. Scherpe: »Relation« But Not »Derivation« — On the Method of Literary History

History of literature in Germany has recently emphasised national character, social identity and emancipation. New projects try to rewrite literary history as a social history of literature. But literature and social history are still considered as two different 'totalities', 'identities', a double essence. Louis Althusser's reading of *Capital*, further developed in various methods of *deconstruction*, offers new aspects for the writing of literary history. The notorious problems of defining periods and epochs, of differentiation between genre and single work of art, and also the problems of narrative discourse can be discussed in terms of a dynamic movement of structures. Non-identity and decentralization as historic notions of the postwar period are worked out experimentally in an attempt to reflect the problems of literary history in the period 1945-1948.

Lauri Mehtonen: From the »fundamental question of all philosophy« to »philosophy as an ideological power«

A whole set of concepts in the writings of Engels and Marx, dealing at the same time with a theory of the ideological *and* with a critique of all philosophy is analysed. It is shown that this is the horizon of Engels' *Grundfrage* (= »fundamental question of philosophy«). In this horizon Engels explains the meaning of »modern« (= Marxist) materialism as being no longer »philosophical«. Answering the *Grundfrage* instead of deconstructing it would fall back behind Marx/Engels. — Part II deals with the ideological nature of the »philosophical«. The key term of the solution in the view of Engels is shown to be the concept of »historical ideologists«. By this concept Engels connects philosophers and their »pure thinking« with the structure of social division of labour inside the historical complex »society + state«.

Thomas Metscher: Ideology, Literature, Philosophy

This article, dealing with the theoretical position of W.F. Haug, examines a number of concepts and theoretical expositions in Haug's publications: a) the concept of ideology, b) the application of this concept in the field of literature and literary theory, c) Haug's suggestions for a Marxist concept of philosophy. The article criticises the concept of ideology, as it is defined by Haug and »Projekt Ideologie-Theorie«, as reductionist and dogmatic, indeed as undialectical, particularly in its opposition to the concept of culture (»ideal socialisation from above« versus »purposive socialisation from below«) while not denying the relevance of the problematic as such. Haug's attempt to distinguish between an »ideological« and an »anti-ideological« type of literature (Aitmatow versus Brecht) is particularly unconvincing. In the final section the author tries to show the one-sidedness of Haug's position is linked up with his notion of the necessarily »non-systematic« form of Marxist philosophy, the rejection of any kind of systematic thinking (implicit of the whole Hegelian tradition).

Frieder O. Wolf: Towards a Subversive Practice of Philosophy

A materialist practice of philosophy is sought for which is capable of subverting contemporary philosophical practice. By introducing a distinction between a topical, a systematical, and an analytical practice of Philosophy, exemplified from the history of political philosophy (Machiavelli, Hobbes, Locke) a case is made for the thesis that it is, nowadays no more to the point to work for a materialist extension of philosophical system building, nor relevant to attempt a materialist renewal of topical philosophical practice. It is argued that the invention of a materialist subversion of the analytical practice of philosophy is a central problem in contemporary class struggle from below.

Joachim Raschke: Beyond the »Volkspartei«

The »Volkspartei« is characterized as a historically successful party type which was functional as far as policies of growth and distribution were concerned. As the external conditions change, the »Volkspartei« enters into a structural crisis. The example of the SPD is employed in discussing the causes and consequences of this crisis. At present, a new party, termed »postindustrielle Rahmenpartei«, is taking up competition with the »Volkspartei«. This party type is outlined in its basic functions and structural elements. It appears more responsive to certain tendencies of societal change than the »Volkspartei«, but will not replace it.

Gerhard Zimmer: Humanization of Labour — Integration or Workers Chance?

New results of labour research have been improved by investigation of workshop places. The German government research programme is promoting labour to become more human. Researchers evaluating social actions are pushed into a role of a mediator in a field determed by the conflicts between employers and workers. The chances of development which the workers and their representatives are able to obtain in their struggles are dependent on their participation.

Über die Autoren

A.: = Arbeitsgebiete; V.: = Veröffentlichungen

- Albert, Claudia*, Dr.phil., geb. 1953; Wiss. Mitarbeiterin an der FU Berlin. V.: *Der melancholische Bürger* (1982). A.: Konstitution bürgerlicher Identität, Exil, Weimarer Republik, Heine. Mitglied der GEW.
- Andresen, Sunne*, geb. 1958; Soziologie-Studium. V.: Mitarbeit an *Projekt Frauengrundstudium* (1980). A.: Frauenbewegung, Arbeiterbewegung. Mitglied im SFB Hamburg.
- Bergmann, Gerlinde*, geb. 1953; Ärztin.
- Blankenburg, Martin*, geb. 1949; M.A. (phil). V.: Beitrag in: Heidtmann (Hrsg.), *Dialektik I* (1980), Beitrag in: Struning (Hrsg.), *Josef Dietzgen* (1980). A.: Philosophie- u. Wissenschaftsgeschichte; Kultursoziologie.
- Braun, Volker*, Mitarbeiter am Berliner Ensemble. V.: *Unvollendete Geschichte* (1977), *Großer Frieden*, Schauspiel (1979), *Training des aufrechten Gangs*, Gedichte (1980).
- Brockner, Ulf-H.*, Dipl.-Päd.; Bildungsreferent beim Fortbildungswerk des DGB. A.: Probleme der Arbeitslosigkeit; Nahverkehr; Bewußtseinsphänomene bürgerlicher Praxis.
- Buro, Andreas*, Prof.Dr.rer.forest., geb. 1928; Hochschullehrer. V.: *Autozentrierte Entwicklung durch Demokratisierung* (1981), *Zwischen sozialliberalen Zerfall und konservativer Herrschaft* (1982). A.: Dritte Welt, Europäische Integration, Friedenssicherung.
- Chahoud, Tatjana*, Dr.rer.pol., geb. 1946; Lehrbeauftragte. V.: *Entwicklungsstrategie der Weltbank* (1982). A.: Politische Ökonomie der Unterentwicklung. Mitglied der ÖTV.
- Dieckmann, Wälder*, Prof.Dr.phil., geb. 1933; Hochschullehrer f. Sprachwiss. an der FU Berlin. V.: *Sprache in der Politik* (1975), *Politische Sprache — Politische Kommunikation* (1981). A.: Sprache und Kommunikation in Institutionen, Sprache in der Politik. Mitglied in BdWi, Deutsche Ges.f.Sprachwiss. (DGfS).
- Eggs, Ekkehard*, Prof.Dr., geb. 1943; Hochschullehrer f. Romanistik an der Univ. Hannover. V.: *Die Rhetorik des Aristoteles. Ein Beitrag zur Theorie der Alltags-Argumentation* (1983). A.: Linguistische Pragmatik, Soziolinguistik, Rhetorik und Argumentationstheorie. Mitglied in BdWi und GEW.
- Elfferding, Wieland*, geb. 1950; Dipl.Pol., Redakteur des *Argument*. V.: *Theorien über Ideologie*, (Mitautor, ²1982); *Faschismus und Ideologie* (Mitautor, 1980). A.: Ideologie-Theorie; Politik-Theorie. Mitglied der GEW und der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft.
- Friedrich, Gerhard*, Dr.phil., geb. 1948; DAAD-Lektor, Universität Turin. V.: *Proletarische Literatur und Politische Organisation* (1981). A.: Peter Weiss.
- Göbel, Eberhard*, Dr.rer.pol.; Angestellter an der FU Berlin. A.: Ärztausbildung, betriebliche Gesundheitspolitik. Mitglied der ÖTV.
- Gransow, Bettina*, Dr.phil., geb. 1949; wiss. Ass. am Inst. f. Soziologie der FU Berlin. Zeitschriftenveröffentlichungen. A.: Sozialismusanalyse, bes. VR China, DDR. Mitglied der ÖTV.
- Grün, Rita von der*, geb. 1955; Studentin. A.: Massenmedien im Faschismus, Antisemitismus; Horspiel. Mitglied der GEW.
- Grunewald, Astrid*, geb. 1959; Studium der Soziologie. A.: Arbeiterbewegung — Frauenbewegung. Mitglied im SFB Hamburg.
- Hack, Lothar*, Prof.Dr.rer.pol., geb. 1940; Hochschullehrer Universität Frankfurt/M. V.: *Subjektivität im Alltagsleben* (1977), *Leistung und Herrschaft* (zus. mit Borse/Czasny u.a., 1979). A.: Gesellschaftstheorie, Industriesoziologie, Wissenschaftssoziologie.
- Hartwig, Gisela*; Dipl.-Bibl., Dipl.-Soz. A.: Informations- und Dokumentationswesen, neue Technologien, Industrie- und Betriebssoziologie, Frauenerwerbstätigkeit. Mitglied der ÖTV.
- Haug, Frigga*, Dr.phil.habil., geb. 1937; wiss. Mitarbeiterin a.d. Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg; Hrsg. des *Argument*, Mitglied der Frauenredaktion. V.: *Argument-Sonderbände zur Automationsforschung* 7, 19, 31, 43, 55, 67 (zus. mit Projekt Automation und Qualifikation, 1975ff.); *Frauenformen* (Hrsg., 1980). Mitglied in BdWi, ÖTV und SFB Westberlin und Hamburg.
- Hauser, Kornelia*, geb. 1954; Soziologie-Studium, Doktorandin. Mitarbeit an: *Frauenformen* (1980). A.: Frauenbewegung, Arbeiterbewegung, Sexualität und Herrschaft. Mitglied im SFB Hamburg.
- Hesse, Reinhard*, Dr.phil, Akad.Rat für Philosophie. V.: *Geschichtswissenschaft in praktischer Absicht* (1979), *Abermals: Kampf dem Atomtod* (zus. mit W. Dirks, C. Amery u.a., 1982). A.: Sozialphilosophie, Kulturkritik.
- Hoernig, Erika M.*, Dr.rer.pol., geb. 1941; Dipl.Soz., Wiss. Angest. im Max-Planck-Institut Berlin. A.: Soziologie und Sozialpsychologie. Mitglied der ÖTV.
- Karl, Fred*, geb. 1947; Dipl.-Soz., Lehrbeauftragter an der Gesamthochschule Kassel. V.: *Soziale Bibliotheksarbeit* (1980), *Die Bürgerinitiativen* (1981). A.: Soziale Bewegungen, Industriesoziologie, Bibliotheksautomation.
- Kubler, Hans-Dieter*, Dr.rer.soz., geb. 1947; Wiss.Ass. an der Univ. Münster. V.: *Massenmedien im Deutschunterricht* (1981). A.: Kommunikationsforschung, Kulturwissenschaft, Medienwissenschaft. Mitglied in GEW, Kulturpolitische Gesellschaft, Tübinger Vereinigung für Volkskunde.
- Laugstien, Thomas*, geb. 1953; Studium der Philosophie. Redaktionssekretär des *Argument*. A.: Ideologietheorie.
- May, Hannelore*, geb. 1947; Dipl.Volksw., wiss. Mitarbeiterin bei der allgemeinen Jugendberatung e.V. A.: Frauen, Gewerkschaft, Betrieb. Mitglied in SFB Westberlin, HBV.
- Mehtonen, Lauri*, geb. 1945; phil.lic., Lektor der Philosophie a. d. Univ. Jyväskylä. V.: *Ihmistieteiden Filosofiset Perusteet* (²1982), *Philosophie läßt alles wie es ist: oder die »moderne Philosophie« als Kritik der »alten Philosophien« und der Alltagswelt* (in: Reasoning on Legal Reasoning, hrsg. v. A. Peczenik u. J. Uusitalo, 1979). A.: Geschichte und Theorie der Philosophie und der Humanwissenschaften, Ästhetik und Ideologie und Kulturtheorien.

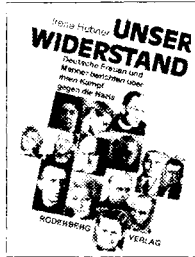
- Metscher, Thomas*, Prof.Dr.phil., geb. 1934; Prof. f. engl. Literaturwissenschaft und Ästhetik an der Univ. Bremen. V.: *Kunst, Kultur, Humanität* (1982).
- Nemitz, Barbara*, Dr.med., geb. 1949; Arztin, Fachgebiet Arbeitsmedizin. V.: *Arbeit und Gesundheit* (2 Kurseinheiten für die Fernuniversität Hagen, 1982), *Frauenformen* (Mitautorin, 1980). A.: Arbeitsmedizin, Frauen. Mitglied in ÖTV, SFB Westberlin.
- Nete, Angelika*; Stud. an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg. A.: Arbeiterbewegung, Frauenbewegung.
- Niehoff, Erika*, geb. 1951; Studium der Soziologie. V.: *Frauengrundstudium*, (Mitarbeiterin, 1980). A.: Frauenbewegung, Arbeiterbewegung. Mitglied im SFB Hamburg.
- Nolte, Hans-Heinrich*, Prof.Dr., geb. 1938; Hochschullehrer. V.: *Gruppeninteressen und Außenpolitik* (1979), *Die eine Welt. Abriß d. Geschichte des internationalen Systems* (1982). A.: Osteuropäische Geschichte. Mitglied in HDS, GEW.
- Oeser, Hans-Christian*, geb. 1950; Studium d. Germanistik und Politik, Univ. Lektor am University College Dublin. V.: Arthur Conan Doyle: *Skandal in Böhmen* (engl./dt. 1982), Thomas Hardy: *Die drei Fremden* (engl./dt. 1983). A.: Thomas Mann, Charakteristik.
- Pohl, Sigrid*, geb. 1954; Dipl.-Hdl., Studium d. Volkswirtschaftslehre, wiss. Mitarb. an der FU Berlin. A.: Frauenforschung, Arbeitsökonomie, Konzentrationsforschung. Mitglied der ÖTV.
- Raschke, Joachim*, Prof.Dr., geb. 1938; Prof. f. Politische Wissenschaft an der Universität Hamburg. V.: *Die politischen Parteien in Westeuropa* (Hrsg., 21981), *Bürger und Parteien* (Hrsg., 1982). A.: Innenpolitik, Parteien, soziale Bewegungen. Mitglied der GEW.
- Ripalda, José-Maria*, Dr.phil., Prof. an der Univ. Madrid. V.: *The Divided Nation* (1977); Ausgaben der Jugendschriften von Hegel (1978). Mitglied der PCE.
- Risse-Kappen, Thomas*, M.A., geb. 1955; Wiss.Mitarbeiter der Hess. Stiftung für Friedens- u. Konfliktforschung. V.: *Christen zur Friedensdiskussion*, (1982). A.: Rüstungskontrolle und Abrüstung. Mitglied im Projekt des Kath. Arbeitskreises Entwicklung und Frieden.
- Sauerland, Jürgen*, geb. 1953; Verw.-Ang./Sozialpädagoge, grad. Lehramts-Studium der Sozialpäd./Germanistik. A.: Fotografie, Literaturkritik im Vormärz.
- Seidel, Eckhard*, geb. 1951; Studium der Germanistik. V.: *Bildungsbaustein Homosexualität der AdSen FU: »Von Tanten und Blasen keine Ahnung«* (Mitarbei). Mitglied in Allgemeine Homosexuelle Arbeitsgemeinschaft (AHA), ADS Germanistik.
- Spang, Wilfried P.*, geb. 1954; Dipl.-Päd., Doktorand. Mitarbeiter im Projekt »Gesellschaftliche Arbeit als Sozialisation« am Max-Planck-Inst. für Bildungsforschung.
- Scherpe, Klaus R.*, Prof.Dr.phil., geb. 1939; Hochschullehrer. V.: *Werther und Wertherwirkung* (1970), *Poesie der Demokratie* (1981). A.: Neuere deutsche Literaturwissenschaft.
- Thiele, Dieter*, Dr.phil.; V.: *Bertolt Brecht* (1981). A.: Literaturtheorie, dt. Literatur des 20. Jh.
- Treock, Werner van*, Dr.phil., geb. 1943; Mitglied der Forschungsprojekte »Verwaltungsautomation« an der GH Kassel und »Automation und Qualifikation« an der FU Berlin. V.: zu Industrie- und Verwaltungssoziologie, Bildungsplanung, Kultursociologie. A.: Mitglied der ÖTV.
- Wacker, Ulrich*, geb. 1950; Lehrer. V.: *Das andere Hamburg* (Mitarbeiter, 1980). A.: Entstehung des Kapitalismus, Zeitgeschichte, Frankreich. Mitglied der GEW.
- Watzlawick, Gerd-Uwe*, geb. 1956; Dipl.-Soz., Doktorand. A.: Arbeits- u. Berufssoziologie, Stadt- und Verwaltungstätigkeit, Stadtsoziologie.
- Wöhrle, Dieter*, geb. 1954; Studium der Germanistik, Politik, Geschichte. A.: Bertolt Brecht, Valentin, Medientheorie, Ideologie.
- Wolf, Frieder O.*, Dr.phil., Priv.Dozent an der FU Berlin, geb. 1943; Wiss. Mitarbeiter. V.: *Die neue Wissenschaft des Thomas Hobbes* (1969), *Wissenschaftskritik und sozialistische Praxis* (Mithrsg., 1972), *Umwege* (1982). A.: Philosophie, Politikwissenschaft.
- Wolffram, Margret*, geb. 1954; Studium der Architektur an der Univ. Hamburg. V.: *Opfer/Tater-Diskussion 2* (Mitautorin, 1982). A.: Politiktheorie. Mitglied in SFB Hamburg.
- Zielinski, Siegfried*, geb. 1951; Wiss. Mitarbeiter an der TU Berlin. V.: *Veit Harlan* (1981), *Holocaust zur Unterhaltung* (zus.m. F. Knilli, 1982), *»Jud Süß« Studien I* (zus.m. F. Knilli, 1982). A.: Geschichte der Massenmedien; sozialkulturelle Zusammenhänge von Medien-Techniken.
- Zimmer, Gerhard*, Dipl.-Psych. und Ing. grad., geb. 1943; Mitglied im Projekt Automation und Qualifikation. V.: *Automationsarbeit* (Mitautor, 1975ff.); *Persönlichkeitsentwicklung und Gesundheit im Schulalter* (Hrsg., 1981). A.: Arbeitswiss.; Bildungs- und Gesundheitsforschung.

Erratum

Wir bitten alle Leser von Argument-Sonderband AS 78, »Neue soziale Bewegungen und Marxismus« zu korrigieren: der Mitverfasser heißt nicht Adolfo, sondern *Ludolfo* Paramio.

1933

Die Nazis an der Macht



Irene Hübner
Unser Widerstand
236 Seiten, kart., 19,80 DM

In diesem Buch berichten siebenundzwanzig Frauen und Männer über ihren politisch, religiös und moralisch motivierten Widerstand gegen Faschismus, Terror und Krieg.

„Irene Hübner hat ein Buch gemacht, das zu den repräsentativsten gehört, die an Literatur über den deutschen Widerstand erschienen sind.“
—druck + papier 7/82



Heinz Brüdigam
Faschismus an der Macht
280 Seiten, kart., 19,80 DM

Mit seinen 21 Kapiteln und der Fülle in den Text eingebundener Fotos und Dokumente wird dieser Band zum zuverlässigen Spiegel einer entscheidenden Periode unserer Geschichte.

Jedem Band liegen originalgetreue Nachdrucke einer illegalen Tarnschrift der KPD und einer Kleinausgabe des sozialdemokratischen „Vorwärts“ bei.



Emil Carlebach
Hitler war kein Betriebsunfall
152 Seiten, kart., 11,- DM

Wie kam es zu Hitlers „Machtergreifung“? Für die Beantwortung dieser Frage liegen Dokumente vor. Fakten, Beweise. Emil Carlebach hat dieses Beweismaterial zusammengetragen.

Prof. Wolfgang Abendroth: „Dieses Buch ersetzt eine ganze Handbibliothek.“



Braunbuch
über Reichstagsbrand und Hitler-Terror
388 Seiten, kart., 18,- DM

Originalnachdruck des legendären „Braunbuches“, das in den ersten 5 Monaten nach Hitlers Machtantritt als Gemeinschaftsarbeit deutscher Antifaschisten innerhalb und außerhalb Deutschlands am 1. August 1933 erschien. Es wirkte weltweit alarmierend und wurde schnell in 17 Sprachen übersetzt.

Das Standardwerk über den Widerstand



Der deutsche antifaschistische Widerstand 1933-1945
in Bildern und Dokumenten
334 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag,
42,- DM

Altmann / Brüdigam / Mausbach-
Bromberger / Oppenheimer

Wolfgang Langhoff Die Moorsoldaten

13 Monate Konzentrationslager
Nachdruck der 1935 in der Schweiz erschienenen Originalausgabe
324 Seiten, Hardcover, 19,80 DM

Fordern Sie bitte unseren Prospekt an.
RÖDERBERG VERLAG
Postfach 41 29
6000 Frankfurt/M. 1

Faschismus und Widerstand im Unterricht

- Axel Böing
Auschwitz
Unterrichtseinheit für den Schulgebrauch
Format DIN A 4, 40 S., kart., 6,90 DM
- Otto Gertzen
Antifaschistischer Widerstand
Format DIN A 4, 48 S., kart., 6,90 DM
- Jürgen Schlaos
Hitlerlegenden
Vorschläge zu ihrer Behandlung im Unterricht
Format DIN A 4, 48 S., kart., 8,80 DM

**Ästhetik
und Kommunikation
Beiträge
zur politischen Erziehung**

49'82*Spielwut*

K.-H. Menzen: »Ich hab' das Gefühl, Sie leben vom Schadstoffgehalt!«

A. Brauer: Wo spielen aufhört

H. Hartwig: Spielwut zwischen Identitäts- und Schockkultur

M. Mönninger: Ständig auf der Hut sein
Brief eines Redakteurs über Spielwut nach vier Wochen Friedensmarsch
Reizfraß oder Die Affekte der Anderen

Neue Deutsche Welle

B. Bargeld: Einstürzende Neubauten: Ich finde das wichtig — warum?

W. Hagen: Auch Männer bluten. Archäologisches zur Neuen Deutschen Welle

Theatergruppen/Freies Theater

M. Batz: Hamburger Spiele

F. Kaiser: Spiellust — statt Frust

M. Batz: Kein Bock auf Geschichte?

K. Hickethier: Schreiben über Spielen.

Aufbruch neuer Theaterzeitschriften

D. Kuhlbrodt: Private Obsessionen.
Killer-Spiele und andere Realitäten der Avantgarde

Zur Jugend-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages

Weibliche Produktivität/Erotik der Brüste

E. Seifert/P. Geble: Wenn eine Frau spricht, gibt es immer Randbemerkungen

I. Modelmog: Die Liebe fehlt. Was bleibt ist der sexuelle Akt.

R. Lüscher/M. Makropoulos: Revolten für eine andere Stadt

13. Jg. 1982

Redaktionskollektiv: Helmut Hartwig, Dieter Hoffmann-Axthelm, Gisela Kayser, Eberhard Knödler-Bunte, Olav Munzberg, Uli Puritz, Jörg Richard, Werner Siebel, Lienhard Wawrzyn, Brigitte Wartmann. — Erscheint Vierteljährlich. Einzelpreis 12,50 DM ab Heft 31, Jahresabo 38,— DM (zuzgl. Versand). — Redaktion Ästhetik und Kommunikation, Bogotastr. 27, 1000 Berlin 37

lendemains

Zeitschrift für
Frankreichforschung +
Französischstudium

28'82

F. Hincker: In memoriam Albert Soboul

1848 und die Literatur

Maurice Agulhon: L'année 1848 dans l'histoire politique française

Edgard Pich: La poésie française en 1850

Heinz Thoma: Pierre Dupont und das politische Lied

Hartmut Stenzel: Baudelaire und die Revolution von 1848

Walburga Hülk: Populäre Identitätsbildung 1848 — »Les mystères du peuple«

Karlheinz Biermann: George Sand und die Soziale Republik (1848-1850)

Michel Delon: Rousseau et Voltaire à l'épreuve de 1848

Jean Delabroy: 1848 et »Les Misérables« de Victor Hugo

Forum

Janine Neboit-Mombet: Péric ou la recherche de l'espace perdu

Antoinette Wacker: Sur Giraudoux et Racine. Le Corps, lieu dit du discours théâtral

Blanche Noëlle Grunig: Ideologische Strömungen und Entwicklung der Sprachwissenschaft in Frankreich heute

Diskussion

Peter Sprengel: Kunst und Wissenschaft im französischen und deutschen Naturalismus

France Actuelle

7. Jg. 1982

Herausgeber: M. Nerlich in Zusammenarbeit mit J. Droz, H.U. Gumbrecht, B. Schlieben-Lange, A. Soboul. — Erscheint vierteljährlich. — Einzelheft 7,70, im Abo 6,70, Studenten 5,70. — Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51



13'82

Carta de la Redacción sobre Transición democrática, elecciones y cambio.

Notas Editoriales

Adios a las armas

La crisis financiera internacional

Demografía, crisis y nacionalismos

Artículos

P. Buey: Las opiniones de Marx sobre arte y literatura

A. Pestana y S. Martí: Biología, biología y neodarwinismo

M. Llorente y C. Muntaner: El comportamiento agresivo: un logro evitable

M. Aglietta: La crisis, un desafío para los economistas?

V. Navarro: Los límites de la teoría de sistemas

El extremista discreto

Libros

Cita

12'82

Thema: Die Zeit zur Schnecke machen

H. Rumpf: Der innere Geschwindigkeitsmesser. Bemerkungen zur Verschulung Europas

G. Scholz: Zeit zu haben, das ist beinahe wie Anarchie. Gedanken eines Lehrers zum Thema Unterricht und Zeit

Schülerzeit — Lehrerzeit. Eine Unterrichtsbeobachtung

Beiträge

Unterrichtsprojekt Energiemodelle:

Zwei Vögel und zwei Erwachsene machen zu wenig Mist

Gedanken zum Pädagogikstudium:

Der Pädagoge: Kriegsdienstverweigerer, Spezialist, animateur oder was?

Integration von behinderten und nichtbehinderten Schülern:

Wenn schon nicht Italien, dann wenigstens Norwegen

Porno: Sexualforschungsempirie

Texte und Medien

Jugendarbeitslosigkeit: Jede Arbeit besser als keine?

Leben als Arbeitsloser: Neue Bücher zum Thema Arbeitslosigkeit

Filme für die Jugendarbeit

Frauen für den Frieden: Aus der Reihe tanzen

Redaktion: Miguel Candel, Juan Ramón Capella, Antoni Domènech, Paco Fernández Buey, Ramon Garrabou, Jordi Guu, Antonio Izquierdo, Miguel Angel Lorente, Alejandro Pérez, Victor Rios, Eduard Rodríguez Farré, Manuel Sacristán Luzón, Enric Tello. — Erscheint vierteljährlich. — Einzelheft 300 ptas., Jahresabo: Spanien 1000 ptas., Europa 1500 ptas. — Redacción mientras tanto, Apartado de Correos 30059, Barcelona, Spanien.

Erscheint monatlich im pädex-Verlag, Postfach 295, 6140 Bensheim — Einzelheft 6,— DM; Jahresabo 72,— DM; Studentenabo 56,— DM; incl. MWSt, zuzgl. Versandkosten.

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistische Politik



49 '82

*Sozialstaat in der Zerreißprobe —
Perspektiven für die Frauen*

J. Hoffmann: »Das Ende der Fahnenstange« — Sozialdemokratie und »Keynesianischer Klassenkompromiß« in der Bundesrepublik

U. Westphal-Georgi: Der Sozialstaat wird umgebaut — Perspektiven für die Frauen

I. Wegehaupt-Schneider: Von der Konkurrenz kann keine Rede sein! Zur Bedeutung von familien- und sozialpolitischen Maßnahmen im historischen Verlauf der Frauenindustriearbeit in Deutschland

L. Lappe: Frauen im Ghetto. Der frauenspezifische Arbeitsmarkt und seine Folgen

A. Ruby/B. Göttgens/S. Koeppinghoff: Rentenreform '84: Frauen bleiben diskriminiert

H. Rudolph: »Neue Arbeitszeitpolitik« — schlechte Zeiten für Frauen

M. Krätke: Zur politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates — und ihrer überfälligen Kritik

E. Altvater: Umbau oder Abbau des Sozialstaates? — Überlegungen zur Restrukturierung des 'Welfare State' in der Krise

F. Dingel: Deutscher Sozialismus. Eine Polemik gegen Brandt/Minnerup in Prokla 47

P. Brandt/G. Minnerup: Nirgendwo — Sozialismus. Eine Replik von Peter Brandt und Günter Minnerup

12. Jg. 1982

Herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.« — Redaktion: E. Altvater, G. Armanski, B. Blanke, E. Hildebrand, J. Hoffmann, U. Jürgens, W. Spohn, F.O. Wolf. — Erscheint viermal im Jahr. — Einzelheft 9,- DM, im Abo 8,- DM. — Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30

SOCIALISM IN THE WORLD

32'82

A. Ammar: technologie et développement au service de l'homme

F. Haug: l'automatisation en contradiction

C.-H. Hermansson: technology and social relations in non-material production

B. Kavcic: technology and self-management

Y. Bourdet: autogestion et transformations technologiques

P. Joye: l'informatisation de la société et la marche vers le socialisme

33'82

J. Vanek: technology, self-management and social order

W.F. Haug: automated work and work and labour culture

A.J. Kruhmaljov: scientific-technological progress and the trends along which the social-class structure of socialist society changes

T. Björkman, K. Lundqvist, U. Himmelstrand: work relations, capital accumulation and technological change

J. Metzger: science, techniques, stratégie autogestionnaire

6. Jg. 1982

Editor: International Conference »Socialism in the World«, Cuvtat, and IC »Kommunist«, NIP Komunist, Beograd, Jugoslavia. Auslieferung für BRD und Westberlin: Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Preise wie Argument-Sonderbände AS (ca. 300 S.).

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

spw

17'82

Aktuelle Kommentare

H. Hawreliuk: Der »Fall Genschers« und der Niedergang der SPD

A. Brandt: Keine Wende in der Wirtschaftspolitik!

O. Scholz: Frankfurter Kreisverkehr

Aktualität des Marxismus!?

O. Bauer: Marx als Mahnung — Zu Marxens vierzigstem Todestag

U. Schöler: Marxismus und Anti-Marxismus in der SPD

K. Neumann: Am Ende einer Ära. Sozialdemokratische Perspektiven jenseits des Sozial-Liberalismus!

J. Hindels: Austromarxismus und Sozialdemokratie heute

D. Albers: Bauer und Gramsci. Neun Thesen

Außerhalb des Schwerpunktes

M. Krätke: Dieser Sozialstaat ist der unsre nicht!/? Einige Bemerkungen zum linken Unbehagen am Sozialstaat in der Krise (I)

T. Beck: NATO-Expansionsstrategie im Mittelmeerraum — das Beispiel Comiso

N. Konegen u. U. Roßbach: Theorie und Praxis — ein schwieriges Verhältnis?

G. Beling u. K. Wand: Zum Scheitern der Gespräche SPD-GAL in Hamburg

Berichte/Briefe/Besprechungen

5. Jg. 1982

Hrsg. Detlev Albers, Heinz Albrecht, Erhard Eichert, Josef Hindels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Werner Loewe, Klaus Thüsing, Klaus-Peter Wolf. Redaktion: K. Gauer-Krusewitz, F. Heidenreich, K. Krusewitz, G. Mackenthun, H. Raßmes, C. Rix-Mackenthun, D. Scholz, A. Westphal. spw erscheint in 4 Hefen jährlich, Jahresumfang 516 S. Einzelheft DM 9,80, im Jahresabo DM 7,— zuzügl. Postversand. Bestellungen über spw-Vertrieb, Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38

TEXT+KRITIK

77'82

Karl Krolow

K. Krolow: Herodot oder der Beginn von Geschichte

J. Landwehr: Formen der Mimesis im Gedicht

R. Paulus: Die Lyrik Karl Krolows

G. Kolter: Typen der Lyrikrezeption. Gespräch mit K. Krolow

K. Krolow: Melanie. Geschichte eines Vornamens

W.H. Fritz: Karl Krolows Prosa

U. Steuler: Krolow als Übersetzer

G. Kolter: Liebe, Eros, Sexualität. Zu Karl Krolows »Bürgerlichen Gedichten«.

R. Paulus: Kommentierte Auswahlbibliographie

Herausgeber: H.L. Arnold; redaktionelle Mitarbeiter: I. Laurien, E. Weiss. — Erscheint jährlich in 4 Heften. — Abopreis 34,— DM zzgl. Versandkosten — edition text + kritik, Postfach 80 05 29, 8000 München 80

WECHSEL WIRKUNG

Zeitschrift für
Technik Naturwissenschaft Gesellschaft

15'82

*Schwerpunkt: Mathematik —
Mathematisierung*

H. Mehrtens: Vom Geist des Widerspruchs

D. Hieke/W. Schmale: Mathematische Modelle

R. Behrtens: Zur Kritik mathematischer Modelle

G. Voogd: Mathematisierung des Rechts

U. Krause: Grau, teurer Freund, ist alle Wirklichkeit

AG Mathematisierung, Darmstadt: Suche nach Wegen aus dem Elfenbeinturm

E. Schramm: Fische & Zahlen

D. McKenzie: Rasse und Klasse. Eugenik und der Aufschwung mathematischer Statistik in Großbritannien

H. Breger: Mathematik: Wissenschaft im Wandel der Geschichte

M. Duran: »Wir nennen uns lieber Halb-Kolonien«. Technologie und Politik in Lateinamerika

W. Göhring: Vom Wesen und Unwesen der Computer

U. Briefs: Informationsgesellschaft als Mythos

U. Kost: Cadmium

M. Paty: Wissenschaftspolitik in Frankreich

W. Dzieran: Zu nobel für den Frieden

4. Jg. 1982

Redaktion: Klaus Bednarz, Reinhard Behnisch (verantwortlich), u. a. — Vierteljährlich — Einzelheft 5,— DM, im Jahresabo 20,— DM incl. Versandkosten, gegen Vorauszahlung. — Verlag Reinhard Behnisch, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61.

Zeitschrift für Soziologie

4'82

Arbeitsbeziehungen

F. Traxler: Zur Entwicklung kooperativer Arbeitsbeziehungen. Versuch einer Prozeßanalyse

Theorie kommunikativen Handelns

J. Berger: Die Versprachlichung des Sakralen und die Entsprechlichung der Ökonomie

N. Luhmann: Autopoiesis, Handlung und kommunikative Verständigung

Methoden

H.-J. Andreß: Tätigkeitswechsel und Berufserfahrung: Analyse zeitbezogener Daten mit Hilfe von Sterbetafeln an Hand eines Beispiels aus der Mobilitätsforschung

Forschungsnotiz

E. Weede/H. Tiefenbach: Gesellschaftliche Machtverhältnisse und Einkommensverteilung: Ein kritischer Replikationsversuch zu einer Studie von Borschier/Ballmer-Cao

Diskussion

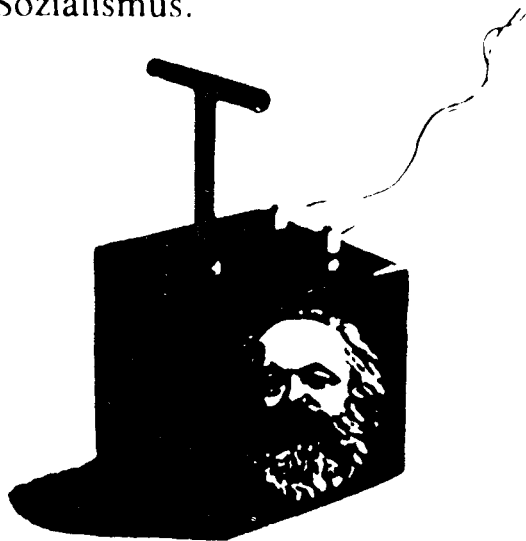
J. Kohl/L. Leisering: Armut und Arbeitsmarkt: Wo ist der Zusammenhang? Ein Diskussionsbeitrag zu dem Aufsatz von Rolf G. Heinze et al. (ZfS Juli 1981)

Mitteilungen

11. Jg. 1982

Hrsg.: Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld. - Herausgebergremium: Chr. v. Ferber, P. Fiora, Th. Harder, R. Klima, W.M. Sprondel. - Redaktion: R. Klima. - Erscheinungsweise: Vierteljährlich. - Einzelheft 25,10 DM, Jahresabo 82,- DM, Studentenabo 48,- DM. Ferdinand Enke Verlag Stuttgart, Postfach 1304, 7000 Stuttgart 1

Marx: Karl Heinrich, Revolutionär und Theoretiker, geb. 5.5.1818 Trier, gest. 14.3.1883 London; Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus.



AKTUALISIERUNG MARX'

Gemeinschaftsprojekt der Zeitschriften DAS ARGUMENT, PROKLA und SPW

Beiträge von Albers, Altvater, Volker Braun, Deppe, Erich Fried, Frigga Haug, W.F.Haug, Hirsch, Holzkamp, Jäger, Klönne, Sölle, Tjaden, F.O. Wolf

Kritische Neu-Lektüre von Marx vom Standpunkt der heutigen Probleme:
Erneuerungs-Beiträge aus den unterschiedlichen Richtungen
des deutschen Marxismus. Wir denken, Marx an seinem 100. Todestag dadurch
am meisten ehren zu können, daß wir uns um einen Marx von morgen bemühen

Argument-Sonderband 100 — erscheint Februar 1983

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Tel. 030/461 90 61

Das Objekt unserer

Begierde

Die taz unserer Träume hat täglich mindestens 20 Seiten, überall Regionalteile und zu wichtigen Anlässen zusätzliche Sonderseiten und ist überhaupt einfach 'ne Wucht!

Sie ist zutiefst unseriös, skandalträchtig und obzön. Sie ist Stachel im Fleisch des langweiligen Alltags. Sie wird von den Bonzen gehaßt; wo sie auf dem Tisch liegt, kehrt Unruhe ein und wo Kleinmut sich breitmacht, schreit sie: do it baby - do it now!

Wenn auch ihr sie so haben wollt, müßt ihr mehr tun als bisher.

Mag sein, daß ihr oft an uns gezweifelt habt: Wir genügen euren hehren Ansprüchen nicht, wir sind nicht Teil eurer Lobby. Schluß mit den Zweifeln!

**Habt Mut zu kämpfen
Habt Mut zu siegen
Mit nem Abonnement
werdet ihr nicht unterliegen!**



die Tageszeitung taz-abo!

*Was für den Überbau die Basis,
is für die taz das Abo! Abo-Schnipsel täglich in der taz.*



The Canadian Journal of Sociology
Cahiers canadiens de sociologie

Editors:

Richard Ericson,
Andrew Harrell,
Lyle Larson,
Nico Stehr,
Tim Hartnagel

Subscriptions:

Students	\$12.00 Canadian
CSAA and ASA members	\$15.00 Canadian
Individuals	\$18.00 Canadian
Institutions and Libraries	\$36.00 Canadian
Booksellers and Agencies	\$30.00 Canadian
Single Copies	\$ 6.00 Canadian

The *Canadian Journal of Sociology/Cahiers canadiens de sociologie* is published four times a year at the University of Alberta. The *Journal* publishes scholarly material pertaining to Canadian society as well as articles of international sociological significance. Abstracts of all articles are printed in French and English; articles and book reviews in French and English are welcome. Each volume contains several articles of general and wide-ranging interest, with at least one issue in every volume devoted to a specific area of sociology.

Some recent and forthcoming articles. Richard L. Ogmundson — Toward study of the endangered species known as the Anglophone Canadian; John. L. McMullan — “Maudit voleurs”: racketeering and the collection of private debts in Montreal; Martha Foschi — Theory, experimentation and cross-cultural comparisons in social psychology; Graham S. Lowe — women, work and the office: the feminization of clerical occupations in Canada, 1901-1931; François Béland — Une loi de distribution des frequences des visites aux omnipraticiens: la binomiale negatives; Karl Mannheim — On the sociological determination of methodology; John Alan Lee — The RCMP’s real dilemma; Bonnie F. Erickson — Region, knowledge and class voting in Canada. **Some recent and forthcoming special issues.** Volume 5, Number 3 — Criminology, edited by Richard Ericson. Volume 6, Number 3 — Family in Canada, edited by Lyle Larson. Volume 7, Number 1 — Social Psychology, edited by Andrew Harrell. Volume 7, Number 3 — Sociology of Science, edited by Mike Hammond.

*Requests concerning manuscripts, advertising
and subscriptions should be sent to:*
The Canadian Journal of Sociology
Department of Sociology
University of Alberta
Edmonton, Alberta
T6G 2H4

(Diese Seite heraustrennen)

An die Redaktion *Das Argument*, Altensteinstraße 48a, 1000 Berlin 33

Fragen der Redaktion an die Leser und (künftigen) Mitarbeiter

Absender:.....

1. Seit wann und woher kennen Sie *Das Argument*?
2. Lesen Sie *Das Argument* regelmäßig oder hat das in den letzten Jahren nachgelassen?
3. Welche Zeitschriften lesen Sie (außer dem *Argument*) noch regelmäßig? Welche vergleichbare Zeitschrift finden Sie besser?
4. In welcher Ausbildung befinden Sie sich, bzw. welchen Beruf üben Sie aus?
5. Welche Themen, die in den letzten 5 Jahrgängen im *Argument* bearbeitet worden sind, halten Sie für besonders wichtig? Bei welchen Gelegenheiten konnten Sie welche Artikel besonders gut gebrauchen?
6. Über welche Artikel haben Sie sich geärgert und warum?
7. Welche Themen (mit welchem Nutzen?) sollten zusätzlich bearbeitet werden?
8. Manche Leser werfen uns vor, keine politische Linie zu haben, was halten Sie davon?
9. Unser Ziel ist es, ein Ort politisch-wissenschaftlicher Diskussion zu sein; ist der Platz, den wir den unterschiedlichen linken Richtungen und neuen sozialen Bewegungen einräumen, einigermaßen sinnvoll aufgeteilt? Oder wem sollten wir mehr Platz einräumen, wem weniger?
10. Wie stehen Sie zur autonomen Frauen-Redaktion? Wenn Sie die bisherige Arbeit betrachten, was würden Sie anders machen? Sind für Sie die Themen und ihre Bearbeitungen allgemein von Interesse?
11. Überlegen Sie als Abonnent mitunter, *Das Argument* abzubestellen? Wenn ja, aus welchen Gründen?
12. Würden Sie den Grundaufbau der Hefte: Themenschwerpunkt, Aktuelle Analysen, Serviceleistungen (wie Fachübersichten, Bibliographien, Kongreßberichte, Besprechungen, Zeitschriftenschau) ändern? Wenn ja, wie und warum?

13. Der Umfang der Kongreßberichte in jedem Heft nimmt laufend zu (bald 20 Druckseiten), welchen Nutzen hat dieser Service für Sie?

14. Wie beurteilen Sie das quantitative Verhältnis der Besprechungen zum Aufsatzteil? Wie die Vielfalt der im Besprechungsteil bearbeiteten Gebiete?

15. Lesen Sie Besprechungen nur aus einigen (wenn ja, aus welchen?) Gebieten oder aus allen?

16. Wie wären die Rezensionen besser zu schreiben? Welche Ansprüche sollen wir an unsere Mitarbeiter weitergeben?

17. Sollten mehr Berichte über einzelne Projekte, deren Arbeitsergebnisse in den Argument-Sonderbänden veröffentlicht werden, in der Zeitschrift erscheinen?

18. Welche Schriftsteller sollten noch im *Argument* präsent sein?

19. Möchten Sie beim *Argument* als Autor mitarbeiten? Wenn ja, auf welchem Gebiet?

20. Halten Sie es für so sinnvoll, einen unabhängigen Verlag wie den Argument-Verlag aufrechtzuerhalten, daß Sie sich dafür engagieren würden (z.B. Abonnenten gewinnen, Prospekte gezielt verteilen, Plakate aufhängen, Büchertische organisieren etc.)? An welche Interessenten sollen wir Werbematerial versenden?

21. Es gibt große Schwierigkeiten, jüngere Studenten-Generationen zu Lesern des *Argument* zu gewinnen, welche Möglichkeiten sehen Sie für einen Beitrag zur Abhilfe?

22. Würden Sie einen Argument-Club an Ihrem Heimat- oder Arbeitsort als Gelegenheit regelmäßiger politisch-wissenschaftlicher Diskussion für nützlich halten? Würden Sie beim Aufbau eines Argument-Clubs mitarbeiten?

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Reboul, Olivier: Langage et idéologie (Th. Laugstien)</i>	121
<i>Perelman, Chaim: Das Reich der Rhetorik (E. Eggs)</i>	123
<i>Dyck, Joachim, u.a. (Hrsg.): Jahrbuch Rhetorik (W. Dieckmann)</i>	123
<i>Breuer, Dieter, und Helmut Schanze (Hrsg.): Topik (J.M. Ripalda)</i>	126
<i>Michael, Dietmar-Ingo: Parteilichkeit und Realismus (G. Friedrich)</i>	127
<i>Anna Seghers — Mainzer Weltliteratur (D. Thiele)</i>	128
<i>Brinkmann, Richard: Expressionismus (C. Albert)</i>	129

Kunst- und Kulturwissenschaften

<i>Prokop, Dieter: Medien-Wirkungen (H.-D. Kübler)</i>	131
<i>Maurer, Thomas: Filmmanufaktur Schweiz (S. Zielinski)</i>	132
<i>Hacker, Dieter, und Andreas Seltzer (Hrsg.): Volksfoto (J. Sauerland)</i>	134
<i>Thomas, Michael Wolf (Hrsg.): Der Bürger und seine Medien (R. v. d. Grün)</i>	135

Soziologie

<i>Hermann, Armin: Wie die Wissenschaft ihre Unschuld verlor (L. Hack)</i>	136
<i>Attali, Jacques: Die kannibalische Ordnung (G. Bergmann)</i>	139
<i>Glaser, Hermann (Hrsg.): Fluchtpunkt Jahrhundertwende (G.-U. Watzlawczik)</i>	140
<i>Billstein, Heinrich, und Klaus Naumann (Hrsg.): Für eine bessere Republik (F. Karl)</i>	141
<i>Jungk, Robert, und Norbert R. Müllert: Zukunftswerkstätten (W. van Treeck)</i> ...	142

Geschichte

<i>Bloch, Marc: Die Feudalgesellschaft (U. Wacker)</i>	143
<i>Duby, Georges: Krieger und Bauern (U. Wacker)</i>	145
<i>Duby, Georges: Die drei Ordnungen (U. Wacker)</i>	145
<i>Attmann, Artur: The Bullion Flow between Europe and the East 1000-1750 (H.-H. Nolte)</i>	147
<i>Davis, Ralph: The Industrial Revolution and British Overseas Trade (H.-H. Nolte)</i>	147

Soziale Bewegungen und Politik

<i>Ellwein, Thomas, u.a.: Zuviel Staat? (G.-U. Watzlawczik)</i>	148
<i>Jänicke, Martin: Wie das Industriesystem von seinen Mißständen profitiert (W. Elfferding)</i>	150
<i>IMSF-Autorengruppe: Arbeitslose (U.-H. Brockner)</i>	151
<i>Ebert, Theodor: Soziale Verteidigung (A. Buro)</i>	152

Ökonomie

<i>Meillassoux, Claude: Die wilden Früchte der Frau. Über häusliche Produktion und kapitalistische Wirtschaft (H. May)</i>	154
<i>Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 14 (S. Pohl und G. Hartweg)</i>	159

Buchhandlungen

die DAS ARGUMENT, Argument-Sonderbände (AS)
und Argument-Studienhefte (SH) komplett am Lager haben

- Aachen: babula Buchhandlung, Pontstr. 133; Tel.: 0241/27555
Augsburg: »probuch« GmbH, Gögginger Str. 34; Tel. 0821/579173
Berlin 12: autorenbuchhandlung, Carmerstr. 10; Tel. 030/310151
Buchladen am Savignyplatz, Carmerstr. 9; Tel. 030/3134017
das europäische buch, Kneesebeckstr. 3; Tel. 030/3135056
Buchhandlung Kiepert, Hardenbergstr. 4-5; Tel. 030/310711
Berlin 15: Das Politische Buch, Lietzenburger Str. 99; Tel.: 030/8832553
Berlin 19: Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29; Tel.: 030/3417432
Berlin 30: georg-büchner-buchhandlung, Augsburger Str. 31; Tel.: 030/242073
Berlin 33: das europäische buch, Thielallee 32; Tel. 030/8324051
Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40; Tel.: 030/8313825
Buchhandlung Kiepert, Garystr. 46; Tel.: 030/8324368
Berlin 41: Wohlthat'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11; Tel. 030/851509
Berlin 45: Buchhandlung Rosenfeld, Drakestr. 35a; Tel. 030/8313962
Bielefeld: Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Feilenstr. 10; Tel. 0521/63518
Bochum: Politische Buchhandlung, Im Westenfeld 22; Tel.: 0234/702336
Bonn: Buchladen 46, Kritische Politik, Kaiserstr. 46; Tel.: 0228/223608
Bremen 1: Georg-Büchner-Buchhandlung, Vor dem Steintor 56; Tel.: 0421/72073
Volksbuchhandlung, Richtweg 4, Tel.: 0421/323334
Bremen 33: Buchladen Bettina Wassmann, Bibliothekstraße; Tel.: 0421/217023
Darmstadt: Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Lauteschlägerstr. 3; Tel.: 06151/75230
Dortmund: Buch International, Königswall 22; Tel.: 0231/140880
bücherstube GmbH, Große Heimstr. 62; Tel.: 0231/103306
Duisburg: buchladen kollektiv gmbh, Oststr. 194; Tel.: 0203/372123
Essen: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8; Tel.: 0201/231923
Karl-Liebknecht-Buchhandlung, Viehofer Platz 15; Tel.: 0201/232014
Frankfurt: Buchladen Verlag 2000 GmbH, Jügelstr. 1; Tel.: 0611/775082
Collectiv-Buchhandlung, Bornwiesenweg 4, Tel.: 0611/593989
Wiss. Buchhandlung Theo Hector, Gräfestr. 77; Tel.: 0611/777303
Gießen: Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Schiffenberger Weg 1; Tel.: 0641/792267
Göttingen: Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10; Tel.: 0551/42128
Hamburg: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 26; Tel.: 040/449778
Buchladen Gegenwind, Grindelhof 45; Tel.: 040/453801
Internationale Buchhandlung, Johnsallee 67; Tel.: 040/4104572
Hannover: Internationalismus Buchladen, Königsworther Str. 19; Tel.: 0511/17173
Heidelberg: Buchhandlung kollektiv, Plöck 64a; Tel.: 06221/12633
Kassel: Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Werner Hilpert Str. 5; Tel.: 0561/15642
ABC-Buchladen, Goethestr. 77; Tel.: 0561/77704
Köln 41: Der Andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; Tel.: 0221/420214
Mainz: Anna Seghers Buchhandlung, Bilhildisstr. 15; Tel.: 06131/24916
Marburg: Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28; Tel.: 06421/24787
Collectiv-Buchhandlung Wilhelm Liebknecht, Wettergasse 19; 06421/63662
München 40: BASIS, Sozialwiss. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41b; Tel.: 089/2809522
Münster: Collectiv Buchhandlung, Roggenmarkt 15-16; Tel.: 0251/51414
ROSTA-Buchladen, Spiekerhof 34; Tel.: 0251/44926
Nürnberg: Libresso Buchzentrum, Peter-Vischer-Str. 25; Tel.: 0911/225036
Oldenburg: Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Kurwickstr. 14/15; Tel.: 0441/13949
Saarbrücken: Buchhandlung Lenchen Demuth, Nauwieser Str. 13; Tel.: 0681/36559
Schwerte: Buchhandlung Hubert Freistühler, Holzener Weg 31; Tel.: 02304/80033
Stuttgart: Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 14; Tel.: 0711/223287
Tübingen: aktion politischer buchladen, Nauklerstr. 20; Tel.: 07071/212929
Schweiz: Bern: Buchhandlung für Soziologie, Münstergasse 41; Tel.: 031/228218
Zürich: Limmatbuchh., Pinkus-Genossenschaft, Froschaugasse 7; Tel.: 01/2512674
Dänemark: Kopenhagen: Kobenhavns Bogcafé, Kulturvet 11; Tel.: 01/111236
Niederlande: Den Haag: E.R. Ruward B.V., Noordeinde 122; Tel.: 070/658755
Österreich: Wien 1: Buchhandlung Heinz Kolisch, Rathausstr. 18; Tel.: 0222/433221